



universität
wien

MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

„Ich bin der Meinung...“

Kommunikationsverhalten Kreiskys zur Volksabstimmung Zwentendorf im Lichte der gesellschafts- und medienpolitischen Begebenheiten

Verfasser

Jürgen Hirschmann

angestrebter akademischer Grad:

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt: 066/841

Studienrichtung lt. Studienblatt: Publizistik- und Kommunikationswissenschaften

Betreuer: A.o. Univ.Prof. Dr. Friedrich Hausjell

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.

Wien, 29. August 2012

Jürgen Hirschmann

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Menschen bedanken, die sich während meiner gesamten Studienzeit unterstützt und mir Motivation und Kraft gespendet haben.

Ganz besonders möchte ich mich bei meinen Eltern und Großeltern bedanken, die mir das Studium in Wien ermöglicht und mich dazu ermutigt haben.

Meinem Betreuer, Herrn Univ.-Prof. Dr. Fritz Hausjell, sei für dessen hilfreichen Input und ständige telefonische Erreichbarkeit gedankt.

Darüber hinaus möchte ich auch all meinen Freunden, Studienkollegen und Vortragenden danken.

Besonders hervorheben möchte ich Anita und Julia, deren Verdienst es war mich in ernsten Stunden motiviert zu haben. Sie haben mich bei meinen Projekten unterstützt und mir den nötigen Zuspruch geschenkt, den ich zuletzt so dringend gebraucht habe. Ein besonderer Dank gebührt auch Günter. Durch seine motivierenden (manchmal auch strengen) Worte ist es mir in diesem Augenblick überhaupt möglich, eine Danksagung zu meiner Diplomarbeit zu schreiben...

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG.....	1
1.1 EIN EINLEITENDER ÜBERBLICK.....	1
1.2 PROBLEMAUFRISS	6
1.3 ZIEL DER ARBEIT	9
1.4 FORSCHUNGSSTAND.....	10
1.5 AUFBAU DER ARBEIT	11
1.6 WICHTIGE ANMERKUNGEN.....	13
2. FORSCHUNGSLEITENDE FRAGESTELLUNGEN	14
2.1. FORSCHUNGSFRAGE	14
2.1.1 <i>Forschungsfrage zum Faktor Kommunikation</i>	14
2.1.2 <i>Forschungsfrage zum Faktor Umwelt</i>	14
2.2 SUBFORSCHUNGSFRAGEN ZUM FAKTOR KOMMUNIKATION.....	15
3. PRÄZISIERUNG DER BEGRIFFSIMPORTE	16
3.1 BEGRIFFE AUS DER KOMMUNIKATIONS- UND POLITIKWISSENSCHAFT	16
3.1.1 <i>Öffentlichkeit und öffentliche Meinung</i>	16
3.1.2 <i>direkte und indirekte Demokratie</i>	21
3.1.3 <i>Bundesregierung und Sozialpartner</i>	22
3.1.4 <i>Bürgerinitiative, Interessensgruppen und Partizipation</i>	23
3.2 BEGRIFFSIMPORT AUS DER PHYSIK	25
3.2.1 <i>Das Atom</i>	25
3.2.2 <i>Der Reaktor</i>	26
4. HISTORISCHER RAHMEN	27
4.1 DIE ÄRA KREISKY 1970 BIS 1983	27
4.2 CHRONOLOGISCHE AUFARBEITUNG DER CAUSA ZWENTENDORF.....	29
4.3 GESELLSCHAFTSPOLITISCHE HINTERGRÜNDE RUND UM ZWENTENDORF.....	37
4.4 MEDIENPOLITISCHE HINTERGRÜNDE RUND UM ZWENTENDORF	49
5. THEORETISCHER RAHMEN	55
5.1 EINLEITENDER ÜBERBLICK.....	55
5.1.1 <i>Der Begriff der Kommunikation</i>	55
5.1.2 <i>Masse und Massenkommunikation</i>	57
5.1.3 <i>Kommunikationsmodelle</i>	60
5.2 RELEVANTE ANSÄTZE DER MEDIENWIRKUNGSFORSCHUNG	64
5.2.1 <i>Der Stimulus Response Ansatz</i>	68
5.2.2 <i>Überredungskommunikation und konsistenztheoretische Ansätze</i>	69
5.2.3 <i>Two Step Flow Of Communication</i>	72
5.3 DER PUBLIZISTISCHE KONFLIKT NACH KEPPLINGER	75
5.4 DAS RAS-MODELL NACH ZALLER.....	80
5.5 PARTIZIPATIONS- UND DEMOKRATIETHEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN	83

6. METHODISCHER RAHMEN.....	87
6.1 THEORETISCHE ÜBERLEGUNGEN ZUR QUALITATIVEN VORGANGSWEISE.....	87
6.2 DIE ERHEBUNGSMETHODE	89
6.2.2 <i>Charakterisierung der Befragung</i>	89
6.2.2 <i>Leitfadeninterview mit Experten</i>	91
6.2.3 <i>Die Experten</i>	93
6.3 DIE AUSWERTUNGSMETHODE.....	94
6.3.1 <i>Auswertungsschritte nach Lamnek</i>	95
6.3.2 <i>Weiterführende Explikation und Anmerkungen zur Auswertung</i>	96
7. ERGEBNISSE DER UNTERSUCHUNG	99
8. CONCLUSIO	108
LITERATURVERZEICHNIS	110
ANHANG	118
A LEITFADEN	118
B TRANSKRIPTION	119
C ABSTRACT	150
D LEBENSLAUF.....	154

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abb.1:	Internationale Bewertungsskala für atomare Einrichtungen der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA	Seite 2
Abb.2:	Amtlicher Stimmzettel zur Volksabstimmung Zwentendorf	Seite 31
Abb.3:	Kommunikationsmodell nach Riley und Riley	Seite 61
Abb.4:	Feldschema der Massenkommunikation nach Maletzke	Seite 62
Abb.5:	Modell der sozialen Zeitkommunikation nach Wagner und Schönhagen	Seite 63
Abb.6:	Black Box Modell	Seite 68
Abb.7:	Zweistufenfluss der Kommunikation	Seite 72
Abb.8:	Struktur eines publizistischen Konflikts nach Kepplinger	Seite 77
Tab.1:	Die Ergebnisse der Volksabstimmung im Bundesländervergleich	Seite 31
Tab.2:	Umfrageergebnisse auf die Frage „Was soll mit dem Atomkraftwerk Zwentendorf geschehen?“	Seite 34
Tab.3:	Gliederung des Leitfadens	Seite 92

„Dieses Werk steht, es hat Milliarden gekostet, es darf nicht verrotten.“

Bruno Kreisky in einem Appell vor der entscheidenden Volksabstimmung

1. Einleitung

1.1 Ein einleitender Überblick

Der 26. April 1986 ist als Tag der – bisher für Europa – schlimmsten Atomkatastrophe in die Analen der Geschichte eingegangen. Es ist jener Tag, an dem sich die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl in der damaligen Sowjetunion, auf dem Gebiet der heutigen Ukraine, ereignet hat. In Reaktor vier des Kraftwerks hat sich in den frühen Morgenstunden eine gewaltige Explosion ereignet. Die Stichflamme ist rund einen Kilometer in die Höhe geschossen und hat dabei eine erhebliche Menge an radioaktiven Teilchen in die Luft geschleudert. Die radiaktive Wolke hat sich in weiterer Folge sehr schnell in Richtung West- und Südeuropa ausgebreitet. Auch in Österreich – die Luftlinie zwischen Tschernobyl und der geographischen Mitte Österreichs beträgt immerhin rund 1200 Kilometer¹ – ist, ebenso wie in weiten Teilen Europas, eine erhöhte Strahlung gemessen worden.² Ein viertel Jahrhundert nach dem Super-GAU in Tschernobyl ist das Gebiet rund um das Atomkraftwerk noch immer nicht bewohnbar. 3.000 Quadratmeter gehören zur verbotenen Zone. Mittlerweile hat die Natur das Gebiet komplett vereinnahmt. Die einstige Kornkammer der Sowjetunion ist bedeckt von Wäldern. Tiere wie der Wolf, der Luchs oder das Bison haben sich die Region zurückerobert.³

Der erste schwere, dem Unfall in Tschernobyl gar nicht so unähnliche, Atomunfall hat sich aber bereits 1957 in Kyshtym/Majak in Russland ereignet. Dort ist ein Tank mit radioaktivem Material explodiert. Eine Fläche so groß wie ein Viertel Österreichs ist bei dem Unfall verseucht worden. Die freigesetzte Strahlung ist im Nachhinein mit dem zwei- bis sechsfachen der Tschernobyl-Katastrophe angegeben worden. Allerdings sind die meisten radioaktiven Teilchen, anders als bei Tschernobyl, direkt vor Ort niedergegangen, weswegen die Katastrophe auf der achtstufigen INES-Skala (Stufe 0-7) auch nur als schwerer Unfall der Stufe 6 eingestuft worden ist. Im Umkreis des

¹ vgl. zur Berechnung der Luftlinie www.luftlinie.org/Oesterreich_Tschernobyl.

² vgl. APA Original Text Service (2011): Vor 25 Jahren: Super-GAU in Tschernobyl. APA/OTS-Nr.: 0203 5 KI 1216 NRF0004.

³ vgl. ebenda.

Atomkraftwerks sind 270.000 Menschen von der Katastrophe betroffen gewesen. Direkt nach dem Unfall sind etwa 1.000 von ihnen verstorben. Auch heute noch ist die Strahlung vor Ort enorm. Schuld hat aber nicht nur der schwere Unfall, sondern auch der sorglose Umgang mit der russischen Umwelt. Da der Atommüll aus dem Kraftwerk über Jahre in Flüssen und im nahe gelegenen Karachay-See entsorgt worden ist, würde

Internationale Bewertungs- skala (INES) für atomare Einrichtungen		
Skala	Beispiele	
Stufe 7: Katastrophaler Unfall	Tschernobyl Ukraine 1986	Fukushima Japan 2011
Stufe 6: Schwerer Unfall	Kyshtyn Russland 1957	
Stufe 5: Ernster Unfall	Three Mile Island USA 1979	
Stufe 4: Unfall	Tokaimura Japan 1999	
Stufe 3: Ernster Störfall	Sellafield Großbritannien 2005	
Stufe 2: Störfall	Cadarache Frankreich 1993	
Stufe 1: Störung	Kein Ausfall betroffener Anlagen	

Abb1.: Bewertungsskala

Atomunfälle (Quelle: Internationale Atomenergiebehörde IAEA)

ein Erwachsener innerhalb weniger Stunden eine tödliche Dosis abbekommen.⁴

Nicht nur in Russland ist die Belastung durch Atommüll groß. Bedingt durch rund 2.000 Atomwaffentests bis zum Erscheinungsjahr des Schriftstücks im Jahr 2006, wovon über 500 in der Atmosphäre durchgeführt worden sind, gibt es Global 2000 zufolge eine weltweite Strahlenbelastung. Bei den 2.000 Tests ist die Sprengkraft von mindestens 34.000 Hiroshima-Bomben freigesetzt worden, was einer Studie zufolge weltweit 430.000 tödliche Krebsfälle zur Folge hatte.⁵

2006, also genau zwanzig Jahre nach der Katastrophe in Tschernobyl, hat es immer noch keine konkreten Zahlen über Erkrankungen, sondern lediglich grobe Schätzungen gegeben. Wie sehr die

von einander abweichen, möchte der Autor in einem Beispiel veranschaulichen. Die Internationale Atomenergiebehörde IAEA hat 2005 geschätzt, dass als Folge der Katastrophe von Tschernobyl 4.000 Menschen an Krebs und Leukämie sterben werden. Die letzten Schätzungen gehen hingegen davon aus, dass allein in Weißrussland, der Ukraine und Russland zwischen 1990 und 2004 200.000 Menschen an den Folgen der radioaktiven Verseuchung gestorben sind. Die European Commission on Radiation Risk

⁴ vgl. Hoffmann (2006): Weltweite radioaktive Verseuchung – Tschernobyl ist kein Einzelfall. Unter: www.alt.global2000.at/files/Teil9radioaktiv.pdf, S.1.

⁵ vgl. ebenda, S. 2f.

hat wiederum in einem Risikomodell geschätzt, dass die zusätzliche Krebs-Sterblichkeit weltweit bei maximal 6.000.000 Menschen liegt.⁶

Ein viertel Jahrhundert nach Tschernobyl hat eine weitere, in ihrem Ausmaß ebenfalls als verheerend zu bezeichnende Nuklearkatastrophe, erneut die Diskussion über die Sicherheit von Atomanlagen aufgeworfen. Der Unfall im Kernkraftwerk Fukushima I in Japan ist laut der siebenstufigen INES-Skala der zweite schwere 7er-Atomunfall, den die Menschheitsgeschichte zu verbuchen hat.⁷ Am 11. März 2011 ist die Anlage infolge eines Erdbebens der Stärke 9,0 vor der japanischen Pazifikküste erschüttert, danach von der Wucht einer durch das Beben ausgelösten Flutwelle getroffen und beinahe gänzlich zerstört worden. Die Dieselmotoren, die im Falle eines Stromausfalls die Kühlung der radioaktiven Brennelemente gewährleisten sollten, sind mit der Welle fortgespült worden. Durch die mangelhafte Kühlung ist der Druck in einem der sechs Reaktoren des Kraftwerks stark angestiegen, so dass der Kraftwerksbetreiber gezwungen war, hoch radioaktiven Dampf in die Umwelt abzulassen. Die Versuche schlimmeres zu verhindern sind allerdings gescheitert. In den folgenden Tagen explodieren nach und nach drei Reaktoren des Kernkraftwerks. Der Rest ist Geschichte.⁸

Der Spagat zwischen Fukushima und dem gebauten, aber nie in Betrieb gegangenen Atomkraftwerk in Zwentendorf in Niederösterreich ist leicht gemacht. Am 16. April 1972, und damit knapp zwei Wochen nach der Grundsteinlegung des Atomkraftwerks an der Donau, hat – ausgehend von der Buckligen Welt – die Erde gebebt. Das Erdbeben der Stärke 5,3 nach Richter hat damals zahlreiche Schäden an Gebäuden in Wien und Niederösterreich angerichtet. So auch am im Bau befindlichen Atomkraftwerk Zwentendorf, dessen Grundmauern derart beschädigt worden sind, dass sie abgerissen und neu aufgebaut werden mussten.⁹

Auch wenn es heute in Österreich, bedingt durch das Ergebnis einer Volksabstimmung 1978 und dem daraus resultierenden Atomsperrvertrag, keine kommerziell genutzten

⁶ vgl. Breuer (2006), S.2f.

⁷ vgl. Hirsch (2011): Fukushima. Einstufung auf INES-Skala. Unter: www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/atomkraft/HH_INES_Rating_Fukushima_23_03_2011.pdf, S.3.

⁸ vgl. o.A. (o.J.): Katastrophe in Japan 2011. Chronologie der Katastrophe in Fukushima I (Daiichi). Unter: <http://www.spiegel.de/flash/flash-25484.html>.

⁹ vgl. APA Original Text Service (2012): 1972. Erdbeben zerstört Atomkraftwerk Zwentendorf. APA/OTS-Nr.: 0018 5 CI 0403 GLL0001 KI.

Kernkraftwerke gibt¹⁰, so leben wir aus zwei Gründen keinesfalls auf einer sprichwörtlichen Insel der Seligen. Erstens sind in unmittelbarer Nähe Österreichs 14 Atomkraftanlagen in Betrieb, deren Sicherheitsvorkehrungen Besorgnis erregend sind, weil sie einem Erdbeben nicht standhalten würden. Ein Fukushima oder Tschernobyl 2.0 könnte sich also jederzeit vor unserer Haustüre abspielen.¹¹ Und Zweitens reicht, dem steigenden Energiebedarf in Österreich zollend, die in Österreich erzeugte Energie für die Bevölkerung seit dem Jahr 2001 nicht mehr, weswegen Strom aus Atomkraft importiert werden musste. 2010 hat der Anteil des Atomstroms am Gesamtstromverbrauch bei sechs Prozent gelegen – das entspricht etwa der Menge, die das AKW Zwentendorf an das österreichische Stromnetz geliefert hätte.¹² Einem Atomstromcheck der beiden Umweltorganisationen Greenpeace und Global 2000 zufolge, hat der Atomstrom-Anteil in Österreich mit Stand Jänner 2012 immer noch bei vier Prozent gelegen.¹³ Und das obwohl die Einstellung der Österreicher zum Atomstrom eine deutliche Sprache spricht. Einer Umfrage zufolge, die von Greenpeace und Global 2000 im Juni 2011 durchgeführt worden ist, haben sich 80 Prozent der Österreicher gegen Atomstromimporte durch österreichische Energieversorger ausgesprochen. Ganze 74 Prozent würden ein Verbot derartiger Importe begrüßen.¹⁴ Eine weitere Umfrage, dieses Mal aus dem Hause des Linzer Instituts Market, hat kurz nach dem Unglück in Japan gezeigt: nur rund ein Viertel der befragten Österreicher hält die Atomkraft für sicher. Ganze 72 Prozent halten die Kernenergie für weniger oder gar nicht sicher. Weiters glauben fast neun von zehn befragte Österreicher, dass man die Atomkraft durch andere Energiequellen ersetzen kann.¹⁵

Auch vor dem Unglück in Japan war die Haltung der Österreicher eindeutig. Dem YouGov-Panel¹⁶ der Marktforschungsinstituts Psychonomics in Klagenfurt zufolge,

¹⁰ vgl. o.A. (o.J.): Das Ergebnis der Volksabstimmung. Unter:

<http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-06.html>.

¹¹ vgl. APA Original Text Service (2012): 1972: Erdbeben zerstört Atomkraftwerk Zwentendorf. APA/OTS-Nr.: 0018 5 CI 0403 GLL0001 KI.

¹² vgl. Zirm (2011): Das AKW Zwentendorf ist seit 2001 in Betrieb. In: Die Presse vom 15.03.2011.

¹³ vgl. APA Original Text Service (2012): Atomstrom-Check: Immer noch 4 Prozent Atomstrom-Anteil in Österreich. APA/OTS-Nr.: 0060 5 CI 0504 GRP 0001.

¹⁴ vgl. ebenda.

¹⁵ vgl. o.A. (2011): 80 Prozent glauben Ausstiegsplänen nicht. Unter:

<http://www.oe24.at/oesterreich/chronik/Umfrage-in-Oesterreich-80-glauben-Atom-Ausstiegsplaene-nicht/20455799>.

¹⁶ Panel aus 950 Personen ab 16 Jahren, das nach eigenen Angaben regelmäßig die Meinung der Österreicher erfragt.

haben sich 2009 80 Prozent der befragten Österreicher für die Stilllegung des tschechischen Atomkraftwerks Temelin ausgesprochen. 70 Prozent bewerten das grenznahe AKW Temelin zudem als Risiko.¹⁷

Doch nicht überall sind die Fronten so geklärt wie in Österreich. In vielen anderen Ländern Europas erlebt die Atomkraft derzeit eine Renaissance. So haben beispielsweise Frankreich, Großbritannien, Polen und Tschechien zu Beginn des Jahres 2012 angekündigt, die Atomkraftanlagen in ihren Ländern weiter ausbauen zu wollen. Diese Länder haben außerdem vorgeschlagen, die EU-Atomkraft ähnlich wie Wind- oder Solarkraftanlagen zu subventionieren.¹⁸

Entsprechende Pläne zum Bau von Atomstromanlagen gibt es aber auch im baltischen Raum. Die EU-Staaten Lettland, Estland und Litauen wollen beim Bau eines Kernkraftwerks kooperieren. In der russischen Exklave Kaliningrad sollen zudem zwei Reaktoren gebaut werden, von denen der erste schon 2017 an das Stromnetz angeschlossen werden könnte. Zwei Reaktoren sind außerdem in Weißrussland in Planung.¹⁹

Hintergrund dieser Pläne ist ein Energiedilemma, das sich bisweilen auch in Österreich gezeigt hat. In den Industrienationen wird immer mehr Energie verbraucht. Der größte Stromtreiber steht mit den Elektroautos aber erst in den Startlöchern. Trotzdem wird mit Blick auf internationale Klimaschutzziele vom Bau von Kohle- oder Gaskraftwerken abgesehen. Ein Teufelskreis? Diese Zwickmühle nutzen Atombefürworter. Sie werden nicht müde zu betonen, dass die Atomkraft eine CO₂-neutrale und damit grüne Energiequelle ist.²⁰

Doch nicht überall in Europa gibt es Aufwind für die Atomkraft. Bei einem Referendum in Italien haben sich unglaubliche 95 Prozent der Abstimmungsberechtigten gegen die Wiedereinführung der Atomkraft ausgesprochen. Italien ist damit nach Deutschland

¹⁷ vgl. APA Original Text Service (2009): Online-Umfrage zur Atomenergie. Österreicher fordern Schließung des Atommeilers Temelin. APA/OTS-Nr.: 0209 PSO0001 0382.

¹⁸ vgl. o.A. (2012): Vier EU-Staaten fordern Subventionen für Atomkraft. Unter: <http://derstandard.at/1334132492994/Medienbericht-Vier-EU-Staaten-fordern-Subventionen-fuer-Atomkraft>.

¹⁹ vgl. o.A. (2012): Vier Reaktoren in Kaliningrad und Weißrussland geplant. Unter: <http://derstandard.at/1332323781011/Vier-Reaktoren-in-Kaliningrad-und-Weissrussland-geplant>.

²⁰ vgl. Zirm (2011): Das AKW Zwentendorf ist seit 2001 in Betrieb. In: Die Presse vom 15.03.2011.

bereits das zweite G8-Land, das auf Kernenergie verzichtet,²¹ denn unser nördlicher Nachbar hat zuvor den Ausstieg aus der Atomwirtschaft bis 2022 beschlossen. Sieben Kraftwerke sind sofort nach der Atomkatastrophe in Japan abgeschaltet worden, sechs folgen bis 2021, drei 2022, ein Kraftwerk bleibt als so genannte „Kalte Reserve“ im Stand-by-modus, um Engpässen entgegenzuwirken.²²

Auch in Österreich sind zuletzt die Weichen gegen den Atomstrom gestellt worden. Am 16. April 2012 hat die österreichische Bundesregierung beschlossen, dass Österreich atomstromfrei wird. Strom, der aus dem Ausland importiert wird, muss künftig als solcher gekennzeichnet sein. Handelt es sich um Graustrom – dabei ist von Strom unbekannter Herkunft die Rede – so ist ein Import verboten. Das entsprechende Gesetz tritt für Haushaltskunden ab 1. Jänner 2013 in Kraft.²³

Doch bis zu diesem Schritt war es auch für Österreich ein langer Weg. Dem Faktum, dass es heute bis auf einen Forschungsreaktor der Universität Wien²⁴ keine kommerziell genutzte Atomkraftanlage innerhalb der österreichischen Staatsgrenze gibt, ist eine jahrelange Debatte zur Nuklearenergie vorausgegangen. Einen Teil dieser Debatte gilt es nun im Rahmen dieser Arbeit zu beleuchten und aufzuarbeiten.

1.2 Problemaufriss

Blicken wir zurück in die sechziger und siebziger Jahre, so ist in Österreich einer der Meinungen gewesen, dass man dem bevorstehenden Energieproblem mit einem Atomkraftwerk zuvor kommen kann. „Ich bin der Meinung...“ war nämlich jene beliebte Floskel, die vom damaligen Bundeskanzler Bruno Kreisky für die Einleitung seiner politischen Statements benutzt wurde. Er gilt auch heute noch als erfolgreichster Politiker der SPÖ und als beliebtester Kanzler der zweiten Republik. Die

²¹ vgl. o.A. (2011): Referendum in Italien – rund 95 Prozent gegen Atomkraft. Unter: http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/italien-referendum-in-italien-rund-95-prozent-gegen-atomkraft_aid_636620.html.

²² vgl. Sieben (2011): Deutschland schaltet ab – Röntgen strahlt. Unter: <http://www.rp-online.de/panorama/ausland/fukushima/deutschland-schaltet-ab-roettgen-strahlt-1.1287546>.

²³ vgl. APA Original Text Service (2012): Greenpeace und GLOBAL 2000: „Österreich wird atomstromfrei“. APA/OTS-Nr.: 0211 5 CI GLL0003 II.

²⁴ Für weiterführende Informationen dazu vgl. http://www.ati.ac.at/~kerntech/TRIGA_deutsch.htm.

Sozialdemokraten hat er immerhin 16 Jahre lang angeführt.²⁵ Die Beliebtheit des Kanzlers und seiner Partei hat sich auch in den Wahlergebnissen widerspiegelt. Dreimal hat die SPÖ unter Kreisky die Absolute Mehrheit erringen können. Österreichs Sozialdemokraten waren damit unter ihresgleichen die erfolgreichsten in Europa.²⁶

Warum Kreisky ein derart beliebter Kanzler war, kann an dieser Stelle wohl nicht ausreichend geklärt werden. Allerdings kann im Rahmen dieser Arbeit in aller Kürze der Versuch unternommen werden, die Beliebtheit zumindest an einem Teilaspekt, nämlich am gesellschaftspolitischen Entwicklungsprozess Österreichs festzumachen. Mit dem gesellschaftlichen Wertewandel hat auch die Politik die Notwendigkeit eines Wandels erkannt. So war die Ära der Kanzler Klaus und Kreisky von Mitte der Sechziger bis Mitte der Siebziger von einem Reformwillen geprägt, wie er selten in der Geschichte Österreichs vorgekommen ist. Geprägt vom steigenden Wohlstand hat sich eine Konsumgesellschaft entwickelt, die sich nach der Befriedigung der Bedürfnisse abseits des unmittelbaren Lebenserhaltungsbereiches gesehnt hat. Die Entwicklung hat steigende Mobilität, mehr Bildung, Emanzipation, kulturelle und politische Partizipationsbereitschaft und ein Mehr an persönlicher Individualisierung mit sich gebracht. Materielle Träume sind bei gleichzeitiger Verbilligung des erweiterten Angebots erfüllt worden.²⁷

Unvergessen ist die Meinung Kreiskys daher auch heute noch, nicht nur im politischen, sondern auch im gesellschaftlichen Diskurs. Erst 2011, als sich der Geburtstag Kreiskys zum 100. Mal jährte, haben sich Österreichs Medien vermehrt dem politischen Wirken des „Sonnenkönigs“ gewidmet. Ein Aspekt dieser Jubiläums-Berichterstattung, die sich vorwiegend in den österreichischen Tages- und Wochenzeitungen finden hat lassen, war das fertig gestellte, aber nie in Betrieb gegangene Atomkraftwerk in Zwentendorf in Niederösterreich – von Medien oft als größte Investitionsruine der österreichischen Wirtschaftsgeschichte bezeichnet.²⁸ Der beliebteste Kanzler der zweiten Republik, ebenfalls eine in den Medien weit verbreitete und durch Umfragen gestützte

²⁵ vgl. Plank (2011): 100 Jahre Kreisky. Was von der Ära blieb. Unter: <http://oe1.orf.at/programm/264845>.

²⁶ vgl. Kriechbaum (2006), S.50.

²⁷ vgl. ebenda, S.5ff.

²⁸ vgl. Tempfer (2010): Von der Investitionsruine zum Museum. Unter: http://www.wienerzeitung.at/themen_channel/wzwissen/forschung/43612_Von-der-Investitionsruine-zum-Museum.html.

Bezeichnung²⁹, war wie zuvor erwähnt der Meinung, dass ein Atomkraftwerk ein herannahendes Energieproblem lösen und für Österreich Wohlstand bringen würde. Stattdessen hat der Bau – wie in der vorliegenden Arbeit an einer späteren Stelle erläutert wird – den Staatsbilanzen tiefer Zahlen beschert³⁰, eine gestärkte Grüne Alternative Bewegung hervorgebracht, und eine Mehrheit der Österreicher auf eine ablehnende Haltung dem Kernkraftwerk gegenüber eingeschworen.³¹ Außerdem lässt sich an dieser Stelle feststellen, dass mit der ersten Volksabstimmung und der voranschreitenden Entwicklung eine Demokratisierungs- und Partizipationsbewegung eingesetzt hat. Dieser Paradigmenwechsel hat bereits in den frühen Siebzigern eingesetzt. Aus dem bürgerlichen Lager heraus haben sich Initiativen gebildet, um sich gegen das repräsentativdemokratische System aufzulehnen und um ihre Anliegen im Bereich des Umweltschutzes zu artikulieren.³²

Ausgangspunkt für die vorliegende Arbeit war nun die Überlegung, dass jeder demokratischen Entscheidung eine demokratische Entscheidungsfindung vorausgeht – und genau diese ist für die vorliegende Arbeit von Interesse. Die Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Wahlberechtigten hat sich 1978 gegen das bereits gebaute Atomkraftwerk ausgesprochen. Zwei Aspekte sind dem Autor in diesem Kontext besonders wichtig, sowie für die vorliegende Arbeit von Bedeutung. Erstens war diese Mehrheit mit knapp über 50 Prozent – genau genommen waren es 1,606.777 zu 1,576.709 Stimmen – eine sehr geringe. Zweitens hatten die Atombefürworter zwei entscheidende Vorteile: die Atomkatastrophe Tschernobyl passierte erst acht Jahre später und das Atomkraftwerk in Zwentendorf war bereits gebaut.³³ Es ist wohl eine gewagte Annahme, die der Autor an dieser Stelle weder zu verifizieren noch zu falsifizieren beabsichtigt, allerdings dürfte der Bau des Atomkraftwerkes vor der geplanten Abstimmung der größte Vorteil gewesen sein, den sich der damalige Bundeskanzler als Atombefürworter gegenüber seinen Gegnern herausgearbeitet hat.

²⁹ vgl. o.A. (2011): Kreisky beliebtester Bundeskanzler. Unter: <http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/innenpolitik/art385,533993>.

³⁰ vgl. o.A. (o.J.): Chronologie zu Zwentendorf. Unter: <http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>.

³¹ vgl. o.A. (o.J.): Neue Soziale Bewegungen. Unter: http://www.erinnerungsort.at/thema7/u_thema1.htm.

³² vgl. Kriechbaum (2008), S. 239.

³³ vgl. o.A. (o.J.): Was soll aus dem AKW Zwentendorf werden? Unter: <http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-06.html>.

Schließlich waren die 70er und 80er Jahre durchaus geprägt vom Spargedanken³⁴ – kurz und knapp: was gebaut wird muss auch in Betrieb genommen werden, oder anders formuliert: Verschwendet wird nichts! Und trotzdem hat im Kampf um die Atomkraft in einer Volksabstimmung eine knappe aber entscheidende Mehrheit der Atomgegner über die Befürworter gesiegt. Die Frage ist warum? Dies hat natürlich vielerlei Gründe und nicht den einen, alles entscheidenden Grund.

Für die Forschung ergibt sich nun die Fragestellung, welche Rahmenbedingungen dazu geführt haben, dass es für Kreisky trotz günstiger Voraussetzungen zum Ungünstigsten gekommen ist. Warum hat also einer der beliebtesten Bundeskanzler der zweiten Republik seinen Wunsch, nämlich ein Atomkraftwerk in Österreich in Betrieb zu nehmen, nicht durchsetzen können?

1.3 Ziel der Arbeit

Der Autor strebt im Zuge der vorliegenden Arbeit an, Gründe für die Ablehnung des Atomkraftwerks Zwentendorf bei der Volksabstimmung herauszuarbeiten. Dazu soll einerseits Bedacht auf das Kommunikationsverhalten des Kanzlers genommen, andererseits das Augenmerk aber auch auf die gesellschafts- und medienpolitischen Begebenheiten gelegt werden. Im Sinne einer offenen Vorgehensweise hat sich der Autor zur Klärung des Forschungsproblems auf die Suche nach kundigen Experten gemacht, die entweder in der Zeit der Kanzlerschaft Bruno Kreiskys in seinem Umfeld tätig gewesen sind, zu dieser Zeit auf der gegnerischen Seite aktiv waren oder sich sonst irgendwie im Sinne des Forschungsinteresses als Experte auszeichnen.

Da sich die Literatur zu diesem speziellen Thema in Grenzen hält, ist es dem Autor umso wichtiger, nicht nur auf Literatur zurückzugreifen, sondern Ergebnisse auch mit Hilfe von Leitfadeninterviews zu gewinnen. Die Hintergründe der Volksabstimmung aus Sicht der Kommunikationswissenschaften zu erforschen und niederzuschreiben ist aus der Sicht des Autors außerdem längst überfällig und aufgrund der Folgen³⁵, die

³⁴ Bianci und Weber beschreiben in einer Studienarbeit, wie die Regierung Kreisky mit den Folgen der Ölkrise umgegangen ist. Vgl. dazu Bianchi; Weber (2006), S.11f.

³⁵ So hat der Nationalrat kurze Zeit nach der Volksabstimmung das Atomsperrgesetz beschlossen. Vgl. dazu o.A.: Das Ergebnis der Volksabstimmung. Unter: <http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-06.html>.

diese Volksabstimmung mit sich gebracht hat, von Bedeutung, sowohl für die gegenwärtige und zukünftige fachliche Auseinandersetzung, als auch für das Fach selbst.

Das Forschungsprodukt soll einerseits einen fundierten wissenschaftlichen Beitrag und andererseits eine Vertiefung des Themas aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive darstellen, sowie zu weiterführenden Forschungsarbeiten anregen.

1.4 Forschungsstand

Zum Forschungsstand möchte der Autor folgendes anmerken: Die Volksabstimmung zum Kernkraftwerk in Zwentendorf ist – im Kontext mit den gesellschaftlichen Ereignissen – eine aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht in der Literatur kaum behandelte Materie. Zwar ist die Atomkraft in Verbindung mit dem Standort Zwentendorf als Thema allgemein an mehreren Instituten der Universität Wien aufgegriffen worden. Am Institut der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft ist die Materie bisher aber nur spärlich bearbeitet worden. Zur Debatte über Zwentendorf findet sich auf der Fachbibliothek eine Arbeit von Ronald POHORYLES, der sich allerdings auf Entscheidungsprozesse des Journalisten als Gatekeeper beschränkt und die Risikobeurteilung desselben in der Kerntechnologiedebatte beleuchtet. Eine Diplomarbeit von Florian PREMSTALLER beschäftigt sich zudem grundsätzlich mit der Kernenergiepolitik während der Ära Kreisky. Eine andere Diplomarbeit von Christoph SCHINDEGGER wiederum geht der Frage der Darstellung der Kernenergiekontroverse in den österreichischen Tageszeitungen nach. Eine noch nicht veröffentlichte Arbeit konzentriert sich hingegen nur auf die Darstellung der Debatte in der Arbeiterzeitung.

Daneben findet sich Literatur in diversen Büchern, die sich allerdings mit Teilaspekten zu diesem Thema beschäftigen. Beispielhaft dafür möchte der Autor ein Werk von Anton PELINKA anführen, der einen Sammelband zum Thema Populismus veröffentlicht hat. Bernhard NATTER geht darin der Frage nach einem Konfliktverhältnis zwischen den Bürgern und der Mächtigen nach. Darüber hinaus findet sich in den Bibliotheken eine Vielzahl von Büchern zum Thema Demokratie- und Partizipationsbewegungen. Hans Heinz FABRIS etwa beschäftigt sich in seinem Werk

„Journalismus und bürgernahe Medienarbeit“ mit den Formen und Bedingungen der Teilhabe an gesellschaftlicher Kommunikation. Robert KRIECHBAUM hingegen widmet einen erheblichen Teil seiner Arbeiten der gesellschaftlichen Entwicklungen der damaligen Zeit.

Darüber hinaus findet sich überdurchschnittlich viel Literatur über die Person Kreisky. Exemplarisch dafür ist die Arbeit von Gabriele WALDNER hervorzuheben, die der Frage nach dem Journalistenkanzler nachgegangen ist und Kreisky weniger als Kanzler, sondern vielmehr als Medienstar beleuchtet und untersucht hat.

1.5 Aufbau der Arbeit

Für die Beantwortung der Forschungsfragen wird qualitativ geforscht werden. Dazu hat sich der Autor für Leitfadeninterviews mit Experten entschieden. Bevor sich die vorliegende Arbeit aber mit der Methode beschäftigt, wird sie sich der Beantwortung der Fragen in Etappen nähern.

Zunächst werden für die Arbeit wichtige Begriffe geklärt und im Sinne der vorliegenden Arbeit definiert. Anschließend geht es einerseits an die historische Aufarbeitung der Materie. Andererseits wird unterstützend dazu ein theoretischer Rahmen gebildet, der im Stande sein soll, den Forschungsgegenstand sowie die qualitative Vorgangsweise an sich zu unterstützen.

Die Arbeit wird sich zu Beginn historisch mit Kreisky und seiner Politik beschäftigen. Dieser Teil beruht vorwiegend auf Literatur, die zu diesem Thema – u.a. auch im Rahmen des Kreisky-Gedenkjahres – in den letzten Jahren veröffentlicht worden ist. Da das Fundament des historischen Rahmens aber die Volksabstimmung Zwentendorf sowie die damit verbundenen gesellschafts- und medienpolitischen Entwicklungen darstellen werden, wird auf eine umfassende bibliographische Beschreibung der Person Kreisky im Rahmen dieser Arbeit verzichtet. Stattdessen wird vermehrt auf Kreisky als Kanzler zwischen 1970 und 1983 Bezug genommen werden.

Nachdem sich der Leser mit der historischen Aufarbeitung beschäftigt hat, wird auf den theoretischen Rahmen eingegangen. Im Zusammenhang mit der Kommunikation Kreiskys zum Thema Zwentendorf steht für die vorliegende Arbeit die Frage der Medienwirkung, also wie massenmedial verbreitete Aussagen den Empfänger dieser

Botschaften beeinflussen, im Vordergrund. Der theoretische Rahmen wird dahingehend auf die Stimulus-Response-Theorie sowie auf das Modell des Zweistufenflusses der Kommunikation eingehen. Des Weiteren wird der Autor auf die Überredungskommunikation der Hovland-Gruppe zu sprechen kommen. Hier geht es nach BLEDDIAN um jene Stimuli, mit der bewusst das Verhalten und die Einstellung des Empfängers mit Hilfe einer Botschaft beeinflusst werden soll.³⁶ Außerdem wird der Autor auf konsistenztheoretische Ansätze zu sprechen kommen. Hierbei geht es im Sinne der Wirkungsforschung vor allem darum, wie mit einer an die Rezipienten gerichteten Botschaft kognitives Gleichgewicht hergestellt oder gestört werden kann.³⁷ Im Sinne des gesellschaftlichen Wandels und der Demokratisierung wird in der vorliegenden Arbeit zudem auf die Begriffe Demokratietheorie und Partizipation eingegangen – Begriffe, zu der auch die Vorstellungen Rainer GEISLERS passen, der sich mit der partizipatorisch-pluralistischen Demokratie beschäftigt hat.³⁸ Zudem wird das RAS-Modell von John ZALLER beleuchtet. Das Recieve-Accept-Sample-Modell geht davon aus, dass Menschen rezipieren, also Informationen aufnehmen, sie akzeptieren oder nicht, und bei der Abfrage ihrer Meinung – etwa bei Wahlen, Gesprächen, Abstimmungen oder dergleichen – auf der Grundlage der vorangegangenen Prozesse die aufgenommenen Informationen dazu verwenden, eine Art Gedächtnis-Stichprobe zu ziehen und sie als Grundlage für ihre Entscheidung oder Meinung verwenden.³⁹

Ein weiterer Teil der Arbeit wird schließlich auch der methodische Teil sein. Wie zuvor erwähnt wird der Autor Leitfadeninterviews mit Experten durchführen. Die Begründung der Methodenwahl und der Durchführprozess an sich sind ebenso Bestandteil des methodischen Rahmens wie die Begründung der Wahl der Experten.

Die Arbeit wird schließlich mit der Auswertung, der Beantwortung der Forschungsfragen in Form einer Verknüpfung des historischen und theoretischen Rahmens mit den Ergebnissen der qualitativen Forschung, sowie mit der Konklusion, abschließen.

³⁶ vgl. Bledjian (1969). In: Burkart (2002), S. 19.

³⁷ vgl. Burkart (2002), S. 204.

³⁸ vgl. ebenda, S. 521f.

³⁹ vgl. Drahts (2007), S. 127f.

1.6 Wichtige Anmerkungen

Für die vorliegende Arbeit ist zur Darlegung der Problemstellung sowie zum theoretisch fundierten Erkenntnisgewinn auf Literatur aus dem gesamten deutschsprachigen Raum, vorwiegend aus den Bibliotheken der Universität Wien, zurückgegriffen worden. Dem Autor sind Umfragen und Studien zur Verfügung gestanden. Außerdem hat die Möglichkeit bestanden auf die umfangreiche Original Text Service- und Austrian Press Agency-Datenbank – kurz APA/OTS – zurückzugreifen, was das Auffinden derartiger Umfragen erleichtert hat.

Ein Teil der Literatur zur historischen Darlegung des Themas hat sich zudem in Internetdatenbanken sowie allgemein im Internet gefunden. Da das Kreisky-Jahr so kurz zurück liegt, haben sich auf vielen Webseiten von renommierten Zeitungen zahlreiche Artikel zum Forschungsgegenstand finden lassen. Sie sind nicht immer in die Arbeit eingebaut worden, haben aber sehr geholfen sich grundsätzlich einen Überblick zu verschaffen und sich auch abseits des Themas ein Know How zu erarbeiten.

Die vorliegende Arbeit ist nach den Regeln der deutschen Rechtschreibung verfasst. Dem Autor ist es wichtig anzumerken, dass Rechtschreib-, Grammatik-, oder Sinnfehler in direkten Zitaten übernommen und nicht korrigiert dargestellt worden sind. Auf eine geschlechterspezifische Differenzierung mittels Binnen-I ist zudem verzichtet worden, da sich betroffene Aussagen sowohl auf weibliche als auch männliche Charaktere beziehen. Die Darstellungsform ohne Binnen-I ist außerdem aufgrund der besseren Lesbarkeit gewählt worden und hat keinerlei Diskriminierungsabsichten.

Zitiert wird – ebenfalls aus Gründen der besseren Lesbarkeit – nach der deutschen Zitierweise. Der Autor erlaubt sich zudem im Einzelfall, auf sachliche Ergänzungen, etwa bei Aussagen oder Begriffen, die für das bessere Verständnis einer Erklärung bedürfen, allerdings für die gegenständliche Arbeit an sich nicht von Bedeutung sind, in den Fußnoten einzugehen.

Der Autor hat sich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit einzuholen.

2. Forschungsleitende Fragestellungen

2.1. Forschungsfrage

Die beiden Forschungsfragen, die der vorliegenden Arbeit zugrunde liegen, werden vom Autor im Sinne eines besseren Überblicks weiter unterteilt. Mit den Fragen gilt es herauszufinden, welche Faktoren grundsätzlich für das Votum bei der Volksabstimmung sowie für die Entwicklung dahingehend verantwortlich zeichnen. Die beiden Forschungsfragen nehmen dabei Bedacht darauf, dass die Gründe, warum der beliebteste Bundeskanzler der zweiten Republik seinen Wunsch nach einem Atomkraftwerk nicht durchsetzen konnte, sowohl im Kommunikationsverhalten des Kanzlers, als auch in der Entwicklung der Gesellschaft und der Medien gesucht werden. Die Annahme liegt nahe, dass das Kommunikationsverhalten nicht unanhängig vom Zeitgeist betrachtet werden kann.

2.1.1 Forschungsfrage zum Faktor Kommunikation

Welche Fehler, hinsichtlich der Kommunikation zum Thema Atomkraftwerk Zwentendorf, hat Kreisky vor der entscheidenden Volksabstimmung gemacht?

2.1.2 Forschungsfrage zum Faktor Umwelt

Welche medien- und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen waren für das Scheitern Kreiskys bei der Volksabstimmung zum Bau des Atomkraftwerks in Zwentendorf ausschlaggebend?

2.2 Subforschungsfragen zum Faktor Kommunikation

Weiters subsumieren sich unter diese Gesamtfragestellung Subforschungsfragen, die der Konkretisierung und thematischen Aufteilung der Forschungsfrage 1 dienen und daher von besonderem Interesse sind. Die Subforschungsfragen sind dem Faktor Kommunikation unterstellt, da sie die Kommunikation Kreiskys in den Mittelpunkt des Interesses rücken. Bei der Formulierung der Subforschungsfragen 1 und 2 ist auf Details Bedacht genommen worden, die möglicherweise Aufschluss über Kommunikationsfehler geben können bzw. eine Erklärung erbringen können, warum das Atomkraftwerk bei der Volksabstimmung abgelehnt worden ist. Subforschungsfrage 3 soll hingegen auch die Zeit nach der Volksabstimmung beleuchten.

- *SFF1: Mit welchen Offensiv-Maßnahmen hat Kreisky versucht das Ergebnis der Volksabstimmung zu seinen Gunsten zu beeinflussen?*
- *SFF2: Wie ist Kreisky mit den Medien umgegangen um seine Ziele dahingehend zu verfolgen?*
- *SFF3: Wie hat Kreisky seine politische Niederlage in der Öffentlichkeit kommuniziert?*

3. Präzisierung der Begriffsimporte

Zur Einleitung des historischen Rahmens sollen im Folgenden einige Begriffe im Hinblick auf die Politikwissenschaft definiert und präzisiert werden. Die Erläuterungen dazu sollen vor allem dem Überblick und dem besseren Verständnis, hinsichtlich der Auseinandersetzung mit dem Thema dienen.

Des Weiteren beabsichtigt der Autor zwar nicht in die Tiefen der Atomphysik einzutauchen. Allerdings ist auch hier ein kurzer Überblick über die Begriffe für das Verstehen der Materie sinnvoll. Im Folgenden soll daher kurz dargelegt werden, wie ein Atomkraftwerk grundsätzlich funktioniert und wie anhand eines Atoms Energie gewonnen wird.

3.1 Begriffe aus der Kommunikations- und Politikwissenschaft

3.1.1 Öffentlichkeit und öffentliche Meinung

Obwohl die Begriffe ‚öffentlich‘, ‚Öffentlichkeit‘ und ‚öffentliche‘ Meinung zum Alltags sprachlichen und wissenschaftlichen Diskurs gehören, ist oft unklar, was genau damit gemeint ist. So hat bereits MARCINKOWSKI in seiner Studie über Volksentscheidungen festgestellt, dass es sich um äußerst schillernde Begriffe handelt. Er unterscheidet grob zwischen subjekt- und kommunikationsbezogenen Verständnis der öffentlichen Meinung. Nach dem subjektbezogenen Konzept ist die öffentliche Meinung nicht anderes⁴⁰

„als die durch repräsentative Bevölkerungsumfragen gültig und zuverlässig ermittelbare Verteilung der Präferenzen für bestimmte Entscheidungsoptionen zu politischen Sachfragen in der nationalen Stimmbürgerschaft.“⁴¹

⁴⁰ vgl. Marcinkowski (2011), S.13f.

⁴¹ Marcinkowski (2011), S.14.

Gegen diese Definition, die sich dem Forscher zufolge in der Literatur öfters findet, regt sich aber breiter Widerstand. So hat etwa HENNIS ausgeführt, dass der Meinung der Ahnungslosen gleich viel Wichtigkeit beigemessen wird, wie der politischen Anschauung Informierter. Die gesammelte Meinung, die dann als repräsentativ ausgegeben werde, könne den politischen Willen einer demokratischen Bevölkerung nicht widerspiegeln. Auch der Soziologe BORDIEU hinterfragt, ob jede Meinung gleich viel Wert sei, denn genau das unterstelle die Meinungsforschung, wenn sie Meinungen summiert und eine so genannte Durchschnittsmeinung erstellt.⁴²

Eine wichtige Quelle des kommunikationsbezogenen Konzepts der Öffentlichkeit und der öffentlichen Meinung stammt von LUHMANN. So dient die öffentliche Meinung, die als ein Produkt der öffentlichen Kommunikation hervorgeht, der Politik als entscheidende Bezugsgröße, wenn es um die Entscheidung über Entscheidungsinhalte geht. Nur so kann die Politik ihre gesellschaftliche Funktion erfüllen, in dem sie weiß, womit sie sich beschäftigen muss und womit nicht. Der Öffentlichkeitsbegriff beschränkt sich dabei darauf, dass Themen in der interpersonalen Kommunikation akzeptiert werden oder anders gesagt, dass ihr Bekanntsein bekannt ist.⁴³

Nicht immer ist es so kompliziert. Mal wird mit dem Begriff „öffentlich“ auch einfach nur vom Gegenbegriff „privat“ abgegrenzt. Ein anderes Mal werden damit Sachverhalte beschrieben, die von jedermann einsehbar sind. Öffentlichkeit wird hingegen als eine Gemeinschaft von Bürgern oder als potentieller Adressat massenmedial verbreiteter Aussagen verstanden. Die öffentliche Meinung ist wiederum die herrschende oder die durch die Berichterstattung veröffentlichte Meinung. Mit dem Begriff werden aber auch sozial akzeptierte Meinungen bezeichnet. Worauf HUG mit seiner Erklärung hinaus will ist, dass es eine Vielzahl von Begriffen, nicht aber den einen, alles umfassenden und erklärenden Begriff der Öffentlichkeit gibt. Öffentlichkeit soll, geht es nach den Vertretern verschiedener sozialwissenschaftlicher Disziplinen, vor allem als kommunikatives System verstanden werden. GERHARDS und NEIDHARDT sehen den Begriff der Öffentlichkeit in Verbindung mit dem Kommunikationsbegriff auf die massenmedial vermittelte Öffentlichkeit reduziert. GERHARDS und MARCINKOWSKI beschreiben Öffentlichkeit weiters als ein autonomes

⁴² vgl. Marcinkowski (2011), S.14f.

⁴³ vgl. ebenda, S.16ff.

Funktionssystem, das gesellschaftliche Selbstbeobachtung generieren soll.⁴⁴ Sie betrachten wie GERHARDS und LUHMANN den Begriff der Öffentlichkeit im Lichte des Spiegelmodells. Hier erfüllt die Öffentlichkeit nur eine Transparenz-Funktion, in dem sich die Gesellschaft durch Veröffentlichung von Themen selbst beobachtet. Eine öffentliche Meinung entsteht nach diesem Verständnis aber nicht. Die Massenmedien produzieren Öffentlichkeit dabei nicht, sie repräsentieren sie.⁴⁵

“Über vielfältige strukturelle Kopplungen mit der Umwelt nehmen die Medien Selbstbeschreibungstexte der Systeme ihrer Umwelt selektiv auf, fügen ihnen eigene Beschreibungen hinzu und repräsentieren beides nach aussen.”⁴⁶

Die Spiegelmetapher kann aber nicht als realitätsgenaueres Punkt-zu-Punkt-Abbild der Öffentlichkeit verstanden werden, sondern als spiegelverkehrter Abbild, das – wie eben beim normalen Spiegel – durch Form und Größe des Spiegels begrenzt ist. Was man sieht hängt davon ab, wie man (in dem Fall das Beobachtermedium) in den Spiegel hinausschaut.⁴⁷

Einen anderen Blickwinkel auf die Begriffe stammt von HABERMAS, der mit räumlichen Metaphern arbeitet. Er meint mit Öffentlichkeit einen für jedermann zugänglichen Kommunikationsraum um Meinungen und Inhalte zu verbreiten. Daraus entstehen öffentliche Arenen mit den unterschiedlichsten Themen. Diese können zwischen den Arenen wandern. Eine derartige Vernetzung ist aber nur möglich, wenn die gleiche Sprache gesprochen wird. Ist das der Fall, können durch eine derartige Verknüpfung Fach- und Teilöffentlichkeiten entstehen⁴⁸ - Begriffe, die im Verlauf der späteren Arbeit noch von Bedeutung sein werden. HABERMAS hat in seinem Werk zum Strukturwandel der Öffentlichkeit den Begriff der kritischen bürgerlichen Öffentlichkeit herausgearbeitet, in der jeder das gleiche Recht hat seine Meinung zu jedem beliebigen Thema zu äußern, ohne dabei von der Gruppe des Publikums ausgeschlossen zu werden. Öffentlichkeit soll damit als demokratisches Forum gesehen werden, in dem jeder Bürger die Möglichkeit hat, an einem herrschaftsfreien Diskurs

⁴⁴ vgl. Hug (1997), S.290ff.

⁴⁵ vgl. Beck (2007), S.103f.

⁴⁶ Marcinkowski (2011), S.19.

⁴⁷ vgl. Marcinkowski (2011), S.19.

⁴⁸ vgl. ebenda, S.20f.

teilzunehmen. Zentrales Element ist die Kraft des besseren Arguments. Allerdings ist hier anzumerken, dass dieses Modell wohl keine zutreffende empirische Beschreibung des Begriffs beinhaltet, sondern vielmehr eines ist, an dem sich Bürger und Journalisten gleichermaßen zu orientieren haben.⁴⁹

Die Realität sieht oft ganz anders aus, wie MALETZKE treffend beschreibt: Der Kommunikator muss sich in seiner Rolle automatisch der Öffentlichkeit stellen. In dem er Aussagen veröffentlicht, werden diese an das Publikum weitergereicht, das dann wiederum als Kontrollinstanz fungiert und Aussagen überprüft. Diese Öffentlichkeit umfasst auch zahlreiche kritische Gruppen, wie Parteien, Kirchen oder professionelle Kritiker. Die üben oft einen starken Druck auf den Kommunikator aus um zu erreichen, dass bestimmte Aussagen veröffentlicht oder eben nicht veröffentlicht werden.⁵⁰ Desöfteren haben politikinteressierte Akteure bereits die Erfahrung gemacht mit ihren Themen nicht bis in die Medien durchzudringen – auch hier kommt wieder der Teil- bzw. Fachöffentlichkeits-Begriff von HABERMAS ins Spiel. Deshalb ist das Konzept der Gegenöffentlichkeit, etwa durch nicht-kommerzielle Medien, erstellt worden, um eine diskursive und kritische Öffentlichkeit herzustellen.⁵¹

Amitai ETZIONI versteht Öffentlichkeit hingegen als kybernetisches Modell. Öffentlichkeit soll dabei in einer ersten Phase offen sein für alle Themen und Meinungen. Danach geht es darum die Themen und Meinungen abzuwägen und – ähnlich wie HABERMAS – das bessere Argument hervorzuheben. Ziel ist schließlich in einer dritten Phase einen rationalen Konsens zu schaffen.⁵²

NEIDHART teilt Öffentlichkeit in drei Ebenen ein. In der Encounterebene erfolgt Kommunikation interpersonal zwischen zwei Personen oder innerhalb einer überschaubaren Gruppe. Die Ebene der Themenöffentlichkeit diskutiert bereits vor einem größeren Publikum, etwa bei Kundgebungen und Podiumsdiskussionen. Wird darüber in den Medien berichtet, betritt Öffentlichkeit die dritte Ebene, die Ebene der Medienöffentlichkeit. Wird Öffentlichkeit als Prozess begriffen, dann findet Kommunikation auch zwischen den Ebenen statt. Wird die Information von der dritten Ebene nach unten weitergegeben, dann spricht man gemeinhin vom Zwei- oder Mehrstufenfluss der Kommunikation (siehe dazu Theorieteil). Aber auch andersrum ist

⁴⁹ vgl. Beck (2007), S.101ff.

⁵⁰ vgl. Maletzke (1976), S.41.

⁵¹ vgl. Beck (2007), S.108.

⁵² vgl. ebenda, S.104.

der Informationsfluss möglich. Themen werden im kleinen Kreis diskutiert und dann an die Medien weitergereicht.⁵³

Tatsächlich kann der Begriff Öffentlichkeit nicht ohne die Begriffe öffentliche Meinung und öffentliche Kommunikation erklärt werden:

„Öffentlichkeit meint vor allem die vergleichsweise dauerhaften, aber historisch wandelbaren sozialen Strukturen öffentlicher Kommunikation. Hier geht es vor allem um Rollen, Akteure, Ebenen und Funktionen (Sozialdimension). Öffentliche Meinung kann als sachliche Strukturierung öffentlicher Kommunikation verstanden werden: Sie beschreibt die Karrieren von Themen, auf die sich Meinungsäußerungen und Anschlusskommunikationen insgesamt beziehen können (Sachdimension). Öffentliche Kommunikation meint vor allem den Prozesscharakter von Öffentlichkeit und öffentlicher Meinung (Zeitdimension).“⁵⁴

Für Ferdinand TÖNNIES ist die Öffentliche Meinung ein Ausdruck des Willens und nicht bloßes Meinen oder in Betracht ziehen von etwas. Er unterscheidet dabei die öffentliche Meinung von ‘der Öffentlichen Meinung’ insofern, als dass letztere bestimmter und einheitlicher auftritt, und auf ein Urteil eines gebildeten Publikums zurückgeht. Zudem unterscheidet TÖNNIES die feste von der flüssigen öffentlichen Meinung. Die feste Meinung ist eine langfristige und stabile Grundüberzeugung, während die flüssige Meinung schwankt, in Bewegung ist und sich daher auch ändern kann.⁵⁵

NOELLE-NEUMANN hingegen definiert die Öffentliche Meinung als eine Meinung, die man öffentlich zeigen müsse, um nicht isoliert zu werden:

„wertgeladene, insbesondere moralisch aufgeladene Meinungen und Verhaltensweisen, die man – wo es sich um festgewordene Übereinstimmungen handelt, z.B. Sitte, Dogma – öffentlich zeigen muss, wenn man sich nicht isolieren will; oder bei im Wandel begriffenem ‘flüssigen’ [TÖNNIES, Anmerk. d. Autors] Zustand öffentlich zeigen kann, ohne sich zu isolieren.“⁵⁶

⁵³ vgl. Beck (2007), S.105f.

⁵⁴ Beck (2007), S. 131.

⁵⁵ vgl. Beck (2007), S.112f.

⁵⁶ Noelle-Neumann (1982), S. 11

Für den Soziologen SCHÄFFLE ist die öffentliche Meinung das Produkt, das aus der Öffentlichkeit entsteht. Dabei spielt besonders die Presse eine bedeutende Rolle. Für Karl BÜCHER sieht in der öffentlichen Meinung hingegen ein oft auch emotionales Urteil und eine massenpsychologische Reaktion der Gesellschaft über abzulehnende oder bejahende Vorgänge, Maßnahmen oder Einrichtungen.⁵⁷

3.1.2 direkte und indirekte Demokratie

Das Prinzip der *direkten Demokratie* ist ein in der österreichischen Verfassung niedergeschriebener Grundsatz. Wird die Änderung eines Verfassungsgesetzes angestrebt, so kommt die direkte Demokratie in Form einer mittelbaren Teilnahme des Volkes am politischen Entscheidungsprozess mittels bindender Volksabstimmung zur Anwendung. Allgemein gesehen wird mit der Volksabstimmung über das Inkrafttreten eines Gesetzesbeschlusses entschieden. Bisher hat es in der zweiten Republik zwei Abstimmungen gegeben. 1978 über die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf sowie 1994 über den Beitritt Österreichs zur EU. Grundlage für die direkte Demokratie ist der Artikel 1 des Bundesverfassungsgesetzes von 1920. Demnach ist Österreich eine demokratische Republik und der Träger der Staatsgewalt das Volk. Neben der Volksabstimmung gibt es noch zwei weitere Elemente der direkten Demokratie. Einerseits das Volksbegehren, das einen Antrag des Volkes auf Erlassung eines Gesetzes darstellt, andererseits die Volksbefragung, die als Information für politische Entscheidungsträger angesehen werden kann.⁵⁸

Demgegenüber steht das System der *indirekten, repräsentativen Demokratie*, welches aussagt, dass die Bürger Organe wie etwa den österreichischen Nationalrat wählen, der dann im Sinne der repräsentativen Zusammenstellung durch das Volk Entscheidungen trifft und Gesetze erlässt. Man spricht in diesem Fall auch von einer mittelbaren Demokratie, die sich durch ein allgemeines, gleiches, geheimes und persönliches Verhältniswahlrecht auszeichnet. Das bedeutet wiederum, dass jeder Staatsbürger zur Wahl zugelassen ist, wenn er ein bestimmtes Alter erreicht hat (=allgemein), seine

⁵⁷ vgl. Beck (2007), S.112.

⁵⁸ vgl. Lichowski; Risak et al (2002), S.82 sowie S.85f.

Stimme gleich viel Wert ist wie jede andere Stimme (=gleich), niemand im Nachhinein imstande ist festzustellen, wie sich ein Wähler entschieden hat (=geheim), obwohl der Stimmzettel persönlich abgegeben werden muss (=persönlich). Von Verhältniswahlrecht wird außerdem dann gesprochen, wenn in einem Wahlkreis Abgeordnete gewählt werden, deren Sitze dann auf die Wahlwerbenden Parteien im Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen aufgeteilt werden. In Österreich muss für die Errung eines so genannten Mandats im Nationalrat eine Hürde von vier Prozent übersprungen werden.⁵⁹

3.1.3 Bundesregierung und Sozialpartner

Die österreichische Regierung ist vereinfacht gesagt oberstes Verwaltungsorgan und besteht aus Bundeskanzler, Vizekanzler sowie den Bundesministern. Vorsitzender der Regierung ist der Bundeskanzler, dem wichtige Koordinationsaufgaben zukommen. Für die vorliegende Arbeit ist die Definition der Regierungsformen von Bedeutung. So kann zwischen einer Allein-, einer Koalitions-, einer Konzentrations- und einer Minderheitsregierung unterschieden werden. Die Alleinregierung, die zwischen 1966 und 1970 etwa die ÖVP, und zwischen 1970 und 1983 die SPÖ gebildet hat, wird von den Mitgliedern einer einzigen Partei gegründet. Bei einer Koalitionsregierung sind es dann schon zwei Parteien. Notwendig wird das, wenn keine Partei bei der Nationalratswahl die absolute Mehrheit erzielen kann. Bilden die beiden ehemaligen Großparteien SPÖ und ÖVP eine Regierung, spricht man von einer Großen Koalition. Eine kleine Koalition besteht dann, wenn etwa wie zwischen 1983 und 1987 die SPÖ mit der FPÖ koalitiert. Eine Konzentrationsregierung liegt dann vor, wenn mehr als zwei Parteien eine Regierung bilden, so etwa die Regierung aus ÖVP, SPÖ und KPÖ zwischen 1945 und 1947. Von einer Minderheitsregierung spricht man hingegen dann, wenn die Regierungspartei nicht über eine Mehrheit im Nationalrat verfügt. Das war bisher zwischen 1970 und 1971 mit einer SPÖ-Minderheitsregierung unter Bruno Kreisky der Fall.⁶⁰

⁵⁹ vgl. ebenda, S.81ff.

⁶⁰ vgl. ebenda, S.111ff.

Als Sozialpartnerschaft bezeichnet man unterdessen eine Zusammenarbeit zwischen allen gesellschaftlich relevanten Gruppen mit dem Staat. Wer in Österreich als Arbeiter, Angestellter, Selbstständiger, Landwirt oder ähnliches tätig ist, wird auch automatisch Mitglied in der für ihn zuständigen Interessensvertretung. Hauptaufgabe dieser Kammer ist die Vertretung der Gruppen, etwa im Kampf gegen mehr Lohn oder Gehalt. In Österreich gibt es drei gesetzlich verankerte Interessenvertretungen. 1. die Wirtschaftskammer, in der alle selbstständigen Betriebe Österreichs Mitglied sind, 2. die Arbeiterkammer für Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge sowie Arbeitslose, sowie 3. die Landwirtschaftskammer, die alle selbstständigen Land und Forstwirte beherbergt. Daneben existieren zwei Interessensvertretungen mit freiwilliger Mitgliedschaft. 1. der österreichische Gewerkschaftsbund ÖGB, der die Dachorganisation für 13 Einzelgewerkschaften darstellt, sowie 2. die Industriellenvereinigung, mit Mitgliedern vor allem aus Wirtschaft und Industrie.⁶¹

3.1.4 Bürgerinitiative, Interessensgruppen und Partizipation

Eine Bürgerinitiative ist ein Kollektiv mehrerer Personen mit dem Ziel staatliche oder kommunale Vorhaben zu verhindern oder durchzusetzen. Ziel ist es also, einem gemeinschaftlichen Interesse Nachdruck zu verleihen. Bürgerinitiativen sind zu Anfangs als spontan ins Leben gerufene, relativ kurzlebige und locker organisierte Zusammenschlüsse definiert worden. Die Bewegung tritt dabei mit dem Anspruch auf, sich an der Entscheidung über ein bestimmtes Vorhaben zu beteiligen. Dabei können auch unkonventionelle Druckmittel zum Einsatz kommen um Öffentlichkeit herzustellen. Bürgerinitiativen zählen nun zu den Wegbereitern neuer sozialer Organisationsformen. So sind etwa die Ökologie- und Atombewegungen aus den Initiativen hervorgegangen. Die Bewegung kann sich meist über eine breite Unterstützung aus dem Volk freuen. Die Zahl der Aktivisten ist aber über die Jahre hinweg recht klein geblieben, weil das Engagement dort als zeitintensiv und anstrengend betrachtet worden ist.⁶²

⁶¹ vgl. ebenda (2002), S. 135.

⁶² vgl. Nohlen; Grotz (2011), S. 67f; sowie vgl. Nohlen; Schultze (2010), S. 97.

Als Interessensgruppe wird hingegen jenes Kollektiv bezeichnet, das sich dauerhaft organisiert und wirtschaftliche, soziale oder politische Interessen gegenüber staatlichen Akteuren vertritt. Diese Interessen müssen von den Mitgliedern formuliert und gebildet werden um sie später durch direkte oder indirekte Einflussnahme zu artikulieren. Das kann entweder durch Expertisen, durch Kontakte mit staatlichen Akteuren, durch Proteste oder Kundgebungen, aber auch durch Bestechung geschehen. Wie erfolgreich solche Gruppen ihre Interessen vermitteln, hängt von der Organisationsform der Gruppe ab.⁶³

Partizipation meint hingegen eine Grundvoraussetzung für eine Bürgerinitiative und bedeutet Teilnahme oder Teilhabe. Zweckrational oder instrumentell ist jene politische Form der Teilnahme, die als freiwillig und individuell charakterisiert werden kann und zum Ziel hat eine Entscheidung zu Gunsten des Kollektivs zu beeinflussen. Adressaten sind meist die politischen Entscheidungsträger. Im normativen Verständnis ist Partizipation hingegen Ziel und Wert gleichzeitig. So geht es im direkt-demokratischen Zusammenhandeln auch um Selbstverwirklichung. Das normative Verständnis von Partizipation ist somit weniger konfliktorientiert wie das zweckrationale Verständnis des Begriffs. Die Partizipationsforschung hat versucht den Begriff näher zu definieren und ist zu folgenden Ergebnissen gelangt: Partizipation beginnt mit dem Gang zur Urne, was wiederum als staatsbürgerliche Pflicht begriffen werden kann. Die Mehrheit sieht Partizipation als instrumentellen Akt. In einer Untersuchung aus 1992 in Großbritannien sind die Partizipationsforscher PARRY, MOYSER und DAY zum Schluss gekommen, dass die Beteiligung des Bürgers am politischen Gesehen reaktiv und defensiv bleibt, die Bürger reagieren meist erst auf einen Reiz der Gegenseite. Erst danach setzen sich die Beteiligten aktiv für die eigenen Anliegen ein. Des Weiteren gilt: je höher der soziale Status, desto höher das Partizipationsinteresse, desto höher die Chancen sich durchzusetzen. Allerdings schaffen diese ungleichen Partizipationschancen auch politisches und soziales Ungleichgewicht, dem nur durch starke gesellschaftliche Interessenverbände Einhalt geboten werden kann.⁶⁴

Der Begriff Partizipation beinhaltet zudem zwei weitere Begriffe. Einerseits mit Inklusion die eigentliche Aufgabe von Partizipation, sowie das genaue Gegenteil davon, die Exklusion. Dieser Zustand der Nicht-Beteiligung von Menschen am

⁶³ vgl. Nohlen; Grotz (2011), S.275.

⁶⁴ vgl. ebenda, S.437ff.

gesamtgesellschaftlichen Leben ist ein durch Partizipation zu überwindender Zustand. PARSONS zufolge würde man in diesem Fall von Integration sprechen. Diese Funktion wird von der gesellschaftlichen Gemeinschaft übernommen.⁶⁵

Geht der Autor außerdem näher auf den vorliegenden Untersuchungsgegenstand ein, dann lässt sich der Begriff der partizipativen Umweltpolitik hervorheben. Partizipative Umweltpolitik liegt dann vor, wenn nicht-staatliche Akteure versuchen umweltpolitische Entscheidungen auf der politischen Ebene zu beeinflussen oder selbst zu treffen.⁶⁶

3.2 Begriffsimport aus der Physik

Da im Rahmen dieser Arbeit ständig auf die Begriffe Atom, Atomkraft und Atomreaktoren Bezug genommen wird, soll an dieser Stelle in aller Kürze ein Begriffsimport aus der Physik vorgenommen werden.

3.2.1 Das Atom

Ein Atom muss man sich als Kern vorstellen. Wird dieser Kern gespalten, erzeugt er Energie. Spaltbar ist etwa Uran, ein radioaktives Metall. Zur Spaltung kommt es, wenn ein Neutron – vereinfacht gesagt sprechen wir hier von einem neutralen Teilchen – mit einer bestimmten Geschwindigkeit auf ein Atom trifft. Der Atomkern, der aus positiv geladenen Protonen und ungeladenen Neutronen besteht und von einer negativ geladenen Elektronenhülle umschlossen wird, gerät durch die Zuführung eines weiteren Neutrons in Bewegung und spaltet sich. Es entstehen schließlich zwei neue Kerne. Diese werden in weiterer Folge wiederum von Neutronen beschossen – ein Kreislauf entsteht.⁶⁷

⁶⁵ vgl. Rhomberg (2009), S.139f.

⁶⁶ vgl. Kohout (2002), S.7.

⁶⁷ vgl. Steblau (2011), S.4.

3.2.2 Der Reaktor

Legt man das zuvor beschriebene System nun auf Atomkraftwerke um, so haben diese den Sinn die eben beschriebene Kettenreaktion gezielt zu steuern. Basis der Energiegewinnung in einem Kernkraftwerk sind die so genannten Brennstäbe, in denen der zuvor beschriebene Spaltvorgang vor sich geht. Sie erhitzen sich durch den Spaltprozess und müssen mit Wasser gekühlt werden. Im Reaktor steigt dadurch Wasserdampf auf, der in weiterer Folge eine Turbine in dem Reaktor antreibt und so Strom erzeugt. Der Spaltprozess in einem Kernreaktor ist somit nicht der eigentliche Zweck, sondern Mittel zum Zweck. Grundsätzlich lassen sich zwei Reaktorarten voneinander unterscheiden. Auf der einen Seite der Druckwasserreaktor, der über zwei Kreisläufe die erhitzten Brennstäbe kühlt, und auf der anderen Seite der Siedewasserreaktor, der mit nur einem Kühlkreislauf und weniger Wasserdruck arbeitet.⁶⁸

⁶⁸ vgl. o.A. (2004): Wie funktioniert ein AKW? Unter:
http://www.greenpeace.de/themen/atomkraft/atomkraftwerke/artikel/wie_funktioniert_ein_akw.

4. Historischer Rahmen

Die vorliegende Arbeit, die sowohl auf einem theoretischen Grundkonstrukt als auch auf den Aussagen der Experten fußen wird, soll sich zunächst – als Basis für weitere theoretische Überlegungen, sowie als Ausgangspunkt für den zu erstellenden Leitfaden – mit den historischen Ereignissen rund um das Atomkraftwerk und der damit verbundenen Volksabstimmung auf der einen Seite, sowie den gesellschaftspolitischen Besonderheiten auf der anderen Seite beschäftigen. Weiters wird sich der nun folgende Teil der Ausführungen mit der Person Kreiskys befassen. Um den Rahmen der Arbeit nicht zu sprengen, wird auf eine umfassende bibliographische Aufarbeitung der Person Kreisky verzichtet. Stattdessen soll ein Abriss in aller Kürze die Regierungszeit Kreiskys darstellen.

4.1 Die Ära Kreisky 1970 bis 1983

Als Kreisky 1970 an die Macht kam, ist die ÖVP das erste Mal seit 1945 von der Regierungsverantwortung entbunden worden. Möglich gemacht hat das eine Vorabsprache zwischen Kreisky und seinem FPÖ-Pendant Friedrich Peter, welche die Bildung einer SPÖ-Minderheitsregierung und Duldung der Freiheitlichen vorgesehen hat. Im Gegenzug hat die SPÖ in einer Wahlrechtsreform die Benachteiligung kleinerer Parteien beseitigt. Die Neuwahlen 1971 haben den Sozialisten schließlich eine absolute Mehrheit beschert. Die SPÖ hat sich dabei unter Kreisky als gemäßigte Partei der Mitte präsentiert. Die weiteren Jahre waren geprägt von der breiten Zustimmung für Kreisky. Noch zwei Mal konnten die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit erringen – im Oktober 1975 mit 93 Mandaten und damit 13 Mandaten Vorsprung auf die ÖVP, und im Mai 1979 mit 95 Mandaten und 18 Mandaten Vorsprung.⁶⁹ Die SPÖ war damit europaweit die erfolgreichsten sozialdemokratische Partei.⁷⁰

Geschuldet war diese Entwicklung auch den deutlich besseren wirtschaftlichen Verhältnissen. Bereits vor seinem Amtsantritt als Bundeskanzler hat Kreisky die

⁶⁹ vgl. Gehler (2006), S.40.

⁷⁰ vgl. Kriechbaum (2006), S.50.

Weichen für eine Modernisierung der Gesellschaft und eine Humanisierung der Arbeitswelt gestellt. So hat er 1969 ein Volksbegehren zur Einführung der 40-Stunden-Woche gestartet, welches schließlich von knapp 900.000 Österreichern unterstützt worden war. Zu Beginn seiner Amtszeit hat er außerdem die Modernisierung des Landes vorangetrieben, indem er über 1.000 Experten über Modernisierungsstrategien in den Bereichen Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft beraten ließ.⁷¹

Mit der Zeit sind in den verschiedensten Bereichen Reformen eingeleitet worden. So gehen zum Beispiel das Arbeitsgesetz, die Geburten- und Heiratsbeihilfe sowie die Herabsetzung des Volljährigkeitsalters von 21 auf 18 auf Kreiskys Reformeifer zurück.⁷² Gleich im April 1971 haben die SPÖ-Frauen dann die Fristenlösung durchgesetzt. Im selben Jahr sind schließlich homosexuelle Partnerschaften legalisiert worden. 1971 hat Kreisky die Schülerfreifahrt durchgesetzt, ein Jahr später hat es für alle Schüler kostenlose Schulbücher gegeben. 1974 folgen mit einer Novelle des Strafrechts und einer ORF-Reform zwei weitere zentrale Reformen. Im selben Jahr wird dann auch der Zivildienst als Alternative zum Präsenzdienst geschaffen. Obwohl der Schwerpunkt der Regierungsarbeit ab Mitte der siebziger Jahre im wirtschaftlichen Bereich liegt, fallen weitere soziale Reformen an. 1977 baut Kreisky ein Milizheer auf. 1978 tritt schließlich das Kindschaftsrechts im Rahmen einer Familienreform in Kraft. Für mehr Arbeiterrechte sorgen außerdem 1979 die Arbeiterabfertigung und das neue Gleichberechtigungsgesetz.⁷³

Kreisky war aber – nicht nur wegen Zwentendorf – nicht ganz unumstritten. Die Staatsverschuldung ist rasant angestiegen. Zudem ist seine kritische Haltung des Juden Kreiskys den Juden gegenüber in der „Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre“ gegipfelt. International hat es nach der Anerkennung der PLO als Vertretung der Palästinenser heftige Kritik gegeben. 1982 hat Kreisky seine erneute Kandidatur angekündigt. Die Notwendigkeit eines Sparpakets, das unter anderem die Besteuerung des 13. und 14. Gehalts vorgesehen hat, konnte dem Wahlvolk aber nicht klar gemacht werden. Bei der Wahl im April 1983 hat die SPÖ schließlich fünf Mandate und die absolute Mehrheit verloren. Kreisky ist daraufhin zurückgetreten.⁷⁴

⁷¹ vgl. o.A. (2011): Bruno Kreisky – Zur Person. Unter: kreisky100.at/person/#aera.

⁷² vgl. Gehler (2006), S41.

⁷³ vgl. o.A. (2011): Bruno Kreisky – Zur Person. Unter: kreisky100.at/person/#aera.

⁷⁴ vgl. Gehler (2006), S.42.

4.2 Chronologische Aufarbeitung der Causa Zwentendorf

Die Geschichte Zwentendorfs beginnt eigentlich sehr viel früher als 1970, nämlich bereits im Jahr 1956. In diesem Jahr ist die Studiengesellschaft für Kernenergie gegründet worden, die sich mit Fragen über Kernkraftwerke in Österreich beschäftigt hat. Von da an ging alles Schlag auf Schlag. Bereits zwei Jahre später ist nach einem geeigneten Standort für ein AKW gesucht worden, der schließlich mit Zwentendorf 1967 auch gefunden worden war. Dazu ist 1968 vom Verbund und den Elektrizitätsgesellschaften auch die Kernkraftwerksplanungsges.m.b.H. gegründet worden.⁷⁵ Im Jahr 1969 hat das Kernkraftwerk Zwentendorf, zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung, eine weitere wichtige Hürden genommen. Im August hat der Nationalrat nämlich das Strahlenschutzgesetz verabschiedet. Im Februar 1970 ist schließlich die GKT, die Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld Ges.m.b.H. gegründet worden, an der sich bis auf jene aus Wien und dem Burgenland, alle Landesenergieversorger in den Bundesländern beteiligt haben. Der Beschluss zum Bau des Kernkraftwerkes ist schließlich am 22. März 1971 gefallen.⁷⁶ Im Frühjahr 1971 – so geht es aus einem Bericht der Arbeiterzeitung vom 23. März hervor – ist dann mit dem Bau des Kraftwerks begonnen worden. Entstehen sollte ein 700-Watt-Siedewasserreaktor. Die Kosten sind zunächst grob mit über fünf Milliarden Schilling veranschlagt worden.⁷⁷ Das AKW hat bei seiner Fertigstellung über 1000 Räume verfügt. Das Kraftwerk sollte eine Bruttoleistung von schließlich 723 Megawatt bringen und damit 1,8 Millionen Haushalte mit Strom versorgen.⁷⁸ Gekostet hat dies genau 5,2 Milliarden Schillinge oder umgerechnet 378 Millionen Euro.⁷⁹ 1975 hat sich die Atomgegnerschaft, zu der an einer späteren Stelle Bezug genommen wird, formiert und

⁷⁵ vgl. o.A. (2011): Das Atomkraftwerk Zwentendorf. Bau, Proteste, Volksabstimmung. In: Österreich Journal. S.11.

⁷⁶ vgl. o.A. (o.J.): Chronologie zu Zwentendorf. Unter: <http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>; sowie Fischer (1998), S.264.

⁷⁷ vgl. o.A. (1971): Bau des Atomkraftwerks jetzt fix. In: Arbeiter-Zeitung, Wien 23. März 1971, S. 1. Unter: http://www.arbeiter-zeitung.at/cgi-bin/archiv/flash.pl?seite=19710323_A01;html=1.

⁷⁸ vgl. o.A. (o.J.): Virutelle Führung durch das AKW Zwentendorf. Unter: http://www.zwentendorf.com/Tour_AkwZwentendorf/tour_AKW_Zwentendorf.html.

⁷⁹ vgl. Petritsch (2010), S.270.

die Initiative Österreichischer Atomgegner – als Dachverband für die Anti-Atomgegner-Gruppen – gegründet.⁸⁰

Rund drei Jahre später im Jahr 1976 hat die Regierung dann einen Energieplan beschlossen, der in Österreich bis 1990 die Inbetriebnahme von drei Kernkraftwerken vorgesehen hat – der zweite Standort wäre in Stein/St.Pantaleon-Erla in Niederösterreich, der dritte in St.Andrä in Kärnten gewesen. Für den ersten Atommeiler in Zwentendorf hat das Bundesheer im Jänner 1978 die Brennstäbe eingeflogen.⁸¹ Zehn Monate später sollte sich herausstellen: es war umsonst. Im Juni hat Kanzler Kreisky zunächst die Durchführung einer Volksabstimmung zum bereits fertig gestellten Atomreaktor angekündigt. Damals haben Meinungsumfragen allerdings noch eine klare Zustimmung zum Prestige-Projekt Kreiskys erwarten lassen.⁸² Hintergrund der Volksabstimmung ist jener, dass sich die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP zuvor nicht auf eine gemeinsame Vorgangsweise im Parlament einigen konnten. So hat die Sozialdemokratie einerseits das AKW 1979 nicht zum Wahlkampfthema machen wollen und hoffte auf klare Verhältnisse nach der Abstimmung. Andererseits hat die Volkspartei schon zu oft im Gewässer der Atomkraftgegner gefischt, als dass sie Zwentendorf zustimmen hätte können.⁸³ Die ÖVP hat sich zwar bereits im Energiekonzept der Regierung Josef KLAUS (1964 – 1970) für den Bau eines Atommeilers in Österreich ausgesprochen und ist auch in weiterer Folge für die Atomkraft eingetreten. Später aber, als die rote Regierung Kreiskys den Bau tatsächlich forciert und umgesetzt hat, hat die ÖVP das AKW Zwentendorf abgelehnt. Am 5. November 1978 ist schließlich die Volksabstimmung über den Bau des Atomkraftwerks in Zwentendorf durchgeführt worden.⁸⁴ Die genaue Fragestellung zur Volksabstimmung lautete wie folgt: "Soll der Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 7. Juli 1978 über die friedliche Nutzung der Kernenergie in Österreich (Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf) Gesetzeskraft erlangen?".

⁸⁰ vgl. o.A. (2011): Das Atomkraftwerk Zwentendorf. Bau, Proteste, Volksabstimmung. In: Österreich Journal. S.11.

⁸¹ vgl. o.A. (o.J.): Chronologie zu Zwentendorf. Unter: <http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>.

⁸² vgl. o.A. (1978): Sieg der Fackeln über das Atomzeitalter. Der Spiegel Nr. 46. Unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40607009.html>.

⁸³ vgl. Natter, S. 156; In: Pelinka, 1988.

⁸⁴ vgl. o.A. (o.J.): AKW-Abstimmung Zwentendorf. Unter: <http://www.mediathek.at/virtuelles-museum/Zwentendorf>.

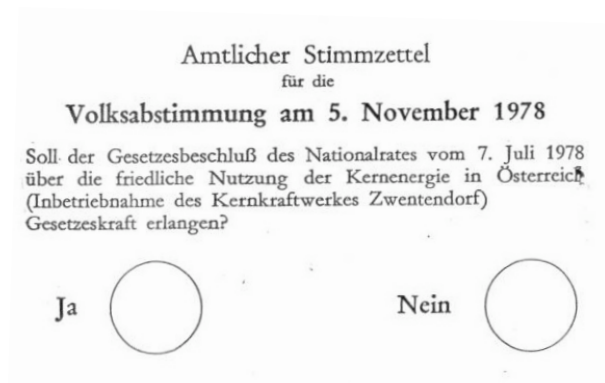


Abb. 2: Amtlicher Stimmzettel zur Volksabstimmung Zwentendorf (Quelle: bmi.gv.at)

Laut Aufzeichnungen des Bundesministeriums für Inneres sind bei der Volksabstimmung 5.083.779 Österreicher wahlberechtigt gewesen. Davon haben sich bei einer Stimmbeteiligung von 64,1 Prozent und 3.183.486 gültigen Stimmen 1.576.709 für das Kernkraftwerk und 1.606.777 dagegen ausgesprochen, oder in Prozent: 49,5 Pro- und 50,5 Contra-Stimmen. Interessant ist dabei ein auffallend starkes West-Ost-Gefälle. So haben in Vorarlberg überhaupt nur 15,6 Prozent der Bürger, die wahlberechtigt waren und einen gültigen Stimmzettel abgegeben haben, mit Ja gestimmt. In Tirol sind es 34,2 und in Salzburg 43,3 Prozent gewesen. Die meiste Zustimmung zum Kernkraftwerk hat es mit 59,8 Prozent im Burgenland gegeben, gefolgt von Wien mit 55,4 Prozent und Kärnten mit 54,1 Prozent. In Zwentendorf selbst haben laut Aufzeichnungen des Innenministeriums 1.023 Bürger für und 821 gegen das Kernkraftwerk gestimmt.⁸⁵

Bundesland	Stimm-berechtigte	gültige Stimmen	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Ja-Stimmen in %	Nein-Stimmen in %
Burgenland	187.879	124.384	74.377	50.007	59,8	40,2
Kärnten	355.219	217.911	117.841	100.070	54,1	45,9
Niederösterreich	964.048	672.154	341.831	330.323	50,9	49,1
Oberösterreich	809.904	537.965	254.337	283.628	47,2	52,8
Salzburg	277.141	165.523	71.576	93.947	43,3	56,7
Steiermark	793.746	452.423	238.851	213.572	52,8	47,2
Tirol	355.164	156.160	53.357	102.803	34,2	65,8
Vorarlberg	169.065	126.779	19.731	107.048	15,6	84,4
Wien	1.171.613	730.187	404.808	325.379	55,4	44,6
Gesamt	5.083.779	3.183.486	1.576.709	1.606.777	49,5	50,5

Tab. 1: Die Ergebnisse der Volksabstimmung im Bundesländervergleich (Quelle: bmi.gv.at)

⁸⁵ vgl. o.A. (o.J.): Ergebnisse bisheriger Volksabstimmungen. Unter: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksabstimmung/Ergebnisse.aspx.

Der Kanzler und sein Handelsminister Josef STARIBACHER haben noch am Abend der Abstimmung verkündet, dass das AKW nicht in Betrieb gehen wird. Über einen Monat später, nämlich am 15. Dezember 1978, ist schließlich vom Nationalrat das Atomsperrgesetz verabschiedet worden, das schließlich durch eine Verschärfung des Gesetzes im September 1999 in Verfassungsrang gehoben worden ist.⁸⁶ Darin heißt es:

„§ 1. Anlagen mit denen zum Zweck der Energieversorgung elektrische Energie durch Kernspaltung erzeugt werden soll, dürfen in Österreich nicht errichtet werden. Sofern jedoch derartige Anlagen bereits bestehen, dürfen sie nicht in Betrieb genommen werden.“⁸⁷

Für Kreisky hat die Nichtinbetriebnahme des Kraftwerks wie auch das Atomsperrgesetz eine bittere Niederlage bedeutet, denn die Folgekosten für die ‚größte und neueste Atomruine Europas‘, wie es im deutschen Magazin Stern heißt, waren horrend. Demnach sind bereits 484 Brennstäbe für den Anfangsbetrieb angeschafft worden. Außerdem sind vor der Volksabstimmung Vorräte von aus Südafrika importiertem Natururan bereitgelegt und Anreicherungsverträge mit US-Firmen auf 20 Jahre abgeschlossen worden.⁸⁸

1979 haben die Befürworter Zwentendorfs gegenüber den Gegnern allerdings wieder leicht an Boden gewonnen. Hintergrund zwar der zweite Ölpreisschock, im Rahmen dessen sich die Ölimportpreise im Vergleich zu 1974 verdoppelt haben. Nuklearbefürworter haben mit der volkswirtschaftlichen Verantwortungslosigkeit argumentiert, ein so teures Atomkraftwerk nicht ans Netz gehen zu lassen. 1980 waren es schließlich die Sozialpartner, die im Rahmen einer Bürgerinitiative versucht haben, das für sie umstrittene Atomsperrgesetz aufzuheben. Allerdings sind für das initiierte Volksbegehren nur 420.000 Unterschriften gesammelt worden. Dennoch haben die Sozialpartner als auch der damalige ÖGB-Chef Anton BENYA nach Wegen gesucht, das AKW trotz des Sperrgesetzes in Betrieb zu nehmen. Das Begehren ist später zwar im Nationalrat behandelt worden, beim Ende der Gesetzgebungsperiode 1983 aber

⁸⁶ vgl. o.A. (o.J.): Das Ergebnis der Volksabstimmung. Unter:
<http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>.

⁸⁷ Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, 232. Stück, ausgegeben am 29. Dezember 1978, 676. Bundesgesetz.

⁸⁸ vgl. o.A. (1978): Sieg der Fackeln über das Atomzeitalter. Der Spiegel Nr. 46. Unter:
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40607009.html>.

verfallen.⁸⁹ Im selben Jahr – damals hat es schon eine SPÖ-FPÖ-Regierung gegeben – hat sich BENYA erneut mit dem Vorschlag zu Wort gemeldet, das AKW ans Stromnetz anzuschließen. Der damalige Wiener ÖVP-Chef Erhard BUSEK hat das allerdings mit scharfen Worten kritisiert. Zwentendorf sei bereits zu veraltet um jetzt noch über eine Inbetriebnahme zu sprechen. Inzwischen hat es vom neuen Kanzler Fred SINOWATZ Bestrebungen gegeben – um den Weg für eine Inbetriebnahme zu ebnen – die umstrittene Frage des Atommülls zu klären. Verbund-Generaldirektor Walter FREMUTH ist deshalb nach einem Angebot Chinas, den Atommüll dauerhaft zu lagern oder wieder aufzubereiten, im Juni 1984 nach Peking gereist um Details vertraglicher Natur zu klären. Bei seiner Rückkehr meinte er schließlich, dass eine Lösung zur Endlagerung des Atommülls absehbar sei. Weil FREMUTH aber entgegen der Abmachung mit dem Atomgegner und Vizekanzler Norbert STEGER, nämlich keine bindenden Absprachen über eine Endlagerung zu treffen, trotzdem weitgehende Sondierungen unternommen und Vertragsvereinbarungen abgesprochen hat, bekräftigte der FPÖ-Chef nach der Rückkehr FREMUTHS sein Nein zur Atomkraft erneut.⁹⁰

Unterdessen haben sich die Kosten, die das nicht betriebene AKW verschlungen hat, in den Staatsbilanzen bemerkbar gemacht. 1985 hat Zwentendorf mit rund 14 Milliarden Schillingen zu Buche geschlagen, 600 Millionen davon sind allein für die Konservierung des Gebäudes ausgegeben worden.⁹¹ Während ÖVP-Chef Alois MOCK noch im selben Jahr zum Ärger der Industriellenvereinigung betont hat, dass sich für die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks keine neuen Gründe ergeben hätten und man die Anlage lieber zusperren wolle, hatte die SPÖ schon andere Pläne gefasst. Demnach soll bei einer Abstimmung der freien Kräfte im Nationalrat – also ohne dass für die Abgeordneten der Regierungsparteien SPÖ und FPÖ ein Klubzwang besteht – über eine so genannte Volksabstimmung der besonderen Art entschieden werden. Käme eine Zweidrittel-Mehrheit zustande, könnte man das österreichische Volk erneut über die friedliche Nutzung der Atomenergie samt der Inbetriebnahme Zwentendorfs befragen. Für die SPÖ hat sich zu dieser Zeit das Blatt gewendet. Einerseits hat eine Sicherheitskommission damals festgestellt, dass Zwentendorf nach wie vor den

⁸⁹ vgl. Kriechbaum (2008), S. 274; sowie Kriechbaum (2006), S. 222.

⁹⁰ vgl. Kriechbaum (2008), S. 275ff.

⁹¹ vgl. o.A. (o.J.): Chronologie zu Zwentendorf. Unter: <http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>, sowie vgl. o.A. (2011): Alle Parteien gegen Atomkraft. In: Österreich Journal. S.4.

internationalen Standards entspreche. Andererseits hat eine Umfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft zu dieser Zeit günstige Bedingungen im Fall einer Befragung des Volkes vorhergesagt.⁹²

	SPÖ-Anhänger	ÖVP-Anhänger	FPÖ-Anhänger
Auf Sperren	62	40	28
Für Volksabstimmung	23	28	33
Einmotten	3	10	11
Abwracken	8	21	17
Weiß nicht	4	1	11

Tabelle 2: Was soll mit dem AKW Zwentendorf geschehen (Antworten in Prozent)? (Quelle: Kriechbaum, 2008)

Die ÖVP hat allerdings folgendes gemacht. Sie hat sowohl die von der SPÖ vorgeschlagene Aufhebung des Klubzwangs, als auch eine erneute Volksabstimmung abgelehnt, obwohl sich einige in der ÖVP, darunter etwa der Tiroler ÖVP-Obmann Eduard WALLNÖFER, für den Vorschlag der SPÖ ausgesprochen hatte. Am 21. März 1985 ist schließlich die Abstimmung im Nationalrat mit der erwarteten Niederlage ausgegangen. Auf 91 Pro- kamen 90 Contra-Stimmen. Für die Durchführung einer neuerlichen Volksabstimmung wäre allerdings eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig gewesen. In den darauf folgenden Monaten haben sowohl SINOWATZ als auch ÖVP-Dissidenten Versuche unternommen, Wege zu finden, wie das AKW doch noch in Betrieb genommen werden kann. Als auch diese Anstrengungen gescheitert sind, stand bald die Frage, was mit dem Kernkraftwerk geschehen soll – also abwracken oder weiter für teures Geld konservieren – im Zentrum der Überlegungen.⁹³ Weitere Versuche die Atomkraft doch noch als mögliche Energiequelle für Österreich zu erschließen, sind mit dem Unfall in Tschernobyl am 26. April 1986 endgültig im Sand verlaufen. Die Zahl der Befürworter der Inbetriebnahme Zwentendorfs ist nach den

⁹² vgl. Kriechbaum, (2008), S. 278ff.

⁹³ vgl. ebenda, S.283ff.

dramatischen Entwicklungen der Katastrophe von 60 auf 10 Prozent regelrecht abgestürzt.⁹⁴

1988 hat es schließlich Überlegungen gegeben die Investitionsruine Zwentendorf in ein Gaskraftwerk umzuwandeln, also umzuwidmen, oder den Bau komplett abzureißen. Der Verbund hat vorgeschlagen den Bau für mindestens zwei Milliarden Schilling zu verkaufen. Ein Entwurf zur Nachnutzung ist damals vom Kärntner Baumeister Robert ROGNER gekommen. Er hat vorgeschlagen die Ruine in ein „History Land“, ein Museum für Menschheitsgeschichte, zu verwandeln. Das ÖVP-regierte Land und die SPÖ-regierte Gemeinde Zwentendorf sind diesem Plan positiv gegenübergestanden und haben überlegt den Grund samt Ruine aufzukaufen und in das „History Land“ zu überführen. Weil die Kosten zu hoch waren, hat sich der damalige Finanzlandesreferent und Landeshauptmann-Stellvertreter Josef PRÖLL stattdessen für eine Übertragung der Eigentümerschaft vom Bund zum Land, für eine Einmalzahlung von wenigen Schillingen ausgesprochen.⁹⁵

Bis 1989, also ein Jahr später, ist nichts passiert. Die Diskussion über ein mögliches Gaskraftwerk hat sich zwar ausgeweitet. Die E-Wirtschaft und der damalige schwarze Landeshauptmann Sigfried LUDWIG haben die Pläne aber abgelehnt. Massiv beworben worden ist der Plan eines Gaskraftwerks hingegen vom Verbund, weil ein Umrüsten damals billiger gekommen wäre als ein Neubau. Gänzlich vom Tisch war hingegen das Projekt History Land des Bauunternehmers ROGNER. Der Verbund hätte nämlich den Bau zur Verfügung stellen und darüber hinaus zur Umsetzung eine knappe Milliarde Schilling zuschießen müssen.⁹⁶

1993 ist schließlich auch der Plan für ein Gaskraftwerk ad acta gelegt worden. Bereits davor sind Pläne aus dem AKW eine Giftmülldeponie, ein Dokumentationsarchiv für Umweltverbrechen, eine Zentrale der Grünen Internationale oder ein – vom Umweltaktivisten Peter WEISH vorgeschlagenes – Museum für überflüssige Technik zu machen, gescheitert.⁹⁷

⁹⁴ vgl. Gehmacher et al (1986). Zitiert in: Kriechbaum (2008), S 25.

⁹⁵ vgl. Dobrovolny; Thurnher (1988): Ö1 Mittagsjournal. Was passiert mit Zwentendorf?, vom 13.08.1988.

⁹⁶ vgl. Löw; Thurnher (1989): Ö1 Mittagsjournal. Wird Zwentendorf doch ein Gaskraftwerk?, vom 23.09.1989.

⁹⁷ vgl. o.A. (o.J.): Was soll aus dem AKW Zwentendorf werden? Unter: <http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>.

1999 hat der Nationalrat schließlich das Atomsperrgesetz in den Verfassungsrang gehoben. Entstanden ist ein Bundesverfassungsgesetz für ein atomfreies Österreich (BGBl. I Nr. 149/1999), das am 14. August 1999 in Kraft getreten ist.⁹⁸ In Auszügen heißt es:

“§1. In Österreich dürfen Atomwaffen nicht hergestellt, gelagert, transportiert, getestet oder verwendet werden.”⁹⁹

Sowie weiter:

§ 3. Die Beförderung von spaltbarem Material auf österreichischem Staatsgebiet ist untersagt, sofern dem völkerrechtliche Verpflichtungen nicht entgegenstehen. Von diesem Verbot ausgenommen ist der Transport für Zwecke der ausschließlich friedlichen Nutzung, nicht jedoch für Zwecke der Energiegewinnung durch Kernspaltung und deren Entsorgung. Darüber hinaus sind keine Ausnahmegenehmigungen zu erteilen.”¹⁰⁰

2005 hat schließlich die EVN das Kraftwerk gekauft. Das Unternehmen hat nach dem Kauf eine der größten Photovoltaik-Anlagen Österreich gebaut. Der gewonnene Strom der Solaranlage wird seit der Fertigstellung der Anlage im Juni 2009 ins Stromnetz der EVN eingespeist. Die Ökostrom-Anlage produziert 180.000 kWh pro Jahr. 1,2 Millionen Euro sind investiert worden. Cheftechniker Johann FLEISCHER hat den Reaktor in den vergangenen Jahren zu einem Schulungsreaktor ausgebaut. Techniker aus aller Welt besuchen seither für Neuerungen oder Servicemaßnahmen an den betriebenen Kraftwerken in ihren Ländern das AKW Zwentendorf.¹⁰¹

2010 hat die EVN schließlich gemeinsam mit der TU Wien ein Forschungszentrum für Photovoltaik-Anlagen eingerichtet, das diverse Anlagen unter verschiedensten

⁹⁸ für weiterführende Informationen dazu vgl. 149. Bundesverfassungsgesetz vom 13. August 1999.

⁹⁹ Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich, ausgegeben am 13. August 1999, 149. Bundesverfassungsgesetz.

¹⁰⁰ ebenda.

¹⁰¹ vgl. o.A. (o.J.): Photovoltaik-Anlage. Unter: <http://www.zwentendorf.com/de/sonne.asp>; sowie Brandstetter; Rigele (o.J.): Das Kraftwerk das nie in Betrieb ging. Unter: <http://www.zwentendorf.com/de/geschichte.asp>.

Bedingungen testen und letzten Endes die Frage klären soll, wie man das Optimum aus einer Anlage herausholt.¹⁰²

Heute sind laut EVN-Pressesprecher Stefan ZWEIG nach wie vor etwa 95 Prozent der Gerätschaften aus den Entstehungsjahren im Kraftwerk.¹⁰³ Und – noch ein paar interessante Details am Rande – die Leittechnik ist aufgrund der nicht erfolgten Umrüstung auch heute noch analog, in Zwentendorf gibt es keine Stockwerke, und der Siedewasserreaktor ist baugleich mit jenem im havarierten AKW Fukushima I in Japan.¹⁰⁴

4.3 Gesellschaftspolitische Hintergründe rund um Zwentendorf

Gegner und Befürworter – beide bringt ein großes, gesellschaftspolitisches Thema mit sich, und beide großen Streitparteien haben im Fall Zwentendorf versucht, bis zum entscheidenden Finale die Bevölkerung für sich zu gewinnen. Der Wandel der Gesellschaft hat zunächst vor allem der SPÖ zugespielt. Mitte der sechziger Jahre ist eine Wohlstandsgesellschaft entstanden, die einerseits von mehr Bildungs- und Individualisierungschancen und andererseits von mehr Mobilität profitiert hat. Erstmals hat es mit der 68er-Bewegung so etwas wie eine linke Jugendkultur gegeben. Der ÖVP haben hingegen der linke Zeitgeist und die Verweltlichung, also die Abkehr von der Religion hin zur menschlichen Vernunft, zu schaffen gemacht.¹⁰⁵ Zudem hat es die Volkspartei nicht geschafft, das Bild der traditionsverhafteten, verstaubten Partei abzustreifen. Anders ist das bei der SPÖ unter Kreisky der Fall gewesen. Er hat – wie es auch Gabi WALDNER in ihrer Diplomarbeit ausführt – sehr schnell die Macht der Medien erkannt und zu nutzen gewusst.¹⁰⁶ Die SPÖ war zudem im Stande, andere Lebensentwürfe anzubieten. So hat auf eine liberale Ehe- und Familienrechtsreform die

¹⁰² vgl. Manner (2010): Von der Kernkraft zum Solarforschungszentrum. In: Wirtschaftsblatt vom 16.11.2010, S. 13.

¹⁰³ vgl. o.A. (2010): Zeitreise durch das "erstarrte" AKW Zwentendorf, Video. Unter: <http://www.krone.tv>.

¹⁰⁴ vgl. virtuelle Führung durch das AKW Zwentendorf. Unter: http://www.zwentendorf.com/Tour_AkwZwentendorf/tour_AKW_Zwentendorf.html.

¹⁰⁵ vgl. Kriechbaum (2006), S.2.

¹⁰⁶ vgl. ebenda, S.26; sowie zur weiterführenden Lektüre über den Medienstar Kreisky vgl. Waldner (1995).

Entkriminalisierung der Abtreibung gefolgt. Eine Bildungsreform hat außerdem die Frau in den Mittelpunkt gestellt und ihre Unabhängigkeit forciert.¹⁰⁷

Die Befürworter des Atomkraftwerkes waren zunächst vor allem in den Reihen der Industrie zu finden. So haben sich die ÖVP-nahe Industriellenvereinigung, eine Allianz der E-Wirtschaft und die Wirtschaftskammer für den Bau des Atomkraftwerkes ausgesprochen. Aber auch der SPÖ-nahe Gewerkschaftsbund hat sich im politischen Diskurs als Befürworter positioniert. Nicht ganz so eindeutig waren hingegen die Positionen der Parteien. Die FPÖ ist von einer kurzfristigen pro-nuklearen Phase zu einer strikten Anti-Atom-Haltung übergeschwenkt. In den beiden Großparteien SPÖ und ÖVP gab es beide, Befürworter und Gegner. Vor allem die ÖVP hat sich in einer zwiespältigen Position befunden. Sie war es schließlich, die in Beschlüssen den Weg für ein Atomkraftwerk in Österreich geebnet hat. Weil die Sozialdemokratie in einer Alleinregierung aber für die Umsetzung zuständig war, hat man Zwentendorf abgelehnt.¹⁰⁸ Zweigeteilt war in dieser Frage aber auch die Sozialdemokratie. So hat etwa die Vorarlberger SPÖ den Bau des Kraftwerks geschlossen abgelehnt. Der Grund dafür war im grenznahen Bau des Schweizer Kernkraftwerks Rütli zu finden. Kreiskys mittlerweile verstorbener Sohn Peter hat außerdem versucht für eine Anti-Atom-Kundgebung die Stadthalle St. Pölten zu mieten, was ihm die Funktionäre der SPÖ schließlich verweigert haben. Engelbert BRODA, ein Wiener Physiker und Bruder des damaligen SPÖ-Justizministers Christian BRODA, hat zudem vor den Folgen der so genannten Plutoniumswirtschaft gewarnt.¹⁰⁹

Bis es aber zur alles entscheidenden Frage – Pro oder Contra AKW Zwentendorf – gekommen ist, hat sich vor allem in der Weltpolitik einiges ereignet, das vor allem Kreisky in die Hände gespielt hat. Für seine Pläne gar nicht so Ungelegen kam dem Atombefürworter Kreisky die Ölkrise 1973. Im Oktober haben die Staaten der Organisation Erdölexportierender Länder – kurz OPEC – beschlossen, als Reaktion auf den Yom-Kippur-Krieg im Nahen Osten die Ölexporte an die Staaten des Westens um fünf Prozent zu drosseln und Lieferboykotts zu verhängen. Der Krieg war als Folge eines Streits um von Israel besetzte Gebiete ausgebrochen, bei dem die arabischen

¹⁰⁷ vgl. Kriechbaum (2006), S.13.

¹⁰⁸ vgl. o.A. (o.J.): Die Befürworter und ihre Argumente. Unter:
<http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>.

¹⁰⁹ vgl. o.A. (1978): Sieg der Fackeln über das Atomzeitalter. Der Spiegel Nr. 46. Unter:
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40607009.html>.

Ölländer – allen voran Syrien und Ägypten – unter anderem einen Abzug Israels aus den besetzten Golanhöhen und Palästinensergebieten erreichen wollten. Westliche Staaten sollten mit dem Embargo davon abgebracht werden, Israel weiter zu unterstützen. Ägyptische Truppen haben Israel am 6. Oktober 1973, dem Versöhnungstag der Juden, gemeinsam mit Soldaten aus Syrien angegriffen. Weitere arabische Staaten wie Jordanien und der Irak haben sich nach der Blitzaktion hinter Ägypten und Syrien gestellt. Die großen Mächte USA, die an der Seite Israels gekämpft haben, und die der Sowjetunion, die sich auf der gegnerischen Seite eingefunden haben, waren hingegen um eine Lösung des Konflikts bemüht. Zwar ist es bereits am 24. Oktober wieder zu einem Waffenstillstand gekommen, die Folgen des Krieges waren aber weit reichend: Zunächst vervierfachte sich der Preis für ein Barrel Öl von ca. drei auf zwölf Dollar. In weiterer Folge haben Österreich zu dieser Zeit aber nicht nur das teure und knappe Öl, sondern – wie Kreisky mehrmals betont hat – auch eine hohe Inflation und der Zerfall des Dollars zu schaffen gemacht. Exporte und Konjunktur sind europaweit eingebrochen. In Österreich und Deutschland ist aus Überlegungen die verbliebenen Reserven zu schonen der autofreie Tag durchgesetzt worden. Aus dieser Zeit stammen aber auch Tempolimits im Straßenverkehr und die Energieferien. Bei der Sommerzeit, die einige Länder wegen der Ölkrise nach dem zweiten Weltkrieg wieder eingeführt haben, ist Österreich aber erst 1980 mitgezogen. Nicht nur die Argumente Kreiskys für ein Atomkraftwerk – er hat in diesem Zusammenhang einhergehend vor der Ölkrise gewarnt und von einer ‚krisenhaften Erscheinung‘ gesprochen, wenn ‚heute das Öl 400 Prozent von dem kostet was es 1972 gekostet hat.‘ -, auch jene der Kernkraftgegner haben nach der Ölkrise an Gewicht gewonnen. Umweltschützer haben sich gegen den Bau des Kernkraftwerks aufgelehnt und stattdessen zum Energiesparen aufgerufen.¹¹⁰

Die beiden Erdölschocks und das krisenhafte Erscheinen der Weltwirtschaft haben in Verbindung mit dem entschiedenen Handeln der Sozialdemokratie die SPÖ zu einer Staatspartei aufsteigen lassen. Auch die Identität Österreichs ist dadurch, sowie durch das verstärkte außenpolitische Engagement Kreiskys, gestärkt worden. Geändert hat sich das in den späten Siebziger Jahren als mit dem Konflikt Ökonomie versus

¹¹⁰ vgl. Kreisky et al (1974): Öl- und Energiekrise, Inflation. Pressekonferenz vom 26.03.1974. Unter: http://www.mediathek.at/akustische-chronik//Popups_3/Kreisky_zu_Oelkrise; sowie Schmid (2004): Die kleine Ölkrise. Unter: <http://www.zeit.de/2004/43/Konjunktur>; und o.A.(2011): Erste Ölkrise. Unter: <http://www.faz.net/multimedia/videos/jahrestage/28-oktober-1973-erste-oelkrise-11373303.html>.

Ökologie, ein weit reichender Konflikt die österreichische Gesellschaft geprägt hat. Vor allem bei den jungen Wählerschichten hat die SPÖ Beliebtheit eingebüßt.¹¹¹ Doch nicht nur das neue Ökologiebewusstsein hat für das Atomkraftwerk ein Problem dargestellt. Vielen Österreichern war die Atomkraft als neue Technologie schlicht und einfach unheimlich. Der Ölschock hat die Wachstumseuphorie, so wie es die Regierung und die Zahlen, Daten, Fakten des Wohlfahrtsstaates nahe gelegt haben, nachhaltig gebremst.¹¹² Ein Abbild dieser Entwicklung hat sich auch in einer Umfrage gezeigt. 1974 haben sich laut einer Erhebung des Linzer IMAS-Instituts noch 54 Prozent der befragten österreichischen Bürger begeistert vom technischen Fortschritt gezeigt. 1984 waren es hingegen nur mehr 20 Prozent, die diese Einstellung geäußert haben. Außerdem war 1984 fast jeder vierte der Meinung, dass die Lebensqualität auch ohne Industrielwachstum zu halten sei. Ein knappes halbes Jahr später war schon jeder Dritte dieser Meinung.¹¹³ Aus dieser Unzufriedenheit und dem Einstellungswandel heraus sind im Rahmen einer Demokratisierungswelle zahlreiche Bürgerinitiativen entstanden. Vor allem die Auswüchse einer technokratisch-planerischen Wachstumspolitik, wie NOHLEN es beschreibt, haben Angriffsfläche geboten. Die Bürger haben damals um ein Stück Lebensqualität und um den Erhalt ihrer Umwelt gefürchtet. Befunde aus den Siebziger Jahren zeigen, dass sich Bürgerinitiativen mit weit mehr als nur einem Thema befasst hatten. Vielmehr war die abgedeckte Themenpalette eine breite.¹¹⁴ Darunter die Themen Natur, Umwelt bis hin zu Partizipation, Pazifismus, Fortschritts- und Technikskepsis. Diese Themen sind schließlich von den Initiativen formuliert und nach Außen getragen worden.¹¹⁵ Dieser vereinzelte Widerstand hat sich zunächst von isolierten Initiativen und im lokalen Bereich geregt. Die Anti-Atom-Bewegung ist vermehrt in den frühen sechziger Jahren aufgetreten. Die E-Wirtschaft hat damals noch versucht den Protest mithilfe einer Medienoffensive abzufangen. Des Weiteren haben vereinzelt kritische Stimmen des öffentlichen Lebens bei Politikern vorgesprochen oder öffentliche Stellungnahmen abgegeben, zum Beispiel in einem kritischen Memorandum der niederösterreichischen Ärztekammer. Wenig hat sich zu der Zeit am vom Kraftwerksbau betroffenen Tullnerfeld getan. 1970/71 haben nur wenige Zwentendorfer

¹¹¹ vgl. Kriechbaum (2006), S.5f.

¹¹² vgl. Petritsch (2010) S.273

¹¹³ vgl. Kriechbaumer (2008), S.287.

¹¹⁴ vgl. Nohlen (2011), S.67.

¹¹⁵ vgl. ebenda, S.23.

Vollmachten für eine Anfrage von Wiener Umweltschützern an den Nationalrat unterschrieben. Die Wenigen die es trotzdem getan haben, haben nachdem sie von Befürwortern des Projekts unter Druck gesetzt worden sind, diese Vollmachten aber wieder revidiert. Und auch sonst sind die Befürworter nicht sonderlich zimperlich mit Gegnern umgegangen. 1972 ist der Umweltschützer Walter SOYKA von der Polizei abgeführt worden, als er beim Baubewilligungsverfahren Einspruch erheben wollte.¹¹⁶

Zu einer ersten nennenswerten Protestkundgebung ist es schließlich am 6. September 1970 am Baugelände in Zwentendorf gekommen. Die damalige Teilnehmerzahl war mit etwa 200 bis 300 Personen relativ niedrig und wurde durch zwei Protestmärsche in Feldkirch in Vorarlberg mit insgesamt 20.000 Teilnehmern bei weitem überboten. Hier sind die Bürger gegen das Schweizer AKW Rüthi¹¹⁷ auf die Straße gegangen.¹¹⁸

Trotz des Engagements hatten die Gegner des AKW zunächst mit Nachteilen zu kämpfen. Bei der betroffenen Bevölkerung am Tullnerfeld ist man mit den Protestmaßnahmen nicht angekommen. Grund dafür war die Pro-Haltung des ÖVP-Bauernbundes und dessen Einfluss auf die dort ansässigen Großbauern, die allesamt auf einen wirtschaftlichen Aufschwung gehofft hatten. Ein weiteres Problem der Atomgegner war, dass das Umweltthema für die Medien noch kein vorrangiges und somit die Resonanz in der Öffentlichkeit gering ausgefallen war. Mitte der 70er Jahre hat sich das Blatt dann aber gewendet, als nämlich die Opposition auf den Zug der Gegnerschaft aufgestiegen ist.¹¹⁹

Zunächst haben die Gegner aus einer politisch inhomogenen Masse bestanden. Das politische Spektrum reichte dabei von Rechtsextremisten, über katholisch-konservative Kreise bis hin zu Maoisten und Trotzkisten.¹²⁰ Der Kanzler selbst hatte die Atomgegner sogar als ‚seltsame Allianz von Reaktionären, Faschisten und Maoisten‘ bezeichnet.¹²¹

¹¹⁶ vgl. Natter. In: Pelinka (1988), S.151f.

¹¹⁷ Die Rüthi-Märsche zwischen 1972 und 1975 sind einerseits vom konservativen Weltbund zum Schutz des Lebens, andererseits von der größten Tageszeitung des Landes, den Vorarlberger Nachrichten, unterstützt worden. Die Bundesregierung sah sich daraufhin gezwungen Protest in der Schweiz einzulegen. Das AKW Rüthi ist schließlich nicht gebaut worden. Vgl. dazu Natter. In: Pelinka (1988) S.153.

¹¹⁸ vgl. o.A. (o.J.): Die GegnerInnen und ihre Argumente. Unter:
<http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>.

¹¹⁹ vgl. Natter. In: Pelinka (1988), S.152f.

¹²⁰ vgl. o.A. (o.J.): Die GegnerInnen und ihre Argumente. Unter:
<http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>.

¹²¹ vgl. o.A. (o.J.): Die Volksabstimmung. Unter:
<http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>.

Doch über die Monate und Jahre sind Wissenschaftler, Künstler und Dissidenten, auch innerhalb der SPÖ, dazugekommen. Nennenswert sind neben den bereits genannten Peter KREISKY und Engelbert BRODA auch der Verhaltensforscher Konrad LORENZ und Schauspieler Paul HÖRBIGER¹²² sowie zahlreiche Atomgegner innerhalb der ÖVP und FPÖ, darunter die beiden ehemaligen ÖVP-Generalsekretäre Erhard BUSEK und Sixtus LANNER, sowie FPÖ-Kurzzeitbundesobmann Alexander GÖTZ. Sie haben schließlich auch ihre Parteien dazu gebracht den Atomgegnern logistische Hilfe für ihre Proteste zukommen zu lassen.¹²³ Die Anti-Atombewegung hat schließlich mit dieser Hilfe eine gesamtösterreichische Organisationsstruktur aufbauen können. Plötzlich waren nicht mehr nur regionale Debatten, sondern auch Diskussionen mit Entscheidungsträgern auf Bundesebene möglich.¹²⁴

Über die Jahre sind dann weitere Protestaktionen gefolgt, etwa gegen das zweite geplante AKW St. Pantaleon. Zwischen März und Dezember 1974 sind dort aufgrund einer breiter gewordenen Atomgegnerbasis 75.000 Unterschriften gegen das geplante Kraftwerk an der Grenze zwischen Nieder- und Oberösterreich gesammelt worden.¹²⁵ Zahlreiche Aspekte dieses Protests sind für die weiteren Entwicklungen der österreichischen Atomgegnerschaft im Fall Zwentendorf von Bedeutung gewesen. Einerseits hat sich die Basis erneut verbreitert, denn erstmals sind auch linke Studenten ihm Rahmen eines Aktionskomitees aktiv geworden. Andererseits sind NATTER zufolge radikaldemokratische Gruppen auf den Zug aufgesprungen, nachdem in der damaligen BRD ein Protest gegen ein AKW trotz massiven Polizeiaufgebots ausgesessen worden ist. Der Widerstand gegen den Bau von Kernkraftwerken ist damit zu einem zentralen Anliegen des österreichischen Ökologiebewusstseins geworden. Erstmals hat es außerdem Forderungen nach einem offiziellen und demokratischen Bürgerbeteiligungsverfahren¹²⁶ gegeben. Für Zwentendorf entscheidend waren unter anderem auch die beim Protest in St. Pantaleon eingesetzten Protestmittel. So sind dort Kundgebungen, Diskussionsveranstaltungen, Flugblätter oder Infostände erprobt und

¹²² vgl. o.A. (1978): Sieg der Fackeln über das Atomzeitalter. Der Spiegel Nr. 46. Unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40607009.html>.

¹²³ vgl. o.A. (o.J.): Die Volksabstimmung. Unter: <http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>.

¹²⁴ vgl. Natter. In: Pelinka (1988), S.153.

¹²⁵ vgl. o.A. (o.J.): Die GegnerInnen und ihre Argumente. Unter: <http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>.

¹²⁶ bei einer Brief-Volksabstimmung durch die Bürgerinitiative haben sich neunzig Prozent der hiesigen Bevölkerung gegen das AKW St.Pantaleon ausgesprochen.

später auch beim Protest gegen Zwentendorf eingesetzt worden – zumal festgehalten werden muss, dass solche Bewegungen oft nicht über jene Veröffentlichungsmöglichkeiten verfügt haben, wie etablierte Parteien. Als Folge dieser Entwicklungen hat Kreisky eine Infokampagne mit Diskussionen zu den Pro- und Contra-Standpunkten angekündigt. Allerdings, der Bau des AKW St. Pantaleon ist schließlich im April 1975 zunächst um ein Jahr, im Sommer desselben Jahres um mindestens weitere zwei Jahre verschoben, und schließlich gänzlich abgesagt worden.¹²⁷

Im Wahlkampf 1975 war die friedliche Nutzung der Atomenergie ein selten behandeltes Thema. Nur die Aktion Kritischer Wähler hat sich in einer Diskussion mit dem Meiler in Zwentendorf beschäftigt. Wenig später hat dann Kreisky eingelenkt, indem er im TV eine Volksbefragung vorgeschlagen hat.¹²⁸ 1976 hat das mittlerweile bundesweite Streitthema zahlreiche Atomgegner aus Oberösterreich, Salzburg, Wien, Vorarlberg und Kärnten in Enns zusammenführt, um bei einem Treffen die Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner – die IÖAG – zu gründen, die in weiterer Folge 1977 auch in den anderen Bundesländern als Organisation präsent war. Gemeinsam ist etwa ein Sternmarsch mit 6.000 Teilnehmern von Tulln zum Betriebsgelände Zwentendorf, sowie eine Demonstration vor dem Kanzleramt am Ballhausplatz mit ebenfalls 6.000 Teilnehmern organisiert worden.¹²⁹ In einer Rede nach dem Protestmarsch hat Kreisky schließlich betont:

„Dieses Werk steht, es hat Milliarden gekostet, es darf nicht verrotten.“¹³⁰

Nicht nur am gesellschaftspolitischen Parkett, sondern auch im persönlichen Umfeld hat die Haltung Kreiskys dem Atomkraftwerk gegenüber für Auseinandersetzungen gesorgt. Kreiskys Schwiegertochter, Eva KREISKY, hat sich erinnert, dass Kreisky zwar grundsätzlich ein toleranter Mensch war, seine Toleranz beim Thema Zwentendorf aber ein jähes Ende fand.¹³¹

¹²⁷ vgl. Natter. In: Pelinka (1988), S. 153ff.

¹²⁸ vgl. Petritsch (2010), S.271.

¹²⁹ vgl. o.A. (o.J.): Die GegnerInnen und ihre Argumente. Unter: <http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>.

¹³⁰ Kreisky. In: Lendvai; Maimann (2000): Menschenbilder. Kreisky. Licht und Schatten einer Ära. ORF2 am 28. Juli 2000. Unter: <http://www.mediathek.at/virtuelles-museum/Zwentendorf/>.

¹³¹ vgl. Petritsch (2010), S.271.

„Unsere Ablehnung [Eva Kreisky und ihr mittlerweile verstorbener Mann Peter Kreisky; Anmerk. d. Autors] der Inbetriebnahme empfand er als Illoyalität, als Affront und persönliche Verletzung. Ich schrieb ihm damals einen langen Brief, um ihm unsere Position genauer darzulegen. Er hat ihn nie beantwortet. Aber wir fanden ihn nach seinem Tod unter wichtigen Papieren – er hatte ihn also ernst genommen.“¹³²

Besonders hervorgetan hat sich in der österreichischen Umweltschutz- und Anti-Atombewegung Bernd LÖTSCH, ein Biologe und Universitätsprofessor, der sich seit den 1960er Jahren aktiv für den Umweltschutz in Österreich engagiert hat und als Wegbereiter der Ökologiebewegung¹³³ in Österreich gilt. LÖTSCH hat kurz vor der Nationalratwahl im Oktober 1975 – damals noch nicht im Rahmen der IÖAG – in einer Pressekonferenz im Namen der Umweltschutzbewegung Forderungen an die künftige Bundesregierung gerichtet. Er hat etwa einen sofortigen Stopp des Kernenergie-Ausbauprogramms in Österreich gefordert, weil die Atomenergie technisch unausgereift sei. Außerdem sei die Kernenergie bei einer vernünftigen Energiepolitik nicht notwendig. Stattdessen hat LÖTSCH die Förderung von Energiespartechnologien und die Arbeitsplatzsicherung durch Umweltschutz gefordert. In seiner Rede hat er außerdem darauf verwiesen, dass die zunehmende Abwanderung aus der österreichischen Agrarwirtschaft hin zu den Industriebereufen ein falsches Signal sei. Damit verbunden hat Lösch eine Imagepflege des bäuerlichen Berufes gefordert.¹³⁴

Peter WEISH, ein weiterer, führender Vertreter der österreichischen Ökologiebewegung hat kurz nach der Gründung für die Initiative der österreichischen Atomkraftgegner IÖAG über die Problematik des Betriebes von Kernkraftwerken öffentlich informiert. Weish hat unter anderem auf die Gefahren von Missbrauch und Terrorangriffen auf Atomkraftwerke gewarnt.¹³⁵ Ein weiterer Hauptstreitpunkt rund um die Atomfrage war der Atommüll. Diese Frage ist zwar in Werbeveranstaltungen der 1971er Jahre als

¹³² Kreisky. In Petritsch (2010), S.271.

¹³³ vgl. o.A.: EhrenbotschafterInnen. Unter: <http://www.janegoodall.at/ehrenbotschafter>.

¹³⁴ vgl. Lötsch (1975): Forderungen der österreichischen Umweltschutzbewegung an die zukünftige Bundesregierung. Pressekonferenz vom 12.09.1975. Unter: http://www.mediathek.at/akustische-chronik//Popups_7/Loetsch_Forderungen_Umweltschutzbewegung.

¹³⁵ vgl. Weish (1976): Gefahren der Kernenergie. Pressekonferenz vom 15. Oktober 1976. Unter: http://www.mediathek.at/akustische-chronik//Popups_7/Weish_Gefahr_Kernenergie_AKW-Gegner_Pressekonferenz.

gelöst erklärt worden, tatsächlich hatte man zu dieser Zeit keine Lösung zur Endlagerung von radioaktiven Müll parat. Entsprechende Standorte sind im Wein-, Wald- und Innviertel sowie in Tirol gesucht worden, die Suche hat sich aber aufgrund von Bürgerprotesten schwieriger gestaltet als erwartet. Nach einer Demonstration mit 3.000 Teilnehmern im Juni 1977 bei der Suche in Allentsteig und einer Morddrohungen im Februar 1978 gegen den damaligen Bürgermeister von Alberndorf im Weinviertel, weil dieser eine Endlagerung angeboten hat, ist die Bundesregierung von den Plänen einer Mülllagerung in Österreich abgekommen. Stattdessen hat es Überlegungen gegeben, das Angebot den Müll des Atomkraftwerks in China, Ägypten oder im Iran zu lagern, anzunehmen.¹³⁶ So hat etwa China die Endlagerung bzw. die Wiederaufbereitung von Atommüll in der Wüste Ghobi angeboten. Für 4.000 Tonnen Atommüll wären damals laut Angebot 5,5 Milliarden Dollar angefallen. Die EWirtschaft hat daraufhin die Kosten für den angefallenen Atommüll aus Zwentendorf mit 15 Groschen pro Kilowattstunde beziffert.¹³⁷

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Zusammensetzung der Atomgegnerschaft bereits grundlegend verändert. Neben der lokalen Bevölkerung und den regionalen Initiativen haben sich vermehrt junge Aktivisten dem Kampf gegen Atomkraftwerke angeschlossen. An den Universitäten hatten sich zwischen 1975 und 1977 studentische Arbeitskreise gebildet, in denen sich nicht nur die neu gewonnenen Linken, sondern auch die Mitglieder der Gruppe Revolutionäre Marxisten sowie der Freien Österreichische Jugend engagiert haben. Daneben haben sich allmählich auch überparteiliche Gruppierungen gebildet, darunter etwa die Gruppe der Mütter gegen das AKW, deren Vorarlberger Ableger 1977 in einer spektakulären Aktion vor dem Bundeskanzleramt in den Hungerstreik getreten war. Zum Jahreswechsel 1977 hat sich die Situation zwischen den Gegnern und der Bundesregierung erneut zugespitzt. Die Informationskampagne der Regierung ist von Demonstranten in eine quasi Anti-AKW-Veranstaltung umfunktioniert worden. Zudem haben die Großparteien versucht sich die Entscheidungsgewalt über die umstrittene Atomfrage gegenseitig zuzuschancen. Die pro-nukleare SPÖ-Regierung hat einen Parlamentsentscheid forciert um die alleinigen

¹³⁶ vgl. o.A. (o.J.): Atommüll. Die ewig ungelöste Frage. Unter:

<http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>, sowie o.A. (o.J.): Die GegnerInnen und ihre Argumente. Unter:

<http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>.

¹³⁷ vgl. Kriechbaum (2008), S. 277.

Verantwortung über Zwentendorf auf andere abzuwälzen. Die ÖVP hat sich hingegen mit ihrem weitgehenden Nein in der Partei als Oppositionspartei zu profilieren versucht. Unterdessen hat die IÖAG das AKW in Zwentendorf als reinen Notariatsakt hingestellt. Einerseits hat die Gruppe die Pläne der SP-Regierung, wonach die Brennstäbe für das Kraftwerk in einer geheimer Mission eingeflogen werden, aufgedeckt, woraufhin die Bevölkerung das als Präjudizierung der Entscheidung aufgefasst hat. Andererseits ist die Regierung vom aufgedeckten Plan auch nach massiven Protesten nicht abgerückt. Bei weiteren Protesten 1977/78 sind die Atomgegner schließlich vor das Parlament und zum Bundeskanzleramt gezogen. Sie haben eine Stellungnahme des Kanzlers sowie einen Volksentscheid über die Causa verlangt.¹³⁸ Kreisky hat sich dabei aber wortkarg gezeigt:

„Ich habe es nicht notwendig, mich von ein paar Lausbuben so behandeln zu lassen“¹³⁹

Zwischenzeitlich ist in ganz Europa der Ton gegen die Atombefürworter rauer geworden. In Schweden etwa ist 1976 – von Kreisky nicht unbeobachtet – Ministerpräsident Olof PALME über die Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie gestolpert. In Deutschland etwa ist es nicht nur zu größeren Protestveranstaltungen gekommen, sondern auch zu brutalen und gewalttätigen Auseinandersetzungen. Mit der Zeit hat sich der Slogan ‚Atomkraft, nein danke‘ durchgesetzt. Die unter großem Zulauf stehenden Bürgerbewegungen, haben Anfang der achtziger Jahre zur Gründung zahlreicher grüner Parteien in Europa geführt.¹⁴⁰

In Österreich haben sich derweil die Gegner des AKW über die Mehrheit bei der Volksabstimmung gefreut. Die Literatur legt nahe, dass ein Grund darin liegt, dass Kreisky kurz vor der entscheidenden Volksabstimmung auf Druck von Gewerkschafter Anton Benya seinen Verbleib als Kanzler und den Fortbestand des Kabinetts an die Zustimmung des Volkes zu Zwentendorf gebunden hat. Denn erst damit sei – so PETRITSCH – die Mehrheit für Zwentendorf gekippt. Der Grund dafür ist, dass viele Wähler, die zwar Kreisky und der SPÖ nahe gestanden haben, das Atomkraftwerk aber

¹³⁸ vgl. Natter. In: Pelinka (1988), S.155f sowie S.162.

¹³⁹ Kreisky. In: Lendvai; Maimann (2000): Menschenbilder. Kreisky. Licht und Schatten einer Ära. ORF2 am 28. Juli 2000. Unter: <http://www.mediathek.at/virtuelles-museum/Zwentendorf/>.

¹⁴⁰ vgl. Petritsch (2010), S.272ff.

grundsätzlich abgelehnt haben, respektive gegen Kreisky aber für Atomkraft waren, bei der Volksabstimmung zu Hause geblieben sind.¹⁴¹ Der Großteil der ÖVP-nahen Wahlberechtigten, die zur Abstimmung erschienen sind, hat hingegen mit Hinblick auf eine mögliche Niederlage für Kreisky, gegen die eigene Überzeugung mit Nein gestimmt.¹⁴² Einen klugen Schachzug hat Kreisky schließlich mit dem Beschluss des Atomsperrgesetzes 1978 unternommen. Das Gesetz hat nämlich nicht nur die Nicht-Inbetriebnahme Zwentendorfs vorgesehen, sondern auch den Bau weiterer Atommeiler in Österreich verboten. Kreisky hat sich damals als Staatsmann präsentieren können, der seine eigene Überzeugung hintan gestellt und den Entscheid des Volkes akzeptiert hat.¹⁴³

NATTER hat in seinem Aufsatz vor allem die historische Wichtigkeit des wachsenden Protests gegen Zwentendorf als Ausdruck einer chronischen Unzufriedenheit in der Bevölkerung als mögliche Begründung für eine Ablehnung des Kernkraftwerks hervorgehoben. Außerdem habe das entstandene Unbehagen darüber, schnelles Wirtschaftswachstum stets vor ökologische Erwägungen zu stellen, von der Bevölkerung erstmals breitenwirksam und erfolgreich zum Ausdruck gebracht werden können.

„'Zwentendorf' erlange über die ‚Sachfrage‘ der Kernkraft hinaus Bedeutung, weil es zum ersten großen Kristallisations- und Kumulationspunkt in Österreich wurde für (in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren allmählich entstandene [...]) Unzufriedenheitsmomente bei Teilen der Bevölkerung in Fragen der Ökologie- und Demokratiequalität.“¹⁴⁴

Der Ablehnung des AKW bei der Volksabstimmung lässt sich NATTER zufolge aber auch mit der Möglichkeit erklären, der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes den Unmut über die repräsentativdemokratische Entscheidungsfindung der Regierung entgegen zu bringen.¹⁴⁵ Dieser neue Bürgertypus ist aus dem gesellschaftlichen Wandel hervorgegangen, der sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre abgezeichnet hat.

¹⁴¹ vgl. o.A.(1978): Sieg der Fackeln über das Atomzeitalter. Der Spiegel Nr. 46. Unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40607009.html>; sowie Petritsch (2010), S.275.

¹⁴² vgl. Kriechbaum (2008), S. 273.

¹⁴³ vgl. ebenda, 2008, S. 273.

¹⁴⁴ Natter. In: Pelinka (1988), S. 157.

¹⁴⁵ vgl. Natter. In: Pelinka (1988), S. 157.

Bereits in den späten siebziger Jahren lässt sich ein postindustrieller Wählertypus erkennen, der sich zwar der Gruppe der Angestellten und Beamten zugehörig fühlt, aber zu unkonventionellen politischen Partizipationsmöglichkeiten und alternativen Wahlentscheidungen tendiert. Dem geht, bedingt durch den einsetzenden Wertewandel und einen Modernisierungsprozess, eine Änderung des Wahlverhaltens voraus. Zwischen 1954 und 1986 ist die SPÖ-Stammwählerschaft Aufzeichnungen des Politologen Fritz PLASSER zufolge von 81 auf 49 Prozent geschrumpft. Noch schlimmer ist es der ÖVP ergangen, deren Stammklientel sich von 82 auf 43 Prozent nahezu halbiert hat. Noch deutlicher wird diese Entwicklung wenn man die Ergebnisse beider Parteien zusammenrechnet. 1979 sind SPÖ und ÖVP auf einen Wähleranteil von 92,9 Prozent gekommen. Bei der Nationalratswahl 1986 sind es aufgrund des Einzugs der Grün-Alternativen in den Nationalrat nur mehr 84,4 Prozent gewesen.¹⁴⁶ Die Grüne Alternative war es schließlich, die aus diesem zuvor beschrieben gesellschaftspolitischen Wandel und den damit verbundenen Bürgerinitiativen auf kommunaler Ebene entstanden ist. Ausgezeichnet hat sie der Wille, die politische Entscheidungsmacht zu durchdringen und am gesellschaftspolitischen Leben zu partizipieren. Diese Partizipationsbewegung hat vor allem die Bereiche Ökologie, Energie, Frieden und Emanzipation an den Staat herangetragen und zu Themen gemacht. Mit der Entschlossenheit kamen schließlich auch die Wahlerfolge: mit der Umweltthematik sind die „Bürgerliste“ 1977 in der Stadt Salzburg und die Alternative Liste Graz 1983 in den Gemeinderat eingezogen. Das grüne Wählerpotential hat sich schließlich über die Jahre hinweg mit der Zunahme des Protestpotentials, der Offenheit für alternative Wahlmöglichkeiten und dem Wertewandel in Richtung Postmaterialismus sowie der Konjunktur des Ökologiethemas erweitert. Trotz zahlreicher Differenzen und Streitigkeiten, die sich über Jahre hinweg zogen und damit einhergehend auch Wahlschläppen mit sich brachte, gelang es mit Freda Meissner-Blau eine grüne Spitzenkandidaten bei der Nationalratswahl am 23. November 1986 aufzustellen. Den Einzug hat man damals mit acht Mandaten geschafft.¹⁴⁷

Im jahrelangen Streit um das Kernkraftwerk ist auch die Haltung der ÖVP hervorzuheben. So hat sich die ÖVP-Parteiführung unter Alois Mock mehrmals gegen die Inbetriebnahme ausgesprochen und sogar das Abwracken des Kraftwerks gefordert

¹⁴⁶ vgl. Kriechbaumer (2008), S. 31f.

¹⁴⁷ vgl. ebenda, S.239f, S.247ff sowie S.271.

oder für eine weitere Volksabstimmung immer wieder Bedingungen gefordert, welche die damalige Kleine Koalition ab 1983 aufgrund ihrer gespaltenen Haltung zu Zwentendorf nicht erfüllen konnte. Allerdings war auch die ÖVP in dieser Frage – nicht nur vor der Volksabstimmung 1978, sondern auch danach – gespalten. Für Mock gab es heftigen Gegenwind etwa aus der Volkspartei in Niederösterreich und Tirol. So hat sich die Landesgruppe Niederösterreich nicht nur für die Inbetriebnahme des Kraftwerks Zwentendorf, sondern auch für den Bau der bereits geplanten Atomkraftwerke in St.Pantaleon und St.Andrä ausgesprochen.¹⁴⁸

4.4 Medienpolitische Hintergründe rund um Zwentendorf

Konflikte, die in den Medien auftauchen, entstehen nicht einfach plötzlich. KEPPLINGER zufolge haben sie eine lange Vorlaufzeit, die sich in drei Phasen einteilen lässt. Die Geburtsstunde eines Konflikts, lässt sich in der Latenzphase festmachen. Hier wird der Konflikt bereits öffentlich respektive medial behandelt, allerdings kann es bis zum Eintritt in die nächste Phase, der Etablierungsphase, mehrere Jahre dauern. Dort wird die Thematik schließlich bekannter und wird auch außerhalb kleiner Zirkel diskutiert. In Phase drei, der Kulminierungsphase, nimmt die Berichterstattung schließlich dramatisch zu. Die Gründe dafür sind vielfältig. Ein Grund dafür ist, dass sich Journalisten wechselseitig beeinflussen. Greift einer der Medienakteure das Thema auf, entsteht ein Zwang für die Anderen es auch zu tun. Außerdem wird jede fortfolgende Handlung, die mit dem Konflikt zu tun hat, in den Medien aufgegriffen. Auch Gerüchte und Indiskretionen sind zu diesem Zeitpunkt für die Medien von Interesse. Und schließlich finden auch jene, die zuvor mit dem Thema kein Gehör gefunden haben, sowie Trittbrettfahrer in der Berichterstattung Platz.¹⁴⁹

Wie sich ein Thema medial entfalten kann hat sich etwa in der Kernenergiedebatte in Deutschland gezeigt, als nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl vermehrt über die Atomkraft debattiert worden ist. Hier sind nach und nach immer mehr Akteure dazugekommen und haben immer mehr Teilkonflikte ausgelöst. Sie alle hatten zwar

¹⁴⁸ vgl. ebenda, S. 283ff sowie S. 290f.

¹⁴⁹ vgl. Kepplinger (2009), S.22.

Berührungspunkte mit dem Thema Atomenergie, mit der Kernthematik an sich – nämlich dem Unfall in der Sowjetunion – hatten allerdings nur die wenigsten zu tun.¹⁵⁰ Wichtiger Bestandteil eines Konfliktes sind neben den Streitparteien auch immer die Medien, die diesen Konflikt öffentlich machen. Um zu verstehen hinter welchem spezifischen Hintergrund im Medienbereich die Akteure im Zwentendorf-Konflikt gehandelt haben, bedarf es einem Blick hinter die medienpolitischen Kulissen der Zeit Kreiskys. In die Zeit des Sonnenkönigs etwa fällt der weitere Aufstieg der Boulevardpresse angelsächsischer Prägung, der schon Anfang der späten fünfziger Jahre eingesetzt hat. Vor allem die Kronen-Zeitung hat durch die Eroberung neuer Leserschichten ein unvergleichbares Machtpotential am österreichischen Tagespressemarkt auf sich vereinen können. Zugleich haben weitere Entwicklungen den Medienmarkt grundlegend verändert, darunter der Aufstieg des Fernsehens Anfang der sechziger Jahre zum Leitmedium der Österreicher, die Einflussnahme der Sozialpartner auf die Medienlandschaft und die Würdigung der journalistischen Arbeit im allgemeinen durch den „Journalistenkanzler“ Kreisky.¹⁵¹ Letzteres geht unter anderem mit der Entwicklung der SPÖ einher, die diese in den sechziger Jahren gemacht hatte. Die parteipolitisch unabhängigen Zeitungen, die tendenziell dem bürgerlichen Lager nahe standen, haben 1964 das Rundfunk-Volksbegehren initiiert um wie 1966 schließlich verwirklicht – entgegen der kommunizierten Meinung der SPÖ – das Proporzrundfunksystem abzuschaffen. Das hat einerseits zur Wahlniederlage der Roten bei der Wahl 1966 und zum Ende der großen Koalition, andererseits aber auch zu einer Öffnung der sozialdemokratischen Partei geführt. So waren Parteitage den Journalisten unter dem Parteivorsitzenden Kreisky plötzlich zugänglich. Und auch sonst sind die Journalisten von Kreisky – sagt man gerne – hofiert worden.¹⁵² WALDNER hat in ihrer Arbeit angemerkt, dass Kreisky binnen kürzester Zeit zum Medienstar der Politlandschaft gekürt wurde.¹⁵³

Nach der ersten Reform des Österreichischen Rundfunks und Fernsehens folgte 1974 eine zweite. Die Rechtsform des ORF ist dabei von einer GmbH in eine Anstalt öffentlichen Rechts geändert worden. Darüber hinaus hat ein Bundesverfassungsgesetz

¹⁵⁰ vgl. ebenda, S.24.

¹⁵¹ vgl. Fabris, Hausjell, S.8f. In: Fabris, Hausjell et al (1987). Zur vertiefenden Information vgl. auch Waldner (1995).

¹⁵² vgl. Gerlich; Müller (1988), S.99.

¹⁵³ vgl. Waldner (1995), S.43.

über die Sicherung der Unabhängigkeit des Rundfunks Grundprinzipien wie etwa die Objektivität der Berichterstattung sowie die Unparteilichkeit festgeschrieben. Ein anderes Bundesgesetz regelte zudem die Struktur des Senders sowie die Programmbeschaffenheit des ORF.¹⁵⁴

Dass sich die Medienlandschaft im Umbruch befunden hat, lässt sich auch an der Entwicklung der Parteipresse ablesen. Mitte der fünfziger Jahre hat ihr Anteil an der Auflage der Tageszeitungen in Österreich noch in etwa die Hälfte betragen. Dreißig Jahre später hat der Anteil nur mehr bei rund 15 Prozent gelegen. Das liegt etwa einerseits am Aufstieg der Boulevardpresse, andererseits aber auch an der Entpolitisierung der österreichischen Gesellschaft. Aber auch Managementfehler haben eine entscheidende Rolle gespielt, wie das Beispiel der Arbeiterzeitung zeigt. Der damalige Chefredakteur der AZ hat Alkohol strikt abgelehnt. Sein Aufruf, nicht bei Spirituosenhändlern einzukaufen, die zuvor in der Zeitung inseriert hatten, war der wirtschaftlich schwierigen Situation der Zeitung nicht zuträglich.¹⁵⁵ Mit den Jahren sind die Leser schließlich weniger und weniger geworden, bis diese Entwicklung schließlich in einem Parteizeitungsterben mündete. Das hat auch die ÖVP getroffen. Sie hat auf ihr Zentralorgan „Volksblatt“ verzichten müssen.¹⁵⁶ Allein zwischen 1967 und 1972 haben fünf Titel ihr Erscheinen einstellen müssen, während die Medienkonzentration folgerichtig gestiegen ist. Grund dafür war aber nicht nur die marktbeherrschende Stellung der Krone, sondern auch die Marktdurchdringung des Kurier und der Kleinen Zeitung. Freunde hat sich Kreisky bei den Medien vor allem 1975 mit einer eingeführten Bundespresseförderung gemacht, die sowohl finanziell stabilen wie auch instabilen Blättern zuerkannt worden ist.¹⁵⁷

Mit einkalkuliert werden muss in den medienpolitischen Gegebenheiten aber nicht nur die Marktentwicklung, sondern auch die innere Pressefreiheit, deren Entwicklung durch die beiden Faschismen des Ständestaates und des Dritten Reiches gehemmt worden war. So haben sich Redaktionsstatuten seit Ende der sechziger Jahre entwickelt. Zu dieser Zeit ist auch die rechtliche und soziale Stellung von Journalisten neu diskutiert worden.¹⁵⁸ Dass sich der Mediensektor rasant entwickelt hat, soll aber nicht implizieren,

¹⁵⁴ vgl. Steinmaurer (2003), S.359.

¹⁵⁵ vgl. Fabris, Hausjell, S.7f. In: Fabris, Hausjell et al (1987).

¹⁵⁶ vgl. Gerlich; Müller (1988), S.99.

¹⁵⁷ vgl. Steinmaurer (2003), S.351.

¹⁵⁸ vgl. Fabris, Hausjell, S.5. In: Fabris, Hausjell et al (1987).

dass es die AKW-Gegner immer einfach hatten, ihre Botschaften nach außen zu tragen. Ganz im Gegenteil. Man kann sogar sagen, die Medien haben es den Gegnern des AKW durch medienstrukturelle Gegebenheiten zu Beginn schwer gemacht. FABRIS hat dieses Problem – bezogen auf eine Analyse von GROSSHANS – in Worte gefasst. Die Rede ist vom Begriff Teilöffentlichkeiten. Diese zeichnen sich durch die fehlende Möglichkeit aus, sich – oft legal - in der Öffentlichkeit bemerkbar zu machen. Das Problem der herrschaftlichen Orientierung hinsichtlich der Informationsbeschaffung und die damit verbundene Benachteiligung von – zunächst – Randgruppen und unterprivilegierten Zielgruppen, könne nur die Schaffung von strukturellen Voraussetzungen behoben werden.¹⁵⁹ Bezogen auf den der Arbeit zugrunde liegenden Konflikt heißt das, dass vor allem Parteien und parteipolitische Interessensgemeinschaften mit ihren Positionen in der Medienberichterstattung Gehör gefunden haben, während die nicht-institutionelle AKW-Gegnerschaft andere Wege einschlagen hat müssen um von der Medienöffentlichkeit bemerkt zu werden. So hat man etwa auf die Möglichkeit von Veranstaltungen, Infotagen, Demonstrationen und dem Singen von Widerstandsliedern zurückgegriffen um eine Gegenöffentlichkeit herzustellen. Um sich allgemein Gehör zu verschaffen sind Konflikte von den Atomgegnern meist dramatisiert worden. Die Austragung dieser Konflikte ist außerdem nicht allzu selten mit provokativem Ungehorsam und gewaltfreiem Protest einhergegangen.¹⁶⁰ Um diesen Konflikt hör- und sichtbar zu machen bedarf es allerdings auch auf dieser Seite, nämlich auf der Seite der Gegenöffentlichkeit, einer gewissen Organisation. Von Bedeutung sind hierbei etwa die Einrichtung eines Systems, um die Öffentlichkeit mit Informationen zu versorgen und den potentiell interessierten Bürgern rasch Antworten auf ihre gestellten Fragen liefern zu können. Die wichtigste Rolle kommt dementsprechend auch den Massenmedien hinzu, da sie die Macht haben alle Interessenten zum Informationsaustausch in einer fiktiven Aula zu versammeln.¹⁶¹ Aber nicht nur in der Möglichkeit, von den Medien gehört zu werden, hat damals (wie vermutlich auch heute) ein Unterschied zwischen Befürwortern und Gegnern bestanden. Auch das finanzielle Ungleichgewicht ist nennenswert, denn während zahlreiche Initiativen im Anti-Atombereich auf Geld aus der eigenen Tasche

¹⁵⁹ vgl. Fabris (1979), S. 211f.

¹⁶⁰ vgl. Natter. In: Pelinka (1988), S. 156.

¹⁶¹ vgl. Fabris (1979), S.226.

zurückgreifen haben müssen, hat der schier übermächtige Gegner, die Regierung und die Partei, auf gut ausgestattete Finanzkassen zurückgreifen können. Und auch die Atomindustrie hat – wo auch immer der Konflikt um ein Atomkraftwerk aufgetaucht ist – finanzielles Gewicht in den Ringkampf geworfen.¹⁶² Wie dieser scheinbar ungleiche Kampf ausgegangen ist, hat bekanntlich die politische Landschaft geändert...

Geändert hat sich auch das Medienverhalten der Österreicher. Die Berichte sind in der Bevölkerung mit Interesse aufgenommen worden, denn mit dem Wandel der Gesellschaft ab Mitte der sechziger Jahre hat sich auch das Informationsbedürfnis und –verhalten der Bevölkerung maßgeblich geändert. Dazu beigetragen haben unter anderem Rundfunkvolksbegehren 1964, die Rundfunkreform 1966 und das Entstehen des unabhängigen Nachrichtenmagazins Profil im Jahr 1970.¹⁶³ Allerdings, größeres Informationsbedürfnis heißt nicht gleich größeres politisches Informationsbedürfnis. Eine LAZARFELD-Untersuchung Anfang der achtziger Jahre hat hier gezeigt, dass das Interesse, sich über politische Vorgänge zu informieren, bei der österreichischen Bevölkerung relativ gering ist. Der Anteil regelmäßiger Zuseher politischer Fernsehsendungen hat – mit Ausnahme der Zeit im Bild – bei nur zehn Prozent gelegen. Ähnlich das Bild über politische Berichterstattung im Radio und Zeitungen bzw. Zeitschriften. Nur 18 Prozent der Befragten haben entsprechende Sendungen regelmäßig gehört. Die beiden bekanntesten politischen Magazine Spiegel und Profil durften sich darüber hinaus über eine bescheidene Anzahl regelmäßiger Leser freuen.¹⁶⁴ Anders war das, wie zuvor erwähnt, bei der Zeit im Bild. 1971 haben 27 Prozent der Fernsehzuseher täglich die ZIB konsumiert, zehn Jahre später waren es schon 44 Prozent. 1971 hat mehr als jeder dritte Zuseher (35 Prozent) angegeben mehrmals die Woche die ZIB zu sehen, während man 1981 auf einen Wert von 36 Prozent gekommen ist. Und auch die Zahl der Personen mit eigenem Fernsehgerät ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Bemerkenswert war zu dieser Zeit auch der Aufstieg der Kronenzeitung. Ihre Druckauflage hat bereits 1982 bei über einer Million gelegen.¹⁶⁵ Dabei hat die Erfolgsgeschichte der Krone erst 1959 begonnen, als das Blatt erneut gegründet worden ist. 1971 hat sich die Krone erstmals den Spitzenplatz am Tageszeitungsmarkt erkämpft und einen Marktanteil von knapp 29 Prozent inne. Im folgenden viertel Jahrhundert hat

¹⁶² vgl. ebenda, S.230.

¹⁶³ vgl. Kriechbaum (2006), S.2.

¹⁶⁴ vgl. Fabris, Schmolke (1982), S.13ff.

¹⁶⁵ vgl. Gerlich; Müller (1988), S.100 sowie S.115.

die Krone den Anteil auf 43 Prozent ausgebaut. Reichweite und Marktanteil haben sie – gemessen an der Bevölkerungsanzahl – zu einer der größten Tageszeitungen der Welt werden lassen.¹⁶⁶

Das Thema Atomkraft in Österreich sowie den Widerstand gegen die Pläne der Regierung, ein Kernkraftwerk in Zwentendorf zu errichten, haben die österreichischen Medien nach anfänglicher Zurückhaltung aufgegriffen – das hat sich auch in den Interviews bestätigt. In Vorarlberg hat sich vor allem die Vorarlberger Tageszeitung hervorgetan. Sie hat sich vehement gegen das grenznahe AKW Rütli in der Schweiz ausgesprochen und massive Kampagnen dagegen gefahren. 1973 hat auch die Kronen Zeitung, ihr grünes Herz entdeckt. In Sachen Zwentendorf hat sie zwar zunächst nicht so deutlich Stellung bezogen, allerdings sehr rasch Sympathien für die Gegner des Projektes erkennen lassen.¹⁶⁷

Das Medieninteresse am neuen Ökologiebewusstsein in Österreich hat auch auf Entwicklungen im deutschsprachigen Ausland gefußt. So ist in der Schweiz 1975 elf Wochen lang das Baugelände des AKW Kaiseraugst besetzt worden. Die Aktion, die in den Medien en masse diskutiert worden ist, hat schließlich auch zur Folge gehabt, dass die Pläne zur Errichtung des AKW Rütli an der Grenze zu Vorarlberg nicht umgesetzt worden sind. Aber auch in Deutschland ist zur selben Zeit aufgeregt über das Thema Atomkraft diskutiert worden. In Baden-Württemberg haben AKW-Gegner den Bauplatz des AKW Wyhl blockiert – und zwar ganze acht Monate.¹⁶⁸

Aber zurück nach Österreich. Nach der für Kreisky verlorenen Abstimmung hat sich das Blatt gewendet. Die Medien haben den Kanzler teils ungewollt als Partei-Supermann stilisiert, da dieser einerseits das Votum ohne Widerworte akzeptiert hat, andererseits von der eigenen Partei nicht zum Rücktritt gezwungen worden war, obwohl er dem Präsidium seinen Rücktritt angeboten hatte. Dank der nicht beabsichtigten Schützenhilfe der Medien und der schnellen Initiative Kreiskys in Sachen Atomsperrvertrag hat der rote Staatsmann das Verlierer-Image rasch überwinden können, was für die kommende Wahl zur größten Absoluten Mehrheit geführt hat.¹⁶⁹

¹⁶⁶ vgl. Steinmaurer (2003), S. 351.

¹⁶⁷ vgl. Friesenbichler (2008), S.162.

¹⁶⁸ vgl. ebenda, S.164.

¹⁶⁹ vgl. Petritsch (2010), S.276f.

5. Theoretischer Rahmen

5.1 Einleitender Überblick

5.1.1 Der Begriff der Kommunikation

In Annäherung an den Begriff versteht PADRUTT unter Kommunikation die Bedeutungsvermittlung, wenn also mindestens zwei Menschen Wissen, Meinungen und Bewusstseinsinhalte austauschen. Er beruft sich hierbei auf die einfache Erklärung von Kommunikation durch JASPERS, der bei zwischenmenschlicher Kommunikation von einem Miteinander von Mensch zu Mensch spricht.¹⁷⁰

Eine wichtige Definition des Begriffes Kommunikation stammt von HOVLAND. Er hebt die Übermittlung von Stimuli in den Vordergrund.

„... to define communication as the process by which an individual (the communicator) transmits stimuli (usually verbal symbols) to modify the behavior for other individuals (communicatees).“¹⁷¹

Doch diese Definitionen sind nur drei Herangehensweisen in einem wahren Sammelsurium von Begriffserklärungen. Bereits MERTEN hat 1977 erläutert, dass der Begriff ein komplexer ist, als er 160 Definitionen von Kommunikation registriert hat.¹⁷² Der Begriff ist eben so schwer von anderen zu trennen wie vertrackt. So kommt es zu Überschneidungen, etwa mit den Begriffen Verhalten oder Interaktion. Kommunikation kann auf einfachste Weise als Informationstransfer angesehen werden, bei dem das Ziel darin besteht, die Information vom Sender zum Empfänger zu transportieren. Eine andere Definition stellt hingegen den Empfang einer Botschaft in den Mittelpunkt. So liegt Kommunikation dann vor, wenn die Botschaft vom Rezipienten empfangen worden ist. Allerdings ist oft nur schwer nachzuvollziehen, ob eine Botschaft auch so

¹⁷⁰ vgl. Padrutt (1970). In: Maletzke (1972), S. 19f.

¹⁷¹ Hovland. Zitiert in: Maletzke (1978), S.17.

¹⁷² vgl. Burkart (2002), S.16.

wie sie gemeint war angekommen ist. Deshalb ist der korrekte Empfang einer Botschaft für den Kommunikationsprozess an sich nicht entscheidend. BURKART zufolge soll das oberste Ziel die Verständigung sein.¹⁷³ Ein Kommunikator kann – so der Grundgedanke – nur dann kommunizieren, wenn der Rezipient auch rezipieren, also die Botschaft auch aufnehmen und verstehen, möchte. Die Kommunikation weist in diesem Sinnzusammenhang einen reziproken Charakter auf.¹⁷⁴

An act of communication between two persons is complete when they understand the same sign in the same way.¹⁷⁵

Verständigung setzt voraus, dass bei Sendern und Empfängern ein gemeinsamer Code existiert, was vereinfacht gesagt soviel bedeutet, dass die ausgetauschten Worte oder Zeichen von beiden Kommunikationspartnern verstanden werden.¹⁷⁶

Kommunikation wird demnach als soziales Verhalten verstanden. Damit ist gemeint, dass sich Lebewesen im Hinblick aufeinander verhalten und reagieren. Werden im Rahmen dieser Aktionen auch Bedeutungen vermittelt, dann kann von kommunikativem Verhalten gesprochen werden. Auch Handeln ist menschliches Verhalten. Dabei wird ein bestimmtes Ziel verfolgt. Wird eine Handlung um die soziale Komponente erweitert, so liegt dann soziales Handeln vor, also wenn es auf das Verhalten anderer bezogen ist.¹⁷⁷ Allerdings:

Nicht jedes Verhalten – wie etwa Schlafwandeln, unwillkürliches Mitschießen beim Beobachten eines Fußballspiels oder unter Hypnose ausgeübte Aktivität – ist damit ein Handeln, da der subjektive Sinn fehlt. Nicht jedes Handeln – wie das gleichzeitige Aufspannen von Regenschirmen bei einem Regenschauer – ist soziales Handeln, sofern es nicht auf andere bezogen ist.¹⁷⁸

Voraussetzung für Kommunikation ist jedenfalls, dass Menschen miteinander interagieren. Soziale Interaktion liegt dann vor, wenn zwei oder mehrere Personen

¹⁷³ vgl. Kunczik; Zipfel (2005), S.26f.

¹⁷⁴ vgl. Burkart (2002), S.65f.

¹⁷⁵ Lasswell. Zitiert in: Maletzke (1978), S.17.

¹⁷⁶ vgl. Kunczik; Zipfel (2005), S.31.

¹⁷⁷ vgl. Burkart (2002), S.21ff.

¹⁷⁸ Kunczik; Zipfel (2005), S.29.

wechselseitig miteinander in Kontakt treten, agieren und reagieren. Voraussetzung dafür ist aber auch hier das Benutzen eines gemeinsamen Codes, also Verständigung. Kommunikation hat also dann stattgefunden, wenn das kommunikative Handeln erfolgreich aufeinandergerichtet worden ist.¹⁷⁹

Als Träger der kommunizierten Botschaften ist jedenfalls immer ein Medium notwendig. Die Trägerschaft kann dabei von einem primären Medium – PROSS versteht darunter die Medien des menschlichen Elementarkontaktes wie Sprache, Mimik und Gestik -, einem sekundären Medium, die auf der Produktionsseite ein Gerät erfordern, einem tertiären Medium, die sowohl auf Produktions- als auch Empfängerseite ein Gerät erfordern, oder von einem quartären Medium im Rahmen der computerbasierten Vernetzung, übernommen werden.¹⁸⁰

5.1.2 Masse und Massenkommunikation

MALETZKE versteht unter Massenkommunikation (mit dem Verweis, das seine Definition nur eine von vielen Definitionen darstellen soll¹⁸¹) folgendes:

„alle Formen der Kommunikation, bei der Aussagen öffentlich (also ohne begrenzte personell definierte Empfängerschaft), durch technische Verbreitungsmittel (Medien), indirekt (also bei räumlicher oder zeitlicher oder raumzeitlicher Distanz zwischen den Kommunikationspartnern) und einseitig (also ohne Rollenwechsel zwischen Aussagenden und Aufnehmenden), an ein disperses Publikum (im Unterschied zu einem Präsenzpublikum) vermittelt werden.“¹⁸²

Von einer Masse im Sinne eines dispersen Publikums spricht man dann, wenn sich eine Vielzahl von Menschen einer Aussage der Massenkommunikation zuwendet. Das disperse Publikum ist kein dauerhaftes, soziales Gebilde, sondern entsteht von Fall zu Fall. Es wendet sich stets der indirekten, nicht aber der direkten Kommunikation zu. Außerdem ist das Publikum räumlich getrennt, oder stellt kleinere Gruppen dar. Weitere

¹⁷⁹ vgl. Burkart (2002), S.30ff.

¹⁸⁰ vgl. ebenda, S.35ff.

¹⁸¹ vgl. Maletzke (1972), S.9.

¹⁸² Maletzke (1972), S.9.

Merkmale beschreiben die Masse als zahlenmäßig nach oben hin offen, während es eine untere Grenze nicht gibt. Außerdem haben die Rezipienten in dieser Masse in der Regel keine direkten Beziehungen untereinander, weil sie räumlich voneinander getrennt sind. Allerdings wissen sie, dass auch andere dieselbe Aussage konsumieren. Die Masse an sich ist zudem ein meist unstrukturiertes, unorganisiertes und inhomogenes Gebilde.¹⁸³ Massenkommunikation selbst ist stets äußeren Einflüssen ausgesetzt. Der Kommunikator kann sich in seiner Aussage etwa von Parteien, Interessensgruppen oder dem Staat beeinflusst lassen. Wesentlicher Beeinflussungsfaktor ist naturgemäß die öffentliche Meinung¹⁸⁴, da es vor allem die Öffentlichkeit ist, die auf eine Aussage reagiert und diese kritisiert.¹⁸⁵ Auch das was der Kommunikator über den Rezipienten denkt, fließt in seine Aussage mit ein. Dies bringt vor allem dann Unsicherheit für den Aussageproduzenten mit sich, wenn sich die Aussagen an ein inhomogenes Publikum richten.¹⁸⁶ Wie der Kommunikator kommuniziert hängt auch damit zusammen, wie er sich selbst und seine Aufgabe sieht. Dabei lässt der Kommunikator eine Werthaltung durchblicken, die sich unweigerlich in seiner Kommunikation manifestiert. Was kommuniziert wird, hängt zudem von den äußeren Einflüssen des Aussagenden ab, also etwa welchen Gruppen er angehört, in welchem Umfeld er sozialisiert worden ist, welche Ansichten und Haltungen er vertritt.¹⁸⁷ Doch auch auf der Rezipientenseite steht die empfangene Botschaft in Konkurrenz zur Sozialisation. Als Teil einer Gruppe steht der Rezipient Aussagen, die ihm übermittelt werden, nicht mehr unvoreingenommen gegenüber, da er in seiner Haltung bereits durch die Gruppe vorgeprägt worden ist. Geht es um die Wirkung einer Aussage, dann ist also nicht nur die Aussage selbst, sondern auch das gruppengeprägte Verhalten mit einzuberechnen. Umso mehr man sich einer Gruppe zugehörig fühlt, umso schwieriger wird es, die Normen und Werte eines Gruppenmitgliedes zu brechen. Auf Aussagen der Massenmedium umgelegt heißt das: Stimmt eine Aussage mit der Meinung einer Gruppe überein, wird sie leichter akzeptiert.¹⁸⁸

¹⁸³ vgl. Maletzke (1978), S.28ff.

¹⁸⁴ Siehe dazu auch Begriffserläuterungen in Kapitel 3.1.1.

¹⁸⁵ vgl. Maletzke (1978), S.51.

¹⁸⁶ vgl. ebenda, S.103f.

¹⁸⁷ vgl. ebenda, S.45f.

¹⁸⁸ vgl. ebenda, S. 83f.

Massenkommunikation ist jedenfalls immer ein kompliziertes System dreier Grundfaktoren: es gibt immer eine Person die etwas aussagt, eine Person die dann das Ausgesagte aufnimmt, sowie technische Hilfsmittel, mit denen die Botschaften gesendet, übertragen und aufgenommen werden können.¹⁸⁹

„Unter Massenkommunikation sei [...] der Vorgang verstanden, in dem spezielle soziale Gruppen technische Vorrichtungen anwenden (Presse, Film, Rundfunk und Fernsehen), um einer großen heterogenen und weitverstreuten Zahl von Menschen symbolische Gehalte zu vermitteln.“¹⁹⁰

Erweitert man die Massenkommunikation um eine Wirkungskomponente, so soll mit der Kommunikation ein bestimmtes Ziel erreicht werden. Zielorientierte Massenkommunikation liegt jedenfalls immer dann vor, wenn durch Aussagen bewusst Ziele erreicht werden sollen. Die Kommunikation wird also darauf ausgelegt, beim Empfänger bleibende oder länger andauernde Wirkung zu erzielen.¹⁹¹ Der Effekt, der Output oder die Wirkung findet sich auch bei LASSWELL wieder. In Anlehnung an seine berühmte Formel ‚Who says what in which channel, to whom, with what effect‘ lassen sich vier Grundfaktoren der Massenkommunikation voneinander unterscheiden: der Aussagende, die Aussage, das Verbreitungsmedium, der Aufnehmende. WALLACE hat nun weitere Faktoren hinzugefügt. So sind bei der Massenkommunikation neben der Kommunikationssituation und der Methode auch die Interpretation und das Feedback zu beachten. Auch BRADDOCK hat die Ausgangsformel LASSWELLS erweitert und ist damit auf folgende Faktoren gekommen:¹⁹²

„Who says what to whom under what circumstances through what medium for what purpose with what effect?“¹⁹³

Die Entstehung des Begriffs der Massenkommunikation ist eng verbunden mit dem Begriff der Massengesellschaft, die in einer Definition eines UNESCO-Berichts als

¹⁸⁹ vgl. Padrutt (1970). In: Maletzke (1972), S.21.

¹⁹⁰ Janowitz; Schulze. Zitiert in: Maletzke (1978), S. 33.

¹⁹¹ vgl. Maletzke (1976), S.2f; siehe dazu auch Kapitel 5.2.

¹⁹² vgl. Maletzke (1978), S.33f

¹⁹³ Braddock. Zitiert in: Maletzke (1978), S.34f.

„große Masse einzelner, isolierter Individuen ohne einigendes Ziel“ beschrieben wird.¹⁹⁴ Masse bedeutet hierbei einerseits eine Ansammlung zahlreicher Menschen an einem bestimmten Ort mit derselben psychischen Wahrnehmung. Diese Masse kann aber beispielsweise durch Panik binnen kürzester Zeit zerfallen. Übrig bleibt eine Menge oder Gruppe von nicht miteinander kommunizierenden Menschen. Demgegenüber steht die unsichtbare oder latente Masse, die sich mit der fortschreitenden Industrialisierung verändert. Die Masse wird träge, sie vereinheitlicht sich, der Mensch geht in der Masse unter, ist somit den Zwängen des Kollektivs ausgeliefert und lässt sich – in seiner Position des ausgeliefert Seins – von Massenmedien steuern.¹⁹⁵ Es ist daher kaum verwunderlich, dass zu dem Schluss gekommen wird, dass Massenkommunikation und Massenmedien die Gesellschaft an sich verändert haben. Geht man von der Theorie der Massengesellschaft aus, dann haben Industrialisierung und Demokratisierung einen Zusammenbruch der Primärgesellschaft zufolge gehabt. Unter Primärgesellschaften versteht man laut KLIMA eine Gruppe, deren Mitglieder in meist intimen und meist emotional bestimmten Beziehungen zueinander stehen, was wiederum dazu führt, dass die Einstellungen und Wertvorstellungen dieselben sind.¹⁹⁶

5.1.3 Kommunikationsmodelle

Am Anfang jeder Modellbildung steht LASSWELLS berühmte Formel, also wer sagt was, in welchem Kanal, zu wem, mit welchem Effekt. Beinahe jedes Kommunikationsmodell orientiert sich daran, denn dabei werden fünf Grundeinheiten des Kommunikationsprozesses hervorgehoben: der Kommunikator, die Aussage, das Medium, der Rezipient bzw. das Publikum und die Wirkung.¹⁹⁷ Allerdings zeigt sich beim LASSWELL-Modell, wie auch beim folgenden Modell von SHANNON und WEAVER, dass Massenkommunikation als einseitiger Prozess begriffen wird, bei dem ein Signal oder eine Aussage von einem Sender zu einem Empfänger transportiert wird. Eine Rückmeldung ist bei beiden Modellen nicht vorgesehen. Darüber hinaus fehlt eine

¹⁹⁴ Unesco-Bericht (1970). In: Maletzke (1972), S. 31.

¹⁹⁵ vgl. Maletzke (1978), S.25f.

¹⁹⁶ Burkart (2002), S. 194.

¹⁹⁷ vgl. Maletzke (1976), S.10.

Erklärung, wie die Sender an die Aussagen gelangen.¹⁹⁸ D.h. Kommunikation wird nach SHANNON und WEAVER, beide Mathematiker, als rein technische Einwegkommunikation betrachtet. Der entscheidende Punkt der interpersonellen Kommunikation, nämlich der reziproke Charakter, und damit die Möglichkeit, dass Sender und Empfänger ihre Rollen im Kommunikationsprozess tauschen, wird nicht beachtet.¹⁹⁹ Das lineare und einseitige Modell reicht zudem nicht aus, menschliche Kommunikation allumfassend zu beschreiben. Fairerweise muss man aber anerkennen, dass es SHANNON und WEAVER in ihrem Modell aber auch nicht um die Erklärung von Kommunikation, sondern um die Optimierung von Telekommunikationstechnik gegangen.²⁰⁰ Ein ebenfalls relativ einfaches Modell stammt von SCHRAMM. Er gliedert darin das Medium nicht als eigenen Faktor aus, sieht aber zumindest die Möglichkeit einer Rückkoppelung durch das Publikum vor. Die Möglichkeit eines Feedbacks sieht hingegen das Modell von GERBNER nicht vor. Er stellt in seinem Modell das Ereignis in den Vordergrund. Damit wird der Geltungsbereich aber auf die reine Ereignisvermittlung eingeschränkt.²⁰¹

Ein weiteres Kommunikationsmodell stammt von RILEY und RILEY, die Sender und Empfänger als Teil einer großen Sozialstruktur sehen. Die Primärgruppen innerhalb der Sozialstruktur beeinflussen die Teilnehmer des Kommunikationsprozesses schließlich, was wiederum zu einem Selektionsprozess führt, sowohl beim Sender als auch beim Empfänger. Das Kommunikationsmodell zielt darauf ab, Kommunikation nicht als isolierten Vorgang, sondern als Bestandteil eines Sozialsystems zu sehen.²⁰²

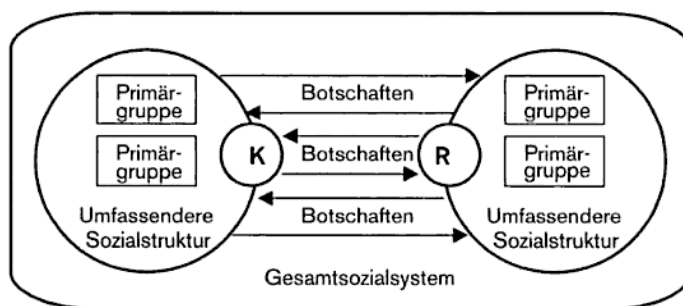


Abb. 3: Kommunikationsmodell nach Riley und Riley, 1957 (Quelle: Kunczik, 2005, S.53)

¹⁹⁸ vgl. Beck (2007), S.120.

¹⁹⁹ vgl. Kunczik; Zipfel (2005), S.43f.

²⁰⁰ vgl. Beck (2007), S.119.

²⁰¹ vgl. Maletzke (1976), S.12f.

²⁰² vgl. Kunczik; Zipfel (2005), S.53.

MALETZKES Feldschema der Massenkommunikation geht hingegen – vereinfacht gesagt – von einem Kommunikator (K) aus, der eine Aussage (A) produziert und diese dann über ein Medium (M) zum Rezipienten (R) leitet. Letzterer ist sich dabei darüber bewusst, dass er Teil eines dispersen Publikums ist. Außerdem geht MALETZKES Modell davon aus, dass der Rezipient durch spontane Antworten die Einseitigkeit des Übermittlungsprozesses überwinden kann. Das Modell schließt also die Möglichkeit eines Feedbacks mit ein.²⁰³

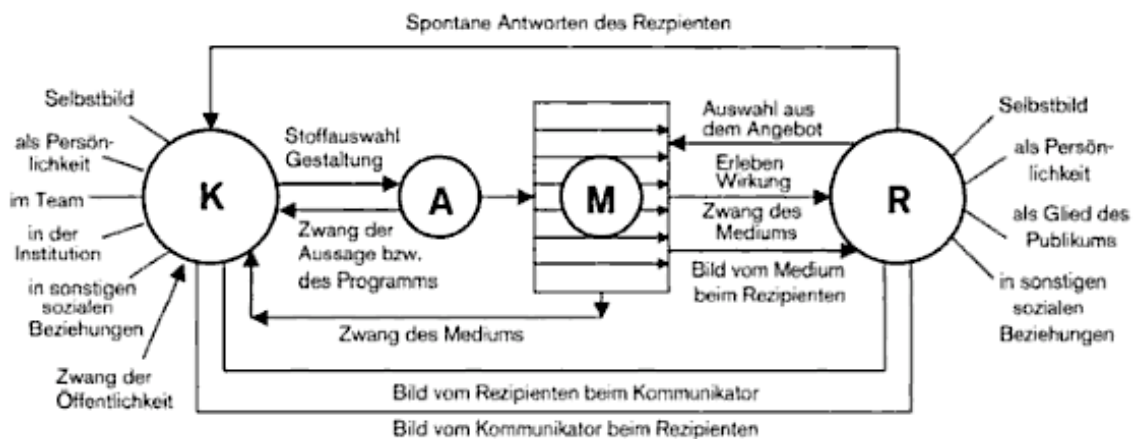
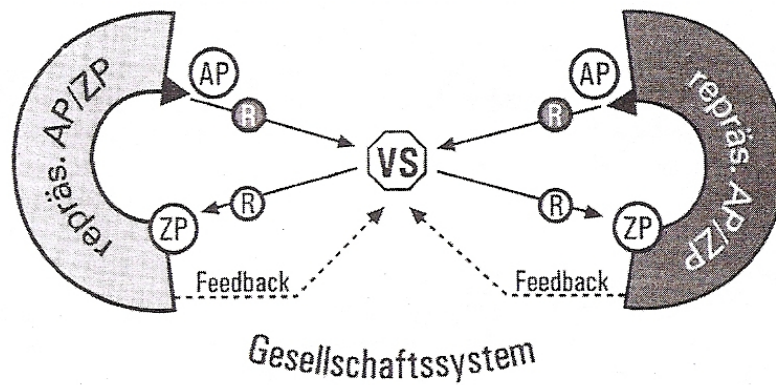


Abb. 4: Feldschema der Massenkommunikation nach Maletzke (Quelle: Kunczik, 2005, S.54.)

Wie aus der Grafik ersichtlich ist, wird der Kommunikator dabei nicht als isoliert betrachtet. Er ist ebenso wie der Rezipient bestimmten Einflüssen ausgesetzt, die sich aus seinem Selbstbild, seinem Umfeld und der Umwelt ergeben. Aus diesem Umstand heraus ergibt sich für den Kommunikator, dass auch seine produzierten Aussagen nicht isoliert produziert werden, sondern im Rahmen dessen beeinflusst entstehen. Für den Rezipienten kann unterdessen festgehalten werden, dass er Botschaften nach bestimmten Einflüssen auswählt.²⁰⁴

²⁰³ vgl. Maletzke (1972), S.15.

²⁰⁴ vgl. Kunczik (2005), S.54.



(AP) Ausgangspartner (ZP) Zielpartner (VS) Vermittlungssystem
 repräs. AP/ZP = repräsentierte Ausgangs- / Zielpartner
 (R) aktivierte (R) deaktivierte Rezipientenrolle

Abb.5: Modell der sozialen Zeitkommunikation (Quelle: Beck, 2007, S. 127)

Ein interessantes Kommunikationsmodell stammt von WAGNER und SCHÖNHAGEN. Die Theorie der sozialen Zeitkommunikation geht davon aus, dass nicht alle Aussagen, die über die Medien vermittelt werden auch von ihnen bzw. von den Journalisten, sondern aus der Hand von Dritten stammen. Medienaussagen sind demnach nur vermittelte Botschaften von anderen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Sport, etc. Im Modell selbst sind die Journalisten als Vermittler beschrieben, die vom Ausgangspartner (AP) eine Botschaft erhalten. Das heißt, dass der Urheber der Botschaft diese nicht selbst veröffentlicht, sondern sie an den Vermittler, den Journalisten, weiterreicht. Dieser selektiert, gestaltet, formuliert im Rahmen eines Vermittlungssystems (VS), dem Medium, und leitet die Aussagen dann an die Zielpartner weiter. Dabei wird ein Kreislauf sichtbar, denn der Ausgangspartner entstammt der Gruppe der Zielpartner. Der Ausgangspartner kann zudem auch der Vermittler sein. Das ist dann der Fall, wenn ein Journalist seine eigene Meinung in einem Kommentar verpackt oder die Rede eines Politikers live im Fernsehen übertragen wird. Allerdings muss auch hier die Möglichkeit beachtet werden, dass die Ausgangspartner oder Vermittler nicht aus reinem Selbstinteresse handeln, sondern die vermittelten Aussagen die Interessen einer ganzen Gruppe repräsentieren.²⁰⁵

²⁰⁵ vgl. Beck (2007), S. 126ff.

5.2 Relevante Ansätze der Medienwirkungsforschung

Allgemein wird dann von Wirkung gesprochen, wenn sich ein Zustand aufgrund einer Ursache verändert. Medienwirkung liegt dann vor, wenn als Ursache die Medien insgesamt, ein bestimmtes Medium oder Medienangebot, oder auch eine bestimmte Aussage ausgemacht werden kann. Solche Ebenen sind auch auf der Seite der Rezipienten zu finden. So kann Veränderung auf Mikro-, Meso- oder Makroebene eintreten.²⁰⁶

In der vorliegenden Arbeit geht es um Aussagen, die vom Kommunikator mit der Intention getätigt werden, ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Im Fall der so genannten objektorientierten Aussage ist das Ziel, eine bestimmte Wirkung beim Rezipienten hervorzurufen. Gibt der Kommunikator seine Absichten zu, spricht MALETZKE von manifester Intention. Im Gegensatz dazu wird bei der latenten Intention zu verhindern versucht, dass der Rezipient die Absicht eine Meinung zu bilden oder eine vorhandene Meinung zu ändern erkennt.²⁰⁷ Auf Mikroebene, die am besten erforschte Ebene der Medienwirkung, können zudem kognitive, affektive und konative Wirkungen unterschieden werden. Kognitive Veränderungen bezeichnen eine Veränderungen im Wissen eines Rezipienten, affektive Veränderungen betreffen die Gefühlsebene, konative Effekte beziehen sich auf das Verhalten und auf die Motive.²⁰⁸

Damit solche Effekte aber überhaupt untersucht und messbar gemacht werden können, muss der Mensch im Rahmen der Massenkommunikation zunächst in die Rolle des Rezipienten schlüpfen. Erst so wird Wirkung möglich gemacht und Verhaltens- und Erlebensprozesse in Gang gesetzt. MALETZKE unterscheidet dabei zunächst zwei Wirkungsbegriffe. Wirkung ist im weitesten Sinne das, was durch Massenkommunikation beim Rezipienten bewirkt wird. Allerdings liegt diese allgemeine Definition zu weit vom allgemeinen Sprachgebrauch entfernt, weil hier etwa auch die präkommunikative Phase mit einbezogen wird und damit zu einem ungenauen Begriff führt. Wird dieser und auch der Bereich des Erlebens in der kommunikativen

²⁰⁶ vgl. Beck (2007), S.191.

²⁰⁷ vgl. Maletzke (1978), S. 91.

²⁰⁸ vgl. Beck (2007), S. 191f.

Phase ausgeklammert, so kommt man zum Wirkungsbegriff im engeren Sinn.²⁰⁹ Unter Wirkung im engeren Sinne verstehen wir:

“sämtliche Prozesse, die sich in der postkommunikativen Phase als Folgen der Massenkommunikation abspielen, und zum Anderen in der eigentlichen kommunikativen Phase alle Verhaltensweisen, die aus der Zuwendung des Menschen zu Aussagen der Massenkommunikation resultieren.”²¹⁰

Wirkung ist in diesem Sinne etwa im Bereich des Verhaltens möglich, so etwa durch den Inhalt einer Aussage. Je nach dem ob der Kommunikator bewusst eine Verhaltensänderung herbeiführen möchte, kann zwischen beabsichtigter und unbeabsichtigter Verhaltensänderung unterschieden werden. Im politischen Bereich hat eine Studie von CARTWRIGHT dargelegt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit beim Rezipienten bestimmte Verhaltensweisen aktiviert werden.²¹¹ Die Aussage muss von den zu beeinflussenden Person wahrgenommen und als Bestandteil ihrer kognitiven Struktur akzeptiert werden. Zudem muss die gewünschte Verhaltensweise vom Rezipienten als im eigenen Interesse liegendes Ziel anerkannt werden. Darüber hinaus muss das Verhalten des Rezipienten von einem Motivationssystem kontrolliert werden, um im entscheidenden Moment die gewünschte Handlung herbeizuführen.²¹²

Untersuchungen haben gezeigt, dass Medien nie allein auf Einstellung, Wissen und Verhalten einwirken. Deshalb fragt die Medienwirkungsforschung auch nicht danach, ob durch Medien etwas Bestimmtes bewirkt wird, sondern nach den Rahmenbedingungen, also unter welchen Umständen im Zusammenspiel mit welchen Ursachen was bewirkt wird.²¹³ Die Medienwirkungsforschung der letzten Jahrzehnte kennt dazu drei Methatheorien. Die erste Theorie ist die Theorie der starken Medienwirkung, auch hypodermic needle genannt – also wie eine Nadel, die ohne Widerstand durch die Haut des Rezipienten fährt. Hier wird eine uneingeschränkte Wirkung der Medien impliziert. Die Botschaft wirkt demnach auf alle Rezipienten gleich. Die zweite Theorie ist die der

²⁰⁹ vgl. Maletzke (1978), S.189f.

²¹⁰ Maletzke (1978), S.190.

²¹¹ vgl. Maletzke (1978), S.192ff.

²¹² vgl. Cartwright (1949). Zitiert in: Maletzke (1978), S.196.

²¹³ vgl. Beck (2007), S.192.

schwachen Medienwirkung. Demnach führt eine Medienbotschaft eher zu einer Verstärkung einer bereits bestehenden Meinung, als zu einer Veränderung. Die dritte Meta-Theorie ist die der selektiven Meinung. Diese geht davon aus, dass gewisse medial verbreitete Botschaften bei gewissen Personen unter gewissen Umständen zu einer Wirkung führen.²¹⁴

Medienangebote werden vom Rezipienten selektiert und unterschiedlich wahrgenommen. Wie sie wahrgenommen werden hängt unter anderem von der psychischen Eigenschaft des Rezipienten ab. Von Bedeutung sind aber auch die innere Beteiligung an einer Aussage, also das persönliche Involvement, sowie die Aufmerksamkeit, die wir einem Medium oder einer Aussage entgegenbringen. Daneben hängt Medienwirkung auch vom Vorwissen, der persönlichen Betroffenheit sowie von der konkreten Rezipientensituation ab.²¹⁵

Eine große Rolle in der Erforschung von Wirkung kommt auch dem Framing und Priming zu. Beim Framing geht es darum, ob Aussagen in einem bestimmten Interpretationsrahmen gestellt werden. Priming beschreibt hingegen, ob Aussagen besonders hervorgehoben und positioniert werden.²¹⁶

Daneben ist Wirkung auch im Bereich des Wissens, also etwa wenn Menschen durch Massenkommunikation ihr Wissen erweitern und lernen, und im Bereich der Meinungen und Attitüden möglich. Meinungen sind als Stellungnahmen äußerlicher Natur zu verstehen, die nur relativ geringe Motivationskraft für das Handeln aufweisen. Anders sieht das bei Attitüden aus, die als Stellungnahmen viel tiefer in der Persönlichkeit eines Menschen verankert und mit anderen Bereichen der Persönlichkeit eng verbunden sind. Eine große Zahl von Studien hat gezeigt, dass die Massenkommunikation ein bedeutender Faktor ist, wenn es um den Prozess der politischen Meinungsbildung geht.²¹⁷ Dort ist der so genannte Sleeper-effect von Bedeutung, vor allem dann, wenn es in der politischen Meinungsbildung um Aussagen des politischen Gegners geht. Die Wirkung hält sich unmittelbar nach dem Rezipieren einer Aussage meist in Grenzen, steigt aber im weiteren Verlauf an. Psychologisch wird das so erklärt, dass der Rezipient die Quelle der Aussage ablehnt und daher die Aussage in diesem Moment nicht akzeptieren kann, der Rezipient die Quelle schließlich

²¹⁴ vgl. Brosius. In: Bentele (2003), S.129ff.

²¹⁵ vgl. Beck (2007), S193.

²¹⁶ vgl. ebenda, S.193.

²¹⁷ vgl. Maletzke (1978), S.198, sowie S.202f.

aber schneller vergisst als die Aussage und daher der Botschaft immer weniger Widerstand entgegensetzt.²¹⁸ Der Meinung und der Attitüde steht die Einstellung gegenüber. Sie bezeichnet die Bereitschaft, Objekte positiv oder negativ zu bewerten. Die Einstellung kann aber auch ein erlerntes Erlebnismuster sein, wie eine Person auf ein bestimmtes Objekt reagiert.²¹⁹

Ein weiterer Baustein im Puzzle der Medienwirkungsforschung kommt von Lion D. FESTINGER, der 1957 davon ausgegangen ist, dass Rezipienten nach kognitivem Gleichgewicht zwischen Einstellung, Handeln und Reizen streben. In Folge dessen werden Aussagen vom Rezipienten auch selektiert und interpretiert, d.h. Aussagen, die in uns dieses kognitive Gleichgewicht stören und zu kognitiver Dissonanz führen, werden vermieden oder wir deuten sie so lange um, bis sie zu unserer Einstellung passen. Erst wenn der Aufwand dieses Prozesses zu hoch ist, passen wir unsere Meinung den Tatsachen an.²²⁰

Wirkung ist auch im emotionalen Bereich möglich. Bereits HARTMANN, sowie MENEFEE und GRANNEBERG haben in ihren Forschungsarbeiten die Hypothese (vorläufig) bestätigt, dass eine Aussage wirksamer ist, wenn sie emotionale Appelle beinhaltet, anstatt - rational argumentiert - an den Rezipienten übermittelt wird. So genannte Droh-Appelle, die für den Empfänger ungünstige Folgen beschreiben, rufen beim Empfänger emotionale Reaktionen hervor. Der Empfänger zielt in weiterer Folge darauf ab, den hervorgerufenen Zustand der Unsicherheit zu reduzieren. Zentrales Element ist das persönliche Involvement, auch Ich-Beteiligung genannt. Je höher diese ist, desto emotionaler ist die erzeugte Spannung.²²¹

Allerdings gibt es viele kritische Stimmen zur Medienwirkung. So sind Theorien, die starke Medienwirkung nachweisen wollen (als eine von drei Meta-Theorien, wie vorher beschrieben), nicht gut belegt. Das Bild vom, den Medien ausgelieferten, passiven Rezipient, der alle Aussagen aufsaugt und sich davon beeinflussen lässt, ist also irreführend. So haben LAZARSFELD, BERELSON und GAUDET 1940 in einer Untersuchung herausgefunden, dass Wirkung vor allem bei bestehenden Meinungen

²¹⁸ vgl. ebenda, S.208f.

²¹⁹ vgl. Fuchs; Klima et al (1978), S. 179f.

²²⁰ vgl. Beck (2007), S.195.

²²¹ vgl. Dröge; Weissenborn, Haft (1969). In: Maletzke (1972), S.125ff.

eingetreten ist, die in Folge verstärkt worden sind.²²²

5.2.1 Der Stimulus Response Ansatz

Ausgangspunkt für ein Stimulus Response Modell war die Instinkttheorie, die allerdings davon ausgegangen ist, dass ein Stimulus von außen eine fixierte Verhaltensweise auslöst.²²³ Diese Überlegungen kommen ursprünglich aus der behavioristischen Psychologie, wobei Behaviorismus meint, dass nur die äußerlich wahrnehmbaren Verhaltensweisen, nicht aber die inneren Bewusstseinsvorgänge, anerkannt werden.²²⁴ Ausgangspunkt für die Frage, welche Reize welche Reaktionen auslösen, war das sogenannte Black-Box-Modell. Hierbei wird der Rezipient als Black Box dargestellt, die Informationen als Stimuli aufnimmt, welche dann auf der anderen Seite eine Reaktion hervorrufen.²²⁵

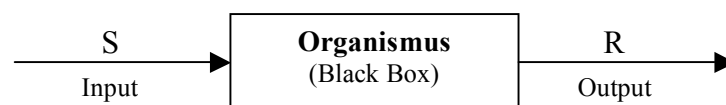


Abb.6: Black Box Modell (Quelle: Burkart, 2002)

Daraus entstanden ist schließlich die Stimulus Response Theorie. Zentrale Überlegung ist nun:

“daß sorgfältig gestaltete Stimuli jedes Individuum der Gesellschaft über die Massenmedien auf die gleiche Weise erreichen, jedes Gesellschaftsmitglied die Stimuli in der gleichen Art wahrnimmt und als Ergebnis eine bei allen Individuen ähnlich Reaktion erzielt.”²²⁶

²²² vgl. Beck (2007), S.194.

²²³ vgl. Schenk (1978). Zitiert in Burkart (2002), S.193

²²⁴ vgl. Hofstätter (1972). Zitiert in: Burkart (2002), S. 193.

²²⁵ vgl. Shaffer (1936). Zitiert in: Burkart (2002), S. 193f.

²²⁶ vgl. Schenk (1978). Zitiert in: Burkart (2002), S.195.

Die stimulusorientierte Perspektive bringt allerdings die Sichtweise mit sich, dass der Rezipient in eine ausschließlich passive Rolle gedrängt wird. Den Medien hingegen werden in diesem Modell direkte, störungsfreie und kollektiv-massenhafte Effekte zugeschrieben, also die Macht, den Rezipienten übermäßig stark zu beeinflussen.²²⁷ In diesem Sinne ist das Konzept um den Begriff Organismus erweitert worden, da nicht mehr nur der Stimulus an sich als entscheidend für einen Response angesehen worden ist.²²⁸ Diese Erweiterung des S-R-Modells hin zum S-O-R-Konzept hat nun das Individuum etwas mehr in den Mittelpunkt gestellt. Dem Rezipienten wird nun im erweiterten Modell die Möglichkeit eingeräumt, die Reize entsprechend zu verarbeiten. Besonders Paul LAZARSFELD hat bei der Entwicklung des Modells eine entscheidende Rolle eingenommen. Er hat in einer Untersuchung festgestellt, dass sich Anhänger einer bestimmten Partei, abgängig von der politischen Einstellung, bevorzugt den Botschaften der Präferenzpartei zuwenden.²²⁹ Im neuen Modell ist somit die Einstellung als relevante Variable im Wirkungsprozess angesehen worden. Darüber hinaus sind die Bedingungen, wie sich massenmedial vermittelte Aussagen verbreiten, als Faktor für das Modell ins Kalkül gezogen worden.²³⁰

5.2.2 Überredungskommunikation und konsistenztheoretische Ansätze

Die Hovland-Gruppe um Carl I. HOVLAND – einer der wichtigsten Vertreter der psychologischen Wirkungsforschung – hat die Einstellungsveränderung von Rezipienten mittels der so genannten Überredungskommunikation in den Medien untersucht.²³¹ Hinter dem Begriff Überredungskommunikation steht die Überlegung, mithilfe eines Stimuli den Rezipienten bewusst zu beeinflussen. Die Intention des Kommunikators, eine Einstellungs- und/oder Verhaltensänderung beim Rezipienten herbeizuführen, wird

²²⁷ vgl. Brommert; Weich; Dirksmeier (1995), S. 9.

²²⁸ vgl. Burkart (2002), S.196.

²²⁹ vgl. Brommert; Weich; Dirksmeier (1995), S. 11.

²³⁰ vgl. Burkart (2002), S.197.

²³¹ vgl. Brommert; Weich; Dirksmeier (1995), S. 10.

dabei nicht versteckt oder geleugnet.²³²

Die Gruppe hat herausgefunden, dass es nicht nur auf den Inhalt einer Botschaft ankommt, sondern dass auch die mediale Form, die Glaubwürdigkeit der Quelle und der persönliche Background des Rezipienten Wirkung mitbestimmen. Ist etwa eine Quelle – aus welchen Gründen auch immer – nicht glaubwürdig, dann lehnt der Rezipient die Aussagen dieser Quelle ab. Mit der Zeit vergisst der Rezipient diese Quelle und die Skepsis gegenüber der Aussage lässt langsam nach. Empirisch gesehen hat dieser bereits vorhin erwähnte, so genannte Sleeper Effekt aber nicht eindeutig nachgewiesen werden können.²³³

Ein Experiment von HOVLAND und MANDELL hat nun gezeigt, dass bei kommunizierten Aussagen, die mit expliziten Schlüssen abschließen, signifikant mehr Versuchspersonen ihre Meinung in Richtung der kommunizierten Schlüsse ändern, als bei einer Kommunikation, welche die Schlussfolgerungen den Versuchspersonen überlässt. Auch bei einer Änderung der Kommunikatorposition – einmal ist der Kommunikator als Interessensvertreter dargestellt worden, der etwas zu gewinnen hat, wenn er die Rezipienten von etwas überzeugen kann, ein anderes Mal als unabhängiger Experte – hat sich die Kommunikation mit den expliziten Schlussfolgerungen als wirksamer erwiesen. Aussagen ohne Schlussfolgerungen führen meist nur dann zu einem Meinungswandel, wenn der Kommunikator als wenig glaubwürdig wahrgenommen wird.²³⁴

Die Wirksamkeit einer Aussage ist aber auch von der Argumentation abhängig. Hier hat sich die Gruppe die Frage gestellt, ob es wirksamer ist nur den eigenen Standpunkt darzulegen, oder ob das Miteinbeziehen des Gegenstandpunktes eher zum Ziel führt. Herausgefunden hat man, dass die einseitige Argumentation nur bei jenen wirksamer ist, die der eigenen Meinung von vorne herein zustimmen. Vertritt jemand einen anderen Standpunkt, so ist die zweiseitige Argumentation wirksamer.²³⁵ Diese Form der Argumentation ist auch dann gut gewählt, wenn das Gegenüber einen hohen Bildungsgrad aufweist. So ändern Rezipienten dann ihre Einstellung in Richtung

²³² vgl. Bledjian (1969). Zitiert in: Burkart (2002), S.198.

²³³ vgl. Beck (2007), S.195.

²³⁴ vgl. Dröge; Weissenborn, Haft (1969). In: Maletzke (1972), S. 127f.

²³⁵ vgl. Hovland et al (1949). Zitiert in Burkart (2002), S.199.

kommunizierter Meinung, wenn zweiseitig argumentiert wird. Bei Menschen mit einem niedrigen Bildungsgrad, ist hingegen die einseitige Argumentation die wirksamere.²³⁶ Oft sehr widersprüchliche Aussagen finden sich hingegen, wenn es um furchterregende Appelle geht. Nach SCHENK sind es solche Appelle, die ungünstige Folgen in Aussicht stellen, wenn den Schlüssen des Kommunikators nicht Folge geleistet wird.²³⁷ Mit dem Furchtanteil in einer Aussage steigt nach MCGUIRE auch die Aufnahmebereitschaft und folglich die Beeinflussbarkeit der Rezipienten. Ist ein gewisses Level aber überschritten und der Furchtanteil einer Botschaft zu hoch, dann versucht der Rezipient diese Stimuli abzuwehren, die Aufnahmebereitschaft würde in weiterer Folge sinken.²³⁸ Den Aussagen der Hovland-Gruppe nicht unähnlich, gehen konsistenztheoretische Ansätze davon aus, dass sich Rezipienten vor allem jenen Botschaften zuwenden, die das kognitive Gleichgewicht erhalten. Dieses liegt dann vor, wenn zwei Bewusstseinsinhalte in Einklang zueinander stehen. Kognitive Dissonanz liegt hingegen dann vor, wenn diese Harmonie nicht erreicht wird. BURKART erklärt das am Beispiel des Nichtraucher bzw. Rauchers. Wenn ein Nichtraucher die Aussage „Rauchen fördert Lungenkrebs“ empfängt, dann steht diese Aussage im Gleichklang mit der grundsätzlichen Einstellung des Nichtrauchers. Empfängt aber der Raucher dieselbe Botschaft, steht diese nicht in Einklang mit seiner Haltung dem Rauchen gegenüber. Um Gleichgewicht herzustellen, gibt es nun verschiedene Möglichkeiten. Eine davon beschreibt die selective-exposure Hypothese, die davon ausgeht, dass sich Rezipienten jenen Aussagen vermehrt zuwenden, die mit ihren Einstellungen zusammenpassen, und jene Aussagen vermeiden, die es nicht tun. Nicht nur durch Selektion, sondern auch durch Interpretation kann kognitives Gleichgewicht hergestellt werden. Demnach werden solche Aussagen, die eigentlich zu Ungleichgewicht führen müssten, einfach so lange umgedeutet, bis sie es nicht mehr tun. Eine dritte Möglichkeit ist das Vergessen. Indem man einfach aufhört über das Ungleichgewicht nachzudenken, wird die Aussage vergessen und das Gelesene/Gehörte/Gesehene verdrängt.²³⁹

Trotz vieler Kritik – etwa aufgrund der zum Teil sehr künstlichen Laborsituation – hat sich aus den Forschungsergebnissen der Hovland-Gruppe die Verstärkerhypothese nach

²³⁶ vgl. Hasenbrink. In: Jarren; Weßler (2002), S.366.

²³⁷ vgl. Schenk (1987). Zitiert in: Burkart (2002), S.200.

²³⁸ vgl. Triandis (1975). Zitiert in: Burkart (2002), S.201.

²³⁹ vgl. Burkart (2002), S.204ff.

KLAPPER herausgebildet. Sie sagt aus, dass Rezipienten Medienangebote selektieren und sich jenen Aussagen zuwenden, die ihre bestehende Meinung verstärken.²⁴⁰

5.2.3 Two Step Flow Of Communication

Das Konzept des Two Step Flow Of Communication, das von LAZARSELD et al erkannt und später von ihm und KATZ weiterentwickelt worden ist, geht davon aus, dass diverse Aussagen der Massenkommunikation die Rezipienten nicht immer auf dem direkten Weg, sondern über Meinungsführer erreichen. Diese wenden sich in einer ersten Stufe den über Medien vermittelten Aussagen zu, rezipieren sie und geben diese Informationen dann in einer zweiten Stufe an das Publikum weiter.²⁴¹

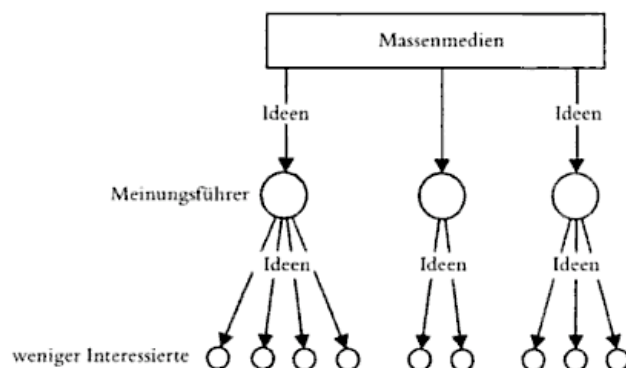


Abb.7: Zweistufenfluss der Kommunikation (Quelle: Schenk, 2007, S.352)

Das nach diesen Vorstellungen entwickelte Opinion Leader Konzept geht davon aus, dass so genannte Meinungsführer versuchen, andere Menschen in ihrer Umgebung von ihren Ansichten zu überzeugen. Vor allem im politischen Bereich ist dieses Modell von Bedeutung, da sich die Untersuchung von LAZARSELD auf Wähler bezieht. Die Meinungsführer nutzen nicht nur die Massenmedien häufiger, sondern interessieren sich auch stärker für politische Wahlen. Folglich sind die vermittelten Ansichten meist politischer Natur.²⁴²

²⁴⁰ vgl. Hasenbrink. In: Jarren; Weßler (2002), S.367.

²⁴¹ vgl. Maletzke (1978), S.81.

²⁴² vgl. Hasenbrink. In: Jarren; Weßler (2002), S.370.

KATZ und LAZARSFELD haben herausgefunden, dass sich die Meinungsbildung nicht immer nur von oben nach unten – also vertikal von den Medien zum Meinungsführer und dann zum Publikum – entwickelt. In vielen Fällen verläuft der persönliche Einfluss horizontal, also innerhalb der gleichen Schicht. Die Grenzen zu höheren Schichten werden relativ selten überschritten. Innerhalb einer Gruppe gibt es einen Meinungsführer, der allerdings nur in diesem Lebensbereich Meinungsführer ist. Dieser tauscht sich aber mit den Meinungsführern anderer Gruppen aus. Jeder bestimmte Bereich des täglichen Lebens hat eigene Meinungsführer. Sie nehmen in ihrer Gruppe zwar die dominierende Position ein, werden von den Mitgliedern der Gruppe aber trotzdem als ihresgleichen betrachtet.²⁴³ Meinungsführer sind außerdem äußerst aktiv, was das Beschaffen von Informationen anbelangt. Sie beschäftigen sich überdurchschnittlich lang mit Massenmedien. Deshalb verfügen sie über mehr Sachkenntnisse als der Durchschnitt einer Gruppe, weswegen sie auch öfter um Rat gefragt werden als der Normalbürger. Für Kommunikationsstrategen ergibt sich daraus, dass sie – um eine bestimmte Zielgruppe erreichen zu können – einerseits den Kommunikationsfluss der Gruppe und andererseits den Meinungsführer kennen müssen.²⁴⁴

In den Folgejahren ist das Two Step Flow Modell sehr oft kritisiert und in Folgestudien überprüft worden. Zentraler Kritikpunkt war etwa, dass nicht zwischen der Übermittlung und der Beeinflussung einer Nachricht unterschieden wurde. In den fünfziger Jahren war schließlich von einem Multi-Step-Flow die Rede, als die Wissenschaft erkannt hat, dass Meinungsführer stärker durch persönliche Kontakte beeinflusst werden als durch Medien.²⁴⁵ MERTON hat außerdem in der so genannten Rovere-Studie das Kommunikationsverhalten von Bürgern einer Kleinstadt untersucht. 86 Probanden sind dabei gefragt worden, wen sie um Rat bitten. Dabei hat sich herausgestellt, dass das Konzept des Meinungsführers differenziert zu betrachten ist, da sich zwischen Locals und Cosmopolitans unterscheiden lässt. Locals haben sich vor allem den Problemen in der Stadt gewidmet und sehr viele lokale Medien konsumiert, während sich Cosmopolitans um nationale und globale Probleme gekümmert und damit

²⁴³ vgl. Maletzke (1978), S.80f.

²⁴⁴ vgl. Maletzke (1976), S.97ff.

²⁴⁵ vgl. Burkart (2002), S.211.

auch nationale und internationalen Medien konsumiert haben.²⁴⁶ Dass die Rolle der Meinungsführer differenzierter zu betrachten ist, haben auch DEUTSCHMAN und DANIELSON hervorgehoben. In ihren Studien hat sich gezeigt, dass die Rezipienten die Informationen durchaus direkt den Massenmedien entnehmen. Von Meinungsführern hatten sie nur zusätzliche Informationen erhalten. GREENBERG hat zudem in einer Studie nachgewiesen, dass Rezipienten dann primär ihre Informationen aus der interpersonalen Kommunikation beziehen, wenn es sich um Nachrichten handelt, die durch Rezipienten maximale oder minimale Aufmerksamkeit erhalten.²⁴⁷

Dass die Zuwendung der Bürger zu Massenmedien zu Zeiten Kreisky bereits gut ausgereift war, legt eine Studie der LAZARSFELD-Gesellschaft aus den achtziger Jahren nahe. Demnach haben bereits 94 Prozent der Österreicher die Medien für die politische Informationsaufnahme genutzt. Darüber hinaus haben 24 Prozent angegeben, Informationen von Bekannten und Freunden, 17 Prozent von Kollegen, 15 Prozent von Parteien, sieben Prozent von Politikern und nur vier Prozent von Parteiveranstaltungen, zu beziehen.²⁴⁸

Heute lässt sich feststellen, dass von einem einseitigen Informationsfluss, vom opinion giver hin zum opinion asker, nicht mehr gesprochen werden kann. Die Rollen wechseln ständig. So kann ein opinion giver auch ein opinion asker sein, in dem er nämlich themenspezifische Informationen weitergibt und welche zu erhalten versucht. Darüber hinaus lässt sich die Gruppe der opinion avoiders festmachen. Das sind jene, die die Meinungen so genannter opinion leader nicht suchen oder bewusst vermeiden.²⁴⁹ Diese Rollenbildung ist allerdings in Verbindung mit der fortschreitenden Industrialisierung der Gesellschaft zu betrachten. Darüber hinaus gibt es nach einer Untersuchung LEVYS Hinweise, dass Meinungsführer nicht häufiger als Nicht-Meinungsführer Massenmedien nutzen.²⁵⁰

²⁴⁶ vgl. Schenk (2007), S.352f.

²⁴⁷ vgl. ebenda, S.360 sowie 363f.

²⁴⁸ vgl. Fabris; Schmolke (1982), S.13.

²⁴⁹ vgl. Burkart (2002), S.212ff.

²⁵⁰ vgl. Schenk (2007), S.366.

5.3 Der publizistische Konflikt nach Kepplinger

Wie die beiden Systeme Politik und Medien ko-existieren, darüber gibt es verschiedene Ansichten. Das Gewaltenteilungsparadigma von SARCINELLI geht etwa davon aus, dass die Medien die oft zitierte vierte Gewalt darstellen und ihnen – zumindest im Rahmen einer Demokratie – eine Kritik- und Kontrollfunktion zukommt. Kritiker weisen hier allerdings darauf hin, dass die Medien nicht über die Organe eines Verfassungsstaates gestellt werden können, weil sie nicht über die gleichen Sanktionsmöglichkeiten verfügen wie der Staat. Die Bezeichnung ‘vierte Gewalt’ ist in diesem Fall also nicht angemessen. Der Instrumentalisierungsansatz geht hingegen davon aus, dass Medien zwar in den letzten Jahren immer wichtiger geworden sind für das politische System, die Medien aber von der Politik abhängig sind. Der Interdependenzansatz geht von einer wechselseitigen Abhängigkeit von Medien und Politik aus, wohingegen der Dependenzansatz davon spricht, dass sich das Machtgefüge zwischen Politik und Medien zugunsten der Medien verschoben hat. KEPPLINGER zufolge seien die Massenmedien außerdem zur funktionalen Voraussetzung für die Politik geworden, da sich den Politikern der Zugang zur Öffentlichkeit verschließe, würde es keine Massenmedien geben. Im Rahmen dieses Ansatzes sind die Medien auch in der Lage, durch das Aufgreifen neuer Themen politische Gruppierungen zu etablieren. KEPPLINGER führt hier besonders die Grünen an, die nach einer vermehrt medialen Darstellung rund um das konfliktreiche Thema Umweltschutz, erfolgreich geworden sind.²⁵¹

Dieser Konflikt ist wie viele andere Konflikte auch aus der spezifischen gesellschaftlichen Entwicklung entstanden, die nach Ansicht von Experten zu einer Potenzierung sozialer Konflikte geführt hat. Aufgrund zahlreicher Spezifika wird es immer schwieriger, solche Konflikte gütig zu lösen. Als Ursache gilt meist eine defizitäre Kommunikationsstruktur zwischen den Konfliktparteien. Allerdings spielen in diesem

²⁵¹ vgl. Kunczik; Zipfel (2005), S.85ff.

Fall auch die Medien eine gewichtige Rolle, denn sie sind es oft, die soziale Konflikte publizistisch fortsetzen, anstatt sie zu harmonisieren.²⁵²

Solche publizistischen Konflikte, die KEPPLINGER zufolge über die Massenmedien ausgetragene Auseinandersetzungen zwischen mindestens zwei Kontrahenten darstellen und zu denen auch die Debatte über die Atompolitik zählt, entscheiden, in welche Richtung sich die öffentliche Meinung bewegt. Die Medienberichterstattung ist bei publizistischen Konflikten wesentlich intensiver. Den Medien kommt dabei eine bedeutende Schlüsselrolle zu. Sie sind es, die entscheiden, mit welchen Argumenten die Kontrahenten zum Publikum vordringen. Darüber hinaus sind nicht mehr nur die Argumente der Kontrahenten, sondern auch jene der Medien für die öffentliche Meinung entscheidend. Für die Streitparteien ist die Beeinflussung des Gegenübers sekundär. Viel wichtiger ist es, die Medien und damit letzten Endes auch das Publikum eines Mediums auf die eigene Seite zu ziehen.²⁵³ Das Publikum ist zunächst durch die Berichterstattung dieser Phase der Verunsicherung, in denen vorherrschende Überzeugungen in Frage gestellt werden, ausgesetzt. Es möchte aber aus Gründen der Spannung und Neugierde, sowie aus Gründen der Tragweite – also wenn es sich um einen sozialer Konflikt handelt, dessen Ausgang über die weitere gesellschaftliche Entwicklung entscheidet – am Geschehen teilhaben. Wichtiges Beispiel ist hier etwa die Kontroverse über die fiedliche Nutzung der Atomenergie.²⁵⁴

Allerdings besteht durch das Hinhalten des Publikums die Gefahr der Dramatisierung, die einer These von Richard MÜNCH zufolge vom Zwang der Kommunikation herleitet. So entscheidet die geschickte Aufmachung eines Themas über Erfolg oder Misserfolg von Individuen, Gruppierungen und ganzen Gesellschaften. Daraus resultiert einerseits ein Wettkampf der Worte, den zwangsweise einer der Mitspieler verlieren muss, andererseits eine Abstumpfung der Bevölkerung, da der Glaube über das Gesagte schwindet.²⁵⁵ Das hat vor allem auch damit zu tun, dass es hier Abhängigkeitsverhält-

²⁵² vgl. Hug (1997), S.19.

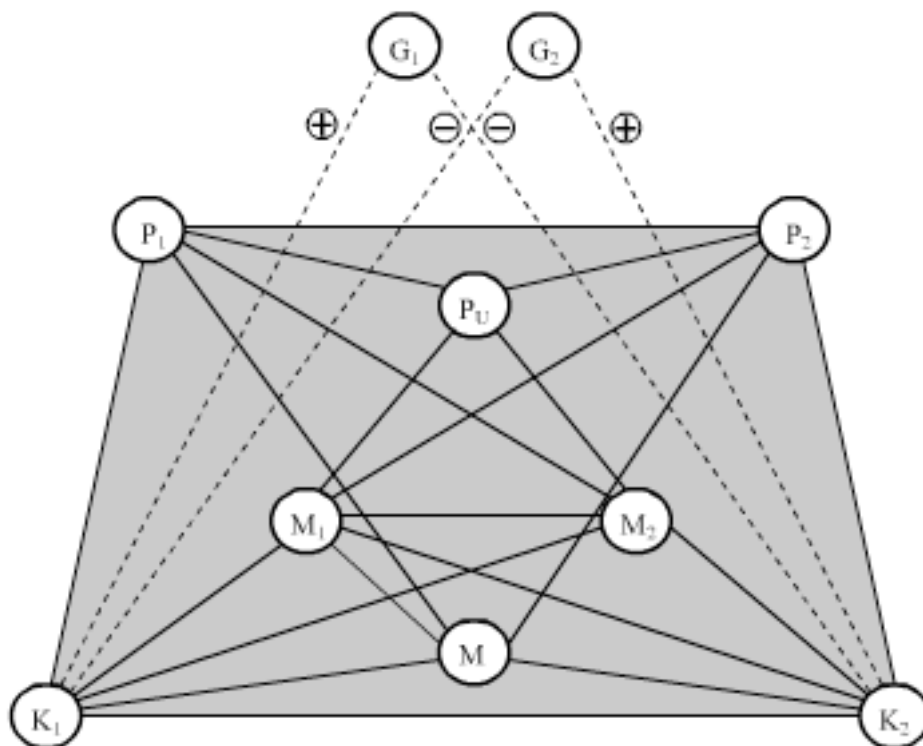
²⁵³ vgl. Kepplinger (2009), S.7 sowie S.14f.

²⁵⁴ vgl. Hug (1997), S.29.

²⁵⁵ vgl. Kunczik (2005), S.88.

nisse gibt, die sich auf das Gesagte auswirken. So müssen Akteure, um beim Publikum erfolgreich zu sein, auch bei den Medien erfolgreich sein. Das führt allerdings dazu, dass ihr Verhalten und ihre Aussagen nicht sach- sondern mediengerecht aufbereitet werden. Die mangelnde Sach- und Konsensorientierung publizistischer Konflikte hat wiederum mit dem Publikum zu tun, das überzeugt werden will.²⁵⁶

Zentraler Gegenstand eines publizistischen Konfliktes ist jedenfalls ein Ereignis, bei dem sich zwei Kontrahenten (K) gegenüberstehen.



Erläuterungen: K = Kontrahenten, M = Massenmedien, P = Publikum, G = instrumentelle Gegebenheiten, ----- = Informationsfluss, +/- = Richtungen der Instrumentalität

Abb.8: Struktur eines publizistischen Konflikts (Quelle: Kepplinger, 2009, S.11.)

Der Gegenstand eines Konfliktes ist dabei nicht als isolierte Gegebenheit zu betrachten, sondern steht eng mit anderen Gegebenheiten in Verbindung, etwa dann wenn der Gegenstand eines Konflikts aus einem anderen Konflikt entsprungen ist oder der zentrale Konflikt einem anderen Konflikt gleicht. Paradebeispiel für einen solchen

²⁵⁶ vgl. Hug (1997), S.44f.

publizistischen Konflikt ist das Umweltthema.²⁵⁷

Jedes Umweltproblem erscheint als instrumelle Gegebenheit, die die Sichtweise der Umweltschützer bestätigt, wobei es im Prinzip relativ unwichtig ist, ob die Vorwürfe richtig oder falsch, angemessen oder übertrieben sind [...]. Zugleich besteht jedes einzelne Umweltproblem aus zahlreichen instrumentellen Gegebenheiten, für die das gleiche gilt. dadurch entsteht ein tiefgestaffeltes System von tatsächlichen oder scheinbaren Beweisen, die der Außenstehende nur als diffuse Bedrohung erkennen kann.²⁵⁸

Strategisch vorgegangen wird bei publizistischen Konflikten defensiv oder offensiv. Beim defensiven Vorgehen werden das eigene Erscheinungsbild verbessert und falsche Behauptungen richtig gestellt. Beim offensiven Vorgehen ist es hingegen umkehrt, weil versucht wird, das Erscheinungsbild des Gegners zu verschlechtern. Beide Strategien lassen sich nun mit zwei Taktiken verknüpfen, einerseits der instrumentellen Aktualisierung, andererseits mit der Umbewertung. Bei der instrumentellen Aktualisierung wird versucht Gegebenheiten hervorzuheben, welche den eigenen Standpunkt stärken, während der Standpunkt des Gegners dadurch bestenfalls geschwächt wird. Bei der Umbewertung wird hingegen versucht, die Bewertung von Gegebenheiten in der Öffentlichkeit zu verändern.²⁵⁹

Zur Zielerreichung gegenüber politischen Gegnern kann die Politik Kampagnen einsetzen. Nach RÖTTGEN sind sie:

“dramaturgisch angelegte, thematisch begrenzte, zeitlich befristete kommunikative Strategien zur Erzeugung öffentlicher Aufmerksamkeit”²⁶⁰

Im Mittelpunkt steht dabei immer die Zuspitzung eines Problems. Mithilfe einer Kampagne soll dann öffentlich mobilisiert werden. Folglich dessen ist das Ziel, eine

²⁵⁷ vgl. Kepplinger (2009), S.10f.

²⁵⁸ Kepplinger (2009), S.12.

²⁵⁹ vgl. Kepplinger (2009), S.16.

²⁶⁰ Röttgen (2001). Zitiert in: Pfetsch; Wehmeier. In: Jarren; Weßler (2002), S.67.

möglichst hohe Medienresonanz zu erreichen und die Aufmerksamkeit und das Vertrauen des Publikums zu erhalten. VOWE merkt zudem an, dass Kampagnen eine hohe Eigendynamik entfalten können und der Erfolg nicht planbar ist. Hintergrund ist, dass kein Akteur innerhalb einer Kampagne das Handeln des Anderen steuern kann.²⁶¹

MALETZKE beschreibt Kampagnen als zeitlich begrenzte Kommunikationsaktivität. Sie können etwa bei politischen Wahlkämpfen, zur Stärkung des Images einer Stadt oder für Spendenaufrufe eingesetzt werden. Nach SCHÖNFELD sind dabei einige Punkte zu beachten. So muss in der Kampagne genau erklärt werden, was man vor hat. Auch sollte das Publikum über die Ziele der Kampagne und die Organisationen, die sich der Kampagne anschließen, informiert werden. Nach BETTINGHAUS erstreckt sich eine Kampagne über 14 Phasen. In Phase eins wird die Ausgangssituation analysiert. Dazu zählt auch, dass man sich über das Zielpublikum, also wen die Kampagne ansprechen soll, im Klaren sein muss. In Phase zwei werden sowohl das Problem als auch die Ziele präzise bestimmt. Danach sind in Phase drei relevante Gruppen und Institutionen zu finden, um sich auf eine mögliche Zusammenarbeit verständigen zu können. In Phase vier werden die Schlüsselpersonen bestimmt, die sich mit der Sache identifizieren und andere Individuen beeinflussen. Zudem sind (Phase fünf) Schlüsselgruppen in der Zielgruppe zu bestimmen. In Phase sechs wird schließlich die Zielgruppe mit dem betreffenden Problem vertraut gemacht und von der Sinnhaftigkeit des Anliegens überzeugt (Phase sieben). Phase acht sieht schließlich die Bildung eines Aktionskomitees vor, während in Phase neun die exakten Ziele zu bestimmen sind. In Phase zehn wird der Kontakt zu Medien gesucht um auf das Anliegen aufmerksam zu machen. Ein probates Mittel dazu sind Demonstrationen. Phase elf sieht schließlich die Ausarbeitung eines formellen Arbeitsplanes vor. Danach gilt es finanzielle Mittel zu sichern (Phase zwölf), das Programm durchzuführen (Phase 13) und den praktischen Erfolg mit den gesetzten Zielen zu vergleichen (Phase 14).²⁶²

²⁶¹ vgl. Pfetsch; Wehmeier. In: Jarren; Weßler (2002), S.67

²⁶² vgl. Maletzke (1976), S.173ff.

5.4 Das RAS-Modell nach Zaller

RAS bedeutet kurz Receive-Accept-Sample und ist nach SCHMITT-BECK eine umfassende Theorie der öffentlichen Meinungsbildung. ZALLER, der selbst von mass anstelle von public opinion spricht, legt mit dem Modell einen Ansatz vor, der bezugnehmend auf das Wahlverhalten, der Meinungsverteilung bei politischen Fragen und dem Antwortverhalten (etwa bei Fragebögen) versucht, die Veränderung der öffentlichen Meinung und Einstellung zu erklären.²⁶³ Den Begriff der geistigen Haltung hat Zaller für sein Modell neu konzipiert. Einstellung bedeutet im Sinne der politischen Meinungsbildung im Prinzip eine genau definierte, stabile Grundorientierung. Allerdings wird genau diese Definition bei Messungen politischer Einstellungen auf die Probe gestellt, wenn sich eben diese Einstellung plötzlich ändert – also etwa dann, wenn eine Person die selbe Frage an unterschiedlichen Tagen ohne ersichtlichen Grund unterschiedlich beantwortet. Das Ergebnis dieser Messung wäre ein Messfehler. ZALLER geht beim Begriff der Einstellung deshalb nicht von einer starren Haltung, oder wie zuvor erläutert von einer genau definierten, stabilen Grundorientierung, sondern von einem Gemenge von Erwägungen aus.²⁶⁴ Zaller definiert diese Erwägungen als

“any reason for favoring a position, a compound of cognition and affect: a belief concerning an object and an evaluation of the belief.”²⁶⁵

Der Prozess der Urteilsfindung läuft nun nach ZALLER bei jedem Menschen gleich ab²⁶⁶.

“... sei es in der Wahlkabine bei der Entscheidung für eine Partei oder einen Kandidaten, sei es bei der Äußerung einer Meinung zu politischen Tagesproblemen oder sei es bei der Beantwortung einer geschlossenen Frage in einer Meinungsumfrage. Der zugrunde liegende Prozess ist immer derselbe: Menschen rezipieren Informationen

²⁶³ vgl. Drahms (2007), S.126.

²⁶⁴ vgl. ebenda, S. 128f.

²⁶⁵ Zaller (1992). Zitiert in: Drahms (2007), S.129.

²⁶⁶ vgl. Drahms (2007), S.126.

(‘receive’), sie akzeptieren sie (oder eben nicht; engl. ‘accept’), und bei der Abfrage ihrer Meinung (in der Wahlkabine, im Gespräch oder in einer Bevölkerungsumfrage) verwenden sie einige, aber nicht alle, ihrer Gedächtnisinhalte als Grundlage für ihre Meinung oder Entscheidung – sie ziehen eine Art ‘Gedächtnis-Stichprobe’ (engl. ‘sample’).”²⁶⁷

ZALLERS Modell bezieht sich dabei auf drei Einflussgrößen. So entsteht eine Meinung oder eine Einstellung (im Sinne der Erwägung) aus einem Aufeinandertreffen der beiden Größen Information und Prädisposition, wobei die Einflussgröße Information vor allem als eine durch Medien vermittelte und somit massenmedial dominierte Größe angesehen werden muss. Die dritte Einflussgröße ist schließlich die sogenannte politische Involvierung. Hierbei ist nicht nur der politische Sachverstand sondern auch das Interesse am politischen Geschehen gemeint. Mit dem Grad des politischen Involvements steigt die Wahrscheinlichkeit der Rezeption, sinkt aber zeitgleich die Wahrscheinlichkeit der Akzeptanz. So geht ZALLER davon aus, je mehr sich ein Rezipient für politische Zusammenhänge interessiert, desto höher sind die Chancen, dass eine politische Botschaft auch rezipiert wird. Allerdings gesellt sich diese Botschaft aufgrund des höheren Involvements zu einem Pool weiterer Botschaften. Die Chance, dass diese Botschaft ihr Wirkpotential entfalten kann, ist aufgrund der Informationsdichte also gering.²⁶⁸ Diesen Vorgang beschreibt auch das Axiom Reception, eines von vier Axiomen, die ZALLER gebildet hat um zu erklären, wie die drei Einflussgrößen zusammenwirken und wie der Rezipient zu seinen Meinungen und Erwägungen kommt. Während das Axiom Reception Wahrnehmung und Verstehen von politischen Informationen erklärt, beschreibt das Axiom Resistance, dass der Rezipient keine Informationen akzeptiert, die nicht seiner Einstellung entspricht. Das ist allerdings nur möglich, wenn es zu den politischen Argumenten auch eine Kontextinformation gibt, da ansonst ein in Verbindung setzen der Argumente mit der Prädisposition nicht möglich ist. Das Accessibility Axiom sagt hingegen aus, dass Erwägungen (und mit diesen Erwägungen verwandte Erwägungen), über die erst vor kurzem nachgedacht wurde, in

²⁶⁷ Drahms (2007), S. 126f.

²⁶⁸ vgl. Drahms (2007), S.127ff.

den Wissensbeständen vorrangig gegenüber anderen Erwägungen gereiht werden. Als viertes Axiom beschreibt hingegen das Response Axiom den Vorgang der Urteilsfindung, nämlich indem alle zuvor vorrangig gereihten – und daher im Augenblick der Entscheidung leicht zugänglichen und in den Wissensbeständen verfügbaren – Erwägungen bei einer Entscheidung herangezogen werden. Dieser Vorgang ist aber nicht als einfache Saldierung aller Erwägungen zu verstehen, sondern als situatives Heranziehen verfügbarer, kürzlich aktualisierter Erwägungen. Die Urteilsfindung, sei es nun eine Wahlentscheidung oder eine Antwort bei einer Umfrage, kann daher auch nicht als feste, starre Einstellung, sondern als situativ gefärbte Meinungsbildung betrachtet werden.²⁶⁹

Was die gesellschaftliche Informationslage zu einem bestimmten Thema angeht, so verweist ZALLER auf einen Elitendiskurs. Alle verfügbaren Informationen gehen dabei direkt oder indirekt auf eine Elite zurück. Darunter versteht man all jene Personen, die sich überdurchschnittlich stark bis professionell mit einem Thema auseinandersetzen (darunter Politiker, Journalisten, Unternehmensführer, Lobbyisten, Aktivisten etc.). Im Diskurs, der in Phasen intensiver politischer Kampagnen ebenso wie in Phasen des politischen Routinebetriebes stattfinden kann, werden nicht nur die Informationen der herrschenden Elite, sondern auch der herrschaftskritischen Elite (Gegenelite) berücksichtigt. Der Informationsbegriff selbst ist dabei sehr weit gefasst, weil immer eine bestimmte Intention der Akteure, die am Diskurs teilnehmen, mitschwingt. Dadurch gelten auch Stereotypen, Bilder und Konstruktionen sowie Behauptungen als Information.²⁷⁰ Information...

“... is never ‘just information’, because it is unavoidably selective and unavoidably enmeshed in stereotypical frames of reference that highlight only a portion of what is going on.”²⁷¹

Genauer differenziert ZALLER bei Botschaften. So handelt es sich bei persuasive

²⁶⁹ vgl. ebenda, S.129ff.

²⁷⁰ vgl. Marcinkowski (2011), S.48f.

²⁷¹ Zaller (1992). Zitiert in: Marcinkowski (2011), S.49.

messages um Überzeugungsbotschaften, die den Empfänger dazu bringen sollen, einen bestimmten Standpunkt einzunehmen. Bei cueing messages handelt es hingegen um Botschaften, die über den parteipolitischen Hintergrund informieren und dem Empfänger erlauben, seine persönliche Haltung dazu zu finden.²⁷²

Unterschiedliche Reaktionen sind zu erwarten, wenn zwischen Elitenkonsens und Elitendissens unterschieden wird. Ist das Ergebnis eines Diskurses zwischen den Eliten ein Konsens, werden die konsistenten Botschaften ohne ideologischen Beigeschmack in die Meinungsbildung einfließen, ohne dass die politischen und weltanschaulichen Prädispositionen großen Einfluss haben. Anders ist das, wenn die öffentliche Meinung verschiedene Sichtweisen eines Problems anbietet. Im Fall des Elitendissens werden jene Botschaften akzeptiert, die dem Rezipienten ideologisch näher stehen. Darüber hinaus wird bei hoch Involvierten auch die Debatte über ein Thema ideologisch verlaufen. Weniger involvierte Empfänger neigen hingegen dazu, die unterschiedlichen Botschaften zu akzeptieren, weil sie beiden Argumenten keine tragfähigen Ablehnungsgründe entgegensetzen können.²⁷³

5.5 Partizipations- und demokratietheoretische Überlegungen

SCHMIDT hebt in seinen Ausführungen zu Demokratietheorien hervor, dass trotz der Demokratisierungsdiskussion in den sechziger und siebziger Jahren kaum von eigenen partizipatorischen Demokratietheorien sprechen kann.²⁷⁴ Auch die Objekte der Untersuchung sind teils rar gesäht. So hat die empirische Demokratieforschung bereits festgehalten, dass die Bereitschaft des Volkes zur Teilnahme am Prozess der politischen Willensbildung von sozio-ökonomischen Faktoren abhängt. So schreibt etwa DREINER.²⁷⁵

²⁷² vgl. Marcinkowski (2011), S.49.

²⁷³ vgl. ebenda, S.51f.

²⁷⁴ vgl. Kohout (2002), S.37f.

²⁷⁵ vgl. Fabris; Schmolke (1982), S.13.

“Bei sinkender Bildung, sinkendem Einkommen, sinkender Schichtzugehörigkeit etc. sinkt auch die Bereitschaft zur politischen Teilnahme. Dies gilt durchwegs für alle Formen politischer Teilnahme, sei es in formellen oder informellen Bereichen.”²⁷⁶

Und auch auf der anderen Seite, der Politik, sind nicht immer alle Faktoren für eine sachgerechte Auseinandersetzung mit einem Thema und der Wille dafür gegeben:

“Personalisierung und Privatisierung statt Sachorientierung, Inszenierung und Symbolik statt politischer Delibation, Politainment und Schaupolitik statt fundierter Information über Hintergründe und Folgen von politischen Entscheidungen, so lauten schlagwortartig die meisten Vorwürfe, insbesondere an die Wahlkampfkommunikation.”²⁷⁷

Ein Teufelskreis? . Der Wunsch nach einer steigenden Ankerkennung der öffentlichen Meinung ist nicht nur durch den Urnengang per se, sondern vor allem durch die intensive Kommunikation des Urnengangs zu erreichen. Die Attraktivität von direktdemokratischen Mitteln liegt nicht nur in den Erwartungen einer sachgerechten Entscheidung, sondern die liegen auch in der Hoffnung auf mehr Partizipation, auf einen höheren Mobilisierungsgrad in der Bevölkerung und auf einer Steigerung des Interesses und der Informiertheit²⁷⁸

MARCINKOWSKI unterscheidet nun grob drei Dimensionen direkter Demokratie. Die informationsökonomische (informationstheoretische) Perspektive argumentiert mit einer Anreizstruktur, wonach ein Bürger mit einer Stimmmöglichkeit seine Chance wahrnimmt, einen politischen Prozess mitzuentcheiden. Dabei steht im Vordergrund, dass dieser Bürger im Eigeninteresse (und ohne zwingend das Gemeinwohl im Auge zu haben) handeln kann, denn nur so lässt sich rechtfertigen, Zeit und Geld in die Informationsbeschaffung zu investieren. Die öffentlichkeitssoziologische Perspektive geht davon aus, dass das Spektrum der Sprecher, die vom Volk gehört werden möchten, im direktdemokratischen Bereich vielfältiger ist als im repräsentativdemokratischen

²⁷⁶ Dreiser. Zitiert in Fabris; Schmolke (1982), S.13.

²⁷⁷ Marcinkowski (2011), S.35.

²⁷⁸ vgl. Marcinkowski (2011), S.34.

Entscheidungsprozess, der noch dazu hinter verschlossenen Türen stattfindet. So werden bei direktdemokratischen Verfahren auch die Interessenzusammenhänge und Meinungen der Betroffenen nachgefragt, die dann aus der Publikumsrolle heraustreten und oftmals in einer laienhaften Weise komplizierte Sachverhalte so darstellen müssen, dass sie von jedermann verstanden werden können. Und schließlich geht es bei der diskurstheoretischen Perspektive um die Überlegung, dass die deliberative Qualität der öffentlichen Kommunikation zunimmt, wenn der Nutzwert der öffentlichen Meinung steigt. In Anlehnung an HABERSMAS ist hier davon auszugehen, dass die Kommunikation Prinzipien wie Gleichheit, Offenheit und Interaktivität genügen muss,²⁷⁹ worauf in Kürze näher eingegangen wird.

Grundsätzlich lassen sich auch zwei Denkrichtungen innerhalb der partizipatorischen Theorien unterscheiden. Die Einen wollen mehr Quantität, also den Kreis jener, die das politische Geschehen mitentscheiden erweitern. Die Anderen wollen die politische Beteiligung intensivieren.²⁸⁰ Zwei Beispiele seien hier im Rahmen der Möglichkeiten dieser Arbeit angeführt: GREISSLERS Ansatz beruht auf der einfachen Vorstellung, dass möglichst viele Bürger eines Staates an der Ausübung von Macht teilhaben, etwa in dem sie politische Sachfragen mitentscheiden können. Dieser Partizipationsbegriff beschränkt sich dabei nicht nur auf die regelmäßige Teilnahme an Wahlen, sondern beinhaltet auch die Vorstellung vom Abbau von Herrschaft bei der zeitgleichen Bereitschaft, sich aktiv in das gesellschaftspolitische Leben einzubringen. Die Interessen der einzelnen Gruppen sollen dabei möglichst gleich viele Chancen haben sich durchzusetzen. Damit das der Fall ist, bedarf es laut GREISSLER einer politischen Basiskommunikation zwischen dem Volk und der Obrigkeit, um zu diversen Ansichten und Lösungsansätzen zu kommen, die in weiterer Folge verglichen werden können. GREISSLER führt dabei drei Funktionen an, die von den Medien zu erfüllen sind, um zu einer echten Basiskommunikation beitragen zu können. Erstens müssen Massenmedien Klarheit über das Problem schaffen und über die Argumente der Interessensgruppen informieren und sie kritisch beleuchten, also kurz ideologiekritische

²⁷⁹ vgl. ebenda, S.35ff.

²⁸⁰ vgl. Kohout (2002), S.53.

Transparenz herstellen, indem Interessenskonflikte und Machtstrukturen aufgedeckt werden. Zweitens ist es die Aufgabe der Medien die Interessen der Bürger zu artikulieren und Interessen einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Und Drittens müssen alle relevanten Gruppen im Sinne einer pluralistischen Kompensation die Möglichkeit haben, ihre Positionen im Rahmen einer kommunikativen Chancengleichheit zu artikulieren.²⁸¹

GREISSLERS Ausführungen gehen eng einher mit dem verständigungsorientierten Ansatz von HABERMAS. Verständigung ist im Rahmen eines Diskurses möglich, wenn beide Kommunikationspartner die optimale Sprechsituation erreicht haben, in der herrschaftsfreie Kommunikation stattfindet und jeder die Möglichkeit hat seine Standpunkte in das Gespräch einzubringen.²⁸² Im HABERMAS'schen Konzept geht es aber nicht so sehr um ein Mehr an Partizipation, sondern um eine Steigerung der Qualität. Die Aussagen, wie diese Qualität erreicht wird, bleibt HABERMAS allerdings schuldig. Er gibt zwar einige Hinweise zur idealen Kommunikationsstruktur, lässt aber offen, wie das strategische Kommunikationsverhalten eliminiert werden kann.²⁸³

Daneben gilt es die Qualität und die Bedeutung direktdemokratischer Verfahren anhand bestimmter Rahmenbedingungen zu sichern. So hat KRIESI 2007 darauf hingewiesen, dass das Ausmaß von Konflikt und Konsens, Umfang und Inhalt der Kommunikation über direktdemokratische Verfahren entscheidet. Darüber hinaus macht es auch einen Unterschied, ob die direktdemokratische Entscheidung das Ergebnis eines Prozesses aus der Mitte der Bevölkerung ist, wie es etwa bei einer Volksinitiative der Fall wäre, oder ob ein direktdemokratisches Verfahren von Staatsorganen eingeleitet worden ist. So wird die Kommunikation im letzteren Fall vermehrt von parteitaktischen Kalkülen durchzogen sein.²⁸⁴

²⁸¹ vgl. Burkart (2002), S.523ff.

²⁸² vgl. ebenda, S.527.

²⁸³ vgl. Kohout (2002), S.68f.

²⁸⁴ vgl. Marcinkowski (2011), S.38.

6. Methodischer Rahmen

Die vorliegende Arbeit untersucht die Kommunikation Kreiskys rund um die Volksabstimmung Zwentendorf auf der einen Seite, sowie die gesellschafts- und medienpolitischen Rahmenbedingungen auf der anderen Seite. Forschungsziel ist es grob gesagt, Gründe dafür zu finden, warum die Bürger Österreichs in einer Volksabstimmung gegen das Atomkraftwerk gestimmt haben. Zur Beantwortung der Forschungsfragen hat der Autor als Erhebungsmethode das Leitfadeninterview mit Experten gewählt. Als Auswertungsmethode ist die Vorgehensweise nach LAMNEK gewählt worden. Bevor es aber daran geht Erhebungs- und zur Auswertungsmethode zu erläutern, möchte der Autor zunächst theoretische Vorüberlegungen zur qualitativen Vorgangsweise anstellen, bereits verknüpft mit der vorliegenden Erhebungsmethode, anstellen...

6.1 Theoretische Überlegungen zur qualitativen Vorgangsweise

Aus einer qualitativen Vorgangsweise ergeben sich – besonders für das vorliegende Thema – zahlreiche Vorteile und Prinzipien. Die gilt es im Folgenden kurz darzustellen. Ein zentrales Prinzip ist jenes der Offenheit. Indem der Forscher sein Wahrnehmungssichtfeld nicht vorab beschränkt, erhält er manchmal auch Antworten, die er nicht erwartet hätte oder die vollkommen überraschend sind. Im Gegenteil dazu werden im Vorfeld einer streng standardisierten quantitativen Vorgangsweise Informationen ausgesiebt. Die Konsequenzen, die sich aus dem Prinzip der Offenheit ergeben, sind einerseits die Explorationsfunktion, andererseits wird auch auf die – wie es HOFFMANN-RIEM nennt – „Hypothesenbildung ex ante“ verzichtet. Hypothesen werden bei der qualitativen Vorgangsweise also generiert, nicht aber vorab aufgestellt. Des Weiteren ist der qualitative Forschungsprozess auch immer ein Kommunikationsprozess. Die Interaktion zwischen Forscher und Erforschem ist dabei aber nicht also Störgröße, sondern als fester Bestandteil der Forschung zu betrachten. Daher gilt es auch etwa bei einem Interview eine möglichst natürliche Kommunikationssituation zu schaffen. Diese Prozesshaftigkeit trifft nach LAMNEK

aber nicht nur auf die Interaktion sondern auch auf den Forschungsgegenstand zu. Mit Hilfe von Deutungs- und Handlungsmuster wird im Sinne des Forschungsinteresses eine Wirklichkeit konstruiert.²⁸⁵

„Diesen Konstruktionsprozeß von Wirklichkeit zu dokumentieren, analytisch zu rekonstruieren und schließlich durch das verstehende Nachvollziehen zu erklären, ist das zentrale Anliegen einer qualitativen Sozialforschung und der sie begründenden interpretativen Soziologie.“²⁸⁶

Als weiteres Prinzip ist jenes der Explikation hervorzuheben. Ein Prinzip, welches den Anspruch an den Forscher meint, die einzelnen Forschungsschritte so weit wie möglich offen zu legen und damit nachvollziehbar zu machen. Im Rahmen eines qualitativen Interviews bedeutet Explikation zudem, dass der Befragte gebeten werden kann seine Äußerungen zu explizieren. Das qualitative Interview lebt geradezu davon, dass Aussagen paraphrasiert und vom Forscher vorsichtig interpretiert werden. Dies dient auch dazu, den Befragten anzuregen, seine Aussagen zu präzisieren und reflektieren.²⁸⁷

Gar nicht so unähnlich ist das Prinzip der Reflexivität. Anders als bei der quantitativen Sozialforschung, wird bei der qualitativen Sozialforschung die Kommunikation des Forschers mit dem Feld in die Arbeit mit eingebaut und somit auch Bestandteil der Erkenntnis. Die Subjektivität von Untersuchten und Untersuchern wird damit nicht als Störgröße gesehen. Beobachtungen, Einflüsse, Eindrücke und Irritationen werden zu Daten, die in die Interpretation mit einfließen.²⁸⁸

Auch Flexibilität ist ein Prinzip der qualitativen Forschung und eng mit dem Prinzip der Offenheit verknüpft. Es sagt aus, dass etwa die Interviewsituation in keiner Weise vorbestimmt ist, da ein streng standardisiertes, vorab konstruiertes Erhebungsinstrument fehlt. Weil der Verlauf eines Interviews vom Befragten abhängt, können sich dem Forscher neue Blickwinkel eröffnen. Allerdings nur dann, wenn er auch flexibel genug ist, auf die jeweilige Situation einzugehen.²⁸⁹

²⁸⁵ vgl. Lamnek (A) (1995), S.22ff.

²⁸⁶ vgl. ebenda, S.25.

²⁸⁷ vgl. Lamnek (B) (1995), S.63.

²⁸⁸ vgl. Flick (1998), S.15f.

²⁸⁹ vgl. Lamnek (B) (1995), S.63.

Die qualitative Forschung lässt sich aber nicht nur an Prinzipien festmachen. Sie stellt auch Ansprüche an den Forschenden. Oberstes Ziel muss es sein, die soziale Wirklichkeit zu rekonstruieren. Darüber hinaus muss die Sozialforschung auch für Interpretationen offen sein. Das heißt, dass die soziale Realität als eine von der Gesellschaft konstruierte Realität erfasst wird. Mit naturalistisch ist hingegen gemeint, dass der Untersuchungsgegenstand stets in der natürlichen Welt zu finden ist. Um zu untersuchen, muss so natürlich wie möglich geforscht werden. Die Sozialforschung erhebt darüber hinaus den Anspruch kommunikativ zu sein. Auch innerhalb des Forschungsprozesses gelten die Regeln der alltäglichen Kommunikation. Die qualitative Sozialforschung soll außerdem daraufhin ausgelegt sein sich selbst kritisch zu reflektieren und den Untersuchungsgegenstand qualitativ, also zunächst nicht-standardisiert, und vor allem offen entgegenzutreten.²⁹⁰

6.2 Die Erhebungsmethode

Als Erhebungsmethode ist ein Leitfadenterview mit Experten gewählt worden. Das folgende Unterkapitel soll die Entscheidung für diese Interviewart sowie Herangehensweise und Durchführprozess nachvollziehbar machen.

6.2.2 Charakterisierung der Befragung

Bei der in dieser Arbeit gewählten Interviewmethode handelt es sich streng genommen um ein ermittelndes Interview, welches ganz einfach gesagt das Ziel verfolgt, Informationen vom Befragten auf den Forschenden zu übertragen. KOOLWIJK gliedert das ermittelnde Interview in drei Teilbereiche, in das informatorische, das analytische und das diagnostische Interview, wobei für die vorliegende Arbeit der erste Teilbereich von Bedeutung ist. Das informatorische Interview dient dem Erfassen von Fakten. Der Befragte wird dabei als Experte verstanden, weil er das notwendige Fachwissen zur Verfügung stellt und Sachverhalte erklärt.²⁹¹

²⁹⁰ vgl. Lamnek (A), 1995, S.41.

²⁹¹ vgl. Lamnek (B), 1995, S.38f.

Interviews lassen sich auch vom Faktor des Standardisierungsgrades unterscheiden. Eine vollkommen standardisierte Befragung wäre der Kommunikationssituation nicht zuträglich und gemessen an den Forschungsfragen auch kaum möglich. So kann – egal welche Antwort auf eine Frage gegeben worden ist – nicht auf das Gesagte eingegangen werden. Der Forschende hat sich strikt an den vorgegebenen Fragebogen zu halten. Die Formulierung der Fragen ist dabei ebenso wie die Reihung der Fragen vorab geklärt.²⁹² Dies bringt mit sich, dass die Länge des Interviews mitunter recht kurz sein kann. Das Ergebnis besteht meist aus oberflächlichen Antworten, da in der Kürze der Zeit die Breite und Tiefe der erhaltenen Informationen beschränkt ist²⁹³ – ein weiterer Grund, warum der Autor eine strikte Standardisierung im Rahmen dieser Arbeit ablehnt.

Das genaue Gegenteil des standardisierten Interviews ist das nicht standardisierte Interview, das auch als offene Befragung bekannt ist. Ein fixer Fragebogen ist dabei ebenso wenig wie ein genauer Ablauf vorgesehen. Das nicht standardisierte Interview ist ein lockeres Gespräch bei dem der Interviewer nur durch Zwischenfragen oder der Bitte um Präzisierung in Erscheinung tritt.²⁹⁴

Zwischen den beiden Bereichen liegt das für die vorliegende Arbeit wichtige halb standardisierte Interview, ein quasi Mittelweg zwischen einem zu hohen und zu niedrigen Grad der Standardisierung. Es unterscheidet sich insofern von den beiden anderen Interviewarten, weil der Forschende vor dem Interview einen Leitfaden ausgearbeitet hat. Allerdings bleibt es ihm überlassen, wie die Fragen formuliert werden und in welcher Reihenfolge sie gestellt werden.²⁹⁵ Außerdem lässt sich die Befragung nach der Struktur charakterisieren. So ist hier die Einzel- von der Gruppenbefragung zu unterscheiden.²⁹⁶ Daneben gibt es nach LAMNEK noch zahlreiche Unterscheidungsmerkmale von Interviews, die allerdings für diese Arbeit nicht sonderlich von Bedeutung sind.

Der Einfachheit halber ist in der vorliegenden Arbeit immer die Rede von einem Leitfadeninterview oder Leitfadeninterview mit Experten, da der Begriff „Leitfaden“ nach der Erklärung von LAMNEK bereits nahe legt, dass es sich um ein halb standardisiertes Interview handelt.

²⁹² vgl. Lamnek (B) (1995), S.40.

²⁹³ vgl. ebenda, S.51.

²⁹⁴ vgl. ebenda, S.43.

²⁹⁵ vgl. ebenda, S.47.

²⁹⁶ vgl. ebenda, S.56.

6.2.2 Leitfadeninterview mit Experten

„Bei einem unstrukturierten Interview ist die Wahrscheinlichkeit, durch unerwartete Aussagen der Befragten auf Neues zu stoßen, größer als bei Interviews, in denen die Befragten lediglich eine von sechs vorgegebenen Antwortalternativen ankreuzen können. Zu den Techniken, die mit größter Wahrscheinlichkeit zu unerwarteten Ergebnissen führen, gehören das offene oder unstrukturierte Interview [...]“²⁹⁷

Die im Zitat angesprochene offene Vorgangsweise ist ein zentrales Merkmal des Leitfadeninterviews. Der Leitfaden an sich ermöglicht es eine Struktur in das Interview zu bringen um schließlich auch die Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Er dient quasi als Grundgerüst für das Interview, wobei die Fragen nicht nach einer strikten Agenda abzuarbeiten sind und es dem Interviewer jederzeit frei steht nachzufragen – wann, das muss er selbst entscheiden. Eine für die vorliegende Arbeit entscheidende Abwandlung des Leitfadeninterviews ist das Experteninterview. Der Befragte steht dem Interviewer dabei mit seinem Wissen zu einem bestimmten Themengebiet zur Verfügung und kann in seiner Funktion als Experte detaillierte Auskünfte zu seinem Sachverhalt geben.²⁹⁸

Allerdings bedarf es bei der Auswahl dieser Personen bestimmten Kriterien, da sich sonst das Expertentum inflationär ausweitete und die Spreu nicht mehr vom Weizen zu trennen wäre. Jeder würde dann Experte für ein bestimmtes Thema sein, und sei es nur für das eigene Leben, wie es MEUSER und NAGEL so treffend formuliert haben. Demnach bedarf es einer kundigen Person, die über ein Wissen verfügt, über das nicht notwendigerweise diese Person alleine verfügt, aber deren Wissen nicht jedermann einfach so zugänglich ist. Der Experte zeichnet sich also durch einen Wissensvorsprung gegenüber anderen, Nicht-Experten, aus.²⁹⁹

SCHÜTZ hat Expertenwissen hingegen als ein begrenztes, aber als ein klar und deutlich verfügbares Wissen definiert. Dieses stützt sich auf fachliche Kenntnis und nicht auf

²⁹⁷ Becker et al (1979). Zitiert in: Lamneck (A) (1995), S.99.

²⁹⁸ vgl. Mayer (2008), S.37f.

²⁹⁹ vgl. Meuser; Nagel. In: Pickel; Pickel; Lauth (2009), S.467.

Raterei. Die Behauptungen des Experten sind SCHÜTZ zufolge als begründet anzusehen und können vom Forscher als sicher angenommen werden. SPRONDEL spricht hingegen dann von einem Expertenwissen, wenn es sich um ein Sonderwissen handelt, das sich auf Sonderprobleme beziehen. Hierbei wird auch zwischen Experten und Laien unterschieden, wobei es Experten nur dann gibt, wenn es auch Laien gibt.³⁰⁰ Der Leitfaden selbst stellt ein Konzept da, wie beim Interview grob umrissen vorgegangen werden soll. Er entsteht aus theoretischen Vorüberlegungen, eigenständigen Felderkundungen oder anderen Untersuchungen. Daraus entstehen Themenkomplexe. Der Leitfaden soll möglichst kurz gehalten werden, da ein zu langer Leitfaden zu einer nicht zu bewältigenden Masse an Daten führt. Zentrales Element ist die Forschungsfrage, an die sich der Leitfaden stets zu orientieren hat.³⁰¹ Vom Autor ist der Leitfaden in zwei Themenblöcke aufgeteilt worden, die sich jeweils nach einer Leitfrage richten. Das hat den Grund, dass es auch zwei unterschiedliche Forschungsfragen gibt. Darunter sind dann jeweils die Richtungsfragen (sie geben die grobe thematische Richtung an), die Unterfragen und die Nachfragen (Anzahl der jeweiligen Fragen siehe in der Tabelle) subsumiert worden, die allerdings im Sinne eines zuvor beschriebenen halbstandardisierten Interviews nicht genau so gestellt oder in dieser Reihenfolge abgearbeitet worden sind.

Gesellschaftspolitische Aspekte	Was hat in der Gesellschaft dazu beigetragen, dass es letzten Endes zu einem Nein bei der Volksabstimmung gekommen ist?		
	Richtungsfrage	Unterfrage	Nachfrage
	6	7	4
Medienpolitische Aspekte	Was hat in den Medien dazu beigetragen, dass es letzten Endes zu einem Nein bei der Volksabstimmung gekommen ist?		
	Richtungsfrage	Unterfrage	Nachfrage
	6	4	2

Tab.3: Gliederung des Leitfadens

FLICK zufolge muss schließlich auch die Interviewdurchführung einigen Kriterien genügen. Zentral ist dabei die Nichtbeeinflussung der Interviewpartner. Probleme

³⁰⁰ vgl. Meuser; Nagel, S.462f. In: Friebertshäuser; Langer; Prengel (2010), S.462f.

³⁰¹ vgl. Mayer (2008), S.43f.

ergeben sich zudem, wenn Fragen im falschen Moment gestellt werden und der Interviewte dadurch aus dem Konzept gebracht wird, oder in seiner Sichtweise behindert wird. Das Kriterium der Erfassung eines breiten Spektrums meint hingegen, dass alle für das Interview relevanten Aspekte angesprochen werden müssen. Der Forscher kann dabei sanft einen Themenwechsel herbeiführen und so Schritt für Schritt den Leitfaden abarbeiten. Dem Befragten muss allerdings dabei die Gelegenheit gegeben werden, selbst neue Themen im Rahmen des Forschungsgegenstandes anzusprechen, da auch sie – als neue Aspekte – für den Gegenstand von Bedeutung sein könnten. Vom Interviewer wird in jedem Fall gefordert, dass er sich mit eigenen Bewertungen zurückhält und eine non-direktive Gesprächsführung praktiziert.³⁰²

6.2.3 Die Experten

Bei der Wahl der Experten ist darauf Bedacht genommen worden, dass die Teilnehmer des Konflikts entsprechend vertreten sind, das Spektrum des zu in Erfahrung bringenden also möglichst breit ist. Dieser Anspruch beinhaltet, dass sowohl eine Person aus dem Lager Kreiskys, als auch eine Person aus dem Lager der Atomgegnerschaft befragt wird. Da aber nicht nur eine Pro- und Contra-Seite einen Konflikt austragen, wird sowohl auf Expertenwissen aus dem historischen als auch aus dem Medienbereich Bedacht genommen.

Im Folgenden sind die Experten in alphabetischer Reihenfolge aufgelistet. Der Autor geht kurz umrissen darauf ein, was die Personen als Experten auszeichnet.

Kunz, Johannes: Kunz ist in Sachen Kreisky, allerdings zur These des Medienstars, bereits von Gabi Waldner befragt worden. Kunz war in der für die vorliegende Arbeit relevanten Zeit von 1973 bis 1980 als Pressesprecher an Kreisky Seite. Zuvor war Kunz als Redakteur beim ORF tätig,³⁰³ hat also nicht nur mit Kreisky gearbeitet, sondern darf auch getrost als Medienkenner bezeichnet werden.

³⁰² vgl. Flick (1998), S.94ff.

³⁰³ vgl. Waldner (1995), S.32; sowie zur Person Rathkolb vgl. die Homepage des Instituts für Zeitgeschichte unter www.univie.ac.at/zeitgeschichte/oliver-rathkolb.

Rathkolb, Oliver: Univ.-Prof. Mag. DDr. Rathkolb hat nicht nur unzählige Publikationen über Kreisky veröffentlicht. Als Historiker und Universitätsprofessor für Zeitgeschichte hat er auch an Kreiskys zweibändigen Memoiren mitgearbeitet und ist mit der Person Kreisky sowie dessen Politik vollends vertraut.³⁰⁴

Steininger, Gerhard: Mit der Kolumne „Steinkauz“ bekannt geworden ist der René-Marcic-Preisträger heute zwar bereits pensionierter Journalist. Seine Kolumne in den Salzburger Nachrichten, für die er bereits zu Zeiten Kreiskys geschrieben hat, schreibt er trotz Pensionierung auch heute noch.³⁰⁵

Weish, Peter: Univ.-Doz. Dr. Weish war – wie ein paar Seiten zuvor nachzulesen ist – neben Bernhard Lötsch einer der führenden Köpfe der Anti-Atom-Bewegung. Sein Wissen gibt es auch heute noch, unter anderem an der Universität für Bodenkultur in Wien, weiter.³⁰⁶

Die Ausführungen von Heinz Fischer über seinen Parteikollegen Kreisky werden aus dessen Buch ‚Reflexionen‘ zitiert.

Ort, Art und Ablauf der Befragung sind in Form eines Forschungstagebuchs dokumentiert worden.

6.3 Die Auswertungsmethode

Die Interviews, die auf Tonband aufgezeichnet worden sind, werden nach der in LAMNEK beschriebenen Vorgangsweise ausgewertet. LAMNEK unterscheidet dabei vier Phasen, die im folgenden Teil kurz beschrieben werden.

³⁰⁴ vgl. Waldner (1995), S.28.

³⁰⁵ Mehr zur Person Steininger vgl. die Homepage der Salzburger Nachrichten, www.salzburg.com.

³⁰⁶ Mehr zur Person Weish auf seiner Vorlesungshomepage der Universität Wien unter: homepage.univie.ac.at/peter.weish.

6.3.1 Auswertungsschritte nach Lamnek

Phase eins ist die Transkription der auf Tonband erfassten Daten. Das Gehörte wird dabei inhaltsgetreu zu Papier gebracht. Die Transkription wird zudem mit der Tonaufnahme verglichen, um Fehler ausschließen zu können. Nach LAMNEK beinhaltet die Transkription in der Regel auch nonverbale Daten des Gesprächs, wie zum Beispiel Lachen oder Räuspern.³⁰⁷ Die Dokumentation von verbalen und nonverbalen Inhalten stellt dabei nicht nur eine neutrale Aufzeichnung dar. Sie ist auch als wesentlicher Schritt zur Konstruktion von Wirklichkeit anzusehen.³⁰⁸

Um eine Analyse zu vereinfachen und Daten zu extrahieren, sind die Interview-Transkriptionen mit Buchstaben gekennzeichnet worden (A-D), d.h. das Interview mit IP1 (Interviewpartner 1), Oliver Rathkolb, trägt den Buchstaben A. Um für die Forschungsfragen wichtige Antworten nachvollziehbar zu extrahieren, ist das Textmaterial mit Zeilen versehen worden. So trägt eine bestimmte Aussage „...XY...“ im Interview mit Rathkolb zB den Code A 340-346.³⁰⁹

Nach der Transkription in Phase eins geht der niedergeschriebene Text in die Einzelanalyse (Phase zwei). Zunächst werden Nebensächlichkeiten aus dem Text gestrichen und die zentralen Passagen hervorgehoben. Diese werden dem Text entnommen um einen gekürzten und konzentrierten Text mit den wichtigsten Passagen zu erhalten. Der paraphrasierte Text wird schließlich kommentiert und Besonderheiten herausgearbeitet.

Phase drei beschäftigt sich mit der generalisierenden Analyse. Hier versucht der Forscher Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten ohne die Unterschiede zwischen den Interviews zu vernachlässigen.

Die letzte Phase ist die Kontrollphase. Hier wird, da das Material laufend reduziert worden ist und Fehler daher nicht ausgeschlossen werden können, eine Selbst- und/oder Fremdkontrolle durchgeführt. Dazu wird immer die vollständige Transkription zu Rate gezogen.³¹⁰

³⁰⁷ vgl. Lamnek (B) (1995), S.108.

³⁰⁸ vgl. Flick (1998), S.23.

³⁰⁹ vgl. dazu eine ähnliche Vorgangsweise von Österreicher (2009), S.92f.

³¹⁰ vgl. Lamnek (B) (1995), S. 108ff.

6.3.2 Weiterführende Explikation und Anmerkungen zur Auswertung

Um die einzelnen Arbeitsschritte des Autors, von der Erstellung eines Leitfadens bis hin zur Auswertung, nachvollziehbar zu machen, folgen nun im gesonderten einige Anmerkungen, einerseits aus der Literatur gesammelt, andererseits durch eigene Anmerkungen ergänzt.

Nach LAMNEK sind einige Punkte bei der Durchführung des qualitativen Interviews zu beachten. Ein Aspekt ist dabei die Alltagssprachliche Benutzung des verwendeten Vokabulars. Da eine strenge Standardisierung wie vorhin bereits geklärt nicht vorliegt, wird die Bedeutungsgleichheit der Fragen damit erreicht, dass der Inhalt der Fragen in den Sprachcode des Befragten übersetzt wird. Die Fragen werden grundsätzlich offen gestellt, was sich aus dem Kriterium der Offenheit ergibt.³¹¹

Die Interviews, deren Erhebungssituation eine entspannte, vertrauliche sein sollte, sind wie zuvor erwähnt allesamt auf Tonband aufgezeichnet worden.³¹² Der Autor der vorliegenden Arbeit hat sich damit gegen eine Aufzeichnung auf Videoband entschieden. Grund dafür ist, dass im Vergleich zum Tonband nicht wesentlich mehr dokumentiert werden kann, was für die Fragestellung von Vorteil wäre. Außerdem soll sich die Technik im Sinne einer lockeren Gesprächsführung und der Natürlichkeit der Situation zurückhalten.³¹³

Den Gesprächspartnern ist bei der Terminvereinbarung eine persönliche als auch telefonische Befragung, mit Hilfe einer telefonischen Anlage zur Aufzeichnung von Gesprächen, angeboten worden. Das hatte mitunter den Grund, dass nicht alle Gesprächspartner im näheren Umkreis erreichbar waren. Das Angebot haben zwei der vier Interviewpartner nützen müssen. Grundsätzlich sollte das Ziel aber eine persönliche Befragung sein, da die Gesprächssituation eine angenehmere ist. Hier kann auf Unsicherheiten beim Befragten – die oft an Mimik und Gestik ersichtlich ist – rasch eingegangen werden.

Bevor es überhaupt zu den Gesprächen gekommen ist, hat der Autor den Gegenstand der Befragung historisch aufgearbeitet. Auch LAMNEK weist darauf hin, dass vom Forscher bzw. Interviewer mehr Kompetenz als in einem standardisierten Interview

³¹¹ vgl. ebenda S.65.

³¹² vgl. ebenda, S. 65f.

³¹³ vgl. Flick (1998), S. 187.

abverlangt wird, da er sich nicht auf einen Fragebogen sondern lediglich auf einen Leitfaden stützen kann. Um – vereinfacht gesagt – mitreden zu können, muss er also mit dem Forschungsgegenstand vertraut sein. Zudem muss der Interviewer in der Lage sein, dieses Wissen abzurufen und daraus Fragen zu formulieren.³¹⁴

Das Interview selbst ist dann mit einer standardisierten Einleitung begonnen worden, sprich: bevor die erste Frage gestellt worden ist, hat der Autor und Interviewer noch einmal über das Forschungsinteresse und über den Gesprächsverlauf informiert. Falls dies gewünscht war (in einem der vier Interviews), ist dem Interviewpartner ein Abriss des Leitfadens³¹⁵ vor dem Interview vorgelegt worden. Im Gespräch selbst hat sich der Autor zurückgehalten und ist nur dann aus der Rolle des Passiven getreten, wenn dem Befragten entweder nichts mehr zu dem Thema eingefallen ist³¹⁶, oder eine Konkretisierung und Präzisierung der Aussage notwendig erschien.³¹⁷ Unterbrochen worden ist der Befragte nur dann, wenn forschungsfremde Themen angesprochen worden sind oder vom Thema abgeschweift worden ist. Hierbei sei aber angemerkt, dass das nicht immer die leichteste Aufgabe war.

Am Schluss des Interviews, die hinsichtlich der Dauer mit 30 Minuten bis über zwei Stunden recht unterschiedlich waren, ist der Gesprächspartner am Höhepunkt seiner Erinnerungen noch gefragt worden, ob noch etwas nicht angesprochen worden ist, was für den Gegenstand der Arbeit von Bedeutung wäre, oder ob etwas vom Autor vergessen worden ist.

Während und/oder nach dem Gespräch sind die Eindrücke des Autors wie in einer Art Postskriptum niedergeschrieben worden. So sind etwa längere Pausen, Zeitdruck der Gesprächspartner sowie äußere Einflüsse und Störfaktoren, wie etwa Lärm oder die Anwesenheit Dritter, bei Bedarf notiert worden.³¹⁸ Des Weiteren sind relevante Nachbemerktungen nach dem Interview, d.h. nach dem Ausschalten des Aufnahmegerätes, notiert worden. Auch sie sind in die Interpretation der Daten mit eingeflossen.³¹⁹

³¹⁴ vgl. Lamnek (B) (1995), S.67.

³¹⁵ siehe dazu Anhang.

³¹⁶ vgl. Lamnek (B) (1995), S.67.

³¹⁷ vgl. ebenda, S103.

³¹⁸ vgl. ebenda S.98f.

³¹⁹ vgl. ebenda, S.97.

Eine Transkription der Daten ist erfolgt. Allerdings möchte der Autor dazu anmerken, dass semantische (respektive linguistische) Feinheiten des Interviews in der Transkription nicht berücksichtigt worden sind, da Füllwörter für den Forschungsstand – aufgrund dessen, dass es sich bei der vorliegenden Arbeit nicht um eine sprachanalytische Auseinandersetzung handelt – nicht von Bedeutung sind. Die Transkription ist auch um Wortwiederholungen bereinigt worden, da auch sie für die Fragestellung weder angemessen noch relevant sind.³²⁰ Die Interviews sind bei der Transkription um Dialekte bereinigt und ins Schriftdeutsch übertragen worden. Nicht geändert worden ist hingegen ein Umbau von verschachtelten Sätzen.

³²⁰ vgl. dazu die Ausführungen von Flick (1998), S. 192f.

7. Ergebnisse der Untersuchung³²¹

Kreisky, so lässt sich anhand der Literatur und der Expertise ableiten, war um das Atomkraftwerk Zwentendorf stets bemüht. Zwar hat er das Thema von der ÖVP geerbt, wie auch die Interviewpartner in der vorliegenden Arbeit betont hatten. Ab 1970 war die Kernenergieproblematik in Österreich allerdings seiner Verantwortung unterstellt und diese hat er auch wahrgenommen. Wie? Das lässt sich – im Sinne der **Subforschungsfrage 1** – etwa an der Absicht, das Thema Kernenergie zu versachlichen, ablesen. Kreiskys größtes Bestreben galt der Objektivierung der Debatte. Er hat zahlreiche Wissenschaftler nach Wien geholt, die als Fürsprecher der Kernenergie die Angst der Bevölkerung vor der unbekannten Kraft abbauen sollten.³²² Exemplarisch, einerseits für eine Versachlichung der Thematik, andererseits aber auch für ein Scheitern der Bemühungen, war die Pro und Contra Regierungskampagne, welche Experten von beiden Seiten zu Wort kommen hat lassen.³²³ Die rückblickend vorbildliche Kampagne hat allerdings weniger zum eigentlich Ziel, nämlich der Versachlichung, als vielmehr zur Verunsicherung beigetragen. Denn da im Publikum die Atomgegner mehrheitlich vertreten waren und dadurch auch die Argumente der Gegenseite stärker betont worden sind, war die Skepsis in der Bevölkerung gewachsen.³²⁴ Als weitere Offensivmaßnahme der Regierung ist die Betonung der Pro-Argumente, also warum Österreich ein Kernkraftwerk braucht, hervorzuheben. Dazu hat es zahlreiche Veranstaltungen gegeben, auf denen für die Atomkraft geworben worden ist. Ein Argument war etwa die wirtschaftliche Notwendigkeit nach der Erdölpreiskrise,³²⁵ ein anderes, dass Kernenergie günstig und sauber zu haben ist.³²⁶ Darüber hinaus waren die Vollbeschäftigung als typisches SPÖ-Kernthema Kreiskys, der Modernisierungsaspekt, sowie die Stromsicherung gewichtige Argumente im

³²¹ zur Unterstützung der nun folgenden, abschließenden Argumentation des Autors sind Referenzstellen aus den Interviews sowie aus der Literatur hinzugefügt worden, welche die eigene Interpretation und die Beantwortung der Forschungsfragen stützen.

³²² vgl. Rathkolb (2012), IP1, A196-198, A369-371; sowie Steininger (2012), IP3, C63-64 sowie C76-80.

³²³ vgl. Rathkolb (2012), IP1, A235-240.

³²⁴ vgl. Kunz (2012), IP2, B21-42.

³²⁵ vgl. Rathkolb (2012), IP1, A203-207.

³²⁶ vgl. Weish (2012), IP4, D658-664.

Kampf für Zwentendorf.³²⁷ Allerdings gab es auch viele offene Fragen, etwa die Frage der Endlagerung. Hier hat sich Kreisky häufig mit eigenen Vorschlägen in den Diskurs eingebracht.³²⁸ Eine weitere Offensivmaßnahme, die offenbar nach reichlich knappen Umfragewerten als verzweifelter Versuch das Ruder herumzudrehen gewertet werden kann, war die Verquickung Kreiskys nur dann im Amt bleiben zu wollen, wenn die Abstimmung für Zwentendorf ausgeht.³²⁹ Um der Forschungsfrage 1 hier vorzugreifen, seien dazu zwei Details angemerkt. Erstens war diese Verquickung ein Fehler, da sie dazu geführt hat, dass viele Bürgerliche im Allgemeinen und ÖVP-Wähler im Besonderen gehofft hatten, mit einer negativen Abstimmung Kreisky zu Fall zu bringen, obwohl sie grundsätzlich gerne für die Atomkraft gestimmt hätten.³³⁰ Und Zweitens stellt sich diese in den Medien als offensichtlich dargestellte Verquickung als gar keine dar, wie u.a. STEININGER ausführt. Vielmehr hat Kreisky um den heißen Brei geredet und etwas für die Journalisten kaum verständliches gemurmelt:

„Am ehesten glaube ich kommt meiner Erinnerung nach in Frage: Ich kann nicht ausschließen, dass ich ausschließe, dass ich nicht zurücktreten werde. Aus dieser Formulierung geht auch hervor, wie er noch während der Formulierung nachgedacht hat.“³³¹

Zur **Subforschungsfrage 2** und dem Umgang mit den Medien sei angemerkt, dass Kreisky die Medien keineswegs immer hofiert hat, wovon üblicherweise die Rede ist. Der Umgang mit den Journalisten war teilweise durchaus launig, ruppig und angriffslustig. Die Erkenntnis vom Medienstar³³² sehe ich dadurch aber nicht gefährdet, da ein – sagen wir – sensibles Gemüt nicht ausschließt, dass jemand als Medienkanzler gehyped wird. Zumal Kreisky – so hat es KUNZ in Erinnerung – mit seinem Intellekt durchaus gewusst hat, wie er den Medien zu begegnen hat um sie instrumentalisieren zu können. Kreisky hat darüber hinaus schnell erkannt, dass er Journalisten als Partner anerkennen muss um zur Bevölkerung vordringen zu können.³³³ So kann hier

³²⁷ vgl. Steining (2012), IP3, C206-212 sowie C220-222.

³²⁸ vgl. Rathkolb (2012), IP1, A84-90.

³²⁹ vgl. Kunz (2012), IP2, B51-66.

³³⁰ vgl. Kunz (2012), IP2, B51-66; sowie Steining (2012), IP3, C536-C541.

³³¹ Steining (2012), IP3, C338-344.

³³² vgl. dazu die Diplomarbeit von Walder (1995).

³³³ vgl. Weish (2012), IP4, D1512-1515; sowie vgl. Kunz (2012), IP2, B500-504; und vgl. Steining (2012), IP3, C 638-643.

zusammenfassend gesagt werden, dass auf einer strukturellen Ebene die Voraussetzungen dafür geschaffen worden sind, den Informationsfluss zur Bevölkerung Aufrecht zu erhalten oder beispielsweise mit dem Foyer nach dem Ministerrat zu schaffen. Demgegenüber steht aber die Launenhaftigkeit des Kanzlers, der er freien Lauf lassen konnte, da dies den Informationsflüssen keinen Abbruch getan hat.

Zur **Subforschungsfrage 3**, nämlich wie Kreisky seine politische Niederlage in der Öffentlichkeit kommuniziert hat, lässt sich anmerken, dass dies von den Experten immer in Verbindung gebracht worden ist mit Kreiskys Wahlerfolg bei der Wahl 1979. Nach der Ablehnung Zwentendorfs hat Kreisky das Ergebnis innerlich knurrend, aber im Prinzip ohne Wenn und Aber hingenommen und die Entscheidung des Volkes umgesetzt. Kreisky konnte im Prinzip nicht ganz unglücklich über die Ablehnung Zwentendorfs 1978 sein, denn damit war die Atomfrage für den Wahlkampf 79 nicht mehr entscheidend.³³⁴

„Wenn man es herzlos analysiert, hat der Kreisky Zwentendorf der Fortsetzung seiner Herrschaft geopfert. Aber das ist jetzt böse gesagt.“

Ähnliches hat auch RATHKOLB geäußert. So war Kreisky sich dessen bewusst, dass er für den kommenden Wahlkampf Stimmen braucht, vor allem jene der Frauen und der jungen Bevölkerung, den eigentlichen Umweltschützern. Das Ergebnis nicht anzuerkennen oder umzusetzen, hätte er sich also gar nicht leisten können.³³⁵ 1979 ist schließlich das Ergebnis aufgegangen. Kreisky hat die größte absolute Mehrheit in der österreichischen Geschichte eingefahren und das unter anderem deshalb – so KUNZ – weil Kreisky sofort kommuniziert hat, dass die Konsequenzen aus dem Ergebnis in Form eines Atomsperrgesetzes gezogen werden. Dadurch ist er für die Atomgegner (auch aus den eigenen Reihen) wieder wählbar geworden.³³⁶ Zumal es hierbei auch so etwas wie einen Überraschungseffekt gegeben hat. Erstens haben Umfragen vor der Abstimmung gezeigt, dass es zwar knapp wird, die Mehrheit aber für Zwentendorf stimmen dürfte. Zweitens war man auf Seiten der Atomgegner im Sinne der autoritären Zwänge der siebziger Jahre offenbar überrascht, dass Kreisky noch am selben Abend nach der Abstimmung verkündet hat, dass ein Atomkraftwerk, das bereits steht, nicht in

³³⁴ vgl. Steininger (2012), IP3, C493-504; sowie vgl. Rathkolb (2012), IP1, A485-500

³³⁵ vgl. Rathkolb (2012), IP1, A485-500

³³⁶ vgl. Kunz (2012), IP2, B86-94.

Betrieb gehen wird. Dass es gleich danach auch ein Atomsperrgesetz geben wird, hat die Wähler offenbar mit Kreisky versöhnt.

Nun stellt sich im Sinne der **Forschungsfrage 1** die Frage, welche Fehler Kreisky hinsichtlich der Kommunikation zum Thema Atomkraftwerk Zwentendorf gemacht hat und da hat sich im Laufe des Forschungsprozesses gezeigt, dass oft nicht ganz klar ist, was als Fehler zu werten ist und was nicht? So hat sich Kreisky zuletzt zwar dezidiert für die Volksabstimmung ausgesprochen, seine Genossen – so hat er noch Jahre später darauf hingewiesen – aber auch immer davor gewarnt, dass man eine solche Abstimmung auch verlieren kann. Im Rückblick hat Kreisky PETRITSCH zufolge behauptet, er habe stets mit einer verlorenen Abstimmung kalkuliert.³³⁷ Noch viel weiter geht Fischer, der darüber nachdenkt, ob Kreisky das AKW überhaupt gewollt hat.

„Ich glaube zu wissen, daß Kreisky die Nutzung der Kernenergie unter bestimmten Voraussetzungen bejahte und sich nicht nur aus Disziplin oder politischem Kalkül im Vorfeld der Volksabstimmung vom November 1978 für ein Ja zur Inbetriebnahme von Zwentendorf aussprach. Aber wenn er nach einer subtilen Taktik gesucht hätte, um die Inbetriebnahme von Zwentendorf letzten Endes zu verhindern, er hätte wahrscheinlich keine klügere und wirksamere Taktik zur Verhinderung von Zwentendorf einschlagen können als jene Vorgangsweise, die er zwischen 1975 und 1978 tatsächlich gewählt hat.“³³⁸

FISCHER führt dabei vor allem die langen und zum Teil sinnlosen Verhandlungen mit der ÖVP und die Befragung zahlreicher Experten an, die dazu dienlich waren, die Bevölkerung maßgeblich zu verunsichern und zu verwirren. Darüber hinaus sei es äußerst kontraproduktiv gewesen, in der Endphase der Auseinandersetzung um das AKW das Abstimmungsergebnis mit dem Verbleib Kreiskys im Amt zu verquicken. Dadurch sei es vielen Anhängern der Inbetriebnahme im bürgerlichen Lager unmöglich gemacht worden für das Kraftwerk zu stimmen, weil es zugleich auch ein Ja für die Sozialdemokratie und Kreisky gewesen wäre.³³⁹ Selbiges haben auch die Interviewpartner geäußert. Dazu sei aber noch einmal angemerkt, dass Kreisky dies offenbar nach

³³⁷ vgl. Petritsch (2010), S.275.

³³⁸ Fischer (1998), S.265f.

³³⁹ vgl. Fischer (1998), S.266.

Druck aus der Gewerkschaft gemacht hat. Das war der Intention, eine Mehrheitsentscheidung für Zwentendorf zu erhalten, nicht förderlich. Die Gegner Kreiskys, darunter viele Bürgerliche, Industrielle und ÖVP-Wähler, waren wie bereits zuvor erwähnt für die Kernenergie, wollten aber unter den neuen Rahmenbedingungen kein Votum für Kreisky abgeben. Sie hatten entweder mit Nein gestimmt oder sind zu Hause geblieben.³⁴⁰ Auf der anderen Seite sind viele – vor allem jüngere – SPÖ-Wähler, die eigentlich gerne gegen Zwentendorf gestimmt hätten daheim geblieben, weil sie ihrem Kanzler nicht Schaden, aber auch nicht mit Ja abstimmen wollten. Viele Genossen – vor allem aus dem Arbeitermilieu – sahen sich außerdem als Stimmvieh missbraucht und hatten kein Verständnis dafür, dass ein Atomkraftwerk, das bereits steht, nicht in Betrieb geht.³⁴¹

Eine besondere Rolle im Prozess des Scheiterns der Atomkraftpläne für Österreich kommt der ÖVP zu. So war es die Volkspartei, die das Thema zunächst energisch ins Rollen gebracht hatte um es nach dem Ende der Alleinregierung an die SPÖ zu vererben. Zu diesem Zeitpunkt hatte die ÖVP aber nicht nur faktisch, sondern auch zu diesem Thema eine oppositionelle Haltung eingenommen. So hat bereits Heinz Fischer festgehalten, dass die ÖVP zwar nicht prinzipiell gegen die Inbetriebnahme des Kraftwerks war, allerdings wollte, dass die SPÖ unter Kreisky die volle Verantwortung dafür übernimmt.³⁴² Geht man nun von der Forschungsfrage 1 aus, so ergibt sich für die vorliegende Fragestellung der Fehler, dass Kreisky die ÖVP stärker in die Pflicht hätte nehmen müssen. Schließlich war sie es, die die Atomkraft in Österreich auf Schiene gebracht hat. Diese Tatsache ist allerdings in der gesamten Atomdebatte der siebziger Jahre verloren gegangen.³⁴³

Doch nicht nur das war ein Fehler im Sinne der Bestrebungen, ein Atomkraftwerk in Österreich in Betrieb gehen zu lassen. Auch die Kommunikation an sich ist nicht ganz geglückt. Den Österreichern war die Atomkraft zu gefährlich und zu unheimlich. In einer Regierungsinformationskampagne die Atomgegner sprechen zu lassen, hat diese Skepsis der Bevölkerung nur verstärkt.

³⁴⁰ vgl. Kunz (2012), IP2, B51-66 sowie B424-429.

³⁴¹ vgl. Weish (2012), IP4, D1346-1354.

³⁴² vgl. Fischer (1998), S.265.

³⁴³ vgl. Rathkolb (2012), IP1, A147-152.

„der Volksmund hat natürlich sehr schnell gesagt, wenn von sechs G'studenten unter Anführungszeichen drei dagegen sind und sagen, das ist gefährlich, dann sind wir vorsichtig.“³⁴⁴

Der Volksmund spricht hierbei auch von einem unguten Bauchgefühl, das mit fortlaufender Debatte immer stärker geworden ist.

“die ganz Jungen waren sehr häufig dagegen, weil die halt in diesen Umweltbewegungen zum Teil engagiert waren. Und die Alten auch. Den Alten war es unheimlich. Weil das war was Neues...”³⁴⁵

Die Sozialdemokratie hat es bis zuletzt nicht geschafft ihrer ureigensten Aufgabe nachzukommen, nämlich den Menschen die Angst zu nehmen. Allerdings muss hierbei auch angemerkt werden, dass Kreisky auf verlorenem Posten gekämpft hat, denn nicht nur die geduldeten Gegenstimmen innerhalb der Regierungskampagne haben Kreisky geschadet. Es sind auch die strukturellen Gegebenheiten der Argumentation. Gerade beim Thema Kernenergie sind in dieser langjährigen Debatte rationale auf emotionale Argumente getroffen. Die rationalen Argumente – darunter die Stromsicherung, die Reduktion der Abhängigkeit vom Ausland oder der Modernisierungsaspekt – haben zwar die Vorteile aufgezeigt, die emotionalen sind aber leichter verstanden worden. Sie haben nicht nur die Nachteile des Kraftwerks aufgezeigt, sondern haben auch vor ungünstigen Folgen gewarnt. Exemplarisch dafür ist etwa die Argumentation vom Atomgegner Alexander TOLLMANN anzusehen, der gewarnt hat, dass Zwentendorf in einer Erdbebenlinie steht.³⁴⁶ Unter einem Erdbeben konnte sich jeder etwas vorstellen, die Reduktion der Abhängigkeit vom ausländischen Strom war hingegen zu abstrakt. Bereits die HOVLAND-Gruppe hat erkannt, dass eine emotionale Argumentationslinie wesentlich wirksamer ist. Das ist besonders dann der Fall, wenn vor ungünstigen Folgen gewarnt wird. Auch im Rahmen dieser Arbeit hat sich das bestätigt. Von Bedeutung ist hierbei aber auch die Position des Kommunikators. Die Atomgegner haben hier aus reiner Überzeugung gehandelt und nicht mit dem Gedanken, das ein bereits gebautes AKW in Betrieb gehen muss.

³⁴⁴ Kunz (2012), IP2, B33-37.

³⁴⁵ vgl. Kunz (2012), IP2, B395-400.

³⁴⁶ vgl. Steininger (2012), IP3, C175-186.

Was Kreisky auch unterschätzt haben dürfte ist, dass sich mit der Atomkraft niemand ausgekannt hat. So haben im Sinne einer Objektivierung des Sachverhalts einige Wissenschaftler im Auftrag der Regierung Auskunft gegeben und massiv für die Atomkraft geworben. Allerdings ist die Materie zu komplex, um den Argumenten folgen zu können.³⁴⁷ Für die Atomgegner war es hingegen wieder leicht die Frage der fehlenden Entsorgung zu betonen. Ausgehend vom Waldviertel hat sich schnell der Widerstand ausgebreitet, da bald klar war, dass der Atommüll in Österreich gelagert werden müsste. Für Aufregung hat aber nicht nur die mögliche Lagerstätte vor der sprichwörtlichen eigenen Haustüre, sondern auch die schlechte Argumentation der Regierung gesorgt. Sie hat das Waldviertel mit der Begründung auserkoren, dass es hier keine Bruchlinien im Boden gibt und der radioaktive Müll eingeschlossen bleibt. TOLLMANN hat wiederum Satellitenfotos veröffentlicht, die eben genau diese Klüfte in der Region gezeigt haben. Die Argumentation der Regierung war damit wissenschaftlich widerlegt worden – eine Taktik der Atomgegner, die Erfolg hatte.³⁴⁸ Die seltsam anmutende Dynamik, die das Thema nach einer Weile entwickelt hatte, zeigt sich auch am Beispiel vieler Experten. Sie haben sich Anfang der siebziger Jahre noch als Atombefürworter positioniert, drei oder vier Jahre später zahlreiche Bedenken geäußert, um sich schließlich auf die Seite der Atomgegnerschaft zu stellen.³⁴⁹ Die Kernenergiedebatte hat also bei vielen Bürgern und auch Wissenschaftlern Zweifel am Fortschrittsglauben aufkommen lassen³⁵⁰, welche Kreisky aber nicht mehr ausräumen konnte. Ganz im Gegenteil. Kreisky ging mit diesen Kritikern, nicht zuletzt auch in den eigenen Reihen, nicht zimperlich um. So hat er sich mit der Drohung, er werde mit den Gegnern ein ernstes Wort reden, wenn die Volksabstimmung gegen Zwentendorf ausgeht, einen Fauxpas geleistet, der von den Medien genüsslich breitgetreten worden ist. RATHKOLB hebt hier hervor, dass er auf Kritik am AKW meist emotionalisiert reagiert hat, weil er selbst vom Kraftwerk überzeugt war. Aber Kreisky hat natürlich gemerkt, dass sich in der Gesellschaft etwas tut,³⁵¹ nämlich einerseits bei der Bevölkerung und andererseits bei den Medien. Die Rahmenbedingungen hier haben das Scheitern Kreiskys geprägt. Im Sinne der **Forschungsfrage 2**, nämlich welche

³⁴⁷ vgl. Steininger (2012), IP3, C444-451.

³⁴⁸ vgl. Weish (2012), IP4, D674-682 sowie D687-706.

³⁴⁹ vgl. Fischer (1998), S.265.

³⁵⁰ vgl. Weish (2012), IP4, D358-377.

³⁵¹ vgl. Rathkolb (2012), IP1, A120-130 sowie A340-342.

medien- und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen für das Scheitern Kreiskys bei der Volksabstimmung zum Bau des Atomkraftwerks in Zwentendorf ausschlaggebend waren, kann zunächst bemerkt werden, dass die Kernenergiedebatte ja keine war, die allein in Österreich geführt wurde. Für die Entwicklung des österreichischen Atomdiskurses entscheidend war auch die Ablehnung der Atomkraft in anderen europäischen Ländern. In Schweden etwa hat Olaf Palme eine Wahl mit dem Thema Kernenergie verloren. Exemplarisch für diesen europaweiten Protest sind auch die Orte Brokdorf, Rüthi und Wyhl.³⁵² Damit verbunden können die partizipatorischen Bestrebungen der Bevölkerung, vor allem bei der jungen Generation, genannt werden. So hat ein Teil der Bevölkerung versucht, die autoritären Zwänge, die zu Anfang der siebziger Jahre aufgebrochen sind, zu überwinden. Die jungen Österreicher haben autoritäre Entscheidungen in Frage gestellt und mehr Mitbestimmung verlangt.³⁵³ Damit einhergehend haben auch die Medien im Land rasch erkannt, dass es durchaus Kritiker gibt, die Bedenken am Fortschritt geäußert haben. Sie haben das Thema im Sinne eines publizistischen Konflikts nach KEPPLINGER aufgegriffen und die Debatte darüber nach dem Vormarsch der Bürgerinitiativen intensiviert. Dass auch die Meinung der Medienmacher wichtig ist, zeigt sich vor allem rund um den Konflikt um Zwentendorf. An der niedrigen Zustimmung zum AKW in Vorarlberg ist ersichtlich, wie sich die größte Zeitung des Landes, die Vorarlberger Nachrichten, zur Frage der österreichischen Atompolitik positioniert hat. Und auch die größte Zeitung Österreichs, die Kronen Zeitung, hat ihr grünes Herz erkannt, eine wichtige Agenda Setting-Funktion³⁵⁴ übernommen und hat dafür gesorgt, dass die Gegner Zwentendorfs in den Nachrichten Platz finden. Mit welchen Argumenten man eher zur Bevölkerung durchdringt, rationale oder doch eher emotionale, ist nach HOVLAND bereits geklärt. Die Unterstützung der Medien für die Atomgegner war schließlich sehr breit. Exemplarisch dafür hat es beim Profil mit Ferdinand KRENN einen angesehenen Journalisten gegeben, der sich vor allem für die Bürgerinitiativen interessiert hat.³⁵⁵ Und auch die Argumentation von TOLLMANN, Zwentendorf liege auf einer Erdbebenlinie,

³⁵² vgl. Rathkolb (2012), IP1, A31-33 sowie A36-41; sowie vgl. Steininger (2012), IP3, C117-121 sowie C122-126.

³⁵³ vgl. Rathkolb (2012), IP1, A58-63 sowie A65-71.

³⁵⁴ vgl. ebenda, A75-79 sowie A351-359.

³⁵⁵ vgl. Weish (2012), IP4, D571-584 sowie D612-615.

ist von den Medien aufgegriffen und thematisiert worden.³⁵⁶ Währenddessen ist bei den zahlreichen entstandenen Bürgerinitiativen folgendes passiert: Sie haben sich zusammengeschlossen und die ideologischen Klüfte hintangestellt. Mit einem Schlag hat es schließlich eine breite Basis gegen die Atomkraft gegeben, die sich aus den Aktivisten vieler verschiedener Lager zusammengesetzt hat, die allerdings allesamt ein Ziel hatten. Für den Kampf gegen das AKW hat sich dieser Schritt als entscheidend erwiesen. Das hat sich natürlich beim Abstimmungsergebnis bemerkbar gemacht. Dort wo Atomgegner aufgetreten sind, hat es bei der Volksabstimmung eine Nein-Mehrheit gegeben. In den Hochburgen der Sozialdemokratie hat es hingegen aufgrund der Mobilisierung der Basiswähler Ja-Mehrheiten gegeben.³⁵⁷

Als entscheidende Entwicklung ist auch die Entstehung grüner Parteien anzusehen. Für viele ist damit eine Alternative abseits von SPÖ/ÖVP/FPÖ geschaffen worden. Und auch die Entwicklung hat den Grünen in die Hände gespielt. Der Wohlstand ist zur Zeit der Regierung Kreisky zwar gestiegen. Das Gefühl des Aufschwungs ist allerdings von der Atomkraft getrübt worden, da die Debatte über die Kernenergie Zweifel am Fortschrittsglauben hat aufkommen lassen.

„Jeder hat das Gefühl gehabt, von Jahr zu Jahr wird es besser. Da ist eine Autobahn gebaut worden [...] und jetzt habe ich mir einen Kühlschrank leisten können [...] und es geht eigentlich von Jahr zu Jahr besser. [...] Aber da, da kommt jetzt etwas, das unsere schöne rosige Zukunft bedroht, da sind auf einmal Gefahren da. [...] Das waren praktisch die ersten Zweifel am rosaroten Weg des Fortschritts und des ständig Besserwerdens.“³⁵⁸

Interessant ist auch die Entwicklung nach dem Ölpreisschock. Auch die Experten haben angemerkt, dass es nach der Teuerung und der Inflation eigentlich zu einer Aufwertung der Atomenergie hätte kommen müssen. Passiert ist es trotzdem nicht. Stattdessen ist die Wachstumseuphorie und die Technikskepsis weiter gestiegen. Der Fortschritt war plötzlich etwas, dem man nicht mit der rosaroten Brille gegenüber stehen durfte. Und die Atomenergie war Teil dieses Fortschritts.

³⁵⁶ vgl. Steininger (2012), IP3, C674-678.

³⁵⁷ vgl. Weish (2012), IP4, D950-962 sowie D1391-1402.

³⁵⁸ vgl. ebenda, D358-377.

8. Conclusio

Kreisky war ein Kanzler, der sich mit einem ungeheuren Sensorium – wie KUNZ die Gabe Kreiskys bezeichnet – den gesellschaftlichen ‚Wehwehchen‘ angenommen hat – und er hat diese Wehwehchen mit Leidenschaft behandelt. Dass seine sensorischen Fähigkeiten, gesellschaftliche Strömungen zu erkennen, bei Zwentendorf versagt haben, kann nicht gesagt werden. Kreisky hat ja durchaus gewusst, dass sich etwas aufbaut, etwas wächst. Der Sturm und Drang des Kanzlers hat allerdings verhindert bei Zwentendorf die Notbremse zu ziehen. Er war überzeugt, dass die Atomkraft für Österreich mehr Fortschritt bringen würde und Österreich zu einem moderneren Staat werden lässt. Dass es eine immer breiter werdende Front von Bürgern gab, die der Wohlstand salopp gesagt nicht ganz geheuer war, damit hat Kreisky nicht gerechnet. Es lässt sich freilich streiten, ob das JA zum Atomfreien Österreich respektive das NEIN zum Atomkraftwerk eine Kumulation der sachlicheren Argumente oder eher ein Kampf des besseren Populismus gewesen ist. Eines dürfte aber klar sein – das geht sowohl aus der Literatur als auch aus den Interviews hervor – es war wohl die Abstimmung/Wahl mit den meisten Informationen davor, wie es einst ein Journalist auch geschrieben hat.³⁵⁹ Eine leichte populistische Tendenz ist aber durchaus erkennbar. Schweizer Erfahrungen liefern jedenfalls Indizien dafür, dass populistische Kommunikation in direkt-demokratischen Entscheidungen durchaus erfolgreich ist und populistische Akteure das Misstrauen bei Teilen der Bevölkerung gut zu kanalisieren wissen. Der Schweizer Politologe Wolf LINDER hat für derartige Phänomene den Begriff „Nein-Welle“³⁶⁰ geprägt. Diese Nein-Welle ist in den siebziger Jahren über Österreich hereingefallen. Summa summarum kann gesagt werden, dass die Ablehnung der Atomkraft in Österreich einem Bündel an vernünftigen Entscheidungen und einer aktiven Gegnerschaft geschuldet ist, die es verstanden hat, den rationalen Argumenten der Regierung mit emotionalen entgegenzutreten. Dieses Bündel an Begebenheiten, das dazu geführt hat, dass ein bereits gebautes Atomkraftwerk doch nicht in Betrieb geht und der beliebteste Bundeskanzler der zweiten Republik sich wider Erwarten nicht durchsetzt, ist geprägt von zahlreichen Vorkommnissen in den siebziger Jahren, die – so

³⁵⁹ vgl. Weish (2012), IP4, D1242-1243.

³⁶⁰ vgl. Marcinkowski (2011), S.38f.

lässt sich nun vorstellen – teilweise aufeinander abgestimmt waren bzw. ineinander griffen. Das Bestreben zur Objektivierung der Argumente hat Kreisky etwa nicht davon abgehalten auf emotionaler Ebene den Verbleib im Amt an das Abstimmungsergebnis zu knüpfen – auch wenn hier die Gewerkschaft federführend war und Kreisky sich doch mehr als unklar dazu ausgedrückt hat. Das Bestreben nach einer Versachlichung hat Kreisky auch nicht davon abgehalten mit der Zeit emotional auf Kritik auch aus den eigenen Reihen zu reagieren. Sohn Peter Kreisky und Gattin waren am Frühstückstisch nach Kritik am Atomkraftwerk eine Zeit lang nicht mehr willkommen. Darüber hinaus ist der Diskurs um die Atomkraft in Österreich auch geprägt von Überraschungen. Eine Überraschung war das knappe Nein. Ein Nein, das Umfragen nicht vorhergesagt haben. Überraschend war für die Atomgegner das schnelle Einlenken von Kreisky, als er am selben Abend mit Minister Staribacher verkündet hat, dass das Atomkraftwerk nicht in Betrieb gehen wird. Überraschend war auch, dass sich die Medien zunächst zurückgehalten, danach aber den publizistischen Konflikt intensiviert haben. Und überraschend war die Haltung vieler Österreicher, welche die Atomkraft trotz der Ölpreiskrise weiterhin abgelehnt haben. Es waren also viele kleine, aber entscheidende Begebenheiten, die dazu geführt haben, dass Zwentendorf letzten Endes gescheitert ist. Viele Begebenheiten, die auch offene Fragen hinterlassen. So ist die gebremste Wachstumseuphorie möglicherweise nur ein Aspekt eines Bündels von Erklärungen, warum die Kernenergie trotz Inflation und Teuerung nach der Ölpreiskrise auch weiterhin abgelehnt worden ist. Auch können das rasche und unkomplizierte Handeln Kreiskys nach der für ihn gescheiterten Volksabstimmung und seine Beliebtheit nur zwei Gründe sein. Und auch die häufig kommunizierte Vermutung, die Medien – allen voran die Zeitungen – hätten Kreisky hofiert, kann nicht ganz gehalten werden. Eine Analyse der österreichischen Tageszeitungen würde hier Abhilfe schaffen. Was vermutlich nicht mehr beantwortet werden kann ist die Frage, ob Kreisky nun ein grundsätzlicher Fürsprecher der Atomenergie war, oder ob er der Kernkraft ambivalent gegenübergestanden, sie vielleicht letzten Endes sogar selbst abgelehnt hat. Ein persönliches Fazit dürfte Kreisky aus dem Atomdiskurs jedenfalls gezogen haben:

„Und die Lehre meines Lebens ist, dass man gegen die Atomenergie sein muss“³⁶¹

³⁶¹ Kreisky kurz vor seinem Tod in einem Interview mit Kunz. Zitiert von Weish (2012), Transkription IP4, D880-882.

Literaturverzeichnis

- BECK, Klaus (2007): Kommunikationswissenschaft. UVK-Verlags GesmbH: Konstanz.
- BENTELE, Günter (2003): öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft. Westdeutscher Verlag: Wiesbaden.
- BIANCHI, Regina; WEBER, Karin (2006): AKW Zwentendorf – Der Konflikt. GRIN-Verlag: München.
- BREUER, Thomas (2006): Gesundheitsreport. 20 Jahre nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Greenpeace e.V.: Hamburg.
- BROMMERT, Hanko; WEICH, Karl W.; DIRKSMEIER, Christel (1995): Rezipientenpersönlichkeit und Medienwirkung. Der persönlichkeits-orientierte Ansatz der Medienwirkungsforschung. LIT-Verlag: Münster, Hamburg.
- BROSIUS, Hans-Bernd: Medienwirkung. S.128-145. In: BENTELE, Günter (2003): öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft. Westdeutscher Verlag: Wiesbaden.
- BUNDESGESETZBLATT für die Republik Österreich, 232. Stück, ausgegeben am 29. Dezember 1978, 676. Bundesgesetz.
- BURKART, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft. Böhlau Verlag (4. überarbeitete und aktualisierte Auflage): Wien et al.
- DRAHMS, Andreas (2007): Zweitstimme ist Kanzlerstimme. Die Abhängigkeit der Kanzlerpräferenz von Fernsehnachrichten und Wirtschaftslage. Eine zeitreihenanalytische Untersuchung am Beispiel der Bundestagswahl 1994 auf der Basis täglicher Messungen. GRIN-Verlag: München.
- DRÖGE, Franz; WEISSENBORN, Rainer; HAFT, Henning (1969): Die Aussage. Stimulusfeld. S.124-137. In: MALETZKE, Gerhard (1972).
- FABRIS, Hans Heinz (1979): Journalismus und bürgernahe Medienarbeit. Formen und Bedingungen der Teilhabe an gesellschaftlicher Kommunikation. Neugebauer Verlag: Salzburg.
- FABRIS, Hans Heinz; HAUSJELL, Fritz: Journalistische Kultur in der Zweiten Republik. S.1-12. In: FABRIS, Hans Heinz; HAUSJELL, Fritz et al (1987): Medien- und Kommunikationskultur in der Zweiten Republik. 2.Teilprojekt: Österreichischer Journalismus nach 1945. Band 1. Universität Salzburg: Salzburg.
- FABRIS, Hans Heinz, SCHMOLKE, Michael (1982): Politologische Aspekte der Einführung neuer Medien in Österreich. Teilprojekt d. IANM-Studie über Auswirkungen der Einführung

- neuer Medien in Österreich. später veröffentlicht in: FABRIS, Hans Heinz (1984): Auswirkungen der Einführung neuer Medien in Österreich. Bohmann-Verlag: Wien.
- FISCHER, Heinz (1998): Reflexionen. Kremayr & Scheriau (2. Auflage): Wien.
- FLICK, Uwe (1998): Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaft. Rohwolt: Hamburg.
- FRIESENBICHLER, Georg (2008): Unsere wilden Jahre. Die Siebziger in Österreich. Böhlau Verlag: Wien et al.
- FUCHS, Werner; KLIMA, Rolf; et al (1978): Lexikon zur Soziologie. Westdeutscher Verlag (zweite Auflage): Opladen.
- GEHLER, Michael (2006): Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. S.35-52. In: DACHS, Herbert; GERLICH, Peter; GOTTWEIS, Herbert et al (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung: Wien.
- GERLICH, Peter; MÜLLER, Wolfgang (1988): Grundzüge des politischen Systems Österreichs. Österreichischer Bundesverlag: Wien.
- HASENBRINK, Uwe: Publikum, Mediennutzung und Medienwirkung. S. 323-412. In: JARREN, Otfried; WEBLER, Hartmut (2002): Journalismus – Medien – Öffentlichkeit. Westdeutscher Verlag: Wiesbaden.
- HUG, Detlef Matthias (1997): Konflikte und Öffentlichkeit. Zur Rolle des Journalismus in sozialen Konflikten. Westdeutscher Verlag: Opladen.
- JARREN, Otfried; SCARINELLI Ulrich; SAXER, Ulrich (1998): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. VS-Verlag: Wiesbaden.
- JARREN, Otfried; WEBLER, Hartmut (2002): Journalismus – Medien – Öffentlichkeit. Westdeutscher Verlag: Wiesbaden.
- JUREWITZ, Natalie (2007): Die Theorie der Schweigespirale. Ein Beitrag zur Frage nach der Wirkung von Massenmedien und der Möglichkeit individueller Meinungsbildung. GRIN-Verlag: München.
- KEPPLINGER, Hans Mathias (2009): Publizistische Konflikte und Skandale. Theorie und Praxis öffentlicher Kommunikation. Band 2. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- KOHOUT, Franz (2002): Vom Wert der Partizipation. Eine Analyse partizipativ angelegter Entscheidungsfindung in der Umweltpolitik. LIT-Verlag: Münster, Hamburg, London.
- KRIECHBAUM, Robert (2006): Die Ära Kreisky. Österreich 1970 – 1983. Böhlau: Wien et al.
- KRIECHBAUM, Robert (2008): Zeitwenden. Die SPÖ-FPÖ-Koalition 1983-1987 in der historischen Analyse, aus der Sicht der politischen Akteure und in den Karikaturen von Ironimus. Böhlau: Wien et al.
- KUNCZIK, Michael; ZIPFEL, Astrid (2005): Publizistik. Böhlau Verlag (2. Auflage); Köln.

- LAMNEK, Siegfried (A) (1995): Qualitative Sozialforschung. Band 1 Methodologie. 3. korrigierte Auflage. Psychologie Verlags Union: Weinheim.
- LAMNEK, Siegfried (B) (1995): Qualitative Sozialforschung. Band 2 Methoden und Techniken. 3. korrigierte Auflage. Psychologie Verlags Union: Weinheim.
- LICHOWSKI, Helmut; RISAK, Georg et al (2002): Politische Bildung und Recht. öbv&hpt-Verlag: Wien.
- MADERTHANER, Wolfgang (2007): Die Ära Kreisky und ihre Folgen. Fordismus und Postfordismus in Österreich. Löckerverlag: Wien. [nur zur Vorinformation]
- MALTZKE, Gerhard (1972): Einführung in die Massenkommunikationsforschung. Verlag Volker Spiess: Berlin.
- MALETZKE, Gerhard (1976): Ziele und Wirkungen der Massenkommunikation. Verlag Hans Bredow Institut: Hamburg.
- MALETZKE, Gerhard (1978): Psychologie der Massenkommunikation. Theorie und Systematik. Verlag Hans Bredow Institut: Hamburg.
- MARCINKOWSKI, Frank (2011): Politische Kommunikation und Volksentscheid. Eine Fallstudie zur Verfassungsreform in Liechtenstein. Nomos-Verlag: Baden-Baden.
- MAYER, Horst Otto (2008): Interview und schriftliche Befragung. Entwicklung, Durchführung und Auswertung. Wissenschaftsverlag Oldenburg (4. Auflage): Oldenburg.
- MEUSER, Michael; NAGEL, Ulrike: Das Experteninterview. Konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlage. S.465-480. In: PICKEL, Susanne; PICKEL, Gert; LAUTH, Hans-Joachim et al (2009): Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- MEUSER, Michael; NAGEL, Ulrike: Experteninterview. Wissenssoziologische Voraussetzungen und methodische Durchführung. S.457-472. In: FRIEBERTSHÄUSER, Barbara; LANGER, Antje; PRENGEL, Annedore (2010): Handbuch qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft. Juventa Verlag (3. Auflage): Weinheim et al.
- NATTER, Bernhard: Die Bürger versus die Mächtigen – Populistischer Protest an den Beispielen Zwentendorf und Hainburg. S.151-170. In: PELINKA, Anton (1988): Populismus in Österreich. Junius Verlag (zweite Auflage): Wien.
- NOELLE-NEUMANN, Elisabeth (1982): Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut. Ullstein: Frankfurt a. Main.
- NOHLEN, Dieter, GROTZ, Florian (2011): Kleines Lexikon der Politik. C.H.Beck-Verlag (5.Auflage): München.
- NOHLEN, Dieter; SCHULTZE, Rainer-Olaf (2010): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. C.H.Beck-Verlag (4.Auflage): München.

- ÖSTERREICHER, Bernhard (2009): Einfluss, Nutzen und Auswirkungen von Diskussionsforen im Journalismus. Österreichische Journalisten geben Auskunft über Nutzerverhalten und – motive. Dipl.-Arb.: Wien.
- PADRUTT, Christian (1970): Publizistik als Wissenschaft. Antrittsvorlesung. Journalistisches Seminar der Universität Zürich. S.19-29. In: MALETZKE, Gerhard (1972).
- PETRITSCH, Wolfgang (2010): Bruno Kreisky. Die Biografie. Residenz Verlag im Niederösterreichischen Pressehaus: St. Pölten, Salzburg.
- PFETSCH, Barbara; WEHMEIER, Stefan: Sprecher. Kommunikationsleistungen gesellschaftlicher Akteure. S. 39-98. In: JARREN, Otfried; WEBLER, Hartmut (2002): Journalismus – Medien – Öffentlichkeit. Westdeutscher Verlag: Wiesbaden.
- RHOMBERG, Markus (2009): Politische Kommunikation. W.Fink-Verlag: Paderborn.
- SCHENK, Michael (2007): Medienwirkungsforschung. Mohr Siebeck (3. überarbeitete Auflage): Tübingen.
- STEBLAU, Julia (2011): Der Atomausstieg als Folge der Reaktorkatastrophe in Japan (Fukushima) 2011. Grin-Verlag: München.
- STEINMAURER, Thomas: Die Medienstruktur Österreichs. S.349-365. In: BENTELE, Günter (2003): öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft. Westdeutscher Verlag: Wiesbaden.
- UNESCO (1970): Mass media in society. The need of research. Reports and papers on mass communication. No.59. S.30-46. In: MALETZKE, Gerhard (1972).
- WALDNER, Gabriele (1995): Bruno Kreisky, Medienstar. Dipl.-Arb.: Wien.

Internetquellen

- BRANDSTETTER, Ernst; RIGELE, Georg (o.J.): Das Kraftwerk das nie in Betrieb ging. Unter: <http://www.zwentendorf.com/de/geschichte.asp>, [erstmals abgerufen am: 12.04.2012].
- HIRSCH, Helmut (2011): Fukushima. Einstufung auf INES-Skala. Unter: www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/atomkraft/HH_INES_Rating_Fukushima_23_03_2011.pdf, [erstmals abgerufen am: 04.06.2012].
- HOFFMANN, Silvia (2006): Weltweite radioaktive Verseuchung – Tschernobyl ist kein Einzelfall. Unter: www.alt.global2000.at/files/Teil9radioaktiv.pdf, [erstmals abgerufen am: 20.05.2012].
- o.A. (o.J.): AKW-Abstimmung Zwentendorf. Unter: <http://www.mediathek.at/virtuelles-museum/Zwentendorf>, [erstmals abgerufen am: 07.04.2012].

- o.A. (o.J.): Atommüll. Die ewig ungelöste Frage. Unter:
<http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>, [erstmal
abgerufen am: 29.10.2011].
- o.A. (1971): Bau des Atomkraftwerks jetzt fix. In: Arbeiter-Zeitung, Wien 23. März 1971, S. 1.
Unter: <http://www.arbeiter-zeitung.at/cgi-bin/archiv/flash.pl>, [erstmal
abgerufen am: 07.04.2012].
- o.A. (2011): Bruno Kreisky – Zur Person. Unter: kreisky100.at/person/#aera, [erstmal
abgerufen am: 24.07.2012].
- o.A. (o.J.): Chronologie zu Zwentendorf. Unter:
<http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>, [erstmal
abgerufen am: 29.10.2011].
- o.A. (o.J.): Das Ergebnis der Volksabstimmung. Unter:
<http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-06.html>, [erstmal
abgerufen am: 29.10.2011].
- o.A. (o.J.): Die Befürworter und ihre Argumente. Unter:
<http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>, [erstmal
abgerufen am: 29.10.2011].
- o.A. (o.J.): Die GegnerInnen und ihre Argumente. Unter:
<http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>, [erstmal
abgerufen am: 29.10.2011].
- o.A. (o.J.): Die Volksabstimmung. Unter:
<http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-main.html>, [erstmal
abgerufen am: 29.10.2011].
- o.A. (o.J.): EhrenbotschafterInnen. Unter: <http://www.janegoodall.at/ehrenbotschafter>, [erstmal
abgerufen am: 08.04.2012].
- o.A. (o.J.): Ergebnisse bisheriger Volksabstimmungen. Unter:
http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_wahlen/volksabstimmung/Ergebnisse.aspx, [erstmal
abgerufen am: 15.11.2011].
- o.A. (o.J.): Katastrophe in Japan 2011. Chronologie der Katastrophe in Fukushima I (Daiichi).
Unter: <http://www.spiegel.de/flash/flash-25484.html>, [erstmal
abgerufen am: 04.06.2012].
- o.A. (2011): Kreisky beliebtester Bundeskanzler. Unter:
<http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/innenpolitik/art385,533993>, [erstmal
abgerufen am: 04.06.2012].
- o.A. (o.J.): Neue Soziale Bewegungen. Unter:
http://www.erinnerungsort.at/thema7/u_thema1.htm, [erstmal
abgerufen am: 04.06.2012].

- o.A. (2011): Referendum in Italien – rund 95 Prozent gegen Atomkraft. Unter:
http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/italien-referendum-in-italien-rund-95-prozent-gegen-atomkraft_aid_636620.html, [erstmals abgerufen am: 28.04.2012].
- o.A. (1978): Sieg der Fackeln über das Atomzeitalter. Der Spiegel Nr. 46. Unter:
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40607009.html>, [erstmals abgerufen am: 03.02.2012].
- o.A. (2012): Vier EU-Staaten fordern Subventionen für Atomkraft. Unter:
<http://derstandard.at/1334132492994/Medienbericht-Vier-EU-Staaten-fordern-Subventionen-fuer-Atomkraft>, [erstmals abgerufen am: 28.04.2012].
- o.A. (2012): Vier Reaktoren in Kaliningrad und Weißrussland geplant. Unter:
<http://derstandard.at/1332323781011/Vier-Reaktoren-in-Kaliningrad-und-Weissrussland-geplant>, [erstmals abgerufen am: 28.04.2012].
- o.A. (o.J.): Was soll aus dem AKW Zwentendorf werden? Unter:
<http://www.unet.univie.ac.at/~a9406114/aai/zwentendorf/austellung/aai-06.html>, [erstmals abgerufen am: 29.10.2011].
- o.A. (2004): Wie funktioniert ein AKW? Unter:
http://www.greenpeace.de/themen/atomkraft/atomkraftwerke/artikel/wie_funktioniert_ein_akw, [erstmals abgerufen am: 17.04.2012].
- o.A. (2009): Österreicher wollen Schließung des AKW-Temelin. Unter:
<http://www.oe24.at/oesterreich/chronik/wien/Oesterreicher-wollen-Schliessung-des-AKW-Temelin/453663>, [erstmals abgerufen am 13.04.2012].
- o.A. (2011): 80 Prozent glauben Ausstiegsplänen nicht. Unter:
<http://www.oe24.at/oesterreich/chronik/Umfrage-in-Oesterreich-80-glauben-Atom-Ausstiegsplaene-nicht/20455799>, [erstmals abgerufen am 13.12.2012].
- PLANK, Astrid (2011): 100 Jahre Kreisky. Was von der Ära blieb. Unter:
<http://oe1.orf.at/programm/264845>, [erstmals abgerufen am 04.06.2012].
- SCHMID, Klaus Peter (2004): Die kleine Ölkrise. Unter:
<http://www.zeit.de/2004/43/Konjunktur>, [erstmals abgerufen am: 08.04.2012].
- SIEBEN, Christian (2011): Deutschland schaltet ab – Röttgen strahlt. Unter: <http://www.rp-online.de/panorama/ausland/fukushima/deutschland-schaltet-ab-roettgen-strahlt-1.1287546>, [erstmals abgerufen am 28.04.2012].
- TEMPFER, Petra (2010): Von der Investitionsruine zum Museum. Unter:
http://www.wienerzeitung.at/themen_channel/wzwissen/forschung/43612_Von-der-Investitionsruine-zum-Museum.html, [erstmals abgerufen am 04.06.2012].

Audio- und Videoquellen

- DOBROVOLNY, Herbert; THURNHER, Ingrid (1988): Öl Mittagsjournal. Was passiert mit Zwentendorf?, vom 13.08.1988. Unter: http://www.mediathek.at/oe1_journale/, [erstmalig abgerufen am: 07.04.2012].
- KREISKY, Bruno et al (1974): Öl- und Energiekrise, Inflation. Pressekonferenz vom 26.03.1974. Unter: http://www.mediathek.at/akustische-chronik//Popups_3/Kreisky_zu_Oelkrise, [erstmalig abgerufen am: 07.04.2012].
- LENDVAI, Paul; MAIMANN, Helene (2000): Menschenbilder. Kreisky. Licht und Schatten einer Ära. ORF2 am 28. Juli 2000. Unter: <http://www.mediathek.at/virtuelles-museum/Zwentendorf/>, [erstmalig abgerufen am: 08.04.2012].
- LÖTSCH, Bernd (1975): Forderungen der österreichischen Umweltschutzbewegung an die zukünftige Bundesregierung. Pressekonferenz vom 12.09.1975. Unter: http://www.mediathek.at/akustische-chronik//Popups_7/Loetsch_Forderungen_Umweltschutzbewegung, [erstmalig aufgerufen am: 07.04.2012].
- LÖW, Werner; THURNHER, Ingrid (1989): Öl Mittagsjournal. Wird Zwentendorf doch ein Gaskraftwerk?, vom 23.09.1989. Unter: http://www.mediathek.at/oe1_journale/, [erstmalig abgerufen am: 07.04.2012].
- o.A. (o.J.): AKW-Abstimmung Zwentendorf. Unter: <http://www.mediathek.at/virtuelles-museum/Zwentendorf/>, [erstmalig abgerufen am: 07.04.2012].
- o.A. (2011): Erste Ölkrise. Video vom 28.10.2011. Unter: <http://www.faz.net/multimedia/videos/jahrestage/28-oktober-1973-erste-oelkrise-11373303.html>, [erstmalig abgerufen am: 08.04.2012].
- o.A. (o.J.): Virtuelle Führung durch das AKW Zwentendorf. Unter: http://www.zwentendorf.com/Tour_AkwZwentendorf/tour_AKW_Zwentendorf.html, [erstmalig abgerufen am: 29.10.2011].
- o.A. (2010): Zeitreise durch das "erstarrte" AKW Zwentendorf, Video. Unter: http://www.krone.at/Videos/Zeitreise_durch_das_erstarrte_AKW_Zwentendorf-Reaktor_laedt_ein-Video-202505, [erstmalig abgerufen am 12.04.2012].
- WEISH, Peter (1976): Gefahren der Kernenergie. Pressekonferenz vom 15. Oktober 1976. Unter: http://www.mediathek.at/akustische-chronik//Popups_7/Weish_Gefahr_Kernenergie_AKW-Gegner_Pressekonferenz, [erstmalig abgerufen am: 07.04.2012].

Zeitungen

- MANNER, Melanie (2010): Von der Kernkraft zum Solarforschungszentrum. In: Wirtschaftsblatt vom 16.11.2010, S.13.
- o.A. (2011): Das Atomkraftwerk Zwentendorf. Bau, Proteste, Volksabstimmung. In: Österreich Journal, vom 1. April 2011, S.11.
- o.A. (2011): Alle Parteien gegen Atomkraft. In: Österreich Journal, vom 1. April 2011, S.4.
- ZIRM, Jakob (2011): Das AKW Zwentendorf ist seit 2001 in Betrieb. In: Die Presse vom 15.03.2011, S.1.

OTS- und APA-Archiv

- APA Original Text Service (2012): 1972: Erdbeben zerstört Atomkraftwerk Zwentendorf. APA/OTS-Nr.: 0018 5 CI 0403 GLL0001 KI. 15.04.2012.
- APA Original Text Service (2012): Atomstrom-Check: Immer noch 4 Prozent Atomstrom-Anteil in Österreich. APA/OTS-Nr.: 0060 5 CI 0504 GRP 0001. 10.01.2012.
- APA Original Text Service (2012): Greenpeace und GLOBAL 2000: „Österreich wird atomstromfrei“. APA/OTS-Nr.: 0211 5 CI GLL0003 II. 16.04.2012.
- APA Original Text Service (2009): Online-Umfrage zur Atomenergie. Österreicher fordern Schließung des Atommeilers Temelin. APA/OTS-Nr.: 0209 PSO0001 0382. 15.01.2009.
- APA Original Text Service (2011): Vor 25 Jahren: Super-GAU in Tschernobyl. APA/OTS-Nr.: 0203 5 KI 1216 NRF0004. 07.04.2011.

Interviews in der vorliegenden Arbeit

- KUNZ, Johannes (2012), IP2, B1-688
- RATHKOLB, Oliver (2012), IP1, A1-549.
- STEININGER, Gerhard (2012), IP3, C1-780
- WEISH, Peter (2012), IP4, D1-1835

Sonstiges

- www.ati.ac.at/~kerntech/TRIGA_deutsch.htm
- www.zwentendorf.com
- www.kreisky100.at

Anhang

A Leitfaden

Vorabklärung

1. Der Interviewpartner wird darüber informiert, dass das Gespräch aufgezeichnet und später im Rahmen einer Diplomarbeit verwendet wird.
2. Der Interviewpartner wird über den Gegenstand der Arbeit aufgeklärt
3. Der Interviewpartner wird schließlich über den ungefähren Verlauf des Interviews aufgeklärt, wonach der Interviewer im Sinne des Forschungsinteresses oder zur Konkretisierung Zwischenfragen einwerfen wird und dann unterbricht, wenn interessensferne Themen angesprochen werden.

Leitfragenblock: Gesellschaftspolitische Aspekte

Leitfrage: Was hat in der Gesellschaft dazu beigetragen, dass es letzten Endes zu einem Nein bei der Volksabstimmung gekommen ist?

Richtungsfrage	Unterfragen	Nachfragen
Wie hat Kreisky versucht, die Atomkraft in Österreich zu etablieren? Warum hat sich die Gesellschaft derart gegen das Atomkraftwerk aufgelehnt? Was hat Kreisky in seiner Kommunikation falsch gemacht? Mit welchen Argumenten hat Kreisky versucht Zwentendorf in Österreich durchzusetzen? Inwiefern hat der Wertewandel in der Gesellschaft zum Ergebnis beigetragen?	Welche Hauptkritikpunkte sind allgemein vorgebracht worden? Warum hat er die Entscheidung bei der Abstimmung an den Verbleib im Amt verknüpft? Was hat Kreisky besonders in die Hände gespielt? Warum glauben Sie haben die Betroffenen (=Teilnehmer des Konflikts) das Gefühl gehabt zu wenig informiert worden zu sein? Warum glauben Sie haben die Betroffenen das Gefühl gehabt zu wenig am politischen Geschehen partizipieren zu können?	Ungeklärte Atommüllfrage? Unzufriedenheit mit Politik? Hat er das bewusst oder in einer Kurzschlussreaktion gemacht? Ölkrise?

Warum hat sich Kreisky letzten Endes bei der Volksabstimmung nicht durchsetzen können?	Was hat die ablehnende Haltung bei der Teilen der SPÖ dazu beigetragen? Was hat die Haltung der ÖVP/FPÖ dazu beigetragen?	
--	--	--

Leitfragenblock: Medienpolitische Aspekte Leitfrage: Was hat in den Medien dazu beigetragen, dass es letzten Endes zu einem Nein bei der Volksabstimmung gekommen ist?		
Richtungsfrage	Unterfragen	Nachfragen
Welche Fehler hat Kreisky hinsichtlich der Kommunikation gemacht?		
Wie ist Kreisky mit den Medien umgegangen? Welche Maßnahmen hat Kreisky in Sachen Zwentendorf gegenüber den Medien ergriffen?	Wie hat Kreisky auf Kritik der Medien reagiert? Hat es Pressekonferenzen oder Infomaterial gegeben? Hatte Kreisky in der Atomfrage persönlichen Kontakt zu Journalisten und Inhabern?	Ist er offensiv vorgegangen? (Beispiel) Zu wem?
Wie sind die Medien mit dem Thema Zwentendorf umgegangen?		
Welche Medienstrukturen und Entwicklungen im Medienbereich haben zum Nein bei der Volksabstimmung geführt?		
Wie hat Kreisky seine Niederlage kommuniziert?	Wie hat er sich den Medien gegenüber gezeigt?	

B Transkription

Im folgenden Teil des Anhangs finden sich alle Transkriptionen.

K: Kommunikator

IP: Interviewperson

Interviewkennung

IP1: Oliver Ratkolb (Interview A)

IP2: Johannes Kunz (Interview B)

IP3: Gerhard Steininger (Interview C)

IP4: Peter Weish (Interview D)

1 K: Wie hat Kreisky denn grundsätzlich einmal
2 versucht die Atomkraft in Österreich zu
3 etablieren? Was hat er denn da aus Ihrer Sicht
4 gemacht?
5
6 IP1: Also Kreisky ist sehr typisch für die
7 Nachgeneration. Auf der einen Seite ein
8 vehementer Gegner des militärischen, atomaren
9 Bedrohungspotentials. Hat sich also auch in
10 Österreich eine Zeit lang da auf der gleichen
11 Ebene wie Hans Diering bewegt, also Richtung
12 Abrüstung von Atomwaffen in Europa und
13 global. Im Bereich der friedlichen Nutzung der
14 Atomenergie ist er schon Ende der 50er und in
15 den 60er Jahren auch als Außenminister durchaus
16 aufgeschlossen. Man darf auch nicht vergessen,
17 dass er damals Staatssekretär war, wie die
18 internationale Atomenergieorganisation in Wien
19 etabliert wurde und auch Seibersdorf. Also es gab
20 sozusagen so einen breiten Diskurs: militärische
21 Anwendung nein, Abrüstung, friedliche Nutzung
22 ja. Das wird auch sehr stark von den USA
23 propagiert und Kreisky ist in dieser Phase in den
24 späten 50er und 1960er Jahren da sehr Pro-
25 amerikanisch unterwegs. Er übernimmt da als
26 Bundeskanzler auch ohne Wenn und Aber die
27 Vorarbeiten der ÖVP-Alleinregierung Klaus,
28 bringt das auch 1972 ins Parlament mit dem -
29 wenn ich das richtig in Erinnerung habe -
30 Strahlenschutzgesetz, und alles schaut sozusagen
31 Richtung Implantierung aus. Dann beginnt etwas,
32 was teilweise eine Reaktion auf erste öffentliche
33 Kritik ist. Wobei Kreisky da stärker motiviert
34 wird etwas zögerlich zu sein, trotz einer weiterhin
35 positiven Einstellung zum Kraftwerk und zur
36 friedlichen Nutzung in Österreich. Nämlich die
37 Erfahrung Olaf Palmes in Schweden, der Wahlen
38 in Schweden mit diesem Thema verloren hat. Das
39 ist für mich die in der Literatur kaum
40 berücksichtigte zentrale Referenzfläche für
41 Kreisky. Also Kreisky ist immer noch - würde
42 ich sagen - bis Tschernobyl absoluter
43 Befürworter der friedlichen Nutzung der
44 Atomenergie und auch des Kraftwerks
45 Zwentendorf, sieht das aber zum Unterschied von
46 der Gewerkschaft von Anton Benya, von vielen
47 SPÖ-Entscheidungsträgern aber auch ÖVP-
48 Politikern, auch immer als demokratiepolitische
49 Frage. Er merkt zunehmend, dass etwas in der
50 Gesellschaft passiert. So würde ich das mal als
51 Ausgangslage beschreiben.
52
53 K: Warum hat sich denn die Gesellschaft auf der
54 anderen Seite derart gegen das Atomkraftwerk
55 auf der einen Seite und gegen die Atomkraft auf
56 der anderen Seite in Österreich aufgelehnt?
57
58 IP1: Also ich glaub es ist, wenn man so will,
59 auch ein Stellvertreterkonflikt. Es ist eine
60 jüngere Generation, die die noch immer
61 vorhandenen autoritären Zwänge die es gibt, die
62 so Anfang der 70er Jahre verzögert in Österreich
63 langsam aufbrechen, kritisiert. Also eine Behörde
64 mehr oder weniger entscheidet und alles wird
65 durchgezogen ohne Wenn und Aber. Wenn man
66 so will, ein demokratiepolitischer Konflikt. Da

67 gehts meiner Meinung nach nicht immer primär
68 um die Atomkraft, mögliche Folgen,
69 Endlagerung, ein Reaktorunfall etc., sondern da
70 gehts auch darum, sich gegen einmal die
71 behördlich politische Entscheidung aufzulehnen.
72 Es ist ja auch im politischen Spektrum sehr breit
73 gefächert in viele Einzelinitiativen, die dann
74 bisschen auch mediale Unterstützung bekommen.
75 Meiner Meinung nach ist eben das zentrale
76 Element, dass einige Medien, vor allem dann die
77 Kronen Zeitung, dieses Thema wirklich
78 aufgreifen und hier eine ganz wichtige Agenda-
79 Setting-Funktion übernehmen. Also das ist glaub
80 ich der zentrale Punkt. Um vielleicht eine Frage
81 vorab zu beantworten. Aus meiner Sicht, die
82 knappe Entscheidung gegen das Atomkraftwerk
83 hängt mit - meiner Meinung nach - der Tatsache
84 zusammen, über alle Umfragen vorher und
85 Überlegungen, wie gehen die Wahlen aus,
86 analysiert merkt man, dass das entscheidende
87 Element ist, dass sich Kreisky immer mehr in die
88 Debatte einmischt, auch kurz vor der
89 Volksabstimmung in den Raum stellt, dass er
90 unter Umständen sogar zurücktreten würde.
91 Offensichtlich auch sehr stark getrieben von der
92 Gewerkschaft. Und dann sozusagen damit den
93 Trend den es schon gibt, nämlich von der ÖVP
94 sich von diesem Thema dass sie selber als richtig
95 einschätzt, dass sie immer mitunterstützt hat, zu
96 verabschieden und einfach gegen den Kreisky zu
97 stimmen und das ist i. schon letzten Endes dann
98 Parteilinie gewesen, weil die ÖVP nicht mehr
99 bereit war das Thema mitzutragen. Und ich
100 glaube dass diese knappe Mehrheit sind ÖVP-
101 Wählerinnen und Wähler, die dem Kreisky
102 einmal eines auswischen wollen, und da gehts
103 nicht so sehr um die Atomkraft oder überhaupt
104 nicht um die Atomkraft, sondern eine Opposition
105 gegen den Kanzler.
106
107 K: Wo wir schon bei diesem Thema sind, warum
108 hat er überhaupt diese Entscheidung bei der
109 Abstimmung an den Verbleib im Amt verknüpft.
110 Hat er das bewusst gemacht oder ist das eher als
111 Kurzschlussreaktion zu betrachten?
112
113 IP1: Man hat das bisher nicht wirklich
114 rekonstruieren können. Ich glaube es hängt
115 einfach mit der innerparteilichen politischen
116 Debatte zusammen. Da gab es auch immer
117 wieder Kritik, dass er sich zu wenig hinter das
118 Projekt stellt. Und dann er eher so aus dem
119 Bauch heraus oder sehr geschickt und vorsichtig
120 das noch einmal formuliert. Man merkt auch, also
121 wenn man sich Fernsehaufnahmen anschaut, wie
122 er mit Demonstranten umgeht, dass er da also
123 ziemlich emotionalisiert und grantig ist. Weil er
124 erstens auf der einen Seite überzeugt ist, dass das
125 eine richtige Entscheidung ist, aber aus dem
126 Bauch heraus merkt, dass ähnlich wie in
127 Schweden etwas passiert, dass er unter
128 Umständen dann nicht kontrollieren kann und das
129 ihn dann politisch bei den nächsten Wahlen
130 schaden könnte. Das ist auch der Hauptgrund,
131 warum er ohne Wenn und Aber dann das
132 Ergebnis akzeptiert hat und damit aber ein

133 demokratiepolitisches Signal gesetzt hat und
134 dann den größten Wahlerfolg seiner Karriere
135 eingestreift hat.

136
137 *K: Jetzt haben Sie es schon angesprochen:*
138 *Kreisky war gegenüber den Demonstranten sehr*
139 *emotional. Was hat Kreisky denn in seiner*
140 *Kommunikation in dieser Frage grundsätzlich*
141 *falsch gemacht aus Ihrer Sicht - abseits davon,*
142 *dass er jetzt emotional war?*

143
144 IP1: Ich glaube, dass das Grundproblem war,
145 dass es ihm nicht gelungen ist letzten Endes die
146 Sozialpartnerschaft an Bord zu holen und das
147 auch entsprechend zu kommunizieren. Er hätte
148 müssen die ÖVP stärker in die Pflicht nehmen
149 und das ist ihm nicht gelungen, ich glaube das ist
150 das Hauptproblem. Umso mehr wurde dann die
151 ganze Frage gedreht und plötzlich war es nur
152 mehr eine SPÖ-Frage und das stimmt einfach
153 nicht. Also das ist glaube ich das Hauptproblem
154 gewesen. Und so entwickelt sich dann auch seine
155 Kommunikationspolitik. Man darf nicht
156 vergessen, das ist in dieser Zeit nicht so stark
157 geplant. Da würde ich sagen, sind noch viele
158 weniger Akteure... also so Offensivbefürworter
159 wie der Heinz Kinzel haben meiner Meinung
160 nach größeren Schaden angerichtet für die Sache
161 selbst, also die Negativaktivitäten der
162 Atomkraftgegner, weil die ziemlich massiv und
163 auch bestimmend versucht haben aufzutreten und
164 damit wieder ein Stück Opposition hervorgerufen
165 habe.

166
167 *K: Sie haben gesagt, die Gegner haben versucht*
168 *bestimmt aufzutreten in dieser Sache. Vielleicht*
169 *können wir noch einmal zusammenfassen, welche*
170 *Hauptkritikpunkte sind da allgemein jetzt von den*
171 *Gegnern vorgebracht worden? War es jetzt auf*
172 *der einen Seite eher in Richtung, wir wollen diese*
173 *Atomkraft nicht, weil es ist gefährlich und wir*
174 *wissen nicht wohin mit dem Atommüll? Oder war*
175 *es eher auf der anderen Seite eine grundsätzliche*
176 *Unzufriedenheit mit der Politik oder war es*
177 *vielleicht beides?*

178
179 IP1: Na es ist eine Mischung, man kann sich es
180 nicht auseinander klauen. Also ich glaube, bei
181 den aktiven Atomkraftwerksgegnern ist es
182 beides, mit Priorität keine Lösung für die
183 Endlagerungsgefahr. Und dann kommt eben
184 dieses spezifische, auch parteipolitische
185 Argument, vor allem in den letzten Monaten
186 dazu, bei ÖVP-Wählern. Da geht es dann nur
187 mehr gegen die Kreisky-Regierung und die SPÖ
188 und überhaupt nicht um das Kraftwerk. So würde
189 ich die beiden Fraktionen, die ja sehr inhomogen
190 sind, kurz zusammenfassen.

191
192 *K: Mit welchen Argumenten hat jetzt Kreisky*
193 *grundsätzlich versucht, Zwentendorf in*
194 *Österreich durchzusetzen?*

195
196 Dass die Wissenschaft eine eindeutige Meinung
197 hat. Also er hat alle möglichen Kaliber nach
198 Wien geholt. Auch seinen alten Freund, den

199 damaligen Ferndirektor, dessen Namen jetzt mir
200 natürlich,... den Viktor Weißkopf, also er hat
201 sozusagen die wissenschaftliche Position der Zeit
202 im Mainstream nach vor geschoben und das war
203 für ihn das zentrale Argument. Und dann
204 natürlich wirtschaftliche Notwendigkeiten. Man
205 darf nicht vergessen, die Diskussion findet – was
206 auch immer ausgeblendet wird – nach der ersten
207 Erdölpreiskrise statt.

208
209 *K: Alles klar, inwiefern hat der der Wertewandel*
210 *in der Gesellschaft zum Ergebnis jetzt*
211 *beigetragen, denn es hat sich...*

212
213 IP1: Sicherlich am Rande... ja... vor allem was
214 die Atomkraftwerkgegner betrifft. Also wenn
215 man so will, es ist ein Nachholen. Man merkt das
216 ja auch bei anderen Aktivitäten wie Arena-
217 Besetzung etc. Also die 68er Jahre werden in
218 Österreich verteilt auf unterschiedliche
219 Themenfelder und in anderer Form vielleicht
220 sogar breiter als in der BRD und in Frankreich
221 nachgeholt, aber erst in der ersten Hälfte der 70er
222 Jahre.

223
224 *K: Warum haben jetzt die Betroffenen glauben*
225 *Sie das Gefühl gehabt, zu wenig an diesem*
226 *politischen Geschehen partizipieren zu können?*

227
228 Naja, es hängt einfach, wenn man sich da den
229 Entscheidungsprozess anschaut, sowohl im
230 Parlament als auch dann auf Ebene der
231 zuständigen Bürokratie damit ab, dass es also
232 kaum etwas gegeben hat wie heute, dass man die
233 Öffentlichkeit ausführlich informiert hat etc. Das
234 war alles im Nachziehverfahren und ziemlich
235 spät und auch diese öffentliche Debatte Pro
236 Argumente Negativdebatte, wie es dann auch
237 teilweise im ORF gegeben hat ja, die ist auch
238 ziemlich daneben gegangen, weil es einfach
239 immer nur eine reaktive Politik gewesen ist, hier
240 einen öffentlichen Diskurs zu führen.

241
242 *K: Vielleicht können wir noch einmal kurz*
243 *zusammenfassen, warum sich Kreisky letzten*
244 *Endes bei der Volksabstimmung nicht*
245 *durchsetzen hat können. hat es da einen*
246 *bestimmten Punkt gegeben, wo sie sagen, das*
247 *muss man zentral herausgreifen.*

248
249 IP1: Na der zentrale Punkt ist diese Möglichkeit
250 in den Raum zu stellen zurückzutreten, Das hat
251 einfach ziemliches ÖVP-Potential dazu gebracht
252 gegen das Kraftwerk zu stimmen, obwohl man
253 eigentlich gegen Kreisky gestimmt hat.

254
255 [SCHNITT]³⁶²

256
257 IP1: Also meiner Meinung nach der wichtigste
258 Punkt ist die Tatsache, dass Kreisky vor allem

³⁶² Das Interview hat aus Zeitgründen an einem anderen Tag fortgesetzt werden müssen. Dieselbe Frage ist zu Beginn des 2. Interviewtermins wiederholt worden.

259 auf Druck der Gewerkschaftsbewegung und des
 260 Präsidenten Benyas sich in der Endphase
 261 persönlich in die Debatte geworfen hat, und in
 262 einer Erklärung durchblicken hat lassen, wenn
 263 die Abstimmung nicht für die Inbetriebnahme
 264 von Zwentendorf ausgeht, dann könnte er auch
 265 die Konsequenzen ziehen. Er hat das sehr
 266 geschickt formuliert. Also jeder konnte das
 267 heraushören, was er wollte. Und viele ÖVP-
 268 Wählerinnen und Wähler haben gemeint, also,
 269 wenn das mit einer Niederlage für die
 270 Regierungsvorlage endet, dann wird Kreisky
 271 zurücktreten. Bekanntlich war das nicht der Fall,
 272 aber es hat meiner Meinung nach ein zusätzliches
 273 Mobilisierungspotential gegeben aus ÖVP-
 274 Wähler und Wählerinnen, und zwar aus Gruppen,
 275 die normalerweise bei einer - wenn man so will -
 276 parteipolitisch neutralen Gemengelage für das
 277 Kraftwerk und für die Inbetriebnahme gestimmt
 278 hätten.
 279
 280 *K: Was hat jetzt die Haltung der ÖVP und der*
 281 *FPÖ dazu beigetragen, dass die*
 282 *Volksabstimmung... also dass das Kraftwerk*
 283 *abgelehnt worden ist?*
 284
 285 IP1: Ja, also meiner Meinung... die FPÖ spielt in
 286 der Zeit also überhaupt keine Rolle, ist also eine
 287 Marginalität, eine Clichable. Die ÖVP hat am
 288 Anfang dieses Projekt mitgetragen. Es ist ja auch
 289 in der Regierung Klaus auf Schiene gesetzt
 290 worden, Niederösterreich, der Landeshauptmann
 291 Maurer war da auch sehr aktiv da hinterher. Im
 292 Zuge der Debatte, als die ÖVP dann in den 70ern
 293 gemerkt hat, dass es da eine Opposition gegen
 294 Kreisky gibt, hat man meiner Meinung nach dann
 295 den parteipolitischen Fehler gemacht
 296 Grundpositionen aufzugeben. Weil
 297 wirtschaftspolitisch war die ÖVP für die
 298 Inbetriebnahme, für den Kraftwerksbau, und
 299 wollte einfach parteipolitisches Kleingeld
 300 kassieren und hat sich kräftig verspekuliert. Man
 301 sieht ja das, nach dieser knapp verlorenen
 302 Volksabstimmung fährt Kreisky seinen größten
 303 Wahlerfolg ein und überhaupt den größten
 304 Wahlerfolg den je eine Partei und ein Kanzler in
 305 Österreich erzielt haben. Also, hoch gepokert und
 306 alles verloren.
 307
 308 *K: Was hat denn die Haltung bei Teilen der SPÖ*
 309 *dazu beigetragen, denn auch in der SPÖ hats ja*
 310 *Kritiker gegeben?*
 311
 312 IP1: Ja, es gab Kritiker, vor allem in der
 313 Jugendbewegung, auch bei einigen Querdenkern,
 314 aber letzten Endes hat das in der doch noch sehr
 315 autoritär ausgerichteten Entscheidungsstruktur
 316 der SPÖ kaum eine Rolle gespielt. Also ich
 317 glaube, was sicherlich auch dieses Ergebnis
 318 mitgetragen hat, ist eine Unruhe bei Jungwählern,
 319 Jungwählerinnen. Also auch da gab es dann doch
 320 eine Reihe von Zustimmungserklärungen, also
 321 gegen die Inbetriebnahme. Aber an sich war der
 322 innerparteiliche Diskurs sehr klar auf Linie, bis
 323 auf einige Jugendorganisationen und
 324 Funktionäre, aber sonst würd ich sagen hat diese

325 innerparteiliche Debatte nicht wirklich eine Rolle
 326 gespielt, und hat auch den Entscheidungsprozess
 327 also auf Ebene der Regierung Kreisky,
 328 Gewerkschaft, nicht beeinflusst. Die einzige und
 329 große Sorge Kreiskys war nicht die
 330 innerparteiliche Debatte, sondern war die
 331 Reaktion der Wähler und Wählerinnen.
 332
 333 *K: Wir sind jetzt beim Frageblock zwei. Da gehts*
 334 *jetzt um die medienpolitischen Hintergründe. Wie*
 335 *ist denn Kreisky jetzt mit den Medien*
 336 *umgegangen in dieser Sache?*
 337
 338 IP1: Also, ich hab mir vor kurzem wieder einige
 339 Fernsehaufnahmen angesehen, wo er mit
 340 Demonstranten spricht im Kanzleramt etc, und da
 341 merkt man also dass er viel zu emotional,
 342 teilweise auch zu aggressiv, agiert, ja. Also ich
 343 muss sagen, dass er im Vergleich zu anderen
 344 Debatte stark emotionalisiert ist. Bisschen
 345 vergleichbar mit Kreisky-Peter-Wiesenthal-
 346 Diskussion. Aber entscheidend ist glaube ich
 347 nicht so sehr die Diskussionen im Fernsehen, es
 348 gab ja auch sozusagen alle möglichen
 349 Überlegungen, Pro und Contra Argumente
 350 irgendwie zu verregeln, aber das ist eigentlich
 351 auch schief gegangen. Was damals sicher wichtig
 352 war, war zum ersten Mal, dass die Krone wirklich
 353 begonnen hat ein Campaigning in die Landschaft
 354 zu setzen. Und das war glaub ich auch ein
 355 wichtiger Kristallisationspunkt um bestimmte
 356 Wählersegmente, die normalerweise gar nicht zur
 357 Volksabstimmung gegangen wären oder nicht
 358 gegen das Kraftwerk gestimmt hätten, dann zu
 359 organisieren. Also meiner Meinung nach waren
 360 nicht die Fernsehauftritte und Debatten
 361 entscheidend, sondern sicherlich zu diesem
 362 Zeitpunkt zum ersten Mal die Kronen-Zeitung.
 363
 364 *K: Die Kronen-Zeitung hat ja Kritik gegenüber*
 365 *dem AKW geäußert. Wie ist jetzt Kreisky mit*
 366 *dieser Kritik in den Medien umgegangen, ihrer*
 367 *Meinung nach?*
 368
 369 IP1: Ja Kreisky hat eine Zeit lang eben versucht
 370 das zu rationalisieren. Also er hat immer wieder
 371 Expertenmeinungen zitiert, es gab auch
 372 Konferenzen mit Experten, ein sehr alter
 373 Jugendfreund aus der Sozialdemokratischen
 374 Jugendbewegung Weißkopf, der ein auch ein sehr
 375 renommierter Wissenschaftler und Direktor von
 376 CERN war, als Physiker, wurde hier aufgeboten.
 377 Also er hat da auf der einen Seite immer versucht
 378 wissenschaftliche Meinungen in den Raum zu
 379 stellen, hat aber dann meiner Meinung nach den
 380 Fehler begonnen, dass er zum Beispiel in der
 381 Frage der Endlagerung dann plötzlich selbst mit
 382 Initiativen und Vorschlägen gekommen ist.. also
 383 hat die Initiative ergriffen und da gabs dann
 384 natürlich also teilweise ziemlich skurille
 385 Debatten mit Waldviertel ja/nein und ein hin und
 386 her. Also man merkt, auf der einen Seite wollte
 387 der den Diskurs verregeln und die Wissenschaft
 388 in die Auslage stellen. Auf der anderen Seite hat
 389 er immer wieder, so wie in einer Art
 390 Feuerwehraktion, eingegriffen und das hat seiner

391 Sache sicherlich nicht genützt, weil er damit auch
 392 die medienpolitischen Linien ständig gewechselt
 393 hat.
 394
 395 *K Wie sind jetzt die Medien mit dem Thema*
 396 *Zwentendorf an sich umgegangen, vielleicht*
 397 *wenn wir das aus einer Gesamtheit betrachten?*
 398
 399 IP1: Naja, also insgesamt würde ich sagen, gab es
 400 vor allem in der Ausgangslage schon eine klare
 401 Befürwortung. Man hat nur dann gemerkt, dass
 402 also vor allem meiner Meinung nach - aber das
 403 müsste man sich genauer anschauen, das hab ich
 404 jetzt nicht so im Kopf - die Endlagerungsdebatte
 405 immer mehr ins Zentrum gestellt hat. Also die
 406 Medien würde ich sagen haben am Anfang eher
 407 das Projekt unterstützt, haben aber dann
 408 zunehmend eigentlich auch diese Differenzen mit
 409 der ÖVP rahportiert und damit eigentlich diesen
 410 festen Knoten Zwentendorf dadurch aufgemacht.
 411 Und zwar manche Medien nicht so sehr wie die
 412 Kronenzeitung aus Eigeninitiative, sondern weil
 413 sie ständig auch andere Meinungen teilweise
 414 unkommentiert präsentiert haben und damit
 415 sozusagen die Entscheidungsfindung bei Wählern
 416 und Wählerinnen wieder offen gelassen haben.
 417 Also ich würde sagen, dass bevor die
 418 Mediendebatte beginnt, gibt es sozusagen eine
 419 akzeptierte Meinung überall in Europa, und
 420 international gibt es Atomkraftwerke, neuester
 421 Stand der Technik, wir brauchen das, Wachstum
 422 etc., Wirtschaftskrise nach der
 423 Erdölpreiserhöhung usw. Und das beginnt dann
 424 zu kippen und hängt meiner Meinung nach
 425 einfach auch mit der Tatsache zusammen, dass
 426 die ÖVP hier nicht auf Regierungslinie mehr
 427 mitmachen wollte, sondern immer wieder
 428 Bedingungen gestellt hat und zurückgegangen ist,
 429 relativiert hat und damit sozusagen diesen
 430 sozialpartnerschaftlichen Konsens aufgeschnürt
 431 hat. Man darf nicht vergessen, die
 432 Sozialpartnerschaft ist in den 70er Jahren am
 433 Höhepunkt und das spiegelt sich auch dann in der
 434 Medienlandschaft wieder.
 435
 436 *K: Vorvorletzte Frage, eine relativ spezialisierte.*
 437 *Gibt es ihrer Meinung nach gewisse*
 438 *Medienstrukturen und Entwicklungen im*
 439 *Medienbereich zur damaligen Zeit, wo man*
 440 *sagen kann, die haben zum Nein bei der*
 441 *Volksabstimmung geführt.*
 442
 443 IP1: Also ehrlich gesagt nein, das sehe ich nicht.
 444 Das Fernsehen hat nicht wirklich irgendeinen
 445 Schub in der Richtung gemacht. Also, wenn man
 446 sich heute die Form der Berichterstattung im
 447 Fernsehen anschaut, steht noch Anfang der 70er
 448 Jahre. Da ist nicht wirklich eine Sattelzeit
 449 erkennbar. Auch in den Printmedien sehe ich das
 450 eigentlich nicht. Also ich würde jetzt sozusagen
 451 so als erste wirklich nicht recherchierte These
 452 meinen, dass da Medienstrukturänderungen nicht
 453 wirklich eine Rolle spielen. Die Krone ist schon
 454 Anfang der 70er Jahre ein sehr erfolgreiches
 455 Boulevardmedium. Das was sich vielleicht ändert
 456 ist, dass die Krone sehr stark beginnt so eine Art

457 Campaigning mitzufahren, aber sonst würde ich
 458 meinen, dass sich da keine wirkliche Änderung
 459 im Hintergrund als Erklärungsmodell aufzut.
 460
 461 *K Also auch keine Entwicklung von Profil,*
 462 *Redaktionsstatuen usw...?*
 463
 464 IP1: Nein, sehe ich nicht. Weil, man darf nicht
 465 vergessen, bei aller Wertschätzung des Profils,
 466 aber das spielt trotz der Berichterstattung nur für
 467 eine kleine Elitengruppe eine Rolle, wenn Sie
 468 sich auch die Auflage ins Augen nehmen. Also
 469 ich glaube nach wie vor, entscheidend auch in der
 470 Mediendebatte ist, dass die ÖVP versucht hat
 471 hier Kreisky eins auszuwischen und damit
 472 sozusagen den gesamten Mediendiskurs
 473 aufgeschnürt hat. Und eben auch zunehmend
 474 immer dadurch auch kritische Stimmen
 475 zugelassen wurden. Also das Profil ist meiner
 476 Meinung nach nur das Sprachrohr einer kleinen
 477 dünnen Elite, die die knappe Mehrheit aber nicht
 478 erklärt.
 479
 480 *K: Vorletzte Frage quasi. Wie hat Kreisky jetzt*
 481 *seine Niederlage kommuniziert, der Öffentlichkeit*
 482 *gegenüber?*
 483
 484 IP1: Also da muss ich sagen, war er wieder ein
 485 wirklicher Medienprofi. Er hat das sozusagen
 486 knurrend, aber ohne wenn und aber zur Kenntnis
 487 genommen. Hat das wieder sehr stark auch
 488 demokratiepolitisch umkodiert, also zusage: das
 489 ist jetzt eine Entscheidung, wird akzeptiert. Man
 490 darf nicht vergessen: Kreisky war sich bewusst,
 491 dass Wahlen ins Haus stehen. Kreisky war sich
 492 bewusst, er musste auch wieder Frauenstimmen,
 493 die Stimmen der Jungen gewinnen, um eine
 494 Absolute Mehrheit zu bekommen, und hat also
 495 gegen seine persönliche Einstellung, also er war
 496 wirklich davon überzeugt, dass das eine wichtige,
 497 vernünftige Entscheidung war, Zwentendorf nicht
 498 nur zu bauen, sondern auch aufzusperren und in
 499 Betrieb zu nehmen,... das hat einfach dann
 500 akzeptiert. Und ich glaube nur das erklärt auch
 501 den Wahlerfolg 79. Ja, es waren sehr viele
 502 überrascht, dass da nicht irgendwelche Tricks etc
 503 hier kommen oder die Sache mal offen gelassen
 504 wird, sondern dass Kreisky nach außen hin sehr
 505 klar signalisiert hat, also das Thema ist für ihn
 506 gelaufen. Intern darf man aber nicht vergessen,
 507 dass viele also versucht haben einmal die
 508 Geschichte abkühlen zu lassen und noch in den
 509 80er Jahren, vor allem auch noch 1983 um
 510 Hainburg gibt es durchaus ernstzunehmende
 511 Überlegungen doch noch Zwentendorf
 512 irgendwann in Betrieb zu nehmen. Aber Kreisky
 513 kommuniziert das demokratiepolitisch, eine
 514 knappe aber eine Entscheidung, Punkt, und... holt
 515 sich damit sozusagen noch einmal jene Stimmen,
 516 die dann die stärkste Absolute Mehrheit zustande
 517 gebracht haben in der Geschichte...
 518
 519 [ENDE INTERVIEW IP1]

1 *K: Wie hat ihrer Meinung nach der Herr Dr.*
2 *Kreisky damals versucht die Atomkraft*
3 *allgemein in Österreich – ja, ich sage mal – zu*
4 *etablieren.*
5
6 IP2: Ja man muss vorausschicken, der
7 Beschluss Zwentendorf zu bauen geht zurück
8 auf die ÖVP-Alleinregierung unter dem
9 Bundeskanzler Klaus. 70 war dann der
10 Regierungswechsel zu Kreisky, SPÖ-
11 Alleinregierung. Und Kreisky hat das Projekt
12 weiter verfolgt. Je näher die Inbetriebnahme
13 von Zwentendorf kam, desto stärker hat sich
14 artikuliert, in ganz Europa aber auch in
15 Österreich, die Anti-Atombewegung, die in den
16 60er Jahren an sich ja noch überhaupt keine
17 Rolle gespielt hat. Kreisky selbst stand unter
18 dem Einfluss dieser Anti-Atombewegung
19 Zwentendorf ambivalent gegenüber, das heißt
20 er war in seinem tiefsten Inneren nicht zu 100
21 Prozent davon überzeugt. Hat dann um den
22 Informationsprozess zu objektivieren entschie-
23 den, dass wir in allen Landeshauptstädten
24 Diskussionen veranstalten, Pro und Contra
25 Zwentendorf, wo also in einer großen Halle
26 drei Exponenten aus der Wissenschaft am
27 Podium saßen, die für Zwentendorf waren und
28 drei Exponenten aus der Wissenschaft, die
29 gegen Zwentendorf waren. Was aber natürlich
30 die Anti Atom Bewegung für sich
31 instrumentalisiert hat, denn die sind dann zu all
32 diesen Diskussionen gegangen, waren im
33 Publikum mehrheitlich vertreten. Und der
34 Voksmund hat natürlich sehr schnell gesagt,
35 wenn von sechs G'studenten unter Anfüh-
36 rungszeichen drei dagegen sind und sagen, das
37 ist gefährlich, dann sind wir vorsichtig. Also
38 das heißt, die Entscheidung Kreiskys diesen
39 Diskussionsprozess zu objektivieren im Sinne
40 von Pro und Contra Diskussionen, hat in
41 Wirklichkeit den Gegnern von Zwentendorf
42 einen propagandistischen Auftrieb gegeben und
43 dieses hat dazu geführt, dass je näher der
44 Abstimmungstag rückte, desto mehr sind die
45 Umfragen, die wir damals wöchentlich
46 bekommen haben, runtergegangen. Also ein
47 paar Monate vorher war es noch, was weiß ich:
48 60 Prozent Ja, 40 Prozent Nein und dann ging
49 es halt runter, 58 zu 42, 56 zu 44, 52 zu 48 –
50 und dann war absehbar, es wird eine
51 hauchdünne Geschichte. Dann sind Vertreter
52 der Gewerkschaften und der SPÖ zu Kreisky
53 gegangen und haben gesagt, also das ist jetzt so
54 knapp, du musst jetzt dein persönliches Prestige
55 in die Waagschale werfen und musst dein
56 Schicksal damit verknüpfen. Was er auch getan
57 hat. Das war aber auch natürlich der Sache, der
58 Inbetriebnahme von Zwentendorf und einer
59 Mehrheitsentscheidung dafür nicht dienlich,
60 weil es gab viele Vertreter der Wirtschaft, die
61 ÖVP-nahe waren oder ÖVP-Mitglieder waren,
62 die waren an sich für Zwentendorf. Aber die
63 haben sich dann gesagt, na bitte, wenn mein
64 Votum für Zwentendorf ein Votum für Kreisky
65 ist, dann gehe ich entweder nicht hin oder ich
66 enthalte mich. Also, die Abstimmung ist dann

67 so ausgegangen wie sie ausgegangen ist: ein
68 ganz knappes Nein, und jetzt ist das
69 Interessante passiert. Es war ja im Jahr darauf
70 eine Nationalratswahl, im Jahr 1979, und bei
71 dieser Nationalratswahl 1979 hat der Kreisky
72 die größte Absolute Mehrheit gewonnen, die er
73 je hatte. Also er hat ja 71 und 75 auch eine
74 Absolute gehabt, aber im Jahre 79 hat er sogar
75 51 Prozent der Stimmen gehabt. Also das war
76 die deutlichste Absolute Mehrheit. Und jetzt
77 kann man die Frage stellen, naja wieso, wenn
78 er eine so schwere Niederlage erlitten hat ein
79 Jahr vorher, wieso dann den größten Wahlsieg
80 nachher? Ganz einfach, weil der Kreisky durch
81 die Tatsache der Volksabstimmung und dass er
82 sofort nachher gesagt hat, wir machen jetzt ein
83 Gesetz, wo wir Atomkraft in Österreich
84 praktisch verbieten, dadurch hat er dieses
85 strittige polarisierende Thema Kernenergie vor
86 der Wahl weggehakt. Die Kernkraftbefürworter
87 konnten ihn wählen sofern sie ihn wählen
88 wollten, weil sie gesagt haben, na gut an sich
89 war ja die Regierung dafür, hat ja ein Ja
90 empfohlen, und die Kernkraftgegner konnten
91 ihn auch wählen, weil sie gesagt haben, ok, wir
92 waren dagegen, er hat die Volksabstimmung
93 ermöglicht, wir haben gewonnen und er hat das
94 sofort anerkannt. Also das heißt: das große
95 politische Talent des Kreisky kam dann nach
96 der Niederlage der Zwentendorf-Volksab-
97 stimmung zum Tragen und hat letztlich dazu
98 geführt, dass er die größte Absolute Mehrheit
99 ein Jahr später gewonnen hat.

100
101 *K: Warum hat die Gesellschaft ihrer Meinung*
102 *nach jetzt so – ich sage jetzt einmal –*
103 *empfindlich auf das Atomkraftwerk reagiert*
104 *und warum hat sich die Gesellschaft derart*
105 *gegen das Atomkraftwerk aufgelehnt?*
106

107 IP2: ...Naja...

108
109 *K: ...Was waren denn Ihrer Meinung nach so*
110 *die zentralen Punkte?*

111
112 IP2: Ich meine, es war damals, das hab ich ja
113 schon gesagt, diese Atom, Anti-
114 Atombewegung im Entstehen. Und Österreich
115 war, wenn man es jetzt historisch betrachtet,
116 wir schreiben ja mittlerweile das Jahr 2012,
117 also es ist, es sind ja einige Jahrzehnte ins
118 Land gezogen, insofern war Österreich ein
119 Vorreiter. Nicht? Also, insofern war die
120 Niederlage des Kreisky politisch vielleicht für
121 Österreich ein Glücksfall.

122
123 *K: Aber warum, ... was waren so Ihrer Meinung*
124 *nach die zentralen Punkte...*

125
126 IP2: ...naja, es sind ja nach wie.. Erstens
127 natürlich gefährlich. Atomkraft war den Leuten
128 unheimlich und wurde als gefährlich
129 angesehen. Und das zweite war, dass die Frage
130 des Endlagers nicht geklärt war und auch nicht
131 geklärt werden konnte in Österreich. Und da
132 haben die Leute gesagt, vor allem die Skeptiker

133 und Kritiker haben gesagt, der Betrieb von
 134 einem Atomkraftwerk ist etwas wahnsinnig
 135 gefährliches und wir können doch nicht etwas
 136 in Betrieb nehmen, wo wir nicht einmal wissen
 137 wo wir dann die Brennstäbe lagern werden.
 138 Und da kann ich Ihnen eine Anekdote erzählen,
 139 ich war dann im Jahre 1978 mit dem Kreisky
 140 auf Staatsbesuch in Moskau. Und wir haben
 141 Verhandlungen gehabt mit dem damaligen
 142 Ministerpräsident Kossygin und da war ein
 143 bisschen small talk und der Kreisky hat gefragt,
 144 na wie machen Sie das? Die haben weiß ich
 145 wie viele Atomkraftwerke gehabt, die Sowjets.
 146 Sagt er, wie machen Sie das? Wo lagern sie die
 147 Brennstäbe? Sagt er, naja, wir lagern die
 148 einfach und reden nicht darüber. Aber das ist
 149 natürlich der Unterschied zwischen einer
 150 Demokratie und einer Diktatur.
 151
 152 *K: Ich schließe jetzt gleich an die Demokratie*
 153 *an...*
 154
 155 *IP2: ...Ja*
 156
 157 *K: Wars vielleicht auch ein bisschen ein*
 158 *Unverständnis der Politik gegenüber, dass es*
 159 *nur repräsentativdemokratisch zugeht in*
 160 *diesem Land, und der Bürger an und für sich*
 161 *nichts zu sagen hat. Wars vielleicht auch ein*
 162 *bisschen eine Unzufriedenheit mit der Politik,*
 163 *dass die Bürger gesagt haben, und jetzt lehnen*
 164 *wir uns erst recht gegen das AKW auf?*
 165
 166 *IP2: Naja, die Idee zur Volksabstimmung war*
 167 *ja, soweit ich mich erinnern kann, eine die der*
 168 *Kreisky hatte, nicht? der Kreisky wollte das,*
 169 *der wollte ein Votum. Also, das war nicht ein*
 170 *Auflehnen gegen die Politik, sondern das hat*
 171 *die Politik selber – man kann auch sagen aus*
 172 *einer Entscheidungsschwäche heraus, weil man*
 173 *gesagt hat, das ist so heikel, und das wollen wir*
 174 *einem Plebiszit unterziehen..*
 175
 176 *K: Aber Kreisky hat das ja sehr spät quasi*
 177 *entschieden, dass das mit Volksabstimmung*
 178 *entschieden wird diese Frage.*
 179
 180 *IP2: Ja, das ist richtig, spät aber doch, nicht?*
 181 *Und dann ist es eben so ausgegangen wie es*
 182 *ausgegangen ist. Aber ich mein, ich bin ja auch*
 183 *gegenüber den jetzt diskutierten Möglichkeiten*
 184 *in Österreich im Jahr 2012... [Abschwei-*
 185 *fungen]. Aber dass man über alles und jeden*
 186 *abstimmen muss, nur weil die Politik zu feig*
 187 *zum Entscheiden ist, das halte ich nicht*
 188 *wirklich für sinnvoll.*
 189
 190 *K: Was hat denn Kreisky ihrer Meinung nach*
 191 *in seiner Kommunikation den Bürgern*
 192 *gegenüber, den Medien gegenüber, in dieser*
 193 *Sache falsch gemacht?*
 194
 195 *IP2: Er hat im Sinne der Absicht der*
 196 *Regierung, dass man ein Ja haben wollte, hat er*
 197 *viel falsch gemacht, weil er natürlich durch*
 198 *diese Pro- und Contradiskussionen, die auf*

199 seine Initiative zurück gingen, den Atomgegner
 200 einen überproportionalen Platz in der öffent-
 201 lichen Diskussion eingeräumt hat. Weil nor-
 202 malerweise wenn eine Regierung etwas will
 203 macht sie eine Prokampagne, offensiv.. und das
 204 hat er nicht getan. Das war kurzfristig ein
 205 Fehler, weil es kam eben dann nicht zum Ja. Es
 206 war aber historisch wahrscheinlich richtig.
 207 Eines seiner vielen Begabungen war, dass er
 208 eine ungeheure Sensibilität für gesellschaftliche
 209 Strömungen gehabt hat. Er hat Dinge früher
 210 erkannt als andere. Und er hat eben erkannt,
 211 dass sich hier etwas aufbaut, eine Anti-
 212 Atombewegung, mittlerweile wissen wir, dass
 213 die ja sehr massiv geworden ist und jetzt sogar
 214 in Deutschland dazu geführt hat, dass man die
 215 Kernkraftwerke abschalten wird. Also er hat
 216 das sehr früh erkannt und insofern war die
 217 taktische Niederlage, die er erlitten hat,
 218 möglicherweise ein historischer Sieg für
 219 Österreich.
 220
 221 *K: Ihrer Meinung nach, mit welchen Argu-*
 222 *menten hat Kreisky jetzt versucht, Zwentendorf*
 223 *an sich, nur das Atomkraftwerk betreffend,*
 224 *durchzusetzen? Was waren da seine zentralen*
 225 *Punkte, die er in dieser Pro-Kampagne...*
 226
 227 *IP2: Naja, die Prokampagne war ja sehr*
 228 *halbherzig. Das war eben nicht eine offensive*
 229 *Prokampagne, sondern Zwentendorf, der*
 230 *Baubeschluss ging auf die ÖVP-Alleinre-*
 231 *gierung zurück. Und als die SPÖ an die*
 232 *Regierung kam, war das ja im Gange, der*
 233 *Prozess, längst... also, der konnte auch nicht*
 234 *gestoppt werden. Und dann eben kam dieser*
 235 *Meinungsbildungs- und Diskussionsprozess,*
 236 *der zu einer immer stärkeren Betonung der*
 237 *Gegenargumente in der öffentliche Diskussion*
 238 *geführt hat. Also man kann dem Kreisky nicht*
 239 *nachsagen, dass er besonders offensiv für die*
 240 *Inbetriebnahme von Zwentendorf gekämpft*
 241 *hätte.*
 242
 243 *K: Aber die Argumente an sich, die er jetzt*
 244 *vorgebracht hat den Medien gegenüber... oder*
 245 *sagen wir so, was hätte er denn auf die Frage*
 246 *geantwortet, warum Österreich dieses Atom-*
 247 *kraftwerk braucht?*
 248
 249 *IP2: Ja das waren halt die Argumente, die man*
 250 *damals gebraucht hat seitens der Befürworter.*
 251 *Das war erstens, in ganz Europa wird die*
 252 *Kernkraft verwendet. Wenn man eigene Kern-*
 253 *kraftwerke hat, verringert man die Abhängig-*
 254 *keit vom Ausland in der Energieversorgung.*
 255 *Kernkraft ist eine saubere Energie, war das*
 256 *berühmte Argument immer. Zum Unterschied*
 257 *von Kohlekraftwerken und allmählichen*
 258 *anderen Formen der Energiegewinnung. Kern-*
 259 *kraft ist auch eine vergleichsweise wirtschaft-*
 260 *lich günstige Energie. Das waren die Argumen-*
 261 *te, die ja die Befürworter bis heute anführen.*
 262 *Aber das im Bauch bei den Menschen, die*
 263 *Gegenargumente, die Unsicherheit, ist das*
 264 *sicher oder ist das gefährlich und setzen wir*

265 uns da einer großen Gefahr aus.. das wurde
 266 immer stärker!
 267
 268 *K: Hat da Kreisky ihrer Meinung nach die*
 269 *Entwicklung ein bisschen in die Hände*
 270 *gespielt? Stichwort: Ölkrise?*
 271
 272 IP2: Ja natürlich. Die Ölkrise war ja 74 und es
 273 gab ja vieles was für Zwentendorf gesprochen
 274 hat. Aber eben diese aufkommende Anti-
 275 Atombewegung hat sich sehr stark artikuliert
 276 und durch Kreiskys Hang dieses Informations-
 277 verfahren zu objektivieren in dem er Pro- und
 278 Contradiskussionen zugelassen hat, haben die
 279 eine überproportionale Bedeutung in der
 280 veröffentlichten Meinung bekommen, diese
 281 Anti-Atominitiativen, und das war dann letztlich
 282 ausschlaggebend.
 283
 284 *K: Inwiefern hat denn der Wertewandel in der*
 285 *Gesellschaft ahm zu diesem Ergebnis*
 286 *beigetragen?*
 287
 288 IP2: Naja...
 289
 290 *K: ...glauben Sie, dass da irgendwie,*
 291 *Stichwort: verstärkte Umweltbewegung und so*
 292 *weiter..*
 293
 294 IP2: Ja natürlich, keine Frage, keine Frage. In
 295 den siebziger Jahre sind ja viele neue soziale
 296 Bewegungen eigentlich entstanden oder haben
 297 sich deutlich artikuliert. Ich meine, die
 298 Emanzipationsbewegung geht schon länger
 299 zurück, aber in den 70er Jahren ist die manifest
 300 aufgetreten... die Umweltbewegung, das war
 301 eine Errungenschaft der 70er Jahre.
 302
 303 *K: Warum glauben Sie haben die Betroffenen,*
 304 *also die Teilnehmer dieses Konflikts, das*
 305 *Gefühl gehabt zu wenig informiert worden zu*
 306 *sein von der Regierung?*
 307
 308 IP2: Ich glaube nicht, dass die Regierung zu
 309 wenig informiert hat. Aber das ist halt ein
 310 Thema, indem rationale Argumente letztlich
 311 nicht so überzeugend sind wie emotionale.
 312 Angst können Sie nur mit rationalen
 313 Argumenten nicht bekämpfen, nicht? Sie
 314 können sagen, ja der Supergau ist noch nie
 315 vorgekommen... er ist ja dann paar Jahre
 316 später, in Tschernobyl ist er ja dann vorge-
 317 kommen. Da war ich dann Fernsehintendant
 318 und da mussten wir dann den Leuten an einem
 319 Abend mitteilen, sie sollen am nächsten Tag
 320 zuhause bleiben und nicht auf die Straße gehen,
 321 nicht? Also so gesehen... damals war
 322 Österreich froh wegen der Tschernobyl-Krise,
 323 dass wir damals so entschieden haben, nämlich
 324 die Bevölkerung so entschieden hat, und die
 325 Politik sich angehängt hat. Weil die Politik
 326 hätte nämlich theoretisch auch sagen können,
 327 ok die Volksabstimmung ist negativ ausge-
 328 gangen, wir nehmen das jetzt nicht in Betrieb,
 329 das kann man nicht, wenn eine Volksab-
 330 stimmung so ausgeht, aber wir lassen es jetzt

331 mal so stehen und in zehn Jahren oder in fünf
 332 Jahren fragen wir die Leute noch einmal. Und
 333 der Kreisky hat aber sofort gesagt, am nächsten
 334 Tag hat er gesagt, nein, also wir machen jetzt
 335 ein Gesetz und nehmen diesen Entscheid ernst,
 336 auch wenn er noch so knapp ausgegangen ist.
 337 Und damit war eigentlich für Österreich das
 338 Thema Kernenergie erledigt... und heute sind
 339 alle Parteien dieser Meinung im Parlament.
 340
 341 *K: Also wars eigentlich auch ein Trugschluss*
 342 *der Bevölkerung nicht ausreichend informiert*
 343 *worden zu sein?*
 344
 345 IP2: Was ist ausreichend informieren? Es gab
 346 Broschüren, es gab Fernsehspots, es gab jede
 347 Menge Diskussionen... wer sich informieren
 348 wollte, konnte sich informieren. Aber es haben
 349 eben viele Leute Angst gehabt. Die Angst ist
 350 natürlich auch geschürt worden von den
 351 Gegnern. Und wie gesagt, ein emotionales
 352 Argument ist immer stärker als ein rationales.
 353
 354 *K: Vielleicht fassen wir noch einmal kurz*
 355 *zusammen, jetzt sind wir eigentlich schon am*
 356 *Ende unseres ersten Blocks, wir haben zwei*
 357 *Blöcke... vielleicht ein zentrales Argument,*
 358 *warum hat sich Kreisky bei der Volksab-*
 359 *stimmung nicht durchsetzen können? Wenn sie*
 360 *ein zentrales Argument nennen können..*
 361
 362 IP2: Ja er wollte am Schluss sich gar nicht
 363 mehr durchsetzen, nicht?. Je näher die Volks-
 364 abstimmung kam, desto kritischer stand er der
 365 Kernenergie gegenüber. Ich habe ja gesagt, er
 366 war einer der ein ungeheures Sensorium hatte
 367 für Strömungen die erst im Entstehen sind, also
 368 etwas was vielen österreichischen Politikern
 369 heute total abgeht, das hat er gehabt. Der hat
 370 gewusst, da kommt was, da wächst etwas...
 371 und wenn er hätte um jeden Preis ein Ja haben
 372 wollen, bei der Volksabstimmung, dann hätte
 373 er nicht diese Diskussionen Pro und Contra
 374 initiiert, sondern dann hätte er gesagt, wir laden
 375 überhaupt nur ein Pro-Agitatoren für die
 376 Kernenergie, das wollte er nicht. Er wollte
 377 bewusst die Gegner einbinden, weil er gewusst
 378 hat, das ist eine starke Bewegung. Und insofern
 379 glaube ich, dass dieses Ergebnis der Volksab-
 380 stimmung und vor allem die politischen Kon-
 381 klusionen, die er daraus gezogen hat, für ihn
 382 politisch viel günstiger waren als umgekehrt.
 383 Wenns ein ganz knappes Ja gegeben hätte, wärs
 384 politisch für ihn viel schwieriger gewesen.
 385
 386 *K: Jetzt wars ja so, dass die SPÖ nicht*
 387 *unbedingt die geschlossenste Partei war zu*
 388 *dieser Zeit, also da hats durchaus...*
 389
 390 IP2: ...Die Jungen. die Jungen waren schon auf
 391 Seite der Umweltbewegung, die waren schon
 392 dagegen.. Und auch das hat eine Rolle gespielt.
 393 Er hat auch gemerkt, es war auch ein bisschen
 394 eine Generationenfrage. Wobei es so war, das
 395 habe ich noch dunkel in Erinnerung, dass die
 396 ganz Jungen waren sehr häufig dagegen, weil

397 die halt in diesen Umweltbewegungen zum Teil
 398 engagiert waren. Und die Alten auch... den
 399 Alten war es unheimlich. Weil das war was
 400 neues, usw. Mehr oder weniger dafür waren
 401 Männer, die halt so im beruflichen.. im
 402 Management sind oder auch Arbeiter waren
 403 sehr stark dafür, durch die Gewerkschaften
 404 geprägt. Industrie war dafür, aber wichtige
 405 Indikatoren wie z.B. die Jugend waren – nicht
 406 alle – aber teilweise massiv dagegen.
 407
 408 *K: Was hat ihrerer Meinung nach die*
 409 *ablehnende Haltung bei Teilen der ÖVP und*
 410 *FPÖ zu diesem Ergebnis beigetragen?*
 411
 412 IP2: Naja, die hat insofern dazu beigetragen als
 413 der Kreisky dann, als die Umfragen immer
 414 weiter runtergingen und man gewusst hat
 415 ungefähr ein paar Wochen vorher das wird auf
 416 des Messers Schneide, das kann plus ein halbes
 417 Prozent oder auch im negativen mit einem
 418 halben Prozent liegen... da kam der Druck auf
 419 den Kreisky, Seitens der Gewerkschaften und
 420 auch aus der eigenen Partei, seine Popularität in
 421 die Waagschale zu werfen und sein Schicksal
 422 damit zu verknüpfen, nicht? Das hat er gemacht
 423 und in dem Maße aber hat das auch wieder
 424 Leute abgeschreckt. Es gab sicher viele
 425 Industrielle, die an sich für die Kernenergie
 426 waren, die aber gesagt habe, bitte, wenn ich
 427 jetzt mit der Abstimmung für Zwentendorf ein
 428 Votum für Kreisky abgebe, das will ich auch
 429 nicht. Also insofern war auch das, im Bestreben
 430 ein positives Ergebnis bei der Volksab-
 431 stimmung zu bekommen, kontraproduktiv.
 432 Aber ich behaupte, dass der Kreisky in seinem
 433 tiefsten Inneren, von der Kernenergie zu
 434 diesem Zeitpunkt gar nicht mehr überzeugt war
 435 und daher auch nicht offensiv dafür eingetreten
 436 ist.
 437
 438 *K: Gut, das war jetzt der erste Block.*
 439
 440 IP2: Das artet ja in Arbeit aus. (lacht)
 441
 442 *K: Ja, das kommt dann auf mich zu, wenn ich*
 443 *das transkribieren muss. Der zweite Block ist*
 444 *ein relativ kurzer. Hier gehts um die medien-*
 445 *politische Aspekte, die dazu beigetragen haben.*
 446 *Wenn man jetzt Kommunikation als Kommuni-*
 447 *kation gegenüber den Medien begreifen,*
 448 *welche Fehler hat Kreisky hinsichtlich der*
 449 *Kommunikation gemacht, den Medien gegen-*
 450 *über?*
 451
 452 IP2: Ja die Frage ist was man als Fehler
 453 betrachtet? Wenn man der Meinung ist, dass er
 454 um jeden Preis ein Ja hätte erreichen wollen bei
 455 der Volksabstimmung, dann hätte er wie ich
 456 schon gesagt habe nicht initiiert eine Pro- und
 457 Contra Diskussionsreihe, die in jedem Bundes-
 458 land praktisch dem Gegner breiten Raum gibt,
 459 dann hätte er anders agiert. Dann hätten wir
 460 halt gesagt, dann machen wir nur Veranstal-
 461 tungen mit Pro, so wie halt eine Partei. Eine
 462 Partei wirbt ja auch mit Pro für ihr Programm

463 und lädt nicht die Gegner ein, die ihnen dann
 464 bei der eigenen Veranstaltung sagen, was sie
 465 alles schlecht machen, nicht? Nur, ich behaupte
 466 halt eben, das hat der Kreisky getan weil er
 467 schon gespürt hat, dass das eine heikle
 468 Geschichte ist und er hier nicht drüberfahren
 469 wollte über diese Anti-Atombewegung.
 470
 471 *K: Es gibt eine interessante Arbeit von der*
 472 *Gabi Waldner, da sind Sie auch zu Wort*
 473 *gekommen.*
 474
 475 IP2: Das weiß ich gar nicht mehr.
 476
 477 *K: 1995*
 478
 479 IP2: Was habe ich da gesagt?
 480
 481 *K: Ich habe leider die Transkription nicht. Ich*
 482 *habe die Arbeit kurz durchgeschaut. Ich habe*
 483 *sie von der Frau Waldner ausgeborgt. Die gibt*
 484 *es leider nicht mehr auf der Bibliothek. Da ist*
 485 *es drum gegangen um die Frage, wie ist*
 486 *Kreisky mit den Medien umgegangen und es*
 487 *war dann das Ergebnis, das er der Medienstar*
 488 *schlechthin war. Wie ist jetzt Kreisky mit den*
 489 *Medien umgegangen in dieser Sache? Hats da*
 490 *viele Medienanfragen gegeben?*
 491
 492 IP2: Natürlich hats viele Medienanfragen
 493 gegeben, das war ja ein heißes politisches Eisen
 494 und es haben natürlich viele Gegner des
 495 Kreisky gehofft, wenn die Volksabstimmung
 496 negativ eingeht, dass er dann politisch erledigt
 497 ist, wenn er eine so schwere Niederlage
 498 erleidet. Das taktische Geschick des Kreisky
 499 hat gezeigt, dass das genaue Gegenteil einge-
 500 treten ist. Aber Kreisky und die Medien... der
 501 Kreisky war einer, der die Medien als Partner
 502 gesehen hat und auch in der Lage war von
 503 seinem Intellekt her, sie für seine politischen
 504 Ziele zu instrumentalisieren... also ich erinnere
 505 mich...
 506
 507 [Telefon läutet, kurze Unterbrechung]
 508
 509 ... ja ich wollt sagen, ich erinnere mich, ich bin
 510 ja zum Radio gekommen als Redakteur, kleiner
 511 Redakteur, das war 68 und da war die
 512 Regierung Klaus, 66 bis 70. Und ich war in der
 513 innenpolitischen Redaktion, Redakteur. Und
 514 wenn eine Regierungssitzung oder Regierungs-
 515 klausur war, da ist das Bundeskanzleramt für
 516 Journalisten zugesperrt gewesen und da sind
 517 hinten 50 Journalisten vor der Tür gestanden
 518 und dann ist der Staatssekretär Pisa gekommen
 519 und hat irgendeine nichtssagende Erklärung,
 520 Communique verlesen und Fragen wurden
 521 nicht beantwortet. Und der Kreisky wurde
 522 Bundeskanzler und hat sofort nach dem
 523 Ministerrat das Pressefoyer etabliert, wo jeder
 524 Journalist der hinkam konnte ihn und jeden
 525 anderen Minister fragen was er wollte, er war
 526 erreichbar für Journalisten am Telefon, die
 527 konnten ihn anrufen, sogar zuhause. Seine
 528 Telefonnummer stand im Telefonbuch, sie

529 konnten ihn auch unter Tags anrufen, sie
530 wurden zu ihm verbunden. Er hat ihnen alle
531 Fragen beantwortet, also er hat einen für
532 österreichische Verhältnisse völlig neuen
533 Umgang mit der Presse und mit den Medien
534 etabliert. Das muss man nur können, er konnte
535 es weil es für ihn eine intellektuelle
536 Herausforderung war die er bravourös
537 bewältigt hat. Das hats vor ihm nicht gegeben
538 und nachher partiell nur noch. Also das was der
539 Kreisky auf dem Sektor bewerkstelligt hat, hing
540 mit seiner intellektuellen Begabung zusammen.
541
542 *K: Wie hat Kreisky denn auf Kritik der Medien*
543 *reagiert, auf Kritik der Medien am Atom-*
544 *kraftwerk?*
545
546 IP2: Naja, also... Kritik am Atomkraftwerk, die
547 Medien waren ja auch nicht.. das war ja nicht
548 eine einheitliche Front. Die Medien die der
549 Wirtschaft nahestanden waren mehrheitlich für
550 die Inbetriebnahme von Zwentendorf. Wie sich
551 damals die Kronen Zeitung als damals schon
552 größte Zeitung verhalten hat weiß ich nicht,
553 aber wahrscheinlich eher kritisch. Aber ich
554 habe ja gesagt, der Kreisky hat die Kritik am
555 Atomkraftwerk schon ernst genommen und hat
556 gewusst, dass sich da was aufbaut dem man
557 politisch Rechnung tragen muss oder man fällt
558 auf die Nase und auf die Nase fallen wollte er
559 eigentlich nie
560
561 *K: Haben Sie einen Überblick wie die Medien*
562 *jetzt mit dem Thema Zwentendorf umgegangen*
563 *sind? Sie haben gesagt die Wirtschaftszeitun-*
564 *gen waren...*
565
566 IP2: Naja es gab eine Frontstellung, also es
567 waren die Sozialpartner praktisch alle dafür,
568 also die Industriellenvereinigung, die Wirt-
569 schaftskammer, die Gewerkschaft, die Arbei-
570 terkammer, die waren alle überwiegend für
571 Zwentendorf. Also an sich, wenn man die
572 gesellschaftlichen Gruppen hernimmt, war
573 schon eine manifeste starke Achse Pro Zwen-
574 tendorf auch, nicht? Aber eben diese neuen
575 sozialen Bewegungen haben sich artikuliert und
576 der Kreisky hat das erkannt, gespürt und hat
577 dem Rechnung getragen.
578
579 *K: Welche Entwicklungen und welche*
580 *Medienstrukturen im Medienbereich haben*
581 *ihrer Meinung nach zum Nein bei der Volks-*
582 *abstimmung geführt, Stichwort Parteimedien...*
583
584 IP2: ...ah, nein, das gar nicht, sondern das eben
585 die Gegner mit ihren emotionalen Argumenten
586 stärker durchkamen als die Befürworter mit
587 ihren rationalen Argumenten. Wenn da einer
588 sitzt...
589
590 *K: In den Medien?*
591
592 IP2: Auch in den Medien und vor allem bei der
593 Bevölkerung. Die Medien spüren natürlich was
594 bei der Bevölkerung greift. Dann hat es ja

595 Demonstrationen gegeben der Gegner usw.
596 Und wenn da einer sitzt, ein Wirtschafts-
597 professor, der rechnet Ihnen vor, so und so
598 viele Atomkraftwerke gibt es auf der Welt und
599 bisher ist kein Supergau eingetreten und das ist
600 billiger und erhöht unsere Energieautonomie
601 vom Ausland usw., dann sind das sehr rationale
602 und technokratische Argumente. Jetzt sitzt ein
603 anderer daneben und der sagt Ihnen, der
604 Supergau ist noch nicht eingetreten, aber wenn
605 er eintritt, dann spielt es Karambo und
606 Atomverseuchung bewirkt auf so und so viele
607 Jahre Krebsgefahr für alle die in dem Umfeld
608 leben. Da hat man natürlich schon Erfahrungs-
609 werte gehabt von Hiroshima, nicht? Die Gegner
610 haben das auch gebracht, das sieht man ja, dass
611 im Umgeld dieses Absturzes damals von
612 Hiroshima weiß ich wie viele hundert tausende
613 Leute an Krebs erkrankt sind.. also die Angst
614 ist natürlich in der politischen Diskussion ein
615 Faktor der stärker ist als ein rationales Argu-
616 ment.
617
618 *K: Ich versuch es noch einmal anders. Es hat*
619 *damals ja gewisse Entwicklungen im Medie-*
620 *nsektor gegeben, es ist ein Profil gegründet*
621 *worden.*
622
623 IP2: Ja
624
625 *K: Die Medienvielfalt hat sich so quasi ein*
626 *bisschen entwickelt, Parteizeitungen sind viel*
627 *verschwunden, hat da irgendwie eine Medien-*
628 *entwicklungen zu diesem Nein aus Ihrer Sicht*
629 *beigetragen.. dass es da eine gewisse*
630 *Entwicklung gegeben haben, wo Sie sagen, das*
631 *war aber nicht unbedingt förderlich für diesen*
632 *Prozess?*
633
634 IP2: Naja, es haben sich natürlich auch medial
635 die Gegner stärker und auch wenn man will für
636 das Publikum attraktiver und verständlicher
637 und emotionaler artikuliert als die Befürworter.
638 Und das kam natürlich auch über die Medien
639 rüber und war ein Verstärkereffekt.
640
641 *K: Wie hat Kreisky denn, das ist eigentlich*
642 *auch schon die letzte Frage, wie hat Kreisky*
643 *denn seine Niederlage kommuniziert. Also den*
644 *Medien gegenüber...*
645
646 IP2: ...Naja...
647
648 *K: ...und letztlich dem Bürger gegenüber.*
649
650 IP2: Also wenn ich mich jetzt dunkel an die
651 Geschichte erinnere, war ja,... ich bin damals
652 mit ihm gefahren, von der Armbrustergasse an
653 dem Tag, wo das Endergebnis dann da war, an
654 dem Sonntag, in die Löwelstraße, und da war
655 schon klar, es ist also jetzt negativ
656 ausgegangen. Er hat dann eine so genannte
657 Generalvollmacht sich geben lassen von der
658 Partei, das heißt eine Stärkung seiner Position
659 politisch, die hat er dann dazu genützt, das
660 Ergebnis der Volksabstimmung umzusetzen.

661 Sagen, jetzt verbieten wir die Kernenergie. Und
662 der Kreisky war immer ein Mensch, auch das
663 unterscheidet ihn von vielen heutigen
664 Politikern, der in Alternativen gedacht hat.
665 Also da der Kreisky natürlich gewusst hat, dass
666 das Ergebnis sehr knapp wird, das haben wir ja
667 gewusst, hat er gedanklich und intellektuell
668 sich vorbereitet auf beide Varianten, ein
669 knappes negatives Ergebnis und ein knappes
670 positives. Also Kreisky ist ja nicht so, dass der
671 bis am Sonntagnachmittag nicht darüber
672 nachgedacht hat und dann aus den Wolken
673 gefallen ist wie das Ergebnis da war, so war der
674 Kreisky nicht.

675

676 *K: Und wie hat er es kommuniziert, den*
677 *Medien, den Bürgern gegenüber?*

678

679 IP2: Ja, er hat gesagt, ja das ist eine schwere
680 Niederlage. Wir müssen jetzt also die Konse-
681 quenzen daraus ziehen und schon am nächsten
682 Tag hat er diese Konsequenzen dann mitgeteilt
683 und hat das durchgezogen. Und da war er
684 offenbar so glaubhaft, dass er ein Jahr später
685 die absolute Mehrheit... noch stärker gewonnen
686 hat, als ein paar Jahre vorher.

687

688 [ENDE INTERVIEW IP2]

1 *K: Herr Steininger, versuchen wir es gleich mit*
2 *der ersten Frage. Wie hat denn Kreisky ver-*
3 *sucht die Atomkraft in Österreich einmal*
4 *grundsätzlich zu etablieren?*
5
6 IP3: Naja, Sie wissen, dass er da ja was geerbt
7 hat. Der Baubeschluss oder der Entschluss für
8 die Kernenergie ist ja von der ÖVP gefallen.
9 Das war also die ersten Anzeichen oder ersten
10 Aktivitäten schon so in der zweiten Hälfte der
11 sechziger Jahre. Und wie er also dann die
12 Mehrheiten gewonnen hat in Österreich und
13 dort also zu regieren begonnen hat, hat er also
14 die Absicht, in Österreich die Atomkraft einzu-
15 spielen, fortzusetzen. Es war also zunächst eine
16 ganz normale politische Vorbereitung, was das
17 ist, werden wir dann noch reden. Wobei
18 folgendes ist, ich werde Ihnen jetzt ganz kurz
19 eine persönliche Episode erzählen. Ich bin im
20 Jahr 1974 nach Wien gekommen und habe dort
21 das Glück gehabt auf den Dr. Brandl zu stoßen,
22 ich weiß nicht, ist Ihnen das ein Begriff?
23
24 *K: Nein.*
25
26 IP3: Dr. Heinz Brandl, war also ein promi-
27 nenter sozialistischer Publizist, der Ende der
28 fünfziger, Anfang der sechziger Jahre eine
29 letzten Endes oppositionelle Parteizeitung
30 innerhalb der SPÖ gegründet hat, die so
31 genannte Heute. Es war zuerst der Versuch bei
32 den Bürgerlichen auch Lektüre unterzubringen.
33 Aber man hat ihm das dann abgedreht, nämlich
34 Pittermann und auch damals noch Kreisky.
35 Lange Rede kurzer Sinn, er ist dann gegangen,
36 war Medienmitarbeiter in der Löwelstraße und
37 war eigentlich auch bei den Wahlkämpfen sehr
38 maßgebend beteiligt. Ich hab ihn wie gesagt
39 kennen gelernt und war glücklich, dass ich da
40 in Wien jemanden gefunden hab und hab mit
41 ihm eigentlich von Anfang an jeden Tag
42 telefoniert. Und einmal in der Woche nach den
43 gemeinsamen Sitzungen mit dem Partei-
44 vorsitzenden war eine ständige Formulierung
45 von dem Dr. Brandl, der Kreisky hat große
46 Sorgen wegen Zwentendorf, wegen der Atom-
47 kraft. Also, was ich damit sagen wollte ist, er
48 ist also da nicht mit Fortschrittsglauben und
49 Hurra-Patriotismus in diese Sache gegangen,
50 sondern er hat von Anfang an gewusst, dass die
51 Sache heikel sein wird. Seine politische
52 Strategie war klar. Er wollte die gemeinsame
53 Verantwortung von SPÖ und ÖVP, schließlich
54 ist also am Mist der ÖVP das ganze gewachsen,
55 und hat also versucht die ÖV... na sag einmal
56 [Räusper], warten Sie, ich trinke einen Schluck
57 Wasser...
58
59 *K: ...Ja*
60
61 IP3: Hat also versucht die ÖVP mit
62 einzubeziehen und das zweite war die
63 argumentative Ebene, er hat sich sofort nach
64 Fachleuten umgeschaut. Da war also fast eher
65 simpel, innerösterreichisch begonnen mit
66 Lorenz, Löttsch und und also vor allem

67 Umweltschützern. Und im Laufe der Jahre hat
68 er sich dann angeschlossen an doch sehr
69 prominente Atomphysiker wie dem Viktor
70 Weisskopf, das war ein österreichisch-
71 amerikanischer Atomphysiker, der am Projekt
72 Manhattan beteiligt war, und auch der Karl
73 Friedrich von Weizsäcker, also der Bruder des
74 späteren deutschen Bundespräsidenten. Und
75 mit denen hat er also periodisch gesprochen,
76 die sind in Österreich aufgetreten und haben
77 also da für die Atomenergie geworben. Es hat
78 natürlich auf der Seite der Atomgegner zu
79 Reaktionen geführt, auch dort sind Wissen-
80 schaftler aufgetreten. Es wird Ihnen der Name
81 Tollmann untergekommen sein?
82
83 *K: Mhm*
84
85 IP3: Ist er Ihnen?
86
87 *K: Ist mir untergekommen, ja.*
88
89 IP3: Untergekommen, also das war der Eine.
90 Das war ein Geologe. Ich brauch also nichts
91 mehr sagen zum Tollmann?
92
93 *K: Nein, Sie.. das das.. ja.*
94
95 IP3: Also Geologe und auch sein Argument mit
96 der Erdbebenzone...
97
98 *K: Genau, ja...*
99
100 IP3: Ja, und ein weiterer war der Broda, der
101 Engelbert Broda, also der Bruder des Justiz-
102 ministers, der also auch Atomphysiker war.
103 Und also auf dieser Doppelschiene, auf der
104 einen Seite versuchen einen politischen
105 Konsens mit der ÖVP herbeizuführen und – es
106 war also selbstverständlich auch nach außen
107 gerichtet – durch Prominente und kompetente
108 Politiker sozusagen die Bedenken gegen die
109 Atomkraft bei den Österreichern also aufzu-
110 lösen.
111
112 *K: Warum hat sich denn jetzt die Gesellschaft*
113 *derart gegen das Atomkraftwerk aufgelehnt,*
114 *was sind denn so...*
115
116 IP3: Ja also diese Frage muss ich sagen, die
117 kann ich nicht beantworten. Ah, was sich da in
118 Österreich getan hat an Atomgegnerschaft, war
119 ja kein österreichisches Phänomen.. ich brauch
120 Ihnen also nur die Namen... Brokdorf, Rüthi,
121 Wyhl,.. also Sankt Pantaleon war also dann
122 wieder Österreich.. in Schweden ist der Palme
123 über die Atomkraft gestolpert. Es war nichts
124 was in Österreich gewachsen wäre, sondern das
125 war eine gesamteuropäische, wenn nicht eine
126 globale Entwicklung. Die Leute waren gegen
127 diese Art der Energiegewinnung. Was
128 eigentlich besonders erstaunlich ist, dass es so
129 ab 73, 74 dem Höhepunkt zugestrebt ist, wo
130 wir die Ölkrise gehabt haben. Also wenn man
131 die Menschen kennt, bevor wir im Finsternen
132 vor dem Lichtfernseher sitzen, wollen wir doch

133 meinetwegen Atomstrom. Und genau das ist
 134 nicht passiert. Der Widerstand war während der
 135 Ölpreiskrise genauso, oder ist angewachsen wie
 136 vorher und nachher. Und das ist für mich
 137 erstaunlich und das wäre eigentlich auch für
 138 junge Wissenschaftler ein Thema, zu erfinden,
 139 wieso und wann ist es gekommen. Hat es da
 140 einen Urknall gegeben, dass die Leute plötzlich
 141 gegen.. blöde Metapher, ich weiß... dass die
 142 plötzlich gegen die Atomenergie waren oder
 143 was war es? Das ist in Österreich nicht vom
 144 Himmel gefallen. Sie wissen, dass es gegen
 145 Rütli – das liegt in der Schweiz – ganz massive
 146 Proteste gegeben hat, vor allem aus Vorarlberg.
 147 Es war dann auch eine wechselseitige Wirkung
 148 da. Rütli ist also letzten Endes ausgefallen,
 149 weil Österreicher, die Vorarlberger nicht..., da
 150 gabs eine Kampagne dagegen, dagegen waren.
 151 Da sind die Schweizer dann, aufgrund dieser
 152 Proteste war mit ein Grund, dass sie das
 153 abgebrochen haben. Wyhl in Deutschland wird
 154 Ihnen sicher ein Begriff sein. Brokdorf, wo es
 155 also ganz arg war. Und wie gesagt, als wirklich
 156 echte politische Auswirkung, die Abwahl der
 157 Regierung Palme in Schweden.
 158
 159 *K: Können Sie mir jetzt Punkte nennen, wo Sie*
 160 *sagen das hat Kreisky in seiner Kommunikation*
 161 *der Bevölkerung gegenüber hinsichtlich des*
 162 *Atomkraftwerkes falsch gemacht?*
 163
 164 IP3: Er hat alles falsch gemacht und nichts
 165 falsch gemacht. Er war in seiner Argumenta-
 166 tion, wenn man will, nicht anders als bei jedem
 167 anderen. Das lässt sich auch hinterher nicht
 168 sagen, ob was warum falsch war. Das war ein
 169 politisches Ereignis unter Sonderkonditionen,
 170 wenn man will. Ah, ich habe Ihnen geschildert,
 171 die Schienen auf denen er gefahren ist, das ist
 172 eigentlich mustergültig demokratisch, nicht?
 173 Sich in Österreich um einen Konsens zu
 174 bemühen ist etwas Gutes, sich auf Wissen-
 175 schafter zu berufen ist etwas Gutes. Was halt
 176 wahrscheinlich ein Grund war ist, dass er
 177 vielleicht unterschätzt hat, dass sich mit der
 178 Atomkraft ja niemand auskennt. Also wenn der
 179 Herr Weizsäcker oder der Herr Weisskopf was
 180 gesagt haben, werden die Leute gesagt haben,
 181 na brav, gescheite Leute, aber was weiß ich,
 182 was da dran ist, nicht? Während auf der
 183 anderen Seite der Tollmann mit dem
 184 Erdbebenargument durchaus verstanden
 185 worden ist, weil unter einem Erdbeben kann
 186 sich jeder etwas vorstellen, nicht? Vielleicht
 187 hätte er stärker dem Tollmann widersprechen...
 188 ich weiß es nicht. Und ich weigere mich auch
 189 zu sagen, dass er wirklich etwas falsch gemacht
 190 hat. Wir werden kommen nehme ich an noch
 191 ausgiebiger auf die Verquickung der Volks-
 192 abstimmung mit seinem Namen. Aber sonst,
 193 sonst weiß ich nicht ob er wirklich was falsch
 194 gemacht hat. Vielleicht hätte er auch stärker
 195 einbremsen sollen die E-Wirtschaft. Die hat
 196 also Informationskampagnen gehabt, die halt
 197 schon ein bisschen grob gestrickt waren, aber
 198 meine Güte. Das sind die betroffenen

199 Unternehmer, weiß nicht ob sich das auf seine
 200 politische Kampagne ausgewirkt hat.
 201
 202 *K: Können Sie mir Argumente nennen, mit*
 203 *denen Kreisky damals versucht hat, das*
 204 *Atomkraftwerk in Zwentendorf zu bewerben?*
 205
 206 IP3: Ja, na also das war klar. Zentraler poli-
 207 tischer Punkt der SPÖ die Vollbeschäftigung,
 208 also die Arbeitsplätze. Dann natürlich, er hat
 209 das also schon auch immer gesagt, Leute, wir
 210 haben also da die vorbereitenden Arbeiten, wir
 211 sollten das machen, auch der Modernisierungs-
 212 aspekt insgesamt... Nur also eine kleine
 213 Abweichung, es war also regelmäßig, alle
 214 viertel Jahre, was weiß ich, hat er im
 215 Ministerrat, beim Foyer hinterher der
 216 Bevölkerung mitgeteilt, wie viele Telefone
 217 Österreich wieder mehr hat. Also die
 218 Wohlstandsindikatoren waren damals also noch
 219 einigermaßen anders als sie heute sind, nicht?
 220 Ja, das war Modernisierung, Vollbeschäftigung,
 221 Stromsicherung insgesamt, also das waren die
 222 Hauptargumente, die er hier verwendet hat.
 223
 224 *K: Jetzt haben Sie vorher schon angesprochen,*
 225 *er hat ja sein Amt quasi an die Entscheidung*
 226 *bei der Volksabstimmung, an die positive Ent-*
 227 *scheidung bei der Volksabstimmung geknüpft.*
 228 *Warum hat er das Ihrer Meinung nach ge-*
 229 *macht?*
 230
 231 IP3: (lacht) Herr Kollege, wenn ich das wüsste,
 232 dann wäre ich also wirklich so gleich nach dem
 233 lieben Gott. Ich sage Ihnen jetzt etwas in
 234 Paranthese. Haben Sie bei Ihrem Quellenstu-
 235 dium, sind Sie da auf das Buch gestoßen von
 236 Heinz Fischer Reflexionen?
 237
 238 *K: Nein*
 239
 240 IP3: Nein. Ich würde Ihnen empfehlen, ich
 241 kann es Ihnen vielleicht auch scannen, es ist
 242 nicht sehr lang.
 243
 244 *K: Ja*
 245
 246 IP3: Reflexionen, das ist so eine quasi
 247 Biographie vom Fischer, ist irgendwann Ende
 248 der neunziger Jahre herausgekommen, indem er
 249 also seine politische Laufbahn Revüue passie-
 250 ren lässt und dann auch auf Zwentendorf über-
 251 geht. Und der langen Rede kurzer Sinn: er will
 252 nicht ausschließen, dass alles was der Kreisky
 253 getan hat, inklusive möglicher oder nicht
 254 möglicher Fehler wie Sie es ausgedrückt haben,
 255 dass das alles ein Masterplan vom Kreisky war.
 256 [zitiert aus dem Buch von Heinz Fischer. In die
 257 Arbeit eingefügt, Anmerk. d. Autors]. Jetzt
 258 kann man sagen, gut das ist also ein hübsches
 259 Aperçu oder Arabeske für einen Leitartikel.
 260 Man könnte auch sagen, es die sehr vorsichtige
 261 Art des Heinz Fischers, der ja also nie
 262 jemanden frontal angeht, um Kreisky zu sagen,
 263 er hat lauter Blödhheiten gemacht. So kann es
 264 gesehen werden. Aber es kann auch anders

265 gewertet werden, nämlich insofern, man muss
 266 eines sagen, es kennt keiner den Kreisky so gut
 267 wie der Fischer. Und wenn man sein ganzes
 268 psychologisches Strickmuster hervorkramt,
 269 kann man den Verdacht nicht ganz von der
 270 Hand weisen, dass das, was er so gesagt hat,
 271 also dass er an das wirklich glaubt. Noch
 272 einmal, ich weiß nicht inwieweit sie frivole
 273 Versionen in einer wissenschaftlichen Arbeit
 274 einfließen lassen können, aber ich schicke
 275 Ihnen diesen Passus und schauen Sie sich das
 276 noch einmal an.
 277
 278 *K: Gerne [kurzer Austausch über Seitenzahl,*
 279 *Verlag und Veröffentlichungsjahr über das*
 280 *Buch von Heinz Fischer].*
 281
 282 IP3: So, jetzt waren wir, wo waren wir jetzt
 283 noch? Der Verbleib im Amt..
 284
 285 *K: Genau, der Verbleib im Amt.*
 286
 287 IP3: Also wie gesagt, was ich Ihnen sagen
 288 kann, nicht das warum, ich kann Ihnen das wie
 289 sagen. Und das bereinigt also schon ein wenig
 290 die Atmosphäre. Diese Äußerung ist gefallen
 291 bei einer Klubklausur im Hotel Wende in
 292 Neusiedl im Oktober 1978. [kurzer Störung
 293 durch Person im Hintergrund]. Entschuldigung,
 294 im Hotel Wende. Und das war also bei der
 295 Pressekonferenz, in der er also berichtet hat,
 296 was eben war, es war zu diesem Zeitpunkt eh
 297 nur Zwentendorf und die Abstimmung. Und da
 298 wurde er also gefragt, wie es denn also läuft,
 299 also auch nach den Möglichkeiten, was
 300 passiert, wenn er gewinnt und wenn er nicht
 301 gewinnt. Es sind also alle Möglichkeiten
 302 durchgespielt worden. Und wie also die Frage,
 303 na was ist, wenn die Bevölkerung mit Nein
 304 stimmt.. jetzt muss man wissen, der ganz
 305 normale Vorgang bei Kreisky auf Fragen, auf
 306 etwas heiklere Fragen zu antworten war, er hat
 307 laut nachgedacht. Er hat also da irgendwo bei
 308 Adam und Eva angefangen und hat sich dann
 309 so langsam zum Kern der Frage durch-
 310 gemurmelt. So war das auch bei dieser Frage
 311 und dann hat er plötzlich gesagt, ich sage Ihnen
 312 jetzt eine Version, wie er das gesagt hat, nach
 313 der man versteht was er gemeint hat, ich hab
 314 also dazu eine Fortsetzung... und plötzlich
 315 murmelt er etwas völlig verhatschtes, das also
 316 dem Sinne nach geheißen hat... ich habe mir
 317 hier die eine Version, wo war es denn, ... ja,
 318 diese Variante wird unter anderem auch in der
 319 Benya-Biographie so zitiert: Ich möchte nicht
 320 sagen, dass ich nicht zurücktreten werde. Ich
 321 würde nicht unbeeindruckt bleiben. Das ist jetzt
 322 also eine sinnvolle Variante, da kennt man sich
 323 aus nicht? Nur, sie ist so nicht gefallen. Es ist
 324 also ohne Frage der Terminus ausschließen und
 325 nicht ausschließen vorgekommen. Ah, es ist im
 326 Übrigen, der Begriff ausschließen kommt auch
 327 vor in seiner Antwort bei einer Pressekonferenz
 328 nach dem Parteivorstand der also hier dann an
 329 die Abstimmungsniederlage geschlossen hat, da
 330 sagt er also sinngemäß: Er hat ja nie gesagt,

331 dass er zurücktreten wird. Er hat lediglich
 332 gesagt, dass er es nicht ausschließen kann. Ist
 333 dem Sinn nach völlig in Ordnung. Wir
 334 Journalisten sind hinterher stundenlang – um
 335 das ein bisschen übertrieben zu sagen – im
 336 Pressezentrum gesessen und haben versucht
 337 herauszufinden, was er überhaupt wie gesagt
 338 hat. Am ehesten glaube ich kommt meiner
 339 Erinnerung nach in Frage: Ich kann nicht
 340 ausschließen, dass ich ausschließe, dass ich
 341 nicht zurücktreten werde. Aus der
 342 Formulierung geht auch hervor, wie er noch
 343 während der Formulierung er noch nachgedacht
 344 hat. Sie – glaube ich – verwenden einmal den
 345 Begriff Kurzschluss [IP bezieht sich auf den
 346 Leitfaden, Anmerk. d. Autors], oder irre ich
 347 mich.
 348
 349 K: Kurzschlussreaktion, ja.
 350
 351 IP3: Also Kurzschlussreaktion war es mit
 352 Sicherheit nicht. Es war eine aus der Situation
 353 laut gedacht Formulierung. Es kann sich
 354 herausstellen, dass die Taktik falsch war – da
 355 habe ich auch meine eigene Meinung. Aber ein
 356 Kurzschluss, im klassischen Sinn, war es sicher
 357 nicht.
 358
 359 IP3: Inwiefern hat denn der Wertewandel in der
 360 Gesellschaft zum Ergebnis beigetragen.
 361 Stichwort: technikkritisches Verhalten usw.?
 362
 363 IP3: Naja, natürlich war das der Hintergrund.
 364 Die Leute haben das ausländische Vorbild vor
 365 sich gehabt, man ist einer im Grunde
 366 genommen einer vollkommen unbekannten
 367 Kraft, der Atomkraft, gegenübergestanden.
 368 Man hat gehört, dass das eigentlich nicht
 369 kontrollierbar ist. Das war einfach ein Bewusst-
 370 seinsprozess in weiten Teilen der Bevölkerung
 371 und der hat sich ausgewirkt, überhaupt keine
 372 Frage. Vielleicht dass man auf zwei Punkte
 373 hinweist, das im Übrigen auch der Kreisky bei
 374 der Erklärung gesagt hat. Das bei den Jungen
 375 Leuten schon ein bisschen eine Protesthaltung
 376 dabei war, das nimmt er als gegeben an. Auf
 377 der anderen Seite glaube ich, dass bei einem
 378 Großteil der Bevölkerung die größte Angst
 379 ausgelöst hat die fehlende Entsorgung. Es gab
 380 keinen Plan für die Endlagerung der
 381 Brennstäbe, die ja schon angekauft waren. Es
 382 hat dann auch höchst kuriose Dinge gegeben.
 383 Die Gemeinde Alberndorf im Weinviertel, da
 384 hat der Bürgermeister angeboten, Alberndorf
 385 übernimmt das, die haben sich Geld davon
 386 versprochen, er ist aber mit dem Plan
 387 gescheitert. Der Landeshauptmann Kery
 388 (Theodor Kery, Anmerk. d. Autors) hat gesagt,
 389 er vergräbt den ‚Murrer‘ – wörtliches Zitat –
 390 hinter seinem Haus im Burgenland. Dann gab
 391 es sicher auch ernsthaftere Überlegungen. Im
 392 Juni 1978 war der Atomminister von Ägypten
 393 in Zwentendorf auf Besuch und da ist darüber
 394 gesprochen worden, die abgebrannten
 395 Brennstäbe nach Ägypten zu bringen. Es ist
 396 dann sogar ein paar Wochen später eine Dele-

397 gation von der Betreibergesellschaft nach
 398 Ägypten geflogen. Und falls es sie interessiert,
 399 am Tag der Äußerung bei der Klubklausur in
 400 Neusiedl hat der Mubarak den Kreisky besucht.
 401 Also wie gesagt, ich würde sagen, es war wie
 402 bei all diesen Dingen ein Bündel. Wenn man
 403 sozusagen eine Priorität setzen müsste, würde
 404 ich sagen, dass die Endlagerfrage schon eine
 405 ganz kräftige Rolle gespielt hat.
 406
 407 *K: Jetzt haben auch Teile der Bevölkerung –*
 408 *das kommt in der Literatur zumindest immer*
 409 *wieder vor – schon ein wenig das Gefühl*
 410 *gehabt, sie können nicht genug am politischen*
 411 *Prozess partizipieren und werden auch zu*
 412 *wenig informiert...*
 413
 414 IP3: ...Herr Kollege, es gab pausenlose Kon-
 415 ferenzen von qualifizierten Wissenschaftern.
 416 Eine Volksabstimmung, vielleicht irre ich
 417 mich, aber wie kann man Wähler noch mehr in
 418 eine Entscheidung einbinden, als durch eine
 419 Volksabstimmung. Also Sie müssen mir eine
 420 Alternative geben, damit ich darauf antworten
 421 kann.
 422
 423 *K: Es ist ja so, dass der Beschluss zur Volks-*
 424 *abstimmung sehr spät gefallen ist. Da ist ja*
 425 *eine jahrelange Debatte zuerst vorausgegan-*
 426 *gen. Da ist es in der Literatur immer vorge-*
 427 *kommen...*
 428
 429 IP3: ... in welcher Literatur?
 430
 431 *K: ... Kriechbaum zum Beispiel hat darüber*
 432 *geschrieben über die Ära Kreisky, da hat er*
 433 *geschrieben die Menschen haben immer das*
 434 *Gefühl gehabt sie können nicht am politischen*
 435 *Prozess partizipieren und müssen immer*
 436 *repräsentativdemokratische Entscheidungen*
 437 *hinnehmen.*
 438
 439 IP3: Ich äußere mich über das nicht. Ein
 440 bisschen erinnert mich das an die EG. Auch da
 441 haben wir ständig die Beschwerden, die Leute
 442 werden zu wenig informiert. Bitte, die
 443 Zeitungen sind voll mit EU-Informationen.
 444 Wenn es die Leute nicht lesen, ist es bitte nicht
 445 Schuld der Politiker. Und die Historiker sollen
 446 auch das berücksichtigen, dass Information
 447 auch eine Holschuld ist. Und was Informa-
 448 tionen anlangt, gab es wahrscheinlich in ganz
 449 Österreich nicht mehr Informationen über diese
 450 Dinge, als zur Atomfrage. Dass die schwer
 451 verständlich sind... aber jetzt lassen wir uns
 452 zwei von einem hochqualifizierten Atom-
 453 physiker die Atomkraft erklären. Ich meine, für
 454 Sie vielleicht, aber ich werde dadurch wahr-
 455 scheinlich auch nicht viel gescheiter. Das ist
 456 einfach eines dieser Klischees die man hört, wir
 457 haben einfach keine Informationen. Dass die
 458 Leute dieses Gefühl haben, das bestreite ich
 459 nicht. Aber das Faktum war, dass das falsch ist.
 460 Die sind informiert worden.
 461

462 *K: Aber warum glauben Sie haben die das*
 463 *Gefühl gehabt?*
 464
 465 IP3: Ich weiß es nicht. Abgesehen von der
 466 Antwort, mit der Sie nicht viel anfangen
 467 können: Weil die Leute immer raunzen.
 468
 469 *K: Ja, das ist ja eine Antwort!*
 470
 471 IP3: Ja, wobei da müssen wir jetzt vorsichtig
 472 sein. Ich würde warnen in dem Zusammenhang
 473 das Wort Politikverdrossenheit in die Feder zu
 474 nehmen. Das hat es damals in dieser Form noch
 475 nicht gegeben. Unzufriedenheit selbstver-
 476 ständlich, die Leute waren immer mit der
 477 Politik unzufrieden, sie werden immer unzu-
 478 frieden sein mit der Politik. Aber, auf der
 479 anderen Seite... jetzt lassen wir die
 480 Volksabstimmung vorbei sein, ein Jahr später
 481 hat der Kreisky die größte Absolute Mehrheit
 482 seiner Karriere und in Österreich eingefahren,
 483 das muss doch irgendetwas heißen...?
 484
 485 *K: Und was heißt es Ihrer Meinung nach?*
 486
 487 IP3: Na dass von Politikverdrossenheit keine
 488 Rede hätte sein können. Denn, wenn die Leute
 489 mit ihm und seiner Politik verdrossen wären,
 490 hätten ihn doch nicht 54 Prozent, oder wie viel
 491 es waren, gewählt. Zwentendorf war eine
 492 Situation besonderer Art und um noch einmal
 493 zurückzukommen auf den Fischer. Im Grunde
 494 genommen könnte man schon sagen, dass der
 495 Kreisky von vornherein nicht ganz unglücklich
 496 gewesen sein konnte, dass er die Volks-
 497 abstimmung verloren hat. Weil, eines ist klar,
 498 das haben andere auch gesagt, er hat damit die
 499 Atomfrage aus dem Wahlkampf draußen
 500 gehabt. Wenn man also davon ausgeht, es hätte
 501 keine Volksabstimmung gegeben, oder wenn
 502 die Österreich ja gesagt hätten, wäre die
 503 Nationalratswahl 1979 eine Atomwahl
 504 geworden. Und bei diesem extrem knappen
 505 Ausgang, das war ja glaube ich ein
 506 Prozentpunkt...
 507
 508 *K: es waren glaube ich 20.000 Stimmen,*
 509
 510 IP3: Sehr knapp! Wenn man es herzlos
 511 analysiert, hat der Kreisky Zwentendorf der
 512 Fortsetzung seiner Herrschaft geopfert. Aber
 513 das ist jetzt böse gesagt.
 514
 515 *K: Was hat denn die ablehnende Haltung bei*
 516 *Teilen der SPÖ dazu beigetragen. Wir wissen*
 517 *ja, dass die junge Generation...*
 518
 519 IP3: Ja natürlich. Das sind also die Jungen, die
 520 waren dagegen. Ich finde nur eines, es wird bei
 521 der Diskussion über den ganzen Komplex
 522 immer gesagt, naja, die Bürgerlichen... die
 523 ÖVP war ja in allen größten Teilen selbst-
 524 verständlich für die Atomenergie, sie hat es ja
 525 für Österreich erfunden, hat aber dann gehofft,
 526 sie würde den Kreisky mit diesem Thema
 527 kippen aus der Bundeskanzlerschaft und ist

528 zunächst auf dieses ‚Ja, aber‘ gegangen, das
 529 also da ein Schlagwort geworden ist. Ja für
 530 Atomkraft, aber Sicherung der Entsorgung, der
 531 Endlager, der Zwischenlager. Und erst so im
 532 Laufe wie die ganze Geschichte dann heißer
 533 geworden ist, ist dann das klare Nein ge-
 534 kommen. Dann kam dieses „ich will nicht
 535 ausschließen, dass ich sicher nicht zurücktreten
 536 werde“ vom Kreisky – da ist immer gesagt
 537 worden, er hat es sich damit verdorben mit
 538 bürgerlichen Wählern, die unter Umständen für
 539 Zwentendorf gestimmt hätten. Die haben aber
 540 diese Politisierung nicht mitgetragen und sind
 541 somit der ÖVP, ihrer Partei, treu geblieben.
 542 Jetzt ist es glaube ich nicht ganz illegitim zu
 543 fragen bei der SPÖ anzusetzen. Wie viele SPÖ-
 544 Wähler, die unter Umständen zu der Ab-
 545 stimmung gegangen wären, sind durch den
 546 Kreisky mobilisiert worden auch abzustimmen?
 547 Ist das eine völlig abstruse... durch die
 548 Feststellung, dass nicht nur Bürgerliche
 549 abgeschreckt wurden, sondern eigene Wähler
 550 mobilisiert worden sind. Ist zumindest ein
 551 theoretischer Ansatz, aber gegen Klischees darf
 552 man ja hie und da mal dagegen büsten.
 553
 554 *K: Wir kommen jetzt kurz noch zu den*
 555 *medienpolitischen Aspekten. Wir haben ja*
 556 *vorher gesagt Fehler – Fehler meinen wir*
 557 *hinsichtlich bzw. dahingehend, dass Kreisky ja*
 558 *grundsätzlich mal dieses Atomkraftwerk*
 559 *durchbringen wollte, in Betrieb nehmen wollte.*
 560 *Welche Fehler hat denn Kreisky hinsichtlich*
 561 *der Kommunikation den Medien gegenüber*
 562 *gemacht? Gibt es da Fehler, die zu nennen*
 563 *sind?*
 564
 565 IP3: Also, sie kennen die Gertrude Stein, a
 566 Rose is a rose is a rose... a Bruno is a Bruno is
 567 a Bruno. Das war für ihn der Qualität nach
 568 business as usual. Die Intensität der
 569 Behandlung oder die Häufigkeit der
 570 Behandlung ist gestiegen. Er hat nicht anders
 571 argumentiert, mit Ausnahme halt der Thematik,
 572 als sonst. Es war sogar glaube ich weniger
 573 polemisch als z.B. die Diskussion um die
 574 Fristenlösung. Das scheint schon so gewesen zu
 575 sein, dass er versucht hat, die Sache nicht
 576 überkochen zu lassen, die Emotionen nicht
 577 hochgehen zu lassen. Ich habe lange nach-
 578 gedacht, mir ist eigentlich ein einziger Faux-
 579 pass in Erinnerung gekommen, der sicherlich
 580 nicht ganz so ohne war. Er hat also quasi
 581 gesagt, wenn die Abstimmung verloren geht,
 582 wird er sich die Gegner von Zwentendorf schon
 583 anschauen oder ein Wörterl reden. Da kam also
 584 eine Drohung durch, die also auch einiger-
 585 maßen in den Medien behandelt wurde.
 586 [schlägt in seinen Notizen nach] Ich habe es
 587 schon, er hat gesagt, dass er mit den Gegnern
 588 ein ernstes Wort reden wollte. Da hat man
 589 gesagt, der will uns da erpressen usw. usf., aber
 590 war – wie das halt in Österreich so ist – nach
 591 drei Tagen war der nächste Skandal da und es
 592 ist wieder über etwas anderes geredet worden.
 593 Aber ansonsten, ich könnte mich nicht

594 erinnern. [Kurzer Austausch über Recherche-
 595 methoden zwischen IP und dem Autor]. Gut,
 596 jetzt waren wir wo?
 597
 598 *K: Die Fehler Kreiskys hinsichtlich der*
 599 *Kommunikation, ich wechsele gleich zur*
 600 *nächsten Frage. Wie ist denn Kreisky mit den*
 601 *Medien einmal grundsätzlich umgegangen?*
 602 *Welche Maßnahmen hat er hinsichtlich*
 603 *Zwentendorf den Medien gegenüber ergriffen?*
 604 *Hat es da besonders oft Besprechungen mit*
 605 *Journalisten gegeben? Hat es Presse-*
 606 *konferenzen gegeben, was war so ihr Eindruck*
 607 *dieser Medienkampagne.*
 608
 609 IP3: Das Hauptinformationsforum beim
 610 Kreisky war das Pressefoyer nach dem
 611 Ministerrat. Da ist selbstverständlich jeden Tag
 612 den Gott gab in dieser Zeit über Zwentendorf
 613 geredet worden. Nach dem Parteivorstand war
 614 er eigentlich selten dort, aber ich nehme an,
 615 dass er dann gelegentlich auch zu den
 616 Pressekonferenz nach dem Parteivorstand, die
 617 also einmal im Monat oder irgendwas war,
 618 gekommen ist. Es hat sicher, nur ich kann mich
 619 jetzt nicht mehr erinnern, auch die eine oder
 620 andere unmittelbare Pressekonferenz von ihm
 621 gegeben. Pressekonferenzen bei ihm im
 622 formalen Sinn waren relativ selten. War ja auch
 623 nicht notwendig. Er hat das Ministerratsfoyer
 624 gehabt, wo jeder hinkommen konnte, da hat er
 625 keine Pressekonferenz gebraucht. Aber ich
 626 kann nicht ausschließen, dass es die eine oder
 627 andere Pressekonferenz zu diesem Thema
 628 gegeben hat, aber sehr gering.
 629
 630 *K: Wie sind denn die Medien jetzt grund-*
 631 *sätzlich mit dem Thema Zwentendorf umge-*
 632 *gangen, aus ihrer Sicht?*
 633
 634 IP3: Ja eigentlich, ich glaube relativ ratlos.
 635 [Kurzer Austausch über Recherchemethoden
 636 zwischen IP und dem Autor]. Es war auch in
 637 der Berichterstattung eine gewisse Ratlosigkeit,
 638 im Zweifelsfall ist immer ein bisschen an
 639 Kreisky herumgemeckert worden. Was nämlich
 640 nicht stimmt ist, wie man es immer wieder hört,
 641 die Zeitungen hätten nichts anderes zu tun
 642 gehabt, als dem Kreisky Goderl zu kratzen in
 643 seiner Zeit. Ich bin immer wieder erstaunt,
 644 wenn ich zurückgehe, wie viele kritische
 645 Glossen und Kommentare über den Kreisky
 646 gekommen sind. Und so auch in diesem Fall.
 647 Ich habe aufgrund dieser Frage nachgedacht,
 648 ich bin aber nicht fündig geworden und ich
 649 glaube es stimmt auch so: es hat keine
 650 Kampagnen gegeben, wie später also meinet-
 651 wegen mit Hainburg. Die Berichterstattung war
 652 eigentlich... ich schließe jetzt auch wieder aus
 653 bitte seine Verknüpfung der Volksabstimmung
 654 mit seinem politischen Schicksal, da ist es also
 655 groß rund gegangen, da ist also geschimpft
 656 worden und gehaut worden wie ein Tanzbär.
 657 Vielleicht sollten wir sagen, bei der Kronen
 658 Zeitung kann ich mich überhaupt an nichts
 659 Außergewöhnliches erinnern. Das stärkste

660 Engagement hat in manchen Bereichen, auch
661 nicht immer, die Presse gespielt, die natürlich
662 damals noch Wirtschaftsinteressen vertreten
663 hat, das war also die Zeitung der Bundes-
664 kammer, und da hat man also schon gewisse
665 Anzeichen gefunden, wie große Teile der ÖVP
666 darüber denken, die hat also dann schon immer
667 geschrieben: bitte der Kreisky soll doch nicht
668 politisieren, der soll seine politische Verant-
669 wortung wahrnehmen und Zwentendorf auf-
670 sperren. Diese Vorwürfe sind auch teilweise in
671 anderen Zeitungen vorgekommen, aber jetzt
672 nicht, dass man sagen könnte, die Medien
673 hätten eine Kampagne gegen Kreisky geführt.
674 Es hat dann immer wieder punktuell
675 Unterstützung gegeben, z.B. die Argumentation
676 von Tollmann, dass Zwentendorf in einer
677 Haupterdbebenlinie liegt, die wurde also schon
678 kräftig abgehandelt. Aber ähnliches wie in
679 Hainburg, so was hat es nicht gegeben.
680
681 *K: Sind aus Ihrer Sicht Medienstrukturen oder*
682 *Entwicklungen im Medienbereich zu nennen,*
683 *die ein wenig zu dieser Entscheidung beige-*
684 *tragen haben?*
685
686 IP3: Das ist auch eine Frage die ich nicht ganz
687 verstehe. Können Sie das ein bisschen
688 detaillieren?
689
690 *K: In den siebziger Jahren ist z.B. das Profil*
691 *entstanden, also die Medienlandschaft hat sich*
692 *entwickelt. Sind da aus Ihrer Sicht Strukturen*
693 *zu nennen, wo Sie sagen, die könnten auch ein*
694 *bisschen dazu beigetragen haben, dass diese*
695 *Entscheidung...*
696
697 IP3: ... also wenn man uns auf das Wort
698 bisschen einigen können, Herr Kollege, dann
699 ja. Aber alles andere als entscheidend. Es gibt
700 in Deutschland ein Modewort, die Gemein-
701 lange. Und wenn man das jetzt verwendet, die
702 Gemengelage, dass Zwentendorf durchgefallen
703 ist, ist ein Bündel an durchaus nachvollzieh-
704 baren rationalen Entscheidungen der Leute.
705 Aber im großen und ganz das Unbehagen mit
706 diesem unheimlichen Gegner. Ich glaube nicht,
707 dass man das letzten Endes festmachen kann an
708 politischen Argumenten. Das ist eine Glaubens-
709 frage, kann jeder sagen sei nicht so naiv. Aber
710 ich glaube... wäre interessant gewesen, was
711 passiert wäre, wenn das Endlager gefunden
712 worden wäre. Ich bin überzeugt, dass auch da
713 die Abstimmung negativ ausgegangen wäre.
714 Die Leute haben sich mit dem einfach nicht
715 ausgekannt, nicht gefreut, sie haben die
716 ausländischen Beispiele gehabt, sie haben in
717 Österreich die Gegnerschaft gehabt, über Rütli
718 haben wir schon gesprochen. Und bevor noch
719 in Zwentendorf protestiert wurde, in Oberöster-
720 reich haben sich ja starke Kräfte gegen St.
721 Pantaleon formiert. St. Pantaleon hätte das
722 zweite Atomkraftwerk werden sollen, das liegt
723 in der Nähe von St. Valentin. Und bevor also
724 noch die Gegner von Zwentendorf so richtig
725 marschieren sind, hat man in Oberösterreich

726 schon gegen die Atomkraft protestiert und da
727 war also von so wirklichen politischen Festle-
728 gungen noch gar keine Rede.
729
730 *K: Gut, Abschlussfrage. Wie hat denn Kreisky*
731 *seine Niederlage kommuniziert aus Ihrer Sicht,*
732 *wie hat er sich dahingehend den Medien*
733 *gegenüber gezeigt?*
734
735 IP3: Er ist – wie sagt man – strahlend wie
736 Phönix aus der Atommaske gestiegen. Er hat –
737 um da jetzt ernst zu sein – von Anfang an
738 gesagt, die Volksabstimmung ist bindend und
739 wenn also irgendwas sein sollte, wird er es
740 noch einmal aufs Tapet bringen, geht das also
741 auch nur mit Volksabstimmung, das zum
742 Einen. Das Zweite war, dass er da in den
743 Parteivorstand gegangen ist und dort also
744 offensichtlich „wah wah wah, ich bin schuld“
745 und dann also von allen Parteivorständen
746 zurückgezogen wurde von jeder denkbaren Idee
747 an den Rücktritt. Und dann – wie es in solchen
748 Krisenfällen bei der SPÖ und bei Kreisky
749 immer war – ist er mit einer Generalvollmacht
750 des Parteivorstandes aus dem Sitzungszimmer
751 gekommen. Genau so eine Generalvollmacht
752 die er seinerzeit gehabt hat, wie diese Skandale,
753 Androsch, AKH, und so weiter waren, wo er
754 auch kräftig geschimpft hat und dann sich, da
755 hat es auch Rücktrittsdrohungen geben, und
756 dann auch mit einer Generalvollmacht
757 gekommen ist, dass er also über die Moral in
758 der SPÖ allein wachen kann. So hat er das
759 gemacht. Da war nichts Wehleidiges daran. Er
760 hat im Übrigen auch gesagt – was absolut
761 richtig ist – dass er nie mit Rücktritt gedroht
762 hat. Was also, wenn man sich an diese Presse-
763 konferenz in Neusiedl erinnert, auch richtig
764 war. Er hat nicht gesagt er tritt zurück, sondern
765 – wir haben es ja versucht auszudeutschen ...
766 Das war es dann auch schon. Es gab dann also
767 natürlich noch endlos lange Diskussionen, ob
768 man es doch noch machen kann. Es ist das
769 Atomsperrgesetz gekommen, da hat man
770 versucht die Verhandlungen vielleicht doch
771 noch wieder einen Neubeginn zu bekommen,
772 aber es war eigentlich von Anfang an klar, dass
773 da also nichts passiert. Und die ÖVP hat hier
774 also wirklich jeden Grund gehabt sich die
775 Wunden zu lecken. Dann nach 79. Und so ist
776 die Sache dann halt versandet. Und dann war
777 also das Damaskus-Erlebnis 1986 mit
778 Tschernobyl, damit wars weg.
779
780 [ENDE INTERVIEW IP3]

1 K: Wie hat jetzt Kreisky ihrer Meinung nach
2 allgemein versucht die Atomkraft in Öster-
3 reicher zu etablieren?
4
5 IP4: Im Grunde muss man sagen, er hat sie ja
6 politische geerbt. Er war ja nicht der Initiator,
7 sondern das war die ÖVP, die die Atomkraft
8 gepusht hat und das hat auch gesellschafts-
9 politische Hintergründe, das hat mir jemand
10 mal erklärt, ein Insider von der Verbund-
11 gesellschaft. Die Verbundgesellschaft war
12 traditionell rot und die Landesgesellschaften
13 waren traditionell schwarz. Die Verbundgesell-
14 schaft hat die Wasserkraftpotentiale der großen
15 Flüsse über, und die Landesgesellschaften
16 haben sozusagen die kleineren Wasserkraftpo-
17 tentiale und was an kalorischen Kraftwerken in
18 den Ländern war. Und zunächst hat man mal
19 gehört, also ich kann das jetzt nicht ganz exakt
20 sagen wer was wie gesagt hat, aber das Selbst-
21 verständnis oder die Einschätzung damals war
22 einfach die, hat mir eben ein Insider erzählt,
23 dass die Landesgesellschaften, da sitzen
24 traditionell die Landeshauptleute im Aufsichts-
25 rat, die haben großes Interesse an Einfluss
26 sozusagen auf Landesebene gehabt und waren
27 sehr daran interessiert Kapazitäten aufzubauen
28 im Land, weil das politisch... es ist völlig klar,
29 Auftragsvergabe, wenn ein Kraftwerk gebaut
30 wird, man kann Posten vergeben, man kann
31 Aufträge vergeben, das ist das, womit sich ein
32 Politiker wichtig macht. Und das heißt: die
33 Landesgesellschaften, die Schwarzen waren
34 sehr für Zwentendorf, weil das auch zur Folge
35 hatte, dass als Ergänzung oder als Ausfalls-
36 leistung, wenn das Atomkraftwerk abgeschaltet
37 wird, braucht man Reservekapazitäten. Ein
38 AKW kann jederzeit kurzfristig abgestellt
39 werden, und da Zwentendorf so ein großer
40 Brocken war fürs Verbundnetz damals, so in
41 der Größenordnung von zehn Prozent oder
42 etwas weniger, hätte es sofort einen Netzzu-
43 sammenbruch gegeben. Das heißt es war mal
44 ein Ergänzungskraftwerk notwendig, das
45 schnell einspringen kann und das waren die
46 Speicherkraftwerke. Es ist der Maltaspeicher
47 für Zwentendorf gebaut worden, eine super
48 Geschichte natürlich für die Landesgesell-
49 schaften. Und je nachdem wie die Anteile an
50 dem Verbund-zugehörigen Kernkraftwerk
51 Zwentendorf waren, die Anteile der Länder,
52 haben die Länder auch noch Reservekapa-
53 zitäten hingestellt. Also auch eine gute,
54 interessante Sache. Und so, hat man mir eben
55 erzählt, war das Interesse der schwarzen
56 Reichshälfte sehr groß an Zwentendorf. Die
57 Verbundleute direkt wollten es gar nicht, weil
58 die haben gesagt, wir bauen zuerst die
59 Wasserkraft aus und die ist sauberer und wir
60 haben ja die Planung für die Donau usw., wir
61 brauchen das gar nicht. Und da hat es dann
62 sogar die Insidergeschichte gegeben, das hat
63 mir eben dieser Bundeslastverteiler gesagt,
64 nach dem zweiten verstaatlichten Gesetz war
65 eben eine Bedingung oder ein Kriterium, dass
66 der Strom so billig wie möglich erzeugt werden

67 soll. Das heißt, wenn eine Kalkulation vorzeigt,
68 dass der Atomstrom billig ist, dann ist das ein
69 gewichtiges Argument. Und das haben sie auch
70 gemacht. Sie haben eine Kalkulation für den
71 Atomstrom vorgelegt und da haben die
72 Verbundleute alle nur gelacht drüber, aber sie
73 haben keine Alternative dazu angeboten.
74 Jedenfalls, da sind die Beschlüsse gefasst
75 worden und da hat man sogar Druck ausgeübt,
76 hat gesagt, ja das Verstaatlichungsgesetz wird
77 nicht verlängert, wenn ihr nicht zustimmt. Von
78 Anfang an waren nicht die Sozialisten die
79 treibende Kraft für das Atomprogramm sondern
80 die ÖVP aus diesen geschilderten Hintergrund-
81 interessen. Der Bruno Kreisky, ich weiß nicht
82 wann er an die Regierung gekommen ist,
83 jedenfalls wie er an die Regierung gekommen
84 ist, hat er das Projekt geerbt praktisch und in
85 dem relativ neu gegründeten Ministerium für
86 Gesundheit und Umweltschutz, das Anfang der
87 70er Jahre gegründet wurde und zwar nach der
88 RIO-Konferenz, der Umweltkonferenz war
89 klar, jedes Land, was auf sich hält,... also
90 Umwelt ist wichtig und braucht ein Umwelt-
91 ministerium. Und da wurde eben auch in
92 Österreich das gegründet. die erste Ministerin
93 war die Frau Ministerin, Frau Dr. Ingrid
94 Leodolter, eine Ärztin. Und dort in diesem
95 Ministerium lag sozusagen die Genehmigungs-
96 behörde für die strahlenschutzrelevanten
97 Sachen. Verschiedene technische Details, dafür
98 war das Ministerium für Bauten und Technik
99 zuständig unter Staribacher. Aber wichtige
100 Strahlenschutz und alle diese gesundheits-
101 relevanten Geschichten sind alle im
102 Ministerium für Gesundheit und Umweltschutz
103 gelaufen, aber auch das andere Ministerium.
104 Jedenfalls sind alle Kompetenzen dann für die
105 Genehmigung bei ihm gelegen. Und dazu kam
106 dann natürlich auch, und das war für mich
107 immer die Frage, ja woher stammen diese
108 gewaltigen Motive für Kernenergie seitens der
109 Gewerkschaft, seitens eben auch großer Teile
110 der Sozialdemokratischen Politik für das
111 Atomprogramm, und das war deswegen
112 natürlich weil das Vorzeigekind der Sozialisten
113 war ja die verstaatlichte Industrie, die Voest
114 Alpine, und in der Voest gab es eine
115 Nuklearabteilung, die hat Komponenten
116 gebaut, große Kesselteile, Rohrkomponenten,
117 Pumpen und Schwerindustrie, Spezial-Super-
118 Präzisions-Qualitätskomponenten für Atom-
119 kraftwerke, und zwar im Zusammenhang ganz
120 intensiv mit Siemens und der deutschen
121 Kraftwerksunion. Also Siemens und AEG
122 haben damals die Kraftwerksunion gebildet.
123 AEG war traditionell für die Siedewasser-
124 reaktorlinie zuständig, und Siemens für die
125 Druckwasserreaktoren. Siemens Österreich war
126 eben auch ganz massiv pro Atom und ein
127 Bundeskanzler, ein sozialdemokratischer, der
128 sozusagen sich als der oberster Chef der
129 verstaatlichten Industrie gefühlt hat und das
130 ganze Stammwählerpotential, die Arbeiter, die
131 man verhetscht hat, bei jeder Gelegenheit und
132 bei der Voest auch mit Sonderprivilegien

133 ausgestattet, die irgendwann mal zusammen-
134 gebrochen sind, da war also die starke Moti-
135 vation für Kernenergie da. Also der Kreisky hat
136 das sicher nicht erfunden, die Kernenergie,
137 sondern da gab es eben auch vor der Kreisky
138 Ära einen Besuch von einem deutschen
139 Forschungsminister namens Stoltenberg und
140 der hat eben gemeinschaftlich mit der
141 schwarzen Politelite das Kernenergieprogramm
142 ausgekocht. Diese lange Darstellung soll
143 eigentlich nur zeigen, dass es nicht vom
144 Kreisky ausgegangen ist, aber das er dann die
145 Verantwortung geerbt und für die
146 Genehmigung letztlich natürlich auch die
147 Verantwortung getragen hat als oberster
148 Regierungschef und die zuständigen Behörden
149 haben die Genehmigung vorangetrieben und
150 natürlich war das Ganze auch im Interesse der
151 verstaatlichten Industrie, der Schwerindustrie
152 usw. Kreisky hat ja auch geträumt von einer
153 Industrialisierung des Donauraums, rechts und
154 links von der Donau breites Industriegebiet,
155 weil das war die Basiswählerschaft, die
156 Arbeiter, die haben fest zur sozialistischen
157 Partei gehalten und je mehr arbeitsabhängige
158 Arbeiter man hat umso besser für die Partei,
159 weil die kann dann rechnen mit stabilen
160 Wahlerfolgen, wenn sie entsprechendes
161 Klientel bedient. Also Kreisky hat diese
162 Industrialisierungskonzepte sehr wohl verinner-
163 licht und vertreten auch. Und damals hat Paul
164 Blau einen brillianten Artikel geschrieben aus
165 der Sicht des Umweltschutzes über das
166 Ruhrgebiet an der Donau, also die andere Seite
167 einer solchen Industrialisierungsvision. Also
168 ich weiß nicht wie viel Antwort das jetzt war
169 für ihre Frage...?

170
171 *K: Ich lasse Ihnen da freie Hand...*

172
173 IP4: Ja, wie hat die Frage nochmals gelaute?

174
175 *K: Die Frage war, wie hat Kreisky versucht die*
176 *Atomkraft in Österreich zu etablieren?*

177
178 IP4: Ja, also er hat – meine Kurzantwort ist
179 natürlich jetzt die – er war nicht der Initiator, er
180 war das ausführende Organ. Er hat es
181 übernommen, es hat ihm dann durchaus ins
182 Konzept gepasst insgesamt, aber er war nicht
183 der, der es etabliert hat, sondern er hat es dann
184 übernommen und wollte es natürlich zu einem
185 gedeihlichen Abschluss führen, hat sich daher
186 dann auch dafür engagiert.

187
188 *K: Warum hat sich die Gesellschaft jetzt derart*
189 *gegen das Atomkraftwerk aufgelehnt? Was*
190 *waren denn so die Hauptkritikpunkte, die da*
191 *vorgebracht worden sind?*

192
193 IP4: Ja, die Geschichte hat natürlich höchst
194 spärlich und klein angefangen. Da gab es
195 zunächst ganz wenige Personen, die da frühe
196 Warner waren. Also da nenne ich als Einen der
197 ganz Frühen den Schriftsteller Günter Schwab,
198 der hat ein Buch geschrieben, ein allgemein

199 umweltkritisches... der Tanz mit dem Teufel.
200 Das war so ein allgemeines, und dann hat er ein
201 spezielles geschrieben, Morgen holt sich der
202 Teufel, neues verschwiegenes und verbotenes
203 von der friedlichen Atomkernspaltung. Dieses
204 Buch habe ich gelesen, habe es spannend
205 gefunden, es war halt so ein bisschen ein
206 theatralischer Roman, wo so ein Umwelt-
207 schützer so eine Heldenrolle gespielt hat usw.
208 Und ich war damals im Reaktorzentrum tätig
209 und habe Physiker gefragt, stimmt das was da
210 drin steht? Und die haben gesagt, ja das
211 stimmt! Also die physikalischen Fakten, an
212 denen er sich seine Geschichte entwickelt hat,
213 waren in Ordnung. Das war mein erster
214 Kontakt mit einem Kritiker. Und ich selber war
215 auch von vorn herein als Biologe natürlich sehr
216 problembewusst, was Strahlung und gesund-
217 heitliche Strahlenfolgen betrifft und habe sehr
218 gut gewusst, dass Strahlung erbliche Defekte
219 hervorruft. Da hat ein Amerikaner schon in den
220 20er Jahren Versuche gemacht und hat dann
221 1946 den Nobelpreis dafür bekommen, dass er
222 die mutagene Wirkung von Strahlung nach-
223 gewiesen hat mit sehr hochkarätigen Methoden.
224 Also, das war mir auch klar, das heißt Skepsis
225 ist bei mir von vorne herein auf guten Nähr-
226 boden gefallen. Und das hat es als frühen
227 Warner auch gegeben einen Arzt aus Weidling
228 bei Klosterneuburg, das war der DDr. Rudolf
229 Drobil mit Dora, Drobil. Und der hat sogar in
230 der Sommerpause ein Ärztememorandum ge-
231 schrieben gegen Zwentendorf und das haben
232 bei einer Versammlung im Sommer haben das
233 die niederösterreichischen Ärzte verabschiedet.
234 Es waren dann allerdings ein paar einfluss-
235 reiche Röntgenologen, die sich als Strahlen-
236 fachleute gefühlt haben, die das in der Weise
237 nicht mittragen wollten und die haben dann
238 revoltiert dagegen und es wurde wieder
239 zurückgezogen, dieses Memorandum. Aber gut.
240 Das waren aber jedenfalls Leute zu einer Zeit,
241 wo ich noch zwar skeptisch war zur Kern-
242 energie als Mitarbeiter im Reaktorzentrum,
243 aber noch keinen Piep von mir gegeben habe
244 öffentlich. Dann habe ich kennen gelernt auch
245 einen frühen Aktivisten, das war der Walther
246 Soyka [Name wird vom IP buchstabiert], der
247 ein richtiger Motor war, so ein unermüdlicher
248 Aktivist, der dort und da hineingeschnuppert
249 hat und bei irgendeiner offiziellen Verhandlung
250 wo keinerlei Parteienstellung existiert hat und
251 ist eingedrungen in den Saal und ist
252 hinausgeführt worden von der Gendarmerie
253 und bei der anderen Tür wieder hereinge-
254 kommen. (lacht) Also so ein Mann war das.
255 Und der hat dann natürlich auch alle Skeptiker
256 in irgendeiner Weise zusammengebracht und
257 nicht mehr aus der Pflicht gelassen und ich war
258 sozusagen ein wichtiger Beitrag für diese
259 Bewegung weil ich mich beruflich mit
260 Strahlenwirkung, Strahlenbiologie, strahlen-
261 medizinischen Fragen befasst habe und war
262 daher ein kritischer Wissenschaftlicher, der
263 vom Fach etwas verstanden hat. Und für mich
264 selber war natürlich auch höchst beunruhigend,

265 wie die Leute, die Techniker, aber auch die
266 Strahlenschützer, wie naiv und verantwortungs-
267 los die mit der Strahlung umgegangen sind.
268 Also ich habe in Seibersdorf die wichtigsten
269 Leute kennen gelernt, die mit dem Konzept,
270 Projekt Zwentendorf betraut waren und die
271 dann bei der Genehmigung und später dann
272 auch bei der Errichtung eine gewisse Rolle
273 gespielt haben, als Sachverständiger,
274 Strahlenschutzbeauftragter und ich habe eben,
275 um Gottes Willen, diesem Typen darf man das
276 nicht überlassen, das ist eine viel zu ernste
277 Angelegenheit. Also da könnte man jetzt auch
278 lange Geschichten erzählen. Jedenfalls aber
279 war damals, wenn ich damals sage, sage ich
280 Ende der 60er Jahre, da habe ich meinen ersten
281 atomkritischen Aufsatz geschrieben, es ist so
282 gekommen, bei einem Familientreffen habe ich
283 erzählt, wie es da zugeht in Seibersdorf und wie
284 leichtfertig man damit umgeht und was diese
285 Atomprogramme mir für Sorgen machen,
286 wegen der ganzen Abfallproblematik, wo man
287 keine Ahnung hat was man damit tun will usw
288 usw. Und mein Cousin, der ein hohes Tier war
289 bei den Pfadfindern hat gesagt, geh schreibe
290 uns da einen Aufsatz für die Pfadfinderzeitung.
291 Das habe ich gemacht und diese Zeitschrift hat
292 den interessanten Titel gehabt, der dann auch
293 bestimmend für mein weiteres Leben war,
294 Aufbruch. Also das war im Grund genommen
295 mein Aufbruch als Atomkritiker. Und es war
296 damals interessant also, ich habe dann einen
297 Freund gewonnen im Reaktorzentrum, der ein
298 paar Jahre jünger war als ich, Edi Gruber, ein
299 Strahlenchemiker, und der mit mir gemeinsam,
300 wir haben gemeinsam sehr gut ergänzt, meine
301 Schwächen waren seine Stärken, er war gut in
302 Mathematik, alles was zum Ausrechnen war,
303 hat er aus dem kleinen Finger geschüttelt, war
304 mir Probleme gemacht hat, er war der gute
305 Physiker und Radiochemiker, und ich war der
306 gedankenvolle, gedankenreiche Biologe, also
307 wir haben einander sehr gut ergänzt und haben
308 auf dem Weg ins Reaktorzentrum eine Stunde
309 Busfahrt und eine Stunde zurück, haben also
310 ständig da jahrelang kooperiert und argu-
311 mentiert, haben uns die Argumente der Befür-
312 worter angeschaut usw. Also jedenfalls, er und
313 ich haben begonnen unsere ersten Beiträge zu
314 machen und über diesen Dr. Drobil haben wir
315 da auch einen Beitrag in der Ärztezeitung
316 untergebracht, weil damals waren viele der
317 Meinung Strahlenkrebs sei bei niedrigen
318 Strahlendosen kein Problem, sondern erst bei
319 höheren.
320
321 [Interview kurz wegen Telefonats kurz
322 unterbrochen]
323
324 Jedenfalls war damals Strahlenkrebs durchaus
325 kein Thema im Zusammenhang mit Niedrig-
326 strahlung. Ich hatte Kontakt zu Amerikanern,
327 die da an der Spitze der Forschung waren und da
328 haben wir in der Ärztezeitung auch eben einen
329 Artikel untergebracht. Auch beim Wiener
330 Naturschutzbund habe ich einen Vortrag

331 gehalten und ich bin dann eingeladen worden –
332 weil jetzt geht es ja um die Entwicklung, wie
333 hat sich das Ganze entwickelt, kann ich Ihnen
334 natürlich nur aus meiner persönlichen Sicht
335 erzählen – und ich bin dann eingeladen worden
336 vom Obmann des niederösterreichischen
337 Naturschutzbundes und der hat mich
338 kontaktiert, das war der Hofrat Erich
339 Czwiernia [IP buchstabiert Name], und der hat
340 eben gesagt, ja es gibt eine ganze Reihe
341 prominenter Naturschützer, die sehr für die
342 Kernenergie sind, weil sie die Hoffnung haben,
343 dass man sich damit erspart die Flüsse zu
344 regulieren und zu elektrifizieren und die
345 Alpentäler zuzumauern. Und er ist halt doch
346 eher skeptisch was die Kernenergie betrifft und
347 man sollte da im Naturschutzbund dieses
348 Thema ernsthaft aufgreifen. Und so bin ich
349 zum Naturschutzbund gekommen im Jahre
350 1970 und habe diesen Arbeitskreis begonnen
351 und es waren tatsächlich einige wirkliche
352 Naturschutzpromis, die hohes ansehn hatten,
353 die man bekehren müssen vom Glauben an die
354 Kernenergie, das war aber möglich. Damals hat
355 es eine ganze Reihe Leute gegeben, die aber
356 alle – wenn man so will – aus dem bürgerlichen
357 Lager gekommen sind, und wenn man das aus
358 heutiger Sicht sich anschaut, jeder junge
359 Mensch sieht heute ganz klar und erfährt es in
360 jedem Nachrichtenblock, dass die Welt voller
361 Probleme steckt. Damals war es ganz anders.
362 Da war noch immer die Zeit des Wiederaufbaus
363 und jeder hat das Gefühl gehabt, von Jahr zu
364 Jahr wird es besser. Da ist eine Autobahn
365 gebaut worden und da ist jetzt das und jenes,
366 und jetzt habe ich mir sogar einen Kühlschrank
367 leisten können usw, und eine neue Küche und
368 das, und es geht eigentlich von Jahr zu Jahr
369 besser und eigentlich geht's uns immer besser
370 besser besser... und dann auf einmal, aber da,
371 da kommt jetzt etwas, das unsere schöne rosige
372 Zukunft bedroht, da sind auf einmal Gefahren
373 da. Also, die die da uns sagen, wie gut alles ist,
374 sind die wirklich so vorausschauend usw? Das
375 waren praktisch die ersten Zweifel an dem
376 rosaroten Weg des Fortschritts und des ständig
377 Besserwerdens. Mehr Wohlstand, mehr
378 Lebensstandard und das aufkeimende
379 Umweltbewusstsein war natürlich schon da,
380 das man sagt, na auf einmal Lärmbelastung
381 durch eine neue Straße, eine
382 Müllverbrennungsanlage, dort ein schöner
383 Wald geopfert, dort ein schöner Fluss verbaut,
384 und da gabs natürlich Anrainer, die die
385 Schattenseiten des Fortschritts erlebt haben.
386 Aber das war auf einmal so etwas
387 Übergeordnetes. Da sind auf einmal Zweifel
388 aufgetaucht. Die Geschichte war dann so, jetzt
389 aus meiner Sicht, also im Naturschutzbund,
390 dann war dort z.B. irgendjemand von der
391 jungen Generation der SPÖ, also die Jusos.
392 Und der sagt, ja das ist ein interessantes
393 Thema, könnten Sie da bei uns referieren?
394 Nagut, ja, klar, gern, selbstverständlich und so
395 habe ich angefangen dort zu referieren und da
396 und katholische Jugend und katholisches

397 Bildungswerk und da in einer Schule und da in
398 einer Pfarre und da gewünscht ein Beitrag für
399 die Zeitung oder jene,... also es hat langsam so
400 ein Problembewusstsein begonnen und das ist
401 langsam langsam gegangen. Und was der
402 zweite Teil dann ihrer Frage ist, das möchte ich
403 nur jetzt hier mal einflechten, die großen
404 Medien, für die war das ein Tabuthema. Also,
405 in dieser frühen Zeit war völlig klar, das war
406 ausgemacht, Kernenergie ist ein Thema für
407 Experten, die Leute, die dagegen sind haben ja
408 eigentlich keine Ahnung davon und die Politik
409 die macht das ja, die haben ja die Experten,
410 dazu haben wir ja ein Kernforschungszentrum,
411 da sitzen ja die Fachleute. Und um noch mal
412 zum Kreisky zu kommen. Ich bin ja dann im
413 Jahr 70 weggegangen aus Seibersdorf und bin
414 an die BOKU gekommen als Assistent und
415 habe auch im Jahr 70 war dieser amerikanische
416 Professor John Gofman in Wien, den hat der
417 Walther Soyka eingeladen, also ein großer
418 gescheiter, also ein Wissenschaftler mit
419 Reputation, der schon beim Manhattan-Project
420 mitgearbeitet hat, hohes Prestige hatte und der
421 von einem Befürworter zu einem Kritiker
422 geworden ist, aufgrund seiner Einsichten, dass
423 Niedrigstrahlung Krebs auslöst. Und damals
424 war es durchaus möglich, das hat der Walther
425 Soyka eingefädelt, weil der sehr zäh und
426 bohrend war und nicht gleich aufgegeben hat,
427 konnte man einen Termin beim Kreisky
428 bekommen. Und da sind wir vier, fünf Leute
429 beim Kreisky gewesen und haben ihn, der
430 Gofman hat dem Kreisky erzählt wie er diese
431 Probleme sieht. Und der Kreisky hat dann
432 natürlich auch gesagt, z.B. zu mir: ja, ich
433 respektiere Ihre Meinung, aber es gibt auch
434 andere Meinungen und z.B. den Sigward
435 Eklund, den kenne ich persönlich gut, das war
436 der damalige Direktor der Internationalen
437 Atomenergieorganisation, der sieht die Sache
438 ganz anders als Sie usw. Und wie wir dann
439 gegangen sind habe ich mir gedacht, na gut, er
440 hat uns gut behandelt, er hat uns zugehört usw.,
441 aber es ist auch wieder klar, dass ein
442 Regierungschef seine Experten im Kern-
443 forschungszentrum sieht, für das 200 Mio.
444 Schilling damals pro Jahr aufgewendet werden
445 und nicht einem, der dort gekündigt hat, sagt ja,
446 er kommt jetzt mit seinen abweichenden Ideen,
447 das ist jetzt mein Mann. Ich habe voll ver-
448 standen, dass der Kreisky seine Expertise sich
449 woanders holt. Wir waren dann auch beim
450 Landeshauptmann Maurer, von Nieder-
451 österreich, der ein vehementer Zwentendorf-
452 Befürworter war, und das war eben auch ganz
453 lustig. Damals war ich einer der jüngsten in der
454 Kritikergruppe, Bewegung war es ja noch
455 keine, da war eben der alte Herr Ing.
456 Stevenson, der war ein pensionierter Bundes-
457 lastverteiler und der Walther Soyka und eine
458 handvoll Leute und waren wir beim Maurer.
459 Und da waren eben einige alte Herren dabei
460 und der Maurer hat gesagt, ihr kommt mir vor
461 wie die Leute, die gegen die Eisenbahn
462 protestiert haben. Und manche haben dann

463 gesagt, es sind ja noch die gleichen Leute, die
464 gegen die Eisenbahn protestiert haben, also
465 Fortschrittsfeind. Ich habe das dann auch
466 immer weitergesponnen diese Argumente und
467 habe dann z.B. wenn man wieder die
468 Eisenbahngegner ins Spiel gebracht hat und uns
469 damit verglichen hat, dann habe ich folgende
470 Argumentation auf die Beine gestellt, habe
471 gesagt: Na ja, damals als es um die Eisenbahn
472 ging, haben ja sogar Ärzte gesagt, wenn man
473 schneller als 30 km/h fährt wird man krank. Na
474 die haben sich geirrt, das waren Gesundheits-
475 experten. Was kann man daraus schließen?
476 Dass Fortschritt jeder Art unproblematisch ist?
477 Oder das Experten sich irren können? Das
478 heißt, wir haben uns sehr früh bemüht die
479 Argumentation der anderen Seite zu
480 hinterfragen und eine bessere Kontra-
481 argumentation aufzubauen. z.B. einmal
482 kriegen wir einen Anruf, Edi Gruber und ich,
483 wir sind gerade wieder beieinander gesessen
484 und wir sind dann mehr und mehr von
485 kritischen Journalisten die Anlaufstelle von
486 Fragen geworden, weil sie gewusst haben, wir
487 überlegen uns das sehr genau, Fehler dürfen
488 wir uns keine leisten, weil dann sind wir sofort
489 weg vom Fenster, wenn wir in der Sache
490 daneben hauen, und da ist z.B. ich glaube
491 irgendeine Zeitung hat gesagt, ja es gibt eine
492 Sternfahrt – das war aber schon viel später
493 wieder – Sternfahrt zu Zwentendorf, das war
494 knapp vor der Volksabstimmung. Und da
495 wollen sie eine Frage stellen den Leuten und
496 zwar die Frage, wie viele Taschenlampen-
497 batterien kann das Kernkraftwerk ersetzen?
498 Und da habe ich gesagt, nein das ist keine gute
499 Frage, weil meine spontane Antwort ist gar
500 keine, weil ich das Kernkraftwerk nicht in
501 meine Taschenlampe reinbringe, und wir
502 werden uns eine Frage überlegen und haben
503 ihnen dann eine Frage gesagt und zwar: bei so
504 und so vielen Haushalten in Österreich und
505 unter der Annahme, dass ein Fernsehapparat so
506 und so viele Watt hat, wie viele Stunden pro
507 Tag können die Österreicher mit Strom aus
508 Zwentendorf fernsehen? Und wenn man sich
509 das ausgerechnet hat ist man draufgekommen
510 48 Stunden pro Tag. Womit dann sofort die
511 nahe liegende Reaktion von uns geortet worden
512 ist, na wofür brauch ich das (lacht)? Jetzt
513 komme ich noch zur Bewegung, wie da was in
514 Schwung gekommen ist, auch immer nur
515 einschränkend gesagt, meine Sicht, aber ich
516 war immer mitten im Geschehen drin, also ich
517 habe einen guten Überblick über das was
518 passiert ist. Und da war eben auch einer meiner
519 Lehrer an der Uni, der Prof. Wilhelm Künelt,
520 ein Ökologe, der auch in seinem Lehrbuch, das
521 war eines der frühen Lehrbücher für Ökologie,
522 hat er ein Kapitel über Strahlung gehabt. Und
523 das hat er mir dann für die Zweitaufgabe zur
524 Überarbeitung übergeben, also das war
525 sozusagen ein Lehrbuch. Das heißt, der Künelt
526 von vorne herein sehr skeptisch was so
527 Radioaktivität, Atom Müll und Verseuchung der
528 Umwelt betrifft. Und der hat ein Umwelt-

529 seminar schon sehr früh gehabt und dort habe
530 ich auch referiert vor Studenten und das hat
531 dann dazu geführt, dass sich ein Arbeitskreis
532 Atomenergie an der Uni gebildet hat. Und
533 dieser Arbeitskreis besteht aus einigen
534 Studierenden, Mädchen und Burschen, die
535 haben in einer unglaublich zähen und konse-
536 quenten Weise begonnen Inhalte zu erarbeiten,
537 Referate zu halten, die haben dann gemeinsam
538 Veranstaltungen gemacht, da ist dann der Karl
539 aufgetreten, hat über die einen Fragen geredet,
540 über den Atommüll hat wer anderer geredet,
541 und ich war zunächst tief gerührt. Erstens über
542 die Unbeholfenheit, ich war ja zunächst auch
543 sehr patschert und gehemmt und schüchtern am
544 Anfang und das hat eine Zeit gedauert bis ich
545 Selbstsicherheit gewonnen habe in diesen
546 Fragen, auch vor Publikum und auch vor
547 Meinungsgegnern aufzutreten, das dauert eine
548 Weile bis man sich da traut. Da waren auch ein
549 paar sehr wichtige Erfolgserlebnisse wichtig.
550 Aber jedenfalls, diese jungen Leute haben sehr
551 engagiert gearbeitet und haben dann eben auch
552 in Unikreisen, mit Studierenden anderer
553 Fachrichtungen haben sie Austausch gehabt
554 und haben auch öffentliche Veranstaltungen
555 gemacht und dann auch immer wieder, weil sie
556 sich so organisiert haben und gesagt haben ja,
557 also wir etablieren uns als eine Art Initiativ-
558 gruppe, haben sie dann auch im Anschluss an
559 ihre Veranstaltungen die Leute gefragt, besteht
560 hier im Ort Interesse eine Bürgerinitiative zu
561 gründen gegen Zwentendorf. Wenn ja, da
562 treffen wir uns.. wann ist es ihnen recht und
563 dann sagen wir ihnen, wie man eine
564 Bürgerinitiative macht, wie man
565 Pressemeldungen macht und das und jenes, wie
566 man Kontakte auch pflegt usw, da war auch
567 wichtig wie man Zugang zu Medien bekommt.
568 Jedenfalls aber war damals auch ganz wichtig,
569 dass einige Journalisten haben – und damals
570 waren Journalisten noch freier als heute – es
571 gab damals bei den Zeitungen z.B. beim Profil
572 hat es eine Menge hauptamtlich angestellter mit
573 gutem Vertrag ausgestatteter Journalisten
574 gegeben, und einer davon, damals Ferdinand
575 Krenn, der hat begonnen sich für die
576 Bürgerinitiativen zu interessieren. Und mir ist
577 es gelungen ihm zu sagen, wenn sie sich für
578 Atomfragen interessieren, da sind sie bei mir
579 richtig, weil da ich aus dem Vollen schöpfen
580 kann. Und das hat ihn auch interessiert und so
581 habe ich zu dem Ferdinand Krenn ein sehr sehr
582 gutes Vertrauensverhältnis aufgebaut und dem
583 hat es dann riesigen Spaß gemacht kritische
584 Fragen zu stellen, den entsprechenden Leuten
585 und er war auch tief bewegt, er hat mich
586 angerufen, da waren wir damals noch per Sie,
587 ja morgen nehme ich teil an einer Führung im
588 Atomkraftwerk Zwentendorf für Journalisten
589 und worauf soll ich da achten? Da habe ich ihm
590 erklärt was man ihnen da für Grafiken
591 vorsetzen wird und wie die eigentlich richtig zu
592 lesen sind usw. Dem Mann, der das dort über
593 gehabt hat, Strahlenschutzbeauftragter, den
594 kannte ich noch in seiner ganzen Schlamperei

595 im Umgang mit Strahlung und das war ein
596 Kollege von mir, mit dem ich immer nett
597 geplaudert habe, aber ich war immer einer ganz
598 anderen Meinung als er, und konnte also dem
599 Ferdinand Krenn einige Hintergrundinfor-
600 mationen liefern. Und am nächsten Tag ruft er
601 mich an, Sie Herr Dr., wenn ich nur im
602 Entferntesten gezweifelt hätte an dem was Sie
603 mir gesagt haben, wäre ich jetzt ganz auf Ihrer
604 Linie, denn das sind ja Verbrecher dort. Und
605 erschüttert hat ihn, wie leicht es ihm nach dem
606 Briefing von meiner Seite gelungen ist, den
607 zuständigen Fachmann dort, den Strahlen-
608 schutzbeauftragten, völlig aus der Fassung zu
609 bringen mit seinen Fragen. Der war völlig
610 fertig und vor Journalisten hat er den zur
611 Schnecke gemacht mit richtig guten Fragen. Er
612 war ja gut der Krenn. Und der hat dann das
613 Meisterwerk zu Stande gebracht einen Profil-
614 Artikel zu Zwentendorf, den die Befürworter
615 gut fanden und die Gegner auch... also es war
616 ein wirklich journalistisches Gustostückerl, was
617 der Ferdinand Krenn geliefert hat...
618
619 [Türklingel läutet – kurze Unterbrechung –
620 danach für die Arbeit nicht relevante Aussagen
621 über persönliche Erlebnisse]
622
623 Es war damals, und das ist eben das
624 entscheidend wichtige und das habe ich als
625 meine Hauptrolle gesehen, es war wichtig das
626 Urvertrauen der Öffentlichkeit in die Experten
627 zu untergraben. Weil da tritt jetzt einer auf,
628 Atom war lange Zeit ein Synonym für
629 Fortschritt, für herrlich für großartig, nach der
630 Atomkonferenz „Atoms for Peace“ im Jahr 55
631 ist ja die Werbetrommel für die Kernenergie
632 gelaufen überall, in allen Schulen ist der Film
633 gelaufen „Unser Freund das Atom“, ein Walt
634 Disney Film, ein brillant gemachter Film, in
635 dem alles vorkommt, nur nicht das Strahlung
636 schädlich ist. Das heißt, Strahlung und Atom
637 war herrlich und jetzt war es ganz wichtig zu
638 sagen, die Herren die das vertreten, deren
639 Argumente sind nicht stichhaltig. Und das war
640 eben auch eine wissenschaftliche Aufgabe, der
641 wir uns gewidmet haben, dass wir gesagt
642 haben, wir müssen eine wissenschaftliche
643 stichhaltige Argumentation gegen diese Pro-
644 linie aufbauen, und das war meine
645 Haupttätigkeit auch. Da haben wir natürlich
646 auch in der ganzen Atombewegung diesen
647 Status gehabt, dass irgendwelche Flugblätter,
648 oder Pamphlete, das ist meistens einmal bei uns
649 gelandet zur Korrektur und wir haben dann die
650 Fehler eliminiert, haben gesagt, nein das ist
651 kein gutes Argument, aber das wäre jetzt
652 stichhaltig, schreibt das so und so und so.
653
654 *K: mit welchen Argumenten hat jetzt Kreisky*
655 *versucht, das Atomkraftwerk Zwentendorf in*
656 *Österreich zu bewerben? Was waren denn so...*
657
658 IP4: ... na die Hauptargumente waren natürlich
659 die gängigen Hauptargumente. Industriali-
660 sierung ist wichtig, Wirtschaftswachstum

661 braucht mehr Strom und mehr Strom ist mit
662 Kernenergie billig und sauber zu haben.
663 Kernenergie sicher, sauber, unerschöpflich,
664 notwendig und die Probleme die lösen wir.
665 Also, Atommüll das ist eigentlich kein Pro-
666 blem, weil damals hat man gesagt, der wird zur
667 Wiederaufarbeitung nach Mol geschickt, in
668 eine Kernanlage in Belgien und da bleibt dann
669 auch der Atommüll. Und wir haben damals
670 schon gesagt, na ja, ob das so sicher ist, wie
671 lang so einen Anlage Bestand hat. Noch lang
672 bevor Atommüll spruchreif geworden ist hat es
673 Mol in Belgien als funktionierende Anlage
674 nicht mehr gegeben. Und man natürlich
675 gewusst sehr bald, das einfach ins Ausland
676 schicken, so leicht wird das nicht gehen.
677 sondern es wird möglicherweise nach einer
678 Wiederaufbereitung in Frankreich, in England,
679 in Russland wo immer, wird der Atommüll
680 irgendwo in Österreich gelagert werden
681 müssen. Und da hat sich aber sehr schnell
682 herausgestellt, das will niemand. Die Regionen,
683 die vorgesehen waren für die
684 Atommülllagerung, das war das Waldviertel
685 bei uns. Granit als Untergrund und in den
686 Felsen ein Tiefenlager hinein bauen, das waren
687 die Pläne. Wobei gesagt wurde, ja das
688 Waldviertel ist deswegen so gut geeignet, die
689 Gegend um Göpfritz herum, um Allentsteig
690 herum, weil es keine Klüfte gibt im Granit, also
691 keine Sprünge, keine Bruchlinien, sondern das
692 ist ein ganz solider Block. Aber sehr bald hat
693 sich herausgestellt, dass das gar nicht stimmt
694 und ein prominenter Geologe, Prof. Alexander
695 Tollmann, der dann später in der
696 Atombewegung eine wichtige Rolle gespielt
697 hat, der hat eine ganz simple Argumentation
698 gehabt, der hat gesagt, also wenn das Fehlen
699 von Klüften, von Sprüngen wichtig ist für die
700 Eignung eines Atommülllagers, dann ist das
701 nicht geeignet, weil es sind Klüfte dort und hat
702 Satellitenfotos aktuelle vorgezeigt, wo man die
703 Klüfte gesehen hat. Also er hat nur gesagt,
704 wenn nach eurer Behauptung gut ist, weil es
705 dort keine Klüfte hat, dann ist das schlecht,
706 weil es hat Klüfte. Das war die Argumentation
707 von Tollmann. Und da haben natürlich sich
708 viele viele draufgesetzt und im Waldviertel war
709 eine unglaublich starke Bewegung gegen
710 Zwentendorf, weil man eben zu Recht
711 befürchtet hat, man wird dann eben den
712 Atommüll dort hin kriegen. Und da ist z.B.
713 Landeshauptmann Maurer, ÖVP natürlich,
714 wurde in einem Interview gefragt, ja, sie sind ja
715 sehr für den Bau für Zwentendorf, was sollen
716 wir den mit dem Atommüll machen? Das sind
717 doch große Widerstände. Ja, also möglichst
718 weit weg bringen, exportieren. Ja, wohin Herr
719 Landeshauptmann? Ja, z.B. in die Antarktis
720 oder in den Iran. Und, wir haben damals böse
721 gesagt, ich habe gesagt, ja diese beiden
722 vorgeschlagenen Orte haben eines gemeinsam,
723 die Einwohner können sich nicht wehren,
724 weder die Pinguine, noch die Iraner unter dem
725 Schah (lacht) und haben auch noch gemeinsam,
726 dass der Herr Landeshauptmann dort keine

727 Wählerstimmen verlieren kann. Ein Freund der
728 jungen Generation der SPÖ hat gesagt, und was
729 geschieht, wenn im Iran eine Demokratie
730 ausbricht (lacht), was dann mit den
731 Exportplänen? Aber der Kreisky war aber eben
732 durchaus der Meinung, die technischen
733 Probleme sind beherrschbar und Atomenergie
734 brauchen wir. Und wie das mit dem
735 Selbstverständnis war, dass immer mehr
736 Energie gebraucht wird, da kann ich Ihnen auch
737 eine authentische Geschichte erzählen. Kurz
738 nach Amtsantritt der Frau Ministerin, der ersten
739 Ministerin für Gesundheit und Umweltschutz,
740 Frau Primaria Ingrid Leodolter, gabs eine
741 Veranstaltung die sie gemacht hat und die hat
742 geheißen, unter dem Titel stand die,
743 Umweltschutz heißt Überleben. Und bei dieser
744 Gelegenheit, das muss gewesen 72 oder so was,
745 also kurz nachdem das Ministerium gegründet
746 worden ist, habe ich ihr folgende Frage
747 vorgelegt. Frau Ministerin, wie kann man es
748 verantworten ein Strahlenschutzgesetz zu
749 verabschieden, das die Bestrahlung von
750 Menschen zu nicht medizinischen Zwecken
751 erlaubt, wo man weiß, das niedrigste
752 Strahlendosen Krebs, Leukämie und
753 Erbschäden auslösen können und das Ganze
754 nur, dass man Atomkraftwerke bauen kann. Sie
755 sagt Originalton: es ist eine Tatsache, dass sich
756 der Stromverbrauch alle zehn Jahre verdoppelt
757 und danach müssen wir uns richten - die Frau
758 Ministerin für Gesundheit und Umweltschutz,
759 also Mitglied der SPÖ-Regierung Kreisky.
760 Also, das zeigt das Selbstverständnis. Hier
761 geht's lang, da oben gibt's auch eine Grafik die
762 in den Werbeschriften der Atomwirtschaft
763 drinnen war [IP versucht eine Grafik mit den
764 Händen zu erklären], die ich heute noch in der
765 Vorlesung verwende. Da sieht man so einen
766 Punkteschwarm, hier Bruttosozialprodukt, da
767 Energieverbrauch pro Kopf. Und da sieht man
768 Albanien und irgendwelche andere Länder, die
769 uns kein Vorbild sind und da oben das Vorbild
770 USA. Und das schöne an der Grafik, das ist mir
771 jetzt erst aufgefallen. USA ist der Spitzenreiter
772 in dem Punkteschwarm da, aber die durch-
773 gezogene Linie, so eine Art Regressionslinie,
774 geht natürlich noch weiter, das heißt USA ist
775 natürlich noch lange nicht am Gipfel seines
776 Fortschritts Wirtschaftswachstums, das heißt es
777 natürlich da so hinauf. Und damals war der
778 Zuwachs sieben Prozent pro Jahr, das heißt
779 Strom, das heißt Verdopplung alle zehn Jahre.
780 Und das war ausgemacht, hier geht's lang, die
781 Amerikaner zeigen uns wo wir hinmüssen und
782 das heißt in zehn Jahren brauchen wir doppelt
783 so viel Strom. Aber zweite Donau haben wir
784 nicht und was sonst als Kernenergie, das ist die
785 einzige ausgereifte Technik, die uns diesen
786 Segen oder dieses notwendige Wirtschafts-
787 wachstum möglich macht. Das war im Grunde
788 das Paradigma und weit sind wir ja davon heute
789 auch noch nicht entfernt. Unsere Herrn
790 Politiker die glauben ja, und Damen Politiker,
791 die glauben ja auch immer noch, dass es immer
792 noch weiter... und wir haben damals ja schon

793 Anfang der siebziger Jahre gesagt, da gibt es
 794 eine ganz gleichartige Korrelation. Ich kann
 795 Bruttosozialprodukt und Umweltzerstörung
 796 kann ich ganz genau so korrelieren. Also die,
 797 die da unten sind haben eine intakte Natur,
 798 viele, also heute schaut es auch schon anders
 799 aus, weil die sind auch mit unserer Hilfe
 800 zerstört worden, die Länder. Aber damals war
 801 klar, man hat genauso gut sagen können
 802 Bruttosozialprodukt pro Kopf und
 803 Müllaufkommen pro Kopf oder Emissionen
 804 von CO2 pro Kopf oder Einsatz von DDT pro
 805 Kopf oder andere Gifte, Umweltgifte... Also
 806 das war völlig klar, dass man gesagt hat, von
 807 diesen Korrelationen müssen wir wegkommen.
 808 Es kann nicht sozusagen Bruttosozialprodukt
 809 darf nicht gekoppelt sein mit Umweltzerstörung
 810 sondern wir müssen da, das was man dann
 811 später als qualitatives Wachstum bezeichnet
 812 hat, was mir überhaupt nicht gefällt, weil
 813 Wachstum ist ein rein quantitativer Begriff und
 814 ein qualitatives Wachstum, das ist ein Unding...
 815 also, muss man sagen Entwicklung. Also
 816 jedenfalls war damals schon völlig klar, dass
 817 wir am Holzweg sind und dass dieser
 818 Fortschrittskurs in der Krise münden muss. Das
 819 haben viele verstanden, heute haben es viele
 820 noch immer nicht verstanden, manche schon...
 821
 822 *K: Warum hat denn Kreisky die Entscheidung*
 823 *bei der Abstimmung an den Verbleib im Amt*
 824 *geknüpft, was war da Ihrer Meinung nach...*
 825
 826 IP4: Das war für mich etwas ganz undeutliches.
 827 Er hat es auch glaube ich so gar nicht gemeint.
 828 Also ich kann mich erinnern, dunkel, an
 829 irgendeine Pressestunde oder so was, wo
 830 irgendeiner zu ihm gesagt hat, ja und, wenn das
 831 jetzt aber ein Misserfolg ist, wenn das mit Nein
 832 ausgeht, werden Sie dann zurücktreten. Und da
 833 hat er nicht gesagt, selbstverständlich, dann
 834 trete ich zurück, sondern da hat er irgendwas in
 835 den Bart gemurmelt. In seinem letzten
 836 Interview kommt das auch so heraus. Da wurde
 837 er vom Kunz gefragt, Sie haben doch ihren
 838 Rücktritt in Aussicht gestellt. Da hat er gesagt,
 839 ja meine Herren von der Presse, das haben Sie
 840 gemacht, das waren Ihre Schlagzeilen. Das
 841 heißt, man hat also diese nicht ganz klare
 842 Kopplung zu Misserfolg und Rücktritt, hat man
 843 ihm eigentlich, das haben die Medien meiner
 844 Meinung nach und auch der Aussage vom
 845 Kreisky nach eigentlich sehr stark zugespitzt.
 846 Das war so, von Anfang an, mit Sicherheit
 847 nicht gemeint, glaube ich. Und es gibt da ja
 848 recht spannende Hintergrundgeschichten, wo
 849 durchaus dann auch er dann dazu gestanden ist
 850 und gesagt hat, ja eigentlich stellt er jetzt doch
 851 die Frage und dann haben alle seine Freunde
 852 und Mitarbeiter gesagt, um Gottes Willen doch
 853 nicht wirklich. Und ja, kennen Sie dieses letzte
 854 Interview mit ihm? [es folgt ein kurzer
 855 Austausch über das Interview, das der IP als
 856 Video zur Verfügung stellen will]. Ich kann
 857 Ihnen auch ganz kurz aus dem Gedächtnis
 858 sagen, was da gelaufen ist. Und da fragt ihn der

859 Kunz, das war knapp vor dem Tod von
 860 Kreisky, vielleicht ein Jahr vor dem Tod, sagt
 861 er ja, Sie haben ja auch Niederlagen erlebt, z.B.
 862 die Volksabstimmung von Zwentendorf. Sagt
 863 er, ja ich habe aber damals auch meinen
 864 Freunden gesagt, eine Volksabstimmung kann
 865 man auch verlieren. Und wir haben sie
 866 verloren. Und ich sage heute, Gott sei Dank
 867 haben wir sie verloren. Und dann fängt er an
 868 über die Kernenergie zu reden und nach dem,
 869 von Tag zu Tag werden die Kraftwerke älter
 870 und gefährlicher. Und nach Tschernobyl und
 871 was wir sonst in der Welt erleben, muss ich
 872 sagen, wozu haben wir ein Leben lang dafür
 873 gekämpft um den Leuten die Angst zu nehmen
 874 vor Alter, vor Krankheit, vor Arbeitslosigkeit,
 875 wenn wir dann machtlos sind, wenn neue Ängste
 876 in das Leben eingebaut werden. Und ich sagen,
 877 man braucht diese Angst nicht haben, man
 878 muss den Mut haben vor diesen Gefahren zu
 879 warnen usw. usw. und wir haben genug Energie
 880 usw., und dann sagt er: und die Lehre meines
 881 Lebens ist, dass man gegen die Atomenergie
 882 sein muss. Das sagt er wortwörtlich, die Lehre
 883 meines Lebens ist... Und es ist so, ich habe ja
 884 auch den Peter Kreisky gut gekannt, das ist
 885 jetzt eine ganz andere Geschichte, die aber
 886 auch zum Kreisky natürlich dazugehört. Das
 887 Bundeskanzleramt hat Mitte der siebziger
 888 Jahre, es war glaube ich 74, ein Forschungs-
 889 projekt vergeben an Jusos, an junge
 890 Wissenschaftler. Da war der Peter Fleißner, ein
 891 Mathematiker, Systemanalytiker, der Werner
 892 Vogt, heute Ombudsmann Medizin, damals
 893 kritischer junger Mediziner, Peter Kreisky als
 894 Soziologe, Silvio Lehmann; Dietrich Knorr,
 895 Lebensmittelwissenschaftler, und das Ganze
 896 war eine gesellschaftspolitisch kritische Studie,
 897 die hat den Generaltitel gehabt „Systemanalyse
 898 des Gesundheitswesens in Österreich“. Und da
 899 bin ich kontaktiert worden, weil ich war
 900 Assistent an der BOKU, damals von einem
 901 Kollegen, der da mitgearbeitet hat, ein Juso war
 902 das eben auch, der Knorr. Der hat Lebensmittel
 903 und Krankheit, also Lebensmitteltechnologie,
 904 krankmachende Faktoren in den Lebensmitteln
 905 und Verstöße gegen das Lebensmittelgesetz
 906 und solche Sachen. Und der hat mich
 907 kontaktiert und hat gesagt du, du arbeitest doch
 908 über Umwelt. Könntest du da nicht ein Kapitel
 909 übernehmen, Umwelt und Krankheit. Und ich
 910 hab gesagt, ich schreibe gerade mit einem
 911 Freund an einem Buch, Radioaktivität als
 912 Krankheitsfaktor. Wenn ihr wollt, kann ich
 913 euch Radioaktivität und Umwelt kann ich als
 914 exemplarisches Beispiel Radioaktivität als
 915 Krankheitsfaktor und dass man die gesell-
 916 schaftlichen Probleme einer expandierenden
 917 Kernenergieproduktion anspricht. Ja, das hat
 918 ihnen gefallen, dem Projektleiter und dem
 919 Projektteam. Und wir haben den Auftrag be-
 920 kommen, ja, schreibt einen Beitrag Radio-
 921 aktivität als Krankheitsfaktor. Und dann war
 922 immer auch ein zweiter Teil, das waren die
 923 Lösungsvorschläge und das war dann der
 924 zweite Teil, der hat dann geheißen Maßnahmen

925 zur Lösung des Zielkonflikts zwischen
926 Energieplanung und Gesundheitssicherung, so
927 irgendwie. Jedenfalls war der Auftrag
928 gesellschaftspolitisch kritisch zu sein, was
929 meinem Freund Edi Gruber sehr gefallen hat.
930 Und wir haben dann nach Herzenslust
931 polemisiert in diesem Beitrag und Geld haben
932 wir keines mehr bekommen, weil der Kuchen
933 ist schon verteilt gewesen bevor wir dazu
934 gestoßen sind, und daher waren wir unfroh, wie
935 das ganze Ding schubladiert worden ist. Das ist
936 abgeliefert worden, die Leute haben alle ein
937 Geld gehabt, und es ist irgendwann mal
938 Krankreport ist da ein bisschen was in die
939 Medien gekommen, aber unser Teil nicht. Und
940 jetzt haben wir halt gesagt, für den Papierkorb
941 oder die Schublade haben wir nicht umsonst
942 gearbeitet, wir wollen das auch selbst
943 verwenden dürfen. Dann haben wir die
944 Zustimmung dazu bekommen. Ja, aber vorher
945 noch, das muss ich auch erwähnen. In
946 Österreich hat es die 68er Bewegung nicht so
947 wirklich gegeben, sage ich zum Beispiel,
948 manche werden es anders empfinden... [es
949 folgen für die Arbeit nicht relevante
950 Ausführungen]. Es war auf einmal mit dem
951 gemeinsam Gegner Atomwirtschaft, den die
952 voll sofort aufs Korn genommen haben, war
953 auf einmal eine ganz tragfähige Basis für
954 gemeinsames Vorgehen für Verständnis da.
955 Also das war für mich auch ein Lehrstück, ein
956 politisches. Wenn man gemeinsame Interessen
957 verfolgt, dann verliert das Trennende
958 dramatisch an Gewicht. Das war ganz ganz
959 wichtig und das hat sich dann auch in der
960 weiteren Tätigkeit der Anti-Atombewegung
961 sehr bewährt, dass man sozusagen die
962 ideologischen Klüfte überbrückt hat und
963 verstanden hat. Und dann haben viele auf
964 einmal gelernt, aha, das Erfolgsprinzip der
965 Mächtigen heißt Teile und Herrsche, diese
966 ideologischen Gräben schön pflegen und tief
967 halten, dass man ja nicht da hinüberwechseln
968 kann. Weil wenn ich auf einer hohen Spitze
969 sitze, auf einer Machtpyramide, dann muss ich
970 schauen, dass mir die Basis nicht abbröckelt, zu
971 irgendjemand anderen hin. Da ist dann auch
972 mal ein Ausspruch eines hohen Gewerk-
973 schafters kolportiert worden: das wäre das
974 allerletzte, wenn sich die Gewerkschafter mit
975 den Umweltschützern solidarisieren würden.
976 Das war die Horrorvision, weil die müssen für
977 die Arbeitsplätze und die Großprojekte müssen
978 die stramm stehen, die Gewerkschaftsbasis.
979 Und wenn die anfangen Umweltschutz zu
980 betreiben, das ist der Anfang vom Ende unserer
981 Macht. Und das war ein Nebeneffekt der
982 ganzen Zwentendorf-Bewegung, dass diese
983 ganz stabilen Machtkonstellationen, dass die
984 bröckelig geworden sind. Dass auf einmal die
985 Naturschützer, die von den Linken als Blut und
986 Bodenromantiker verunglimpft worden sind
987 und als reaktionär hingestellt worden sind, und
988 diese konservativen und reaktionären. Ich habe
989 gesagt, was? Das ist ja ein Kommunist! Der
990 redet da was von Klassenkampf, mit dem will

991 ich nichts zu tun haben. Und auf einmal war
992 überhaupt kein Problem mehr. Wir haben eine
993 gemeinsame Basis gehabt, wo wir uns
994 verstanden haben und gesagt haben, gut,
995 natürlich muss sich gesellschaftlich unheimlich
996 viel ändern und die Leute, die da Kritik üben
997 seit Jahren sind ganz wichtig für eine neue
998 Perspektive. Und diese gesellschaftskritischen
999 Leute haben wieder erkannt, na ja wenn wir
1000 unsere Naturbasis zerstören, wenn wir die
1001 Gesundheit zerstören mit krankmachenden
1002 Faktoren, dann nützen uns unsere ganzen
1003 wunderschönen Ideen nichts. Also für mich war
1004 zum Beispiel wichtig, ich bin ja auch bei der
1005 Jungen Generation der ÖVP habe ich
1006 vorgetragen, der SPÖ, und da habe ich mich
1007 immer bemüht um Argumente, die in das
1008 Selbstverständnis dieser Gruppe passen.
1009 Engagierte Demokraten wie die Jusos, na denen
1010 habe ich gesagt, wenn wir Zwentendorf in
1011 Betrieb nehmen, kriegen wir ein paar Jahre
1012 später hochradioaktive Abfälle zurück, die
1013 müssen gelagert werden bis an den Sankt
1014 Nimmerleinstag. Niemand will sie. Was ist das
1015 Ergebnis, man wird regional die Demokratie
1016 abschaffen müssen. Wir leben dann in einer
1017 Technokratie, dort kann man dann nicht mehr
1018 die Gesellschaft nach Wertvorstellungen
1019 organisieren, sondern nach Zwängen, die diese
1020 Technik ausübt. Und wir sind statt in einer
1021 Demokratie in einer Technokratie. Und das
1022 haben die natürlich voll verinnerlicht und
1023 verstanden.

1024
1025 *K: Inwiefern hat denn der Wertewandel in der*
1026 *Gesellschaft z.B. Stichwort Partizipations-*
1027 *bestrebungen dazu beigetragen, dass dieses*
1028 *Atomkraftwerk in der Volksabstimmung abge-*
1029 *lehnt worden ist.*

1030
1031 IP4: Naja, das war sicher ein ganz wichtiger
1032 Aspekt, weil es ist langsam aber sicher ist so
1033 dieses Selbstbewusstsein gewachsen. Die
1034 Kritiker haben mehr und mehr erkannt, und das
1035 war vor allem ein Prozess der in Oberösterreich
1036 gelaufen ist, wo um das zweite Projekt
1037 gerungen worden ist, das Atomkraftwerk Stein-
1038 St.Pantaleon, das 75 in Bau hätte gehen sollen,
1039 da war schon Informationspavillion dort, und
1040 Mess-Mast und Informationsveranstaltungen
1041 sind gelaufen. Und dort ist eine sehr
1042 selbstbewusste Bewegung entstanden. Auch in
1043 Vorarlberg, weil die Schweizer haben knapp
1044 zur Grenze zu Vorarlberg ein Kraftwerk
1045 geplant, Rüthi. Da hat kein österreichischer
1046 Politiker Vorteile davon gehabt und da waren
1047 auch der Landeshauptmann und die Landes-
1048 regierung und natürlich die Vorarlberger
1049 Nachrichten, DIE Zeitung Vorarlbergs, die
1050 waren ganz engagiert gegen das schweizerische
1051 Kraftwerk. Und dort in Vorarlberg war auch
1052 eine frühe Aktivistengruppe war die, die
1053 praktisch von Günter Schwab gegründet
1054 worden ist, das war dieser frühe Schriftsteller.
1055 Der hat den Weltbund zum Schutze des Lebens
1056 gegründet und da gab es Landesgesellschaft

1057 Salzburg und in Vorarlberg und das waren die
 1058 ganz fleißigen Leute. Und jedenfalls... also
 1059 Partizipation, die Leute haben immer mehr und
 1060 mehr natürlich Verstand, dass sie sagen, wir
 1061 wissen genau, warum wir das nicht wollen und
 1062 man will uns das aufoktroyieren. Aber wir
 1063 wollen uns das nicht gefallen lassen. Also
 1064 dieses Bewusstsein war klar. Und das ist aber
 1065 noch etwas gekommen, das ist eine ganz
 1066 entscheidende Geschichte, die auch mit
 1067 Kreisky zusammenhing. Vielleicht auch ganz
 1068 lustig, es gab eine Pressestunde und der Franz
 1069 Ortner, der Chefredakteur der Vorarlberger
 1070 Nachrichten, der war da und der Kreisky usw.
 1071 Fernsehrunde – es wäre toll, wenn man das
 1072 noch irgendwo finden könnte, aber ich fürchte
 1073 das ist verschollen – und ich hab eben schon
 1074 gesagt, unserer Beitrag Radioaktivität als
 1075 Krankheitsfaktor haben wir dann selber nach
 1076 Gutmüden Publikum machen dürfen und haben
 1077 das an der BOKU bei der Vervielfältigung
 1078 abziehen lassen, das war so DIN A5, grünes
 1079 Deckblatt und ca. über 60 Seiten hat das
 1080 gehabt, und das haben wir an alle Zeitungen
 1081 geschickt. Auch an die Vorarlberger
 1082 Nachrichten, dort ist es auf fruchtbarem Boden
 1083 gefallen und in der Pressestunde hält der Franz
 1084 Ortner das dem Kreisky unter die Nase und
 1085 sagt, das ist eine Studie im Auftrag des
 1086 Bundeskanzleramtes oder des Bundeskanzlers.
 1087 Da haben doch Wissenschaftler in ihrem
 1088 Auftrag, Herr Bundeskanzler, eine Studie
 1089 gemacht und da steht folgendes drin. Saftige
 1090 Sachen zitiert, die dem Kreisky sicher noch nie
 1091 zu Ohren gekommen sind. Der hat aber gut
 1092 reagiert und hat gesagt ja, wir geben ja auch
 1093 kritischen Leuten die Möglichkeit zu forschen.
 1094 Jedenfalls, bei einer solchen Gelegenheit auch
 1095 hat jemand von einer Volksabstimmung
 1096 geredet, ich glaube es war der Polz von den
 1097 Oberösterreichischen Nachrichten, ob es in der
 1098 gleichen Sendung war weiß ich nicht, und der
 1099 Kreisky hat dann gesagt ja, aber da muss das
 1100 Volk auch informiert werden. Und das war
 1101 dann die Geburtsstunde der Idee, dass eine
 1102 Regierungskampagne Kernenergie gemacht
 1103 werden soll, also Aufklärungskampagne
 1104 Kernenergie. Und das war rückblickend etwas
 1105 ganz vorbildliches. Da hat man auch die
 1106 Kritiker eingebunden, es ist an unser Institut
 1107 die Aufforderung ergangen, und zwar vom
 1108 Wirtschaftsministerium aus, da hat man einen
 1109 Physiker angestellt, der sollte diese
 1110 Aufklärungskampagne organisieren im
 1111 Interesse des Ministeriums und da hat man
 1112 Kritikern hat an den Auftrag gegeben, hundert
 1113 Fragen zu formulieren, die vor Inbetriebnahme
 1114 von Zwentendorf geklärt sein sollten. Und das
 1115 haben wir gekriegt diesen Auftrag, Edi Gruber
 1116 und ich und der Bernd Lötsch gemeinsam. Wir
 1117 haben ca. 120 Fragen aus dem Hut gezaubert
 1118 und die wurden dann in zehn Gruppen
 1119 gruppiert, wurden ein bisschen umformuliert,
 1120 teilweise entschärft usw., aber bildeten dann
 1121 den Grundstock für eine Informations-
 1122 kampagne. Dann ist die Aufforderung an uns

1123 gekommen, also da hat man jetzt z.B. gehabt
 1124 einen Bereich Atommüll, einen Bereich Wirt-
 1125 schaftlichkeit, einen Bereich Unfallgefahren,
 1126 einen Bereich medizinisch biologische Aspekte
 1127 der Kernenergie, ich weiß jetzt nicht mehr alle,
 1128 aber das lässt sich alles rausfinden. Und dann
 1129 hat man wiederum an unser Institut die
 1130 Aufforderung gerichtet, wir mögen kompetente
 1131 Fachleute nennen, die in diesen Fragen eine
 1132 kritische Meinung haben, also sozusagen
 1133 Atomkritiker, möglich Universitätsprofessoren.
 1134 Das war natürlich gar nicht einfach und da
 1135 haben wir dann natürlich auch nach Deutsch-
 1136 land und andere Länder hinübergeschaut und
 1137 da hat ein Schwede mitgetan, der natürlich kein
 1138 Universitätsprofessor war aber ein anerkannter
 1139 prominenter Umweltaktivist, und also da haben
 1140 viele viele mitgetan. So, und dann hat man
 1141 folgendes gemacht, man hat zehn Arbeits-
 1142 gruppen zu bestimmten Themenbereichen im
 1143 Zusammenhang mit Zwentendorf hat man
 1144 gebildet, hat denen eben eine Liste von Fragen
 1145 vorgelegt und hat gesagt ja, also über diese
 1146 Fragen müsst ihr diskutieren und zwar
 1147 kontroversell, weil in jeder Gruppe waren
 1148 Befürworter von Atomenergie und Gegner.
 1149 Und eben, wenn es eben um Atommüll
 1150 gegangen ist haben die Einen erklärt wie super
 1151 und ausgereift die Lagerung ist, die Anderen
 1152 haben die ungelösten Probleme aufgezeigt und
 1153 anderes mehr. Und diese Arbeitsgruppen haben
 1154 zunächst einmal nicht öffentlich sich ein
 1155 zweimal getroffen und da haben sie die
 1156 Gelegenheit gehabt zu sagen, na Herr Kollege,
 1157 die Zahlen, die sie da verwenden, die sehe ich
 1158 nicht als aktuell an, schauen Sie, ich habe hier
 1159 das und das. Also man konnte noch
 1160 Widersprüche zum Teil aufklären. Aber das
 1161 was an Widersprüchen geblieben ist konnte
 1162 man vertiefen, zuspitzen. Dann war von jeder
 1163 Gruppe eine öffentliche Veranstaltung ganz
 1164 groß in einer Landeshauptstadt, eine Podiums-
 1165 diskussion vor Publikum, und am Podium sind
 1166 eben ein paar Befürworter, ein paar Gegner
 1167 gesessen und ein Vorsitzender. Und das war ein
 1168 richtiger Wendepunkt in der öffentlichen
 1169 Wahrnehmung der Kernenergieproblematik.
 1170 Das hat 1976 begonnen, diese Regierungskam-
 1171 pagne Kernenergie. Die erste Veranstaltung an
 1172 die ich mich noch gut erinnere war an der TU
 1173 Wien und das war insofern eine Wende, als da
 1174 auf einmal sozusagen das linke gesellschafts-
 1175 kritische Publikum dabei war. Vorher haben
 1176 Atomenergieveranstaltungen, das waren immer
 1177 für geschlossene kleinere Gruppen, da hat man
 1178 entweder mit Befürwortern und Gegnern ein
 1179 bisschen gestritten, man hat zu Gleichgesinnten
 1180 gesprochen oder Leute ein bisschen motiviert.
 1181 Und da war aber auf einmal ein ganz anderer
 1182 Ton da, da ist gepfiffen worden, dazwischen
 1183 geschrien worden, undiszipliniert laut ist es
 1184 zugegangen. Ich hab da ein genaues Zitat aus
 1185 dem Neuen Forum, das war eine Zeitschrift die
 1186 der Günter Nenning herausgebracht hat, und da
 1187 hat einer der Redakteure, der Michael Siegart,
 1188 der hat meisterhaft, meisterhaft die Stimmung

1189 eingefangen, die dort geherrscht hat, das war
1190 wirklich brilliant. [Ausführungen über Artikel –
1191 nicht relevant für vorliegende Arbeit]. Und jede
1192 dieser Veranstaltungen ist ganz anders
1193 gelaufen. Aber das wichtige war, dass auf
1194 einmal die großen Zeitungen, die bis dato die
1195 Kernenergie als zu heißes Eisen empfunden
1196 hatten, die sind auf einmal voll eingestiegen.
1197 Weil auf einmal hat man gesehen, da sind ja
1198 sogar auf einer offiziellen Veranstaltung Leute,
1199 die eine kritische Meinung vertreten. Also auf
1200 einmal ist das Tabu gebrochen worden, dass
1201 man nichts Kritisches gegen die Kernenergie
1202 sagen darf. Ein ganz guter Mann war der Jörg
1203 Mauti, der hat die Sendung gehabt Der
1204 Watschenmann. Und der hat kritische,
1205 gesellschaftskritische Sachen gemacht. Er war
1206 ÖVPler und durchaus ein ganz anständiger,
1207 engagierter, umweltbewusster Mensch. Und ich
1208 war damals wie gesagt an der BOKU Assistent,
1209 und mein damaliger Chef der hat gesagt, also
1210 Weish, ich kenne den Watschenmann, den Jörg
1211 Mauti, da gehen Sie hin und erzählen Sie ihm
1212 Ihre Geschichten und der soll da was machen.
1213 Na da bin ich in der Dienstzeit zum Jörg Mauti
1214 gegangen und der hat mir klipp und klar gesagt,
1215 es ist ihm zu heiß das Thema, das fängt er nicht
1216 an. Und nach der Auftaktveranstaltung der
1217 Regierungskampagne Kernenergie haben auf
1218 einmal die Tageszeitungen das Thema
1219 aufgegriffen. Und da ist man dann angerufen
1220 worden von einer Zeitung, würden Sie zu dem
1221 Thema was kritisches schreiben, etwas
1222 Befürwortendes kommt aus der Feder von
1223 Herrn sowieso. Und ich habe dann seinen Text
1224 bekommen, er meinen, man konnte noch ein
1225 bisschen was daran ändern und dann sind die
1226 Gegenüber gestanden in der Zeitung zum
1227 Thema XY, der Befürworter, der Kritiker. Und
1228 das war wirklich spannend und authentisch und
1229 da haben die Leute gesagt aha, das sind die
1230 Argumente der Befürworter, das sind die
1231 Argumente der Kritiker. Und auf einmal sind
1232 da Serien entstanden, in der Krone hat der
1233 Friedrich Graupe eine Serie gemacht zur
1234 Atomenergie, die hat dann einen hohen
1235 Journalistenpreis bekommen. Also das Thema
1236 ist wirklich diskutiert worden, inhaltlich. Und
1237 nach der Volksabstimmung hat ein Journalist
1238 den ich überhaupt nicht geliebt hat, der ein
1239 beinhardter Technokrat war, der sich immer über
1240 die Umweltschützer lustig gemacht hat, der hat
1241 etwas ganz richtiges gesagt nach dem Nein zu
1242 Zwentendorf: das war die Wahl mit der bisher
1243 größten Sachinformation davor. Bei den
1244 anderen Wahlen wird mit Parolen gearbeitet,
1245 aber da gings um klare Inhalte. Diese Art
1246 Informationskampagne der Regierung, die
1247 natürlich anders geplant war, man hat wollen,
1248 dass die Leute sehen, da haben eigentlich nur
1249 Fachleute dazu was zu sagen und man hat
1250 eigentlich damit gerechnet, dass die Fachleute
1251 die Öffentlichkeit überzeugen werden, dass das
1252 etwas gutes ist, aber es ist anders
1253 ausgegangen... [schweift ab]. Aber er [Kreisky,
1254 Anmerk. d. Autors] hat ja, das wissen Sie

1255 mittlerweile auch schon aus vielen Quellen,
1256 wenige Wochen nach der Volksabstimmung ist
1257 eben das Atomsperrgesetz gemacht worden,
1258 damit war das Thema weg aus der Politik und
1259 der Kreisky hat im Frühjahr darauf seinen
1260 größten Wahlerfolg gehabt.
1261
1262 *K: was hat denn jetzt die ablehnende Haltung*
1263 *bei Teilen der SPÖ zum Ergebnis beigetragen?*
1264 *War das auch ein Kriterium, weil nicht alle in*
1265 *der SPÖ waren ja mit dem Pro-Atomkurs*
1266 *einverstanden...*
1267
1268 IP4: Da kann man eigentlich auch nur
1269 spekulieren. Es hat einige sehr maßgebliche
1270 Kritiker gegeben, in den Reihen der SPÖ, z.B.
1271 kennen Sie das Buch, Zwentendorf 30 Jahre
1272 danach? Das ist ganz spannend, da sind von
1273 Zeitzeugen Beiträge drin. Und da ist ganz
1274 spannend zu lesen der Beitrag von Walter
1275 Papusek, einem Physiker aus Graz, der ein ganz
1276 prominentes BSA-Mitglied war, also Bund
1277 sozialistischer Akademiker. Und er und der
1278 Manfred Heindler, der leider schon verstorben
1279 ist, das waren Atomphysiker, die haben am
1280 Institut für theoretische Physik und Kernphysik
1281 an der TU Graz gearbeitet, wo der Chef
1282 prominent für Zwentendorf war, und diese
1283 Jungphysiker waren durchaus kritisch, haben
1284 Vorträge gehalten und die sind vor der
1285 Volksabstimmung zitiert worden zu einem
1286 Parteiausschuss. Und man hat ihnen, das
1287 schreibt der Papusek in seinen Erinnerungen,
1288 man hat ihnen gesagt, Freunde, hört auf gegen
1289 Zwentendorf Vorträge zu halten, sonst droht
1290 euch ein Parteiausschluss. Wie stehts ihr da
1291 dazu? Und da haben die Zwei gesagt, ja das
1292 müssen wir uns erst überlegen, sind
1293 hinausgegangen und sind sie haben gesagt.
1294 nein, da riskieren sie lieber den Ausschluss, das
1295 werden sie nicht machen. Darauf haben sich die
1296 Anderen beraten, sind zurückgekommen und
1297 haben gesagt, ja, wird sind zwar nicht glücklich
1298 damit aber das muss die SPÖ aushalten, solche
1299 Meinungsdivergenzen. Das heißt, es war völlig
1300 klar, wenn man die ausschließt, dass das
1301 kontraproduktiver gewesen wäre als wie wenn
1302 man sie weiter Vorträge halten lässt. Also so
1303 was war natürlich ganz wichtig, oder Leute
1304 wieder Paul Blau, der Gewerkschaftsnahe tätig
1305 war, früher mal Chefredakteur der Arbeiter-
1306 zeitung war, ein hoch respektiertes SPÖ-
1307 Mitglied, aber umweltorientiert und daher für
1308 viele das rote Tuch. Das war ganz wichtig, ein
1309 Signal für viele Sozialdemokraten, dass sie
1310 gesagt haben na Moment, aber da gibt es ja
1311 auch Leute von uns, die mit guten Argumenten
1312 gegen Zwentendorf sind. Ich will jetzt
1313 folgendes sagen. Es gibt ja die These, die
1314 immer wieder kursiert, dass man sagt, na ja
1315 also wenn Kreisky nicht seinen Rücktritt in
1316 Aussicht gestellt hätte, hätten viele ÖVPler,
1317 viele Freiheitliche mit Ja gestimmt und so
1318 haben sie aber gegen den Kreisky mit Nein
1319 gestimmt und so ist diese Nein-Mehrheit
1320 zustande gekommen. Meiner Meinung nach

1321 so nicht, weil Kreisky hat ganz genau gewusst,
1322 und warum er das gewusst hat, kann ich Ihnen
1323 auch noch erzählen, oder ich erzähle es gleich
1324 jetzt. Jetzt gab eine denkwürdige Veranstaltung
1325 in Linz, irgendeine große Sporthalle war das,
1326 am Podium saßen der Kreisky, der Staribacher,
1327 der zuständige Minister, Dr. Held, Direktor
1328 der Kernkraftwerksplanungsgesellschaft,
1329 Wenzel, Ocker oder Landeshauptmann von
1330 Oberösterreich damals, und ich, als einziger,
1331 die haben sich ja nicht geniert übermächtig
1332 gegen Umweltschützer anzutreten. Umgekehrt
1333 waren sie sehr „haglich“. Wenn ein bisschen
1334 mehr Umweltschützer waren, um Gottes
1335 Willen, das ist unfair unfair unfair, aber selber
1336 war das kein Problem. Und wir wussten, dass
1337 die Hälfte der Karten, also es waren vielen,
1338 große Halle, in der Voest verteilt worden ist.
1339 Also wir haben damit gerechnet volles Haus
1340 und massiver Widerstand, also massive Pro-
1341 Stimmung. In Wirklichkeit war überhaupt
1342 keine Pro-Stimmung, sondern es war eine
1343 ortsübliche kritische Stimmung und der halbe
1344 Saal war leer, die Genossen sind nicht
1345 erschienen. Und das hat der Kreisky sicher
1346 mitgekriegt. Die Genossen waren der Meinung,
1347 das ist eine Frechheit. Zuerst baut man das
1348 Kraftwerk, da fragt uns keine Sau und dann
1349 wenn's brenzlig wird, sollen wir dann sagen ja
1350 oder nein. Das ist doch eine Frechheit, die
1351 sollen uns doch gern haben. Das war von vielen
1352 Leuten, die sich nicht dafür interessiert haben
1353 und die als Stimmvieh in Aussicht standen, war
1354 das die Grundeinstellung. Mit anderen Worten,
1355 wenn Kreisky gesagt hätte, liebe
1356 Österreicherinnen und Österreicher wir haben
1357 da eine Volksabstimmung, wer dazu eine klare
1358 Meinung hat soll hingehen und soll nach besten
1359 Wissen und Gewissen abstimmen. Dann wären
1360 die Kritiker mit großer Menge hingegangen.
1361 Glühende Befürworter waren selten, manche
1362 haben gesagt, na ja, wenn man das schon
1363 gebaut hat, dann sollen wir das auch in Betrieb
1364 nehmen, solche Leute wären auch hingegangen.
1365 Aber das wäre eine Minderheit gegenüber den
1366 engagierten Nein-Sagern und die Basiswähler
1367 der SPÖ, die sich mit dem inhaltlich nicht
1368 auseinandergesetzt haben und die in keinen
1369 Diskussionen waren, die hätten gesagt ich soll
1370 da hingehen? Die wären daheim geblieben.
1371 Und jetzt hat der Kreisky eben gewusst, wenn
1372 er das so gemacht hätte, so denke ich mir das,
1373 wenn er gesagt hätte nach bestem Wissen und
1374 Gewissen entscheiden, dann hätte er die
1375 Basiswähler nicht hingebraht zur Urne. Jetzt
1376 hat er gesagt, ja wir Sozialisten wir Sozial-
1377 demokraten, wir haben das Projekt jetzt
1378 verwirklicht in unserer Regierung, das ist alles
1379 in Ordnung, ich war anfänglich auch skeptisch,
1380 aber dieses Kraftwerk ist in Ordnung und
1381 geht's hin... so hat er es gemacht. Er hat Veran-
1382 staltungen gegeben, wo tausende Gewerk-
1383 schaftsfunktionäre Pro Zwentendorf vergattert
1384 worden sind. Die haben Argumentationshilfen
1385 in die Hand bekommen, mit denen sie von
1386 Gemeindebau zu Gemeindebau gegangen sind,

1387 wie man üblicherweise vor Wahlen die
1388 Basiswähler mobilisiert. Das konnten sie
1389 damals noch, die SPÖ konnte damals die
1390 Basiswähler mobilisieren, das hat sie auch
1391 gemacht. Und das Ergebnis hat das auch
1392 gezeigt. Dort wo viele Diskussionen gelaufen
1393 sind, in Oberösterreich, im Waldviertel, in
1394 Vorarlberg, da war eine massive Gegnerschaft,
1395 auch in Wien war eine Gegnerschaft. Aber in
1396 den Hochburgen der Sozialdemokratie, im
1397 Burgenland, in Kärnten, Industriegebiete, da
1398 waren die Ja-Mehrheiten. Also es ist ihnen
1399 gelungen, ihre Basiswähler doch zu
1400 mobilisieren und dort wo eben nicht viel
1401 diskutiert worden ist, da hat es dann auch Ja-
1402 Mehrheiten gegeben. Ich bin überzeugt, dass
1403 wenn der Kreisky gesagt hätte, jeder soll nach
1404 bestem Wissen und Gewissen hingehen, das ist
1405 keine politische, sondern eine Sachentschei-
1406 dung, dann wäre das Nein noch klarer zum
1407 Vorschein gekommen. Aber man hat ja die
1408 Volksabstimmung auch gemacht, weil man
1409 aufgrund von Meinungsbefragungen gesehen
1410 hat, es wird eine Ja-Mehrheit geben. Und es
1411 war dann der Kräfte zehrende Endspurt der
1412 Atomkritiker, der dann nach dem Schnee-
1413 ballsystem dann die knappe Nein-Mehrheit
1414 erbracht hat. Also da hat es Dinge gegeben, das
1415 erzähle ich auch bei jeder dieser Gelegenheiten.
1416 Im Juni haben wir erfahren, dass im November
1417 die Volksabstimmung sein wird. Dazwischen
1418 die Saure-Gurken Zeit, also jetzt heißt es
1419 loslegen. Das war aber ein Qualitätssprung,
1420 wenn man vorher zu irgendjemanden geredet
1421 hat, und gesagt hat, du und Zwentendorf ist
1422 ein... na ja, was soll denn ich schon machen?
1423 Aber dann hat man sagen können, na ja auf
1424 jeden Fall hin gehen und mit Nein stimmen.
1425 Und bitteschön so viele Leute wie möglich
1426 überzeugen, dass sie hingehen und mit Nein
1427 stimmen. Und auf einmal, Leute die früher
1428 nichts gemacht haben, die haben Flugzettel
1429 zum Greißler gelegt, zum Fleischhauer gelegt,
1430 der hat gesagt, ja, die können Sie da ruhig
1431 hinlegen, oder sonstige Sachen. Oder eine
1432 Atomsonne ins Geschäft reinpicken, ja, das
1433 könnt ihr da ruhig machen, da bin ich auch
1434 dagegen. Und ich habe Vorträge, Vorträge,
1435 Vorträge gehalten, manchmal drei Veran-
1436 staltungen an einem Tag und habe dann meine
1437 Vorträge verfünffacht, die Dias kopiert und den
1438 Text und habe dann Leute gewonnen, die das
1439 auch gemacht haben, sonst hätte ich keinen
1440 freien Abend mehr gehabt. Und eines Tages
1441 kommt ein Freund zu mir, Architekt,
1442 Gartenbaulehrer, Alternativdenker der ersten
1443 Stunde, Werner Quader, und sagt, du Peter, was
1444 hältst du denn von folgender Idee, einen
1445 Kettenbrief. Da steht ungefähr Lieber, und
1446 dann kann man hinschreiben Onkel Franzi
1447 [erklärt kurz den Inhalt des Kettenbriefes und
1448 über die Umsetzung dieses Projekts]. Das war
1449 eine von vielen vielen Aktionen, die die Leute
1450 gemacht haben. Da hat es Grafiker gegeben, die
1451 haben liebe Ansichtskarten gezeichnet über
1452 Zwentendorf und anderes. Und eine wichtige

1453 Lehre ist eben auch die, dass man sagen kann,
1454 es war haarscharf diese Entscheidung am
1455 5. November. 20.000 Stimmen haben die Nein-
1456 Mehrheit gegeben. Das heißt jeder von vielen
1457 tausenden fleißigen Aktivisten konnte mit Fug
1458 und Recht sagen, ohne mich wäre das nicht
1459 gegangen. Und das ist eine ganz ganz wichtige
1460 Lehre, dass man sagt, das war unwahr-
1461 scheinlich dass ein Nein zu Stande kommt. Die
1462 Macher haben nicht damit gerechnet, die haben
1463 mit einem Ja gerechnet, die haben Millionen in
1464 die Schlacht geworfen, aber dagegen ist das
1465 Engagement gestanden, ist die Überzeugung
1466 gestanden, ist das wilde Plakatieren gestanden.
1467 Die Leute haben ja Plakate gepickt usw. Das
1468 was man heute unter Ad-Busting versteht, ist
1469 damals auch praktiziert worden. Z.B. waren
1470 Wiener Landtagswahlen und der Gratz,
1471 Leopold Gratz, Bürgermeister, ein fiescher
1472 Mann, das war ein riesiges Plakat, da ist er so
1473 einer seiner ganzen prachtvollen Männlichkeit
1474 und Weltmenschen-Ding ist er da in
1475 Erscheinung getreten, großes Portrait,
1476 sympathisch, wunderbar. Und da haben Leute
1477 eine Sprechblase hingeklebt: ich habe meinen
1478 Platz im Atombunker, Sie etwa nicht (lacht)?
1479 Und ähnliche Geschichten, da waren tausende
1480 brillante Ideen, die sind fleißig nächtens
1481 umgesetzt worden. Und das hat Freude
1482 gemacht, das hat Spaß gemacht, das war
1483 einfach lustig. Es hat auch viele, viele Sachen
1484 gegeben und jeder konnte nachher sagen,
1485 Freunde ohne mich wäre das nicht gegangen.
1486 Das sage ich voll Überzeugung, wenn es mich
1487 betrifft, aber es sind viele Tausend, die das
1488 genauso sagen können.
1489
1490 *K: Kommen wir noch zu den medienpolitisches*
1491 *Aspekten. Was würden Sie sagen, welche*
1492 *Fehler hat denn Kreisky hinsichtlich der*
1493 *Kommunikation gegenüber den Medien*
1494 *gemacht? Gibt's Fehler die er gemacht hat,*
1495 *oder war das eine Medienstrategie, wo sie*
1496 *sagen das war ausgereicht.*
1497
1498 IP4: Naja sagen wir so, wenn es darum ging die
1499 Sache durchzusetzen, dann war die Regierungs-
1500 kampagne Kernenergie ein klarer Fehler. Weil
1501 das hat ja die kritische Medienreaktion auf
1502 Zwentendorf erst ins Laufen gebracht. Also das
1503 ist für mich schon eine ganz wichtige Frage, zu
1504 der ich keine Antwort weiß. Ich weiß schon,
1505 dass das eher als Durchsetzungsinstrument
1506 konzipiert war, aber es war eindeutig
1507 kontraproduktiv.
1508
1509 *K: Wie ist denn Kreisky allgemein mit den*
1510 *Medien umgegangen?*
1511
1512 IP4: Ja Kreisky war ja, das weiß man ja eh, er
1513 war eher so ein bisschen ruppig und hat die
1514 Medien nicht hofiert, wie das heute üblich ist
1515 bei Politikern, sondern er war eher brummig. Er
1516 hat doch einer der schönen Aussprüche zu
1517 irgendeinem Journalist, der ihm irgendeine
1518 Frage gestellt hat: lernen Sie Geschichte. Aber

1519 ich muss jetzt eines sagen, von einem Mann mit
1520 tiefen Einblicken in die österreichische Politik
1521 und was da so gelaufen ist, habe ich erfahren
1522 was ich vorher nicht wusste, dass Kreisky unter
1523 Insidern deswegen so geachtet war, weil er als
1524 einziger Nachkriegspolitiker eine eigene
1525 österreichische Politik gemacht hat. Also er war
1526 nicht der verlängerte Arm des State
1527 Departments der USA, was alle anderen waren,
1528 die Vorgaben sind aus Amerika gekommen.
1529 Das hat mich zunächst als ich das erfahren
1530 habe verwundert, aber je mehr ich darüber
1531 nachgedacht habe, umso klarer ist es mir
1532 geworden. Weil die Neutralität Österreichs war
1533 ja nicht im Interesse der Amerikaner, das war
1534 im Interesse der Russen. Die Amerikaner
1535 wollten, dass Österreich zum Westen gehört
1536 und NATO-Mitglied wird usw. und in der
1537 Front der Weststaaten ist. Und den Russen war
1538 es lieber, dass da ein neutraler Staat als Puffer
1539 ist. Und die Neutralität war eben all den
1540 Anhängern des Westens, die der Meinung war
1541 wir gehören zum Westen und zu dem Bollwerk
1542 gegen den Bolschewismus und müssen uns da
1543 klar dem Westen zuordnen, das war denen ein
1544 Dorn im Auge. Und jetzt kann man sich auch
1545 vorstellen, dass für den CIA und für den
1546 Amerikanischen Geheimdienst Österreich
1547 natürlich etwas ganz wichtiges war, weil das
1548 war die Drehscheibe, dort sind die möglichen
1549 Spione rüber gekommen, dort sind vertrauliche
1550 Informationen geflossen. Also auch Österreich
1551 einen wichtigen Einfluss zu haben, dass die ja
1552 nicht rüberdriften, sondern dass die sozusagen
1553 eine Pro-Amerikanische Haltung haben ist ganz
1554 wichtig. [Abschweifungen] Und Kreisky hat
1555 eben unter Insidern hohe Achtung gehabt, weil
1556 er sich um das überhaupt nicht gekümmert hat.
1557 Er war ja auch der einzige Politiker, der
1558 durchaus Israel-kritische Töne von sich
1559 gegeben hat und daher bei der arabischen Welt
1560 sehr beliebt war. Das konnte er als Jude sich
1561 erlauben, dass er die Israelis nicht so auf
1562 Händen getragen hat und alles was die Israelis
1563 an Verbrechen tun mitgetragen hat, sondern der
1564 hat durchaus ernste Worte gefunden. Und das
1565 haben ihm die Israelis arg verübelt, die
1566 Amerikaner sowieso und die Araber habens
1567 ihm gedankt.
1568
1569 *K: Jetzt hat es ja besonders von der Kronen*
1570 *Zeitung und den Vorarlberger Nachrichten*
1571 *Kritik gegeben, am AKW Rütli und AKW*
1572 *Zwentendorf. Wie hat denn Kreisky auf diese*
1573 *Kritik reagiert?*
1574
1575 IP4: Das kann ich leider nicht sagen, aber er hat
1576 sich von ihr natürlich nicht umstimmen lassen.
1577 Folgendes, das war ja auch ganz wichtig. Wie
1578 schon einleitend gesagt, das Atomprogramm
1579 verdanken wir der österreichischen Volkspartei,
1580 nun ist es ja ganz interessant, warum ist es denn
1581 überhaupt zur Volksabstimmung gekommen?
1582 Das hat mir einmal ein Freiheitlicher gesagt.
1583 Die FPÖ war damals die kleine Opposition, die
1584 große Oppositionspartei war die ÖVP und die

1585 kleine waren die Freiheitlichen. Und die
1586 Freiheitlichen, damals noch lange vor Haider,
1587 waren durchaus Atomenergiekritisch. Da hat es
1588 ein paar Typen gegeben, von denen ich erst
1589 später erfahren habe, dass die alte Nazis sind,
1590 das war der Scrinzi, ein Arzt. Aber der hat die
1591 Strahlenproblematik voll verstanden gehabt.
1592 Dass die radioaktive Verseuchung ein
1593 unverantwortliches Verbrechen an der Zukunft
1594 ist. Mir waren die Freiheitlichen damals,
1595 Scrinzi wusste ich nicht, natürlich hat man
1596 nachher der Peter war ja der Parteiobmann, mit
1597 dem der Kreisky durchaus auch später dann
1598 recht gut kooperiert hat, also der Kreisky hat
1599 durchaus sozusagen braun-verdächtige Leute
1600 instrumentalisiert für seine Interessen.
1601 [Ausschweifungen] Jedenfalls, die
1602 Freiheitlichen waren damals für mich durchaus
1603 ein Gegenüber zur Beratung. Und die
1604 Freiheitlichen waren auch die, wo einige der
1605 Abgeordneten zu mir gekommen sind und sich
1606 viele Stunden haben beraten lassen in
1607 Atomfragen. Und jetzt ist natürlich klar, wenn
1608 zu mir ein politischer Mandatar kommt und
1609 sagt, Sie Herr Dr. ich möchte Sie einiges
1610 Fragen zur Atomenergie, dass ich da nicht sage,
1611 na ja, in ein paar Jahrzehnten gibt's den Haider
1612 und den mag ich nicht und daher schleichen Sie
1613 sich. Mir war klar, dass das wichtig ist. Jeder
1614 der etwas Kritisches zur Kernenergie erfahren
1615 wollte, der hat bei mir offene Arme gefunden.
1616 Und so habe ich eben auch einige Freiheitliche
1617 in Kernenergiefragen beraten und die haben
1618 ganz ernsthaft ein Energiekonzept ohne
1619 Kernenergie entwickelt. Der Stix, auch ein
1620 Mann wo man hinterher sagen könnte, na ja,
1621 mit vielem was er gemacht hat, bin ich
1622 überhaupt nicht einverstanden, aber in der
1623 Atomfrage hat er eine unglaubliche
1624 Sachlichkeit und Konsequenz entwickelt, hat
1625 eine einstündige Rede im Parlament gegen
1626 Zwentendorf gehalten vor leerem Haus, da sind
1627 alle raus gegangen. Also auch das hat es
1628 gegeben. Und dieser Stix hat mir eben dann
1629 erzählt, schauen Sie, die Sache ist einfach mit
1630 der Volksabstimmung. Wir die Freiheitlichen
1631 waren die einzige Partei, die eine klare
1632 ablehnende Haltung zur Kernenergie gehabt
1633 haben und nachdem jetzt diese starke Anti-
1634 Atombewegung da war, haben auf einmal die
1635 ÖVP, die prinzipiell für Zwentendorf waren,
1636 haben auf einmal die Angst gehabt, dass sie
1637 Stimmen an die Freiheitlichen verlieren.
1638 Sozusagen, dass viele die zwar immer ÖVP
1639 gewählt haben, aber auf einmal in der
1640 Atomfrage, wenn sie unverbesserlich Pro
1641 Zwentendorf trotz dieser ganz engagierten
1642 Sachkritik festhalten, die ÖVP, dann verlieren
1643 sie, haben sie Angst gehabt, dass sie Stimmen
1644 an die FPÖ verlieren. Das war der Grund für
1645 die ÖVP wiederum nicht zu sagen,
1646 selbstverständlich Ja zu Zwentendorf. Natürlich
1647 Ja zu Kernenergie, aber bei Zwentendorf muss
1648 die Sicherheit Vorrang haben. Das haben sie
1649 immer gesagt, das haben immer alle gesagt.
1650 Also die ÖVP hat einen Eiertanz begonnen.

1651 Wichtige ÖVPler wie der Maurer,
1652 niederösterreichischer Landeshauptmann,
1653 waren rückhaltlos immer dafür. Aber dann auf
1654 einmal sind sie gekommen, ja aber das
1655 Atommüllproblem muss gelöst werden. Vorher
1656 war das ganz wurscht das Atommüllproblem,
1657 baut muss es werden. Aber dann ist auf einmal
1658 klar geworden, jetzt ist so eine massive
1659 Gegnerschaft da und jetzt können wir uns...
1660
1661 [kleine Unterbrechung, Kuchen wird serviert]
1662
1663 also jedenfalls haben die ÖVPler einen Eiertanz
1664 begonnen. Alle waren im Prinzip sehr dafür,
1665 aber man musste vor der Öffentlichkeit jetzt
1666 Signale setzen, ja also bei Zwentendorf da
1667 stimmt ja nicht alles, aber das muss ja alles...
1668 also das war wirklich ein Eiertanz. Die ÖVPler,
1669 die maßgeblichen, waren alle unverbrüchlich
1670 für Zwentendorf, aber eben um nicht Stimmen
1671 an die FPÖ zu verlieren haben sie in dieser
1672 politisch heißen Phase einen echten Eiertanz
1673 begonnen. Also kein klares Nein, Jein, aber...
1674 usw. Also das war schon auch ganz wichtig,
1675 also wenn die Freiheitlichen nicht klar nein
1676 gesagt hätten, dann wären die ÖVPler klar
1677 dafür gewesen und der Kreisky hätte es gar
1678 nicht notwendig gehabt das Volk zu befragen.
1679 Da hätte man gesagt, na ja mit der ÖVP, mit
1680 der großen Opposition gemeinsam haben wir
1681 eine super Mehrheit und das ziehen wir
1682 beinhart durch, die Gegner sollen sich brausen.
1683 Aber die FPÖ hat eben das politische Zünglein
1684 an der Waage ausgemacht und hat also den
1685 Eiertanz der ÖVP ausgelöst und den Kreisky
1686 vermittelt, ich steh dann alleine da, ich habe
1687 den Scherben auf, wenn etwas schief geht. Jetzt
1688 versichere ich mich mit einer Volksab-
1689 stimmung der Mehrheit. Alle Umfragen haben
1690 ergeben, die wird mit Ja ausgehen, selbst-
1691 verständlich. Und dann habe ich die Legiti-
1692 mation. Ja zu Zwentendorf und ich stehe da als
1693 guter Demokrat. Das hat leider nicht
1694 funktioniert wegen dieser Schneeballeffekte
1695 und die Volksabstimmung ist leider schlecht
1696 ausgegangen wie der Kreisky... aber als
1697 Vollblutpolitiker hat er das Beste draus
1698 gemacht.
1699
1700 K: Wie sind denn jetzt die Medien aus ihrer
1701 Erfahrung heraus auch auf der Gegenseite
1702 jetzt, wie sind die Medien mit dem Thema
1703 Zwentendorf umgegangen? Sie haben gesagt,
1704 das war anfänglich so die Zurückhaltung und
1705 erst dann mit der Medienkampagne [gemeint
1706 Regierungskampagne, Anmerk. d. Autors] war
1707 dann plötzlich das Interesse da. Kronenzeitung
1708 war kritisch, Vorarlberger Nachrichten, wie
1709 wars denn gesamt in Österreich?
1710
1711 IP4: Naja, man muss sagen die Presse war
1712 vorwiegend dafür, es hat klarerweise starke,
1713 massive Befürwortung gegeben. Aber es gab
1714 dann natürlich auch – das war eine wichtige
1715 Sache – den Club2 in seiner ursprünglichen
1716 Form, wo wirklich ungeschützt die Befürworter

1717 und Gegner einander in die Haare geraten sind
1718 und da war ich auch öfter dabei, bei dem
1719 Club2. Und damals war eben auch die
1720 Wirksamkeit deswegen noch größer, weil es
1721 eben nur zwei Sender gegeben hat. Also heut
1722 am Abend ist Club2, da geht's um Zwentendorf
1723 oder so... na da haben alle einigermaßen
1724 interessierten kritischen Leute haben sich den
1725 Club 2 angeschaut. [Ausschweifungen]. Also
1726 der Club 2 hat unglaublich viel bewegt. Das ist
1727 dann ganz authentisch gewesen, weil da hat
1728 man jetzt einschätzen können, mit dem
1729 identifiziere ich mich, der sagt das so wie ich
1730 das auch verstehe...

1731
1732 *K: ...und die Zeitungen?*

1733
1734 IP4: Die Zeitungen waren ambivalent. Also da
1735 war natürlich die Krone mit dem Fritz Graupe,
1736 der ein ganz engagierter Natur- und
1737 Umweltschützer war, der hat natürlich groß die
1738 Kritik verbreitet, das haben nicht alle gemacht,
1739 klarerweise. Aber es gab damals eine ganze
1740 Reihe von Topjournalisten, die sich des
1741 Themas wirklich in einer sehr sachlichen und
1742 fundierten Art angenommen haben.

1743
1744 *K: Sind denn so Medienstrukturen zu nennen,*
1745 *wo man sagt, die haben auch ein wenig dazu*
1746 *beigetragen, wie sich die Sache quasi*
1747 *entwickelt hat? Stichwort Redaktionsstatuten*
1748 *oder das Profil in den 70er Jahren.*

1749
1750 IP4: Also da muss ich sagen, zum Profil habe
1751 ich seit damals ein sehr negatives Verhältnis.
1752 Und zwar damals war der Herausgeber der
1753 Peter Michael Lingens, der heute auch noch
1754 prominent im Profil und der ist in meinen
1755 Augen ein Volltrottel. Er hat sich immer so als
1756 geistiges Licht der Nation dargestellt, aber als
1757 Journalist ist er meiner Meinung nach ein
1758 Depp. [Ausschweifung über die Leistung (oder
1759 Fehlleistung) von Lingens – für die Arbeit nicht
1760 relevant]. Der langen Rede kurzer Sinn. Leute
1761 wie der Lingens im Profil haben die
1762 Kernenergie bis zum Schluss als Segen
1763 propagiert, aus dummer Borniertheit, oder aus
1764 anderen Gründen, ich weiß es nicht. Heute
1765 neige ich eher, dass sie Teil der PR sind, der
1766 bezahlten.

1767
1768 *K: Jetzt ist die Volkabstimmung ja so*
1769 *ausgegangen, wie sie ausgegangen ist, eine*
1770 *kleine aber doch Mehrheit gegen das*
1771 *Atomkraftwerk. Wie hat jetzt Kreisky den*
1772 *Medien gegenüber, vielleicht hat man das auch*
1773 *in den Medien mitbekommen, die Niederlage*
1774 *kommuniziert?*

1775
1776 IP4: Das kann ich mich jetzt nicht erinnern. Ich
1777 weiß jetzt nur das schon zitierte spätere. Aber
1778 er war natürlich etwas betroffen, dass man sich
1779 da so völlig kalkuliert hat, das war klar. Aber
1780 Kreisky war ein so wichtiger Erfolgsfaktor für
1781 die SPÖ, dass man ihn auf keinen Fall hat
1782 opfern lassen... also er war ja auch immer der,

1783 der sagt, er lässt sich nicht zwingen von
1784 irgendwem. Und wenn jetzt die ÖVPLer ihn
1785 bedrängt hätten, und gesagt hätten, sie haben
1786 doch gesagt usw., das hätte er dann mit
1787 Sicherheit nicht gelten lassen. Er hat ja auch
1788 auf die Frage bei einer Kundgebung am
1789 Ballhausplatz, wo eine große Zahl von
1790 Atomgegnern war und eine Abordnung ihm
1791 gegenüber gestanden ist, da war eine Frau von
1792 den Müttern gegen Zwentendorf und die haben
1793 eben gesagt: also Herr Bundeskanzler, wir
1794 ersuchen Sie, dass Sie Stellung nehmen und mit
1795 den Leuten reden oder so irgendwas... Ich lasse
1796 mich von ein paar Lausbuben nicht erpressen.
1797 Das sind Lausbuben, die vertreten nicht die
1798 Ding usw. usw. Also er war da sehr
1799 machtbewusst, natürlich. [kurzer Schwenk zum
1800 Konferenzzentrum]. Also der Kreisky war da
1801 schon sehr autoritär und der Pelinka, Anton
1802 Pelinka hat einmal einen Artikel geschrieben
1803 im Profil, der sehr gut war: Gaulismus in
1804 Österreich und hat dazu geschrieben, dass der
1805 de Gaule als rechter Politiker linke Politik
1806 gemacht hat und der Kreisky als linker Politiker
1807 rechte Politik gemacht hat und zwar
1808 unangefochten, weil das linke Klientel still war,
1809 weil ja der Papa Kreisky es gemacht hat. Und
1810 dann hat der Pelinka damals auch einen
1811 Wahlslogan kritisiert, zu Recht. Natürlich
1812 Kreisky, wer sonst... und das bei einer
1813 Sozialdemokratischen Partei, da muss man
1814 sagen, ja bitte, da sollten die Genossen ja in
1815 irgendeiner Weise austauschbar sein, da sollte
1816 nicht da der Papa Kreisky sein als
1817 Sonnenkönig, oder wie immer der da tun kann
1818 was er will. Das ist ja den Grundsätzen einer
1819 sozialdemokratischen Partei nicht ent-
1820 sprechend. Aber der Kreisky war eben doch ein
1821 überragender Staatsmann, das kann man
1822 wirklich sagen, das muss ihm der Neid lassen.
1823 Der wirklich Politik gemacht hat, das was man
1824 unter Politik versteht, nämlich die Organisation
1825 der Gesellschaft nach Wertvorstellungen. Sie
1826 haben ein Programm gehabt und er war für
1827 Vollbeschäftigung und er war für eine gewisse
1828 Anständigkeit in der Politik. Also der Kreisky
1829 hat ein Programm gehabt und zu dem ist er
1830 gestanden. Und hat eben auch die Kraft gehabt
1831 das durchzustehen, und nicht sich von der
1832 Industrie und auslandspolitischen Einflüssen
1833 dirigieren zu lassen.

1834

1835 [ENDE INTERVIEW IP4]

C Abstract

Verfasser	Jürgen Hirschmann
Titel	„Ich bin der Meinung...“
Untertitel	Kommunikationsverhalten Kreiskys zur Volksabstimmung Zwentendorf im Lichte der gesellschafts- und medienpolitischen Begebenheiten
Umfang:	brutto 162 Seiten
Typ	Magisterarbeit am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien
Ort, Jahr	Wien, 2012-08-29
Begutachter	A.o. Univ.-Prof. Dr. Friedrich Hausjell
Fachbereich	
Schlagwörter	Atomkraft, Kernenergie, Bürgerbewegung, Partizipation, Kreisky, Zwentendorf, Öffentlichkeit, Medienwirkung, qualitative Inhaltsanalyse

Untersuchungsgegenstand

Der Autor stellt das Kommunikationsverhalten des ehemaligen Bundeskanzlers Bruno Kreisky sowie die gesellschafts- und medienpolitischen Begebenheiten hinsichtlich des Atomkraftwerks Zwentendorf in den Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Durch den Aufstieg der Bürgerinitiativen und durch das Bestreben einer jungen Generation nach mehr Partizipation, hat die Kommunikation zur Volksabstimmung rasch an Fahrt gewonnen. Auch die Medien haben den Wertewandel in der Gesellschaft erkannt und sich in den siebziger Jahren vermehrt dem Thema Atomkraft gewidmet.

Theorie

Als relevanter theoretischer Hintergrund für die vorliegende Arbeit dient die Medienwirkungsforschung, zu der auch das RAS-Konzept von Zaller zählt. Dabei handelt es sich um eine umfassende Theorie der Meinungsbildung. Das Konzept sagt

aus, wie der Rezipient Aussagen aufnimmt, rezipiert und bei der Abfrage seiner Meinung diese Informationen zu Gedächtnis-Stichproben heranzieht, um eine Entscheidung zu treffen. Des Weiteren sind für die vorliegende Arbeit konsistenztheoretische Ansätze und die Überredungskommunikation nach Hovland entscheidend. Letzteres gibt Aufschluss darüber, wie eine Botschaft formuliert sein muss, damit sich das Verhalten und die Einstellung des Empfängers verändert. Im Sinne des gesellschaftlichen Wandels und der Demokratisierung wird in der vorliegenden Arbeit zudem auf die Begriffe Demokratietheorie und Partizipation eingegangen – Begriffe, zu der auch die Vorstellungen Rainer GEISSLERS passen, der sich mit der partizipatorisch-pluralistischen Demokratie beschäftigt hat.

Ziel, Fragestellung, Hypothese

Der Arbeit liegen folgende zwei Forschungsfragen zu Grunde: Welche Fehler, hinsichtlich der Kommunikation zum Thema Atomkraftwerk Zwentendorf, hat Kreisky vor der entscheidenden Volksabstimmung gemacht? Diese Forschungsfrage betrifft den Faktor Kommunikation. Welche medien- und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen waren für das Scheitern Kreiskys bei der Volksabstimmung zum Bau des Atomkraftwerks in Zwentendorf ausschlaggebend? Bei dieser Forschungsfrage geht es um den Faktor Umwelt, also jenen Bereich, der wenn dann nur indirekt von Kreisky beeinflusst hätte werden können. Darüber hinaus hat es bei der Frage zum Faktor Kommunikation drei Subforschungsfragen gegeben. Diese lauten: Mit welchen Offensiv-Maßnahmen hat Kreisky versucht das Ergebnis der Volksabstimmung zu seinen Gunsten zu beeinflussen? Wie ist Kreisky mit den Medien umgegangen um seine Ziele dahingehend zu verfolgen? Wie hat Kreisky seine politische Niederlage in der Öffentlichkeit kommuniziert?

Forschungsdesign

Die Forschungsfragen sind qualitativ beantwortet worden. Erhebungsmethode war dabei das Leitfadeninterview, welches mit Experten durchgeführt wurde. Bei der Wahl der Experten ist darauf Bedacht genommen worden, dass die Teilnehmer des Konflikts entsprechend vertreten sind, das Spektrum des zu in Erfahrung bringenden also

möglichst breit ist. Dieser Anspruch beinhaltet, dass sowohl eine Person aus dem Lager Kreiskys, als auch eine Person aus dem Lager der Atomgegnerschaft befragt wird. Da aber nicht nur eine Pro- und Contra-Seite einen Konflikt austragen, wird sowohl auf Expertenwissen aus dem historischen als auch aus dem Medienbereich Bedacht genommen. Für die anschließend erstellte Transkription ist als Auswertungsmethode die interpretativ-reduktive Analyse ausgewählt worden.

Ergebnisse

Obwohl von Seiten der Regierung versucht wurde, die Diskussion rund um die Atomkraft in Österreich zu versachlichen, waren letztlich die emotionalen Argumente entscheidend für das Abstimmungsergebnis. Kreisky hat also auf verlorenem Posten gekämpft, da die emotionalen Argumente – etwa das Argumente, Zwentendorf münde in einer Katastrophe, da das AKW auf einer Erdbebenlinie liege – bei den Bürgern wesentlich mehr Wirkung gezeigt haben als die rationalen. Exemplarisch dafür ist die Pro und Contra Regierungskampagne, die durchaus vorbildhaft auch den Atomgegnern Platz eingeräumt hat, die Argumente der Gegenseite allerdings stärker durchdringen hat lassen als die Argumente der Befürworter. Auch das intensive Bewerben der Pro-Argumente (Stromsicherung, Arbeitsplatzsicherung, Reduktion der Abhängigkeit vom Ausland,...) hat nicht gereicht um die Gegner zu überzeugen. Als entscheidend für das Nein bei der Volksabstimmung hat sich auch die fehlende Lösung der Endlagerung herausgestellt. Dieses Argument haben auch die Medien aufgegriffen, darunter vor allem die Vorarlberger Nachrichten. Die Zeitung des Ländles hat aufgrund des grenznahen AKW Rütli in der Schweiz eine massive Anti-Atom-Kampagne gefahren, während die Kronen Zeitung erst relativ spät ihr grünes Herz entdeckt hat, dafür den Gegnern letztlich viel Platz eingeräumt hat.

Zudem waren die recht undeutlich formulierten Aussagen Kreiskys, er wolle möglicherweise zurücktreten, wenn die Entscheidung gegen Zwentendorf ausgeht, für eine breite Zustimmung nicht förderlich, da es besonders ÖVP-Wähler davon abgehalten hat mit Ja zu stimmen. Viele haben nämlich mit der Zustimmung befürchtet auch ein Votum für Kreisky abzugeben. Die Genossen selbst sind hingegen oft daheim geblieben, weil sie nicht gegen Kreisky stimmen wollten oder sich als Stimmvieh missbraucht sahen.

Darüber hinaus war der gesellschaftliche Wertewandel entscheidend. Nach der Erdölpreiskrise ist die Skepsis vor der Wohlstandsgesellschaft und der Technik gestiegen. Die rosarote Brille wurde abgelegt. Die Bürger haben sich ein Mehr an Partizipation und Beteiligung gewünscht. Ziel war es, die autoritäre Herrschaftsstruktur zu durchbrechen.

Die Gründe, warum das AKW Zwentendorf abgelehnt worden ist, obwohl es der beliebteste Kanzler der zweiten Republik beworben hat, sind aber auch im Ausland zu finden, darunter etwa die Proteste in Brokdorf, Whyll und eben Rüthi. In Schweden ist außerdem – von Kreisky und der Bevölkerung nicht unbemerkt – Ministerpräsident Olof Palme bei der Wahl über die Atomkraft gestolpert.

Literatur (Auswahl)

BROSIUS, Hans-Bernd: Medienwirkung. S.128-145. In: BENTELE, Günter (2003): öffentliche Kommunikation. Handbuch Kommunikations- und Medienwissenschaft. Westdeutscher Verlag: Wiesbaden.

FABRIS, Hans Heinz (1979): Journalismus und bürgernahe Medienarbeit. Formen und Bedingungen der Teilhabe an gesellschaftlicher Kommunikation. Neugebauer Verlag: Salzburg.

GEHLER, Michael (2006): Die Zweite Republik – zwischen Konsens und Konflikt. S.35-52. In: DACHS, Herbert; GERLICH, Peter; GOTTWEIS, Herbert et al (2006): Politik in Österreich. Das Handbuch. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung: Wien.

KRIECHBAUM, Robert (2006): Die Ära Kreisky. Österreich 1970 – 1983. Böhlau: Wien et al.

LAMNEK, Siegfried (1995): Qualitative Sozialforschung. Band 1 Methodologie. 3. korrigierte Auflage. Psychologie Verlags Union: Weinheim.

D Lebenslauf

Jürgen Hirschmann

Geburtstag: 11. November 1984

Geburtsort: Gnas, Steiermark

Schul Ausbildung und Studium

2008 – 2012	Magisterstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
2005 – 2008	Bakkalaureatsstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
1999 – 2004	Bundeshandelsakademie Feldbach; wirtschaftliche Reife- und Diplomprüfung

Beruflicher Werdegang

06/2010 – 06/2012	Werbesprecher Agentur Worc
04/2009 – 06/2012	Redakteur vom Dienst (RvD)/ Nachrichtensprecher bei Radio Arabella (Regionalnachrichten für Wien und Niederösterreich; Österreich- und Weltnachrichten für die Arabella Österreich Stationen in Wien, Nieder- und Oberösterreich sowie Salzburg; Nachrichtenproduktion für die Energy, Radio U1 Tirol, Welle 1, Radio Uno, Radio Harmonie, Radio Grün-Weiß, Radio West, Soundportal Graz; Wien-Korrespondent für Radio Content Austria GmbH
03/2009 – 05/2009	redaktioneller Mitarbeiter für den EU-Wahlkampf der sozialdemokratischen Fraktion in Wien
02/2009 – 10/2009	Freelance-Journalist für Themenzeitschriften des schwedischen Verlags MediaPlanet, Veröffentlichung der Artikel in der Tageszeitung derStandard
07/2008	Redaktionspraktikum Radio Superfly Wien
06/2008	Gastredakteur beim Poolbar Magazin Vorarlberg
03/2008 – 05/2008	Redaktionspraktikum Radio Arabella Wien
06/2006 – 01/2010	Redakteur beim freien Magazin FM5, (Politik, Musik)
08/2005 – 11/2007	Redakteur bei der Online-Wirtschaftstageszeitung Business Today und der Online-Tageszeitung Today; Leitung der Chefredaktion sowie Marketing- und Presseabteilung (10/2006)
08/2005 – 12/2009	Redakteur beim Musikmagazin The Gap
Sprachen:	Deutsch, Englisch, Dänisch, Ungarisch